

Entlarvte Heuchelei

HERAUSGEGEBEN VON HARRY ELMER BARNES

IM VERLAG KARL HEINZ PRIESTER

ENTLARVTE HEUCHELEI

(Ewig Krieg um ewigen Frieden)

Revision
der amerikanischen Geschichtsschreibung

*(Kritische Untersuchung
der amerikanischen Außenpolitik seit
Franklin Delano Roosevelt)*

herausgegeben von

Harry Elmer Barnes

unter Mitarbeit von
William Henry Chamberlin, William L. Neumann,
Frederic R. Sanborn und Charles Callan Tansill
mit einem Vorwort von
Dr. habil. Herbert Grabert

1961

VERLAG KARL HEINZ PRIESTER WIESBADEN

Vier Kapitel aus dem Buch
‚Perpetual war for perpetual peace', erschienen bei Caxton Printers, Caldwell, Idaho
übersetzt von Marie Adelheid Prinzessin Reuss zur Lippe
ergänzt durch eine neuere Arbeit von Prof. Barnes
und eingeleitet durch Dr. Herbert Grabert
Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte, Tübingen

Umschlaggestaltung Karl-Heinz Schneider, Friedrichshafen

VERLAG KARL HEINZ PRIESTER, WIESBADEN
Satz und Druck Peter-Presse Christoph Kreickenbaum KG Darmstadt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Es gehört zu den Kennzeichen moderner Kriegführung, daß sie die Niederhaltung des Besiegten mit allen Mitteln und für alle Zeiten erreichen will. Sie hat zu diesem Zwecke Waffen entwickelt, die früherer Staats- und Feldherrnkunst unbekannt waren. Während die eine Waffe mit einer ganze Generationen gefährdenden Feuerkraft Leib und Leben, Hab und Gut zerstört, hat die andere die Aufgabe, das Seelen- und Geistesleben der kriegführenden Völker so nachhaltig zu stören, daß es zu Zuständen kommt, deren Abnormität unverkennbar ist. Der atomaren Kriegführung moderner Kriege entspricht die ‚psychologische' Kriegführung. Ohne Rücksicht auf Recht und Wahrheit, auf Moral und Überzeugung, auf Nationalgefühl und Tradition vergiftet und verwirrt sie das Seelen- und Geistesleben der Völker, die, nunmehr von Haß- und Rachebedürfnissen erfüllt, sich genau so verhalten, wie es die höchstentwickelte Waffe moderner Kriegführung, die Vorkriegs-, Kriegs- und sogar noch Nachkriegspropaganda von ihnen verlangt.

Völker pflegen in den überlieferten Moralbegriffen von Treu und Glauben zu denken. Sie ahnen meist nicht einmal, daß die Wahrheitsbeugung von der Entstellung bis zur Erfindung das gebräuchlichste Mittel der Propaganda ist, die ihre höchste Kunst im Organisieren strategisch durchdachter Hetz- und Lügenfeldzüge entfaltet. Die ‚psychologische' Kriegführung weiß, daß die Lüge das sicherste Lähmungs- und Entwaffnungsmittel gegenüber der einen Seite ist, während sie die andere zu Anklagen, Verurteilungen und Bestrafungen aufreizt. Wäre man nicht zu so befriedigenden Ergebnissen mit der ‚psychologischen' Kriegführung gelangt, so würde die Propagandawaffe nicht als die sicherste und erfolgreichste gelten.

Es gibt bisher nur eine einzige Möglichkeit, die unter der Vergiftung durch Haß und Lüge, Anklagen und Verurteilungen leidenden Völker von den Quäl- und Rachegeistern der Kriegspropaganda zu befreien: die historische Wahrheitsforschung. Nur mit streng wissenschaftlichen Methoden läßt sich das Seelen- und Geistesleben der Völker entstören und eine Völkerverbindung auf der Grundlage der Wahrheit und Gerechtigkeit wiederherstellen. Darum ist die Erforschung der historischen Wahrheit und der Kampf der Geschichtswissenschaft gegen die Lügenpropaganda zur wichtigsten völkeraussöhnenden Nachkriegsaufgabe geworden.

Nach dem ersten Weltkrieg war es der wissenschaftlichen Forschung bereits innerhalb eines Jahres nach Kriegsende gelungen, der vergiftenden und lebensgefährlichen Kriegsschuldlüge, die Deutschland die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen auflud, ein Ende zu bereiten. Aus dem Festhalten – trotz dieser wissenschaftlichen Gegenbeweise – an der Kriegsschuldthese in der Nachkriegspolitik der Siegermächte entwickelte sich mit verhängnisvoller Folgerichtigkeit der zweite Weltkrieg.

Unter den Geschichtsforschern, die sich nach beiden Weltkriegen mit den Geschichtslügen der Kriegspropaganda auseinandersetzten, nimmt der amerikanische Historiker Professor *Harry E. Barnes* mit seinem Kreis eine überragende Stellung ein. Sie ist unter dem Namen ‚*Revisionismus*' weltbekannt geworden. In seinem umfassenden Quellenwerk ‚Die Ursachen des Weltkrieges' nahm Barnes bereits 1924 den Kampf für die historische Wahrheit auf und setzte diese Arbeit gemeinsam mit zahlreichen Kollegen und Mitarbeitern auch nach dem zweiten Weltkriege fort, insbesondere mit dem Sammelwerk ‚Perpetual war for perpetual peace'. Doch diesesmal wirkt die Kriegspropaganda in einer noch immer uneingeschränkt herrschenden Nachkriegspropaganda weiter und hält hartnäckig an allen ihren Thesen zur einseitigen Belastung Deutschlands uneingeschränkt fest. Unverdrossen und mit neuen Beweismitteln setzt indessen auch der amerikanische Revisionismus unter Führung von Harry Elmer Barnes den Kampf gegen Geschichtsverdunklung und Geschichtsentstellung fort mit dem Ziel, die historische Wahrheit zum Fundament der Völkeraussöhnung zu machen. Aus dieser hohen Zielsetzung erklärt sich die Schärfe des Angriffs gegen Lüge und Entstellung und die Entschlossenheit, der Wahrheit unter allen Umständen zum Siege zu verhelfen.

Für uns Deutsche, die wir alle Ursache haben, uns mit Hilfe der historischen Forschung aus dem Netz von Lügen und Anklagen, Sühnemaßnahmen und Diffamierungen zu befreien, ist die scharfe Auseinandersetzung mit der Person des Präsidenten Roosevelt, die das vorliegende Werk als das beherrschende Thema durchzieht, von besonderer Bedeutung. Denn wir wissen heute, daß Roosevelt trotz seiner unbestreitbar monokratischen Stellung als Spitze einer Präsidialdemokratie ohne Auftragsmächte in sich allein nicht den Rückhalt für seine verhängnisvollen Entscheidungen gefunden hätte, den ihm vielmehr erst seine Übereinstimmung mit jenen Machtgruppen gegeben hat.

Die Veröffentlichung des vorliegenden Werkes ist nicht zuletzt deswegen vom Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte dem durch seine verdienstvollen Übersetzungen ausländischer Literatur zum Zeitgeschehen bekannt-

gewordenen Verlag Karl-Heinz Priester empfohlen worden, weil sie geeignet ist, endlich auch die Aufmerksamkeit der deutschen Geschichtswissenschaft auf die historische Wahrheitsforschung zu lenken und sie zu veranlassen, sich – fern dem vielberufenen Opportunitätszwang – so unerschrokken und so frei von persönlichen Rücksichten dem Gedanken der historischen Wahrheit zuzuwenden, wie es der amerikanische Revisionismus getan hat und weiterhin zu tun beabsichtigt. Darüber hinaus wird die Arbeit von Professor Barnes und seinen Kollegen ein Beitrag zu einer Wiederbegegnung und Aussöhnung der Völker der westlichen Welt sein, die nur möglich werden kann, wenn die Lüge den Umgang der Völker miteinander nicht mehr vergiftet.

Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte
Dr. habil. *Herbert Grabert*

Revision der Geschichtsschreibung im Hinblick auf künftigen Frieden

von Harry Elmer Barnes

„Die amerikanischen Historiker scheinen in der ‚Kriegsschuldfrage' des zweiten Weltkrieges allgemein einig zu sein."

Professor Louis Gottschalk
ehemaliger Präsident der Amerikanischen
Historischen Gesellschaft

„Der revisionistische Versuch in diesem Jahre 1947, Präsident Roosevelt die Schuld am Kriege aufzuerlegen, ist gefährlich, verhängnisvoll und, möchte ich sagen, bedauerlich."

Professor Samuel Flagg Bemis
Yale-Universität (in einer Besprechung von
Morgenstern's ‚PEARL HARBOR' im
Journal of Modern History, März 1947)

„Mit der Veröffentlichung seines (Charles A. Beard's) ‚PRESIDENT ROOSEVELT AND THE COMING OF WAR' im Jahre 1948 erwarb der Revisionismus den Rang einer reifen historischen Interpretation des Geschehens, die niemand übersehen kann, der sich ernsthaft mit der Vorkriegspolitik beschäftigt."

Dr. Louis Morton
Chef der Pacific Section des United States
Army Office of Military History

„Das Anliegen der Revisionisten verdient gehört zu werden . . . Sie können uns helfen, dem ‚einen Krieg mehr' zu entgehen, nach dem nichts übrig sein wird, das der Erörterung wert wäre."

Professor D. F. Fleming
Vanderbilt Universität

Seit etwa vierzig Jahren hat der Begriff ‚Revisionismus' eine kämpferische Bedeutung angenommen. Den sogenannten Revisionisten geht es aufrichtig um die geschichtliche Wahrheit und um die Widerlegung jener irreführenden Legenden, die dem Frieden und dem guten Einvernehmen zwischen den Nationen im Wege stehn. Für die Gegner des Revisionismus freilich hat das Wort den Beigeschmack von Bosheit, Rachsucht und dem gottlosen Streben angenommen, die Erretter der Menschheit zu verunglimpfen.

Tatsächlich hat die revisionistische Geschichtsschreibung nur ein Ziel, nämlich die historische Überlieferung in das Licht einer lückenlosen, umfassenden Zusammentragung aller Tatsachen und in eine politisch neutrale Atmosphäre zu stellen, sich also einer objektiven Haltung zu befleißigen. In diesem Sinne gibt es eine revisionistische Geschichtsschreibung schon, seit Lorenzo Valla (1407–1457) die ‚Konstantinische Schenkung', die Grundlage des päpstlichen Anspruchs auf weltliche Macht, als Fälschung entlarvte. Später lenkte eine revisionistische Betrachtung die Aufmerksamkeit auf die unzuverlässige Aufzeichnung der frühen römischen Geschichte durch Livius. Natürlich hat es revisionistische Bestrebungen in der Geschichtswissenschaft schon lange vor Valla gegeben und sie haben sich seitdem immer mehr entfaltet. Auch in der amerikanischen Geschichtsschreibung waren sie lange wirksam, bevor der Name Revisionismus dafür nach dem ersten Weltkrieg allgemein in Gebrauch kam. Sie haben sich meist und mit besonderem Nachdruck der Korrektur der geschichtlichen Darstellung von Kriegen zugewandt, weil das erste Opfer der Kriege stets die Wahrheit ist, gefühlsbedingte Entstellungen der tatsächlichen Begebenheiten in Kriegszeiten am größten sind und somit im Zusammenhang mit Kriegen der Bedarf nach und der Stoff für Berichtigung geschichtlicher Legenden am augenfälligsten wird.

So wandte sich bereits vor Jahren die revisionistische Geschichtsschreibung auch den amerikanischen Unabhängigkeitskriegen zu. Männer wie George Louis Beer bewiesen, daß die britische Handelspolitik gegenüber den Kolonien nicht derartig rücksichtslos und gesetzlos war, wie George Bancroft und andere frühe ultrapatriotische Historiker es geschildert hatten. Andere wiesen nach, daß die britischen Maßnahmen gegenüber den Kolonien nach Beendigung des französischen und indischen Krieges sich im großen ganzen im Rahmen des britischen Verfassungssystems hielten. Und endlich stellte Clarence W. Alvord klar, daß England mehr Interesse am Schicksal des Mississippi Valley gezeigt hatte als an den Unruhen um die Stamp Act, das Blutbad von Boston und die Tee-Party von Boston.

Auch der Krieg von 1812 wurde einer revisionistischen Korrektur unterzogen. Henry Adams entdeckte, daß Timothy Pickering und die extremen Anti-Kriegs-Föderalisten eine entscheidende Rolle dabei spielten, die Engländer zur Fortsetzung ihrer gewaltsamen Handelspolitik zu ermutigen, die dann ihrerseits es den amerikanischen Kriegstreibern, den „warhawks", ermöglichte, das Land in den Krieg zu führen. Sie verkehrten Jeffersons Handels- und Seefahrtspolitik in geradezu verräterischem Maße. Kürzlich hat Irving Brant in seiner beachtenswerten Biographie Madison's dargetan, daß dieser tatsächlich nicht gegen seine persönliche Ansicht durch Clay,

Calhoun und die ‚warhawks' in den Krieg getrieben wurde, sondern den Entschluß zum Kriege auf Grund eigener Überzeugung faßte.

Der Mexiko-Krieg ist in kennzeichnender Weise von Revisionisten untersucht worden. Lange Zeit kritisierten die Historiker in ihrem Bestreben, die Kriegsleidenschaften von 1846 zu berichtigen, Polk und die Kriegspartei als ziemlich gewissenlose Leute, die, von politischen Ambitionen getrieben, ohne jedes Recht über ein hilfloses kleines Land hergefallen seien. Dann wies Justin H. Smith 1919 in seinem Buch ‚Der Krieg mit Mexiko' nach, daß auf Seiten Santa Ana's und der Mexikaner viel Anmaßung, Hohn und Herausforderung mitgespielt hatten.

‚Der verkehrte Krieg'

Ohne daß das Wort ‚Revisionismus' im Zuge der Entwicklung viel in Anwendung kam, galten doch den Ursachen des Bürgerkriegs (des Kriegs zwischen den Staaten) weit ausgedehntere revisionistische Untersuchungen und Feststellungen als den Ursachen eines der beiden Weltkriege. Das beweist die beachtliche Zusammenfassung revisionistischer Studien über die Entstehung des Bürgerkrieges von Prof. Howard K. Beale 1946. Das Ergebnis dieser wissenschaftlichen Arbeit zeigt, daß der Bürgerkrieg, entsprechend der Charakteristik des Koreakrieges durch General Bradley, der ‚falsche Krieg, am falschen Ort, zum falschen Zeitpunkt' war. Hitzköpfe auf beiden Seiten verursachten ihn, obschon einsichtsvolle Zurückhaltung die Katastrophe leicht hätte abwenden können. Prof. William A. Dunning und seine Seminaristen an der Columbia-Universität unterwarfen die Nachwehen des Bürgerkrieges und die rachsüchtigen Wiederaufbaumaßnahmen, die Charles Summer und Thaddeus Stevens im Kongreß durchgesetzt hatten, einer gründlichen historischen Revision. Ihr Urteilsspruch wurde durch Claude Bowers' Buch ‚Die tragische Ära' bekannt.

Bald griffen revisionistische Historiker die Propaganda im Spanisch-Amerikanischen Kriege auf, die von Hearst und Pulitzer angefacht und von der Kriegspartei unter den Republikanern von 1898 für ihre Zwecke verwendet worden war. James Ford Rhodes wies nach, daß McKinley, die vollständige spanische Bewilligung seiner Forderungen in der Tasche, dem Kongreß die spanische Kapitulation verheimlicht und den Krieg gefordert hatte. Weitere Untersuchungen ergaben, daß es kein entscheidendes Beweisstück dafür gibt, daß die Spanier das Schlachtschiff Maine versenkten, und machten offenkundig, daß Theodore Roosevelt in Abwesenheit Staatssekretär Longs durch den Befehl an Admiral Dewey, die spanische Flotte

bei Manila anzugreifen, zu dem er nicht ermächtigt war, den Krieg in absolut ungesetzlicher Weise begann. Julius H. Pratt und andere haben die unverantwortlichen Kriegsmachenschaften der ‚warhawks' von 1898, nämlich der Theodore Roosevelt, Henry Cabot Lodge und Albert J. Beveridge, herausgestellt und darauf hingewiesen, daß Admiral Mahan die Hauptverantwortung für jene expansionistische Philosophie trägt, auf der dieses Auftreten eines amerikanischen Imperialismus beruht.

Seitdem, lange bevor der Österreichische Erzherzog am 28. Juni 1914 von serbischen Verschwörern ermordet wurde, hatte der Revisionismus eine lange, eindrucksvolle Geschichte und beschäftigte sich mit allen wichtigen Kriegen, an denen die Vereinigten Staaten beteiligt waren. Auf das Ausland angewandt, erbrachte er den klaren Nachweis, daß die Initiative zum Krieg zwischen Frankreich und Preußen eher bei Frankreich lag als bei Bismarck und den Preußen. Aber erst der erste Weltkrieg brachte den Begriff ‚Revisionismus' in allgemeinen Gebrauch, weil viele die geschichtliche Erforschung der Kriegsursachen als Grundlage einer *Revision* des Versailler Vertrages angewandt wissen wollten, dem die uneingeschränkt übernommene Theorie von der deutsch-österreichischen Alleinverantwortlichkeit für den Ausbruch des Europäischen Krieges Anfang August 1914 zugrunde lag.

Damals versetzten die neuen Nachrichtenmittel, der Massenjournalismus und eine bessere Beherrschung der Propagandakunst die kriegführenden Parteien in die Lage, Volksmeinung und Massenhaß in einer Weise aufzupeitschen, wie es nie zuvor in der Geschichte der Kriegführung möglich gewesen war. Jonathan French Scott zeigte in seinen ‚Fünf Wochen', wie die Presse im Juli 1914 wütenden Haß erzeugte. Erst kürzlich rief H. C. Petersons Buch ‚OPPONENTS OF WAR, 1917–1918' eindrucksvoll den Grad der damaligen Erregung in den Vereinigten Staaten wieder in Erinnerung. C. Hartley Grattan sowie der Verfasser dieser Zeilen und andere haben herausgefunden, wie munter und ungestüm die Historiker damals auf die Propagandafuhre kletterten. Man war so gut wie allgemein davon überzeugt, daß Deutschland nicht nur für den Ausbruch des Krieges 1914, sondern auch für den Eintritt Amerikas in den Krieg im April 1917 verantwortlich war. Wer etwa dieses volkstümliche Dogma öffentlich in Zweifel zog, geriet in Gefahr, mit Teer begossen zu werden, und Eugene Debs wurde auf Veranlassung desselben Mannes eingesperrt, der erklärt hatte, der Krieg sei dazu da, die Welt für die Demokratie zu sichern. Debs' Verfehlung bestand in der Behauptung, der Krieg habe wirtschaftliche Grundlagen. Genau das erklärte Wilson selbst öffentlich am 5. September 1919.

Es ist hier nicht der Platz, Umfang und Art der revisionistischen Arbeiten über die Ursachen des ersten Weltkrieges zu erörtern. Wir können lediglich die Situation veranschaulichen, indem wir einige besonders auffallende Legenden anführen und schildern, auf welche Weise von den Revisionisten mit ihnen verfahren wurde.

Die Legende vom Kronrat

Von den gegen Deutschland vorgebrachten Behauptungen hat den größten Schaden die angerichtet, der Kaiser habe einen Kronrat der führenden deutschen Regierungsbeamten, Botschafter und Finanzmänner einberufen und ihnen am 5. Juli 1914 eröffnet, er stehe im Begriff, Europa mit Krieg zu überziehen, sie mögen sich auf den Kampf vorbereiten. Die Finanzleute hätten zwei Wochen Aufschub erbeten, um Anleihen kündigen und Effekten verkaufen zu können. Der Kaiser habe diesem Ersuchen stattgegeben und am nächsten Tag eine gut publizierte Urlaubs-Seereise angetreten. Diese sei dazu bestimmt gewesen, England, Frankreich und Rußland in ein trügerisches Gefühl der Sicherheit zu wiegen, während sich Deutschland und Österreich–Ungarn heimlich darauf vorbereiteten, ein unvorbereitetes und nichts Böses ahnendes Europa anzufallen. Die erste vollständige Darstellung dieser Beschuldigung erschien in ‚AMBASSADOR MORGENTHAUS STORY' von Burton J. Hendrick, einem führenden amerikanischen Journalisten.

Prof. Sidney B. Fay, der führende unter den amerikanischen Revisionisten, die sich mit dem Kriegsausbruch 1914 beschäftigten, bewies an Hand geeigneter Dokumente, daß diese Kronrat-Legende lediglich ein Märchen war. Einige der Persönlichkeiten, die angeblich an dem Treffen teilgenommen haben sollten, waren zu der Zeit gar nicht in Berlin. Des Kaisers wirkliche Haltung am 5. Juli war völlig unvereinbar mit der in der Legende geschilderten, und es fanden keine Finanzaktionen der Art statt, wie sie unterstellt wurden. Doch verging eine lange Zeit, bis sich herausstellte, wie Morgenthau zu seiner ‚story' gekommen war. Er war als Ehrenmann bekannt, und auch die strengsten Kritiker jener Legende beschuldigten ihn nicht, vorsätzlich eine Lüge ausgeheckt und verbreitet zu haben.

Etliche Jahre später erst gab Paul Schwarz, der persönliche Sekretär des deutschen Botschafters in Konstantinopel, des Freiherrn Hans von Wangenheim, die Tatsachen bekannt: von Wangenheim hatte eine Geliebte in Berlin, die ihn in den ersten Tagen der Krisis von 1914 bat, sogleich nach Berlin zu kommen, um einige brenzlige Angelegenheiten zu regeln. Er willigte ein und erzählte seiner Frau, um ihr den wahren Grund seiner Reise zu

verbergen, der Kaiser habe ihn plötzlich nach Berlin gerufen. Nach seiner Rückkehr erfand er dann für seine Frau die phantastische Geschichte vom Kronrat. Kurz darauf begegnete von Wangenheim an der Seite seiner Frau bei einem diplomatischen Empfang Morgenthau, der damals amerikanischer Botschafter in Konstantinopel war. Morgenthau hatte von Wangenheims Berlinreise gehört und drang in ihn, um was es sich denn gehandelt habe. Unter diesen Umständen konnte von Wangenheim nur das Märchen wiederholen, das er seiner Frau erzählt hatte. In welchem Umfang dabei seine Zurückhaltung nachließ bzw. Morgenthau und Hendrick das ausarbeiteten, was von Wangenheim tatsächlich erzählt hatte, ist nicht bekannt und wird möglicherweise nie bekannt werden.

Diese phantastische Geschichte, aus dem Nichts geschaffen, führt deutlich vor Augen, wie bitter nötig die überlieferte Geschichtsschreibung der Revision bedarf, sie zeigt aber auch, in welchem Maße bedeutende und tragische Ereignisse von den handgreiflichsten Fälschungen herbeigeführt werden können. Morgenthaus Buch war 1918 noch nicht erschienen, aber seine Erzählung von dem erfundenen Kronrat hatte großen Einfluß auf die alliierte Propaganda gegen Deutschland am Ende des Krieges. Sie fand in Lloyd George's Kampagne von 1918, der die Erhängung des Kaisers vertrat, ebenso Verwendung wie bei den noch rachsüchtigeren Verfassern des Versailler Vertrages. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die Kriegsschuldklausel ohne diese Geschichte niemals in den Vertragstext hätte aufgenommen werden können. Seitdem die Historiker darin übereinstimmen, daß der Versailler Vertrag den zweiten Weltkrieg herbeiführte, kann man auch das gedankenlose Alibi von Wangenheims im Juli 1914 in direkte Beziehung zum Opfer von Millionen von Menschenleben und astronomischen Geldausgaben in den Kriegen nach 1939 setzen, ja, die letzte Konsequenz kann möglicherweise die Ausrottung eines großen Teils der Menschheit durch eine nukleare Kriegführung sein.

Eine weitere Begebenheit, die dazu benutzt wurde, Stimmung gegen die Deutschen zu machen, war ihr Einmarsch in Belgien. Die alliierte Propaganda stellte ihn als den Hauptgrund für Englands Eintritt in den Krieg dar und als den endgültigen Beweis für den Vorwurf, die Deutschen hätten keine Achtung vor internationalen Abkommen und vor dem Recht der kleinen Nationen. Revisionistische Forscher wiesen nach, daß die Engländer sowohl als auch die Franzosen eine Zeit lang den Einmarsch in Belgien im Falle eines europäischen Krieges erwogen hatten und daß englische Offiziere Belgien bereist und das Terrain sorgfältig für diesen Fall besichtigt hatten. Ferner hatten die Deutschen angeboten, die belgische Neutralität zu respektieren, wenn auch England im Kriege neutral bliebe. Und schließ-

lich erzählte John Burns, eines der beiden britischen Regierungsmitglieder, die zurücktraten, als England sich 1914 zum Krieg entschloß, mir im Sommer 1927 persönlich, daß die Regierungsentscheidung für den Krieg gefallen war, bevor ein Wort über die belgische Frage gesprochen wurde. Im Jahr darauf bestätigte das ‚MEMORANDUM ON RESIGNATION' des bekannten John Morley, des zweiten Kabinettsmitglieds, das 1914 aus Protest gegen die Kriegspolitik zurücktrat, Burns' Bericht von der Sache vollkommen.

Greuelmärchen

Eine dritte gewichtige Behauptung, die während des ersten Weltkrieges heftige Abneigung gegen die Deutschen erregte, besagte, sie hätten – besonders in Belgien – Grausamkeiten von einer Brutalität ohnegleichen gegen die Zivilbevölkerung begangen, und hätten Kinder und Frauen, überhaupt die Hilflosen, verstümmelt. Es wurde verbreitet, sie hätten die Leichen deutscher und alliierter Soldaten zu Düngemitteln und Seife verarbeitet, und weiter, sie hätten sich wie niedere Tiere benommen. Der angesehene englische Publizist Lord James Bryce wurde veranlaßt, seinen Namen für die Echtheit dieser Greuelberichte herzugeben. Nach dem Kriege siebte eine größere Anzahl von Büchern diese Geschichten aus, vor allem Sir Arthur Ponsonby's ‚FALSEHOOD IN WARTIME' und J. M. Read's ‚ATROCITY PROPAGANDA'. Der erste Weltkrieg war gewiß kein Ausflug ins Grüne, aber kein gebildeter Forscher glaubt heute noch daran, daß irgendein nennenswerter Fall der angeblichen Greuel tatsächlich stattgefunden hat oder daß die Deutschen sich einer grausameren Haltung schuldig gemacht haben als die anderen Kriegsteilnehmer.

Forscher und Publizisten, die während des Krieges zum Schweigen verurteilt waren, schöpften bald Atem, um ihr Gewissen zu entlasten, und berichtigten nach Abschluß der Feindseligkeiten die Berichterstattung. Francis Neilson nahm in seinem Buch ‚HOW DIPLOMATES MAKE WAR', das 1915 veröffentlicht wurde, viele grundlegende revisionistische Schlußfolgerungen vorweg. Es stellt das erste bedeutende revisionistische Werk über die Ursachen des ersten Weltkriegs dar. Lord Loreburn's ‚HOW THE WAR CAME', eine vernichtende Anklage gegen die englischen Diplomaten, kam zur selben Zeit heraus, als am Versailler Vertragstext gearbeitet wurde.

Der erste amerikanische Wissenschaftler, der einen Totalangriff auf die Propaganda der Kriegsjahre unternahm, war Prof. Sidney B. Fay vom Smith College. Er brachte eine Reihe von drei treffenden Aufsätzen in der ‚American Historical Review' heraus, den ersten im Juli 1920. Und dieser

erregte mein Interesse für die Tatsachen. Während des ersten Weltkrieges hatte ich die Propaganda akzeptiert, hatte sogar unwissentlich etliches davon nachgeschrieben. Zwischen 1921 und 1924 schrieb ich einige Betrachtungen und kurze Aufsätze über die tatsächlichen Ursachen des ersten Weltkriegs und wurde zuerst ganz und gar in den revisionistischen Kampf einbezogen, als Herbert Croly von der ,New Republic' mich im März 1924 veranlaßte, ausführlich über das Buch ,EUROPE SINCE 1815' von Prof. Charles Downes Hazen zu berichten. Das erregte so viel Widerspruch, daß George W. Ochs-Oakes, der Herausgeber des ,New York Times Current History Magazin' mich drängte, im Maiheft 1924 eine Übersicht über die damaligen Ergebnisse der revisionistischen Forschung zu veröffentlichen. Das war tatsächlich der Beginn des revisionistischen Kampfes in den Vereinigten Staaten.

Selbst die größten Verlagshäuser und die besten Zeitschriften waren sehr auf revisionistisches Material zur Veröffentlichung erpicht. Prof. Fay's ,ORIGINS OF THE WORLD WAR', J. S. Ewart's ,ROOTS AND CAUSES OF THE WARS' und meine ,GENESIS OF THE WORLD WAR' waren die führenden revisionistischen, von amerikanischen Autoren in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Bücher über 1914. Die amerikanischen Revisionisten fanden Verbündete in Europa: Georges Demartial, Alfred Fabre-Luce und andere in Frankreich, Friedrich Stieve, Maximilian Montgelas, Alfred Wegerer, Hermann Lutz und andere in Deutschland, G. P. Gooch, Raymond Beazley und G. Lowes Dickinson in England. Von den Ursachen des Krieges in Europa 1914 wandten sich andere Forscher, vor allem Charles C. Tansill, Walter Millis und C. Hartley Grattan der Wahrheit über den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zu. Mauritz Hallgren klagte dann ein für allemal in seinem ,A TRAGIC FALLACY' die interventionistische amerikanische Diplomatie von Wilson bis Roosevelt an.

Zu Anfang war es ziemlich gefährlich, im revisionistischen Sinne zu schreiben. Prof. Fay war zwar persönlich nicht bedroht, da er in einem wissenschaftlichen Blatt schrieb, das die Öffentlichkeit übersah oder ignorierte. Aber als ich begann, den Gegenstand zu behandeln, wurde das vom ,Mann auf der Straße' gehobenen intellektuellen Niveaus gelesen, und die Sache wurde schwierig. Ich erinnere mich eines Vortrags in Trenton, New Jersey, zu Beginn der revisionistischen Ära, bei dem ich von anwesenden Fanatikern körperlich bedroht wurde. Sie wurden dann vom Vorsitzenden der Versammlung, glücklicherweise einem sehr angesehenen früheren Gouverneur von New Jersey, eingeschüchtert und in Schach gehalten. Auch im Herbst 1924 wurde eine verhältnismäßig gebildete Zuhörerschaft in Am-

herst, Massachusetts, einigermaßen erregt und beruhigte sich erst, als Ray Stannard Baker meinen Ausführungen im ganzen zustimmte.

Allmählich änderte sich die Stimmung des Landes, aber das lag zuerst mehr an den Ressentiments gegenüber unseren früheren Verbündeten als an der Wirkung der revisionistischen Schriften. Das Gerede vom ,Uncle Shylock' in den Jahren 1924 bis 1927 wurde zum Bumerang. Dieser Beweis von Undankbarkeit der Alliierten der amerikanischen Waffenhilfe gegenüber führte dazu, daß die Öffentlichkeit nunmehr bereit war, die Wahrheit über Ursachen, Führung, Verdienste und Ergebnisse des ersten Weltkrieges in sich aufzunehmen. Außerdem kühlte die heftige Erregung der Kriegsjahre mit der Zeit ab. Mitte der dreißiger Jahre, als das Buch ,ROAD TO WAR' von Walter Millis erschien, wurde es von einer großen Zahl amerikanischer Leser willlkommen geheißen und war eines der erfolgreichsten Bücher des Jahrzehnts. Der Revisionismus hatte sich endgültig durchgesetzt.

Interessant genug – als Erscheinung des heftigen Anti-Revisionismus nach 1945 – sind die entschiedenen Bemühungen einiger Historiker und Journalisten, die revisionistische Forschung der Jahre 1920 bis 1939 in Mißkredit zu bringen und zu den Legenden von 1914 bis 1920 zurückzukehren. Diese Tendenz wurde durch den herworragenden Fachmann auf dem Gebiet der revisionistischen Forschung zum ersten Weltkrieg, Hermann Lutz, vernichtend angefochten und widerlegt. Sein Buch ,GERMAN-FRENCH UNITY' (1957) berichtet über das neueste Material auf diesem Gebiet.

Wie wir bereits kurz ausführten, ist die Geschichtsforschung, die sich um die wahren Ursachen des ersten Weltkriegs bemühte, deswegen unter dem Namen Revisionismus bekannt geworden, weil der Versailler Vertrag unmittelbar auf der These der Alleinverantwortlichkeit Deutschlands und Österreichs errichtet war. Mitte der zwanziger Jahre hatten die Forscher die Tatsache außer Frage gestellt, daß Rußland, Frankreich und Serbien mehr Verantwortung für den Kriegsausbruch 1914 trugen als Deutschland und Österreich. Folglich hätte der Vertrag vom Standpunkt der Logik und des Tatsachen-Materials aus in Übereinstimmung mit der neu erkannten Wahrheit revidiert werden müssen. Aber nichts dergleichen geschah, und 1933 erschien Hitler auf der Szene, um den Vertrag mit Gewalt zu revidieren mit dem Ergebnis, daß 1939 ein zweiter noch vernichtenderer Weltkrieg ausbrach.

Seit der Revisionismus trotz seiner Verdienste um die geschichtliche Wahrheit den zweiten Weltkrieg nicht abzuwenden vermochte, betrachte-

ten viele die Bemühungen, die Wahrheit über die Kriegsschuld herauszufinden, als praktisch sinnlos. Aber eine solche Ansicht ist nicht überzeugend. Hätte nicht die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage in Europa seit 1920 in so überwältigender Weise die Gemüter erregt und die Vernunft gelähmt, so wäre es durchaus möglich gewesen, auf Grund des revisionistischen Urteils über 1914 das Versailler Diktat zu ändern und den Frieden zu erhalten. Und wären die Vereinigten Staaten weniger durch Kreuzzugspsychosen beunruhigt worden, so hätte der Revisionismus einen nachhaltigen Einfluß zu gunsten des Friedens ausgeübt. Tatsächlich trug er zu dem Druck auf Frankreich während der Ruhrbesetzung bei, zur Milderung des harten Reparations-Systems, zu Nye's Untersuchung der Rüstungsindustrie und ihrer schändlichen Verflechtungen und zu unserer Neutralitätsgesetzgebung.

Die Tatsache, daß trotz vieler Monate der heftigsten und unverantwortlichsten Propaganda für unseren Kriegseintritt über 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung genau am Vorabend von Pearl Harbor dafür waren, daß wir uns jeder Einmischung enthielten, beweist, daß der Einfluß des Revisionismus auf die amerikanische öffentliche Meinung tief, anhaltend und heilsam war. Hätte Präsident Roosevelt es nicht fertig gebracht, die Japaner zum Angriff auf Pearl Harbor zu reizen, so hätte die revisionistische Kampagne vom Ende der zwanziger Jahre die Vereinigten Staaten vor den Tragödien anfangs der vierziger Jahre und vor dem noch größeren Elend bewahren können, das aus unserem Eintritt in den zweiten Weltkrieg entstand und uns noch bevorsteht.

Die Bedeutung der Wirkung auf die Masse

Lange vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs war schon abzusehen, daß dieser im Falle seiner Unabwendbarkeit einmal ein noch dramatischeres und schrecklicheres Problem für die revisionistische Forschung darstellen würde, als es bereits der erste war. Der Schauplatz eignete sich für eine weit größere Verbreitung und Vielfalt entstellenden Hasses als in den Jahren vor 1914, und die Fähigkeit, die Leidenschaften aufzuputschen und Legenden auszustreuen, hatte in der Zwischenzeit beachtlich zugenommen. Viele technische Fortschritte im Journalismus, größere Redaktionsstäbe, vor allem an ‚Auslandsexperten', und eine stärkere Betonung der Außenpolitik ließen voraussehen, daß die Presse eine weit wirksamere Rolle dabei spielen würde, die Massen in Bewegung zu bringen, als 1914/18. Gewiß, auch 1914 schon war die Presse, wie Jonathan F. Scott und Oron J. Hale gezeigt haben, ein vielleicht ebenso entscheidender Anlaß zum Kriege

wie die Torheit der Staatsoberhäupter und ihrer Diplomaten. Sie mußte 1939 und danach einen noch mächtigeren und bösartigeren Einfluß ausüben.

Die Kunst der Propaganda hatte gewaltige Fortschritte gemacht und alle moralischen Hemmungen nahezu vollständig überwunden. Die Propagandisten von 1939 und später verfügten nicht nur über die Art, die Öffentlichkeit zu belügen, die sie während des ersten Weltkriegs gelernt hatten, sondern auch über die eindrucksvollen Fortschritte in der Kunst des öffentlichen Betruges, die man nach 1918 sowohl im zivilen als auch militärischen Sektor gemacht hatte. Ein hoher englischer Geheimdienst-Offizier schrieb sogar ein Buch – es erschien 1938 –, in dem er seinen englischen Kameraden erklärte, wie die Amerikaner im Falle eines zweiten Weltkrieges zu behandeln seien, und sie warnte, nicht wieder die gleichen Methoden anzuwenden, die Sir Gilbert Parker und andere von 1914 bis 1918 so erfolgreich geübt hatten, um die amerikanische Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Er empfahl neue Legenden und eine neue Taktik, die notwendig werden würde. Während der nächsten Jahre begann man dann sich ihrer zu bedienen.

Um 1939 konnten die Propagandisten auf einem viel umfangreicheren Register bitterer Haßempfindungen spielen. Wie sehr auch der Kaiser im ersten Weltkrieg geschmäht und verleumdet worden war, vor dem Juli 1914 genoß er doch weithin großes Ansehen. 1913, zur Zeit des fünfundzwanzigsten Jahrestags seiner Thronbesteigung, rühmten ihn führende Amerikaner wie Theodore Roosevelt, Nicholas Murray Butler und der frühere Präsident Taft freigebig. Butler ereiferte sich, der Kaiser würde, wenn er in den Vereinigten Staaten geboren wäre, ohne die Formalität einer Wahl ins Weiße Haus eingezogen sein, und Taft stellte fest, der Kaiser habe während seiner ganzen Regierungszeit als einzelner die stärkste Friedenskraft der ganzen Welt dargestellt. Eine derartige Zuneigung und Bewunderung gab es für Hitler und Mussolini 1939 nicht. Butler hatte zwar Mussolini den „größten Staatsmann des zwanzigsten Jahrhunderts“ genannt, aber das war in den zwanziger Jahren. Die britische Propaganda gegen den Duce während des Äthiopischen Raubzuges hatte den größten Teil der amerikanischen Bewunderung für ihn zerstört. Der gegen Hitler gerichtete Haß in den Demokratien um 1939 übertraf, was sich je gegen eine andere Gestalt der modernen Geschichte angesammelt hatte. Amerikanische und britische Konservative haßten Stalin und die Kommunisten und übertrugen diesen Haß nach dem deutsch-russischen Pakt vom August 1939 auf Deutschland und Hitler. Der Haß auf die Russen wurde zur Weißglut, als sie im Herbst 1939 Ost-Polen, und im Winter darauf Finnland

besetzten. Rassenunterschied und Hautfarbenkomplex förderten den Haß auf die Japaner, und nach dem Angriff auf Pearl Harbor, dessen tatsächliche Hintergründe erst nach dem Kriege bekannt wurden, ging dieser Haß soweit, daß sogar hohe amerikanische Seeoffiziere wie Admiral Halsey die Japaner wörtlich als „untermenschliche Anthropoiden" bezeichnen konnten.

Unter solchen Umständen war es augenscheinlich, daß der allgemeine Haß – mit einem Worte Wilsons – ‚ohne Maß und Schranken' sich ausbreiten konnte und daß man hemmungslos in Lügen schwelgte ohne jede Rücksicht auf die Tatsachen, soweit überhaupt Tatsachen vorlagen. Jedes bedeutendere Land richtete eine offizielle Dienststelle ein mit der Aufgabe, die Täuschung der Öffentlichkeit zum Dauerzustand zu erheben, und stattete sie verschwenderisch mit nahezu unbeschränkten Mitteln aus. Es war deutlich vorauszusehen, daß der Revisionismus nach Abschluß der Feindseligkeiten vor einer übermenschlichen Aufgabe stehen würde.

Nach dem ersten Weltkrieg waren es die Russen gewesen, die die ersten bedeutenden Schritte zu einer Revision unternahmen. Die Kommunisten hatten in der Absicht, das zaristische Regime in Mißkredit zu bringen und für den Krieg verantwortlich zu machen, umfangreiche Dokumente mit den französisch-russischen Geheimabkommen zwischen 1892 und 1914 veröffentlicht. Diese Dokumente und ergänzendes französisches Material brachten den Erweis, daß Frankreich, Rußland und Serbien die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch von 1914 trugen. Es folgte die Öffnung der Archive anderer Länder, und in Europa erschienen, wie ich bereits erwähnte, eine Reihe bedeutender revisionistischer Bücher.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die überwiegende Mehrheit der revisionistischen Schriften in den Vereinigten Staaten herausgegeben. Die Russen hatten 1945 keinen Zar anzuklagen. Stalin war daran interessiert, die Legende aufrechtzuerhalten, daß er von Hitler durch den deutschen Angriff am 22. Juni 1941 überrascht und verraten worden sei. England sah sein Empire in Auflösung, und die britische Führung war sich ihrer primären Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch 1939 bewußt; darum wurde alles versucht, die revisionistische Arbeit einzuschüchtern. Frankreich wurde von weit schlimmeren Haßausbrüchen erschüttert als während der Französischen Revolution, und über 100000 Franzosen wurden anläßlich der ‚Befreiung' entweder einfach umgebracht oder auf pseudogesetzliche Art hingeschlachtet. Nur der bekannte Journalist Sisley Huddleston, ein in Frankreich lebender, ausgebürgerter Engländer, der angesehene Publizist Alfred Fabre-Luce und der unbestechliche Jacques Benoist-Méchin ließen einiges erscheinen, das auf einen französischen Revisionismus

schließen ließ. Deutschland und Italien, für Jahre unter der Gewalt der Eroberer, waren nicht in der Lage, revisionistische Arbeiten einzuleiten. Auch als diese Länder frei wurden, lähmte der Haß auf Hitler und Mussolini, der den Krieg überlebt hatte, eine revisionistische Tätigkeit. Nur Hans Grimm und Ernst von Salomon veröffentlichten etwas, das an einen deutschen Revisionismus erinnert, doch beschäftigte sich ihre Arbeit nicht mit der Geschichte der Diplomatie. Das einzige in Deutschland erschienene Buch, das wirklich als eine revisionistische Arbeit betrachtet werden kann, ist das neue Werk von Fritz Hesse ‚Hitler und die Engländer'. Es verbreitet sich über die bereits bekannte Tatsache, daß Hitler den Krieg in erster Linie infolge seiner Anglomanie verlor, da er nicht dazu bereit war, die volle militärische Kraft gegen die Engländer einzusetzen, solange der Sieg noch möglich war. In Italien schrieb der bedeutende Gelehrte und Geschichtler der Diplomatie, Luigi Villari, eine geschickte Arbeit über die Außenpolitik Mussolinis, die eine der wesentlichsten Erscheinungen des Revisionismus nach dem zweiten Weltkrieg darstellt. Doch mußte das Buch in den Vereinigten Staaten gedruckt werden. Ebenso erging es seinem Buch über die ‚Befreiung' Italiens nach 1943.

Geschichtsverdunklung

Wesentliche Bücher revisionistischen Inhalts erschienen in den Vereinigten Staaten frühzeitig und verhältnismäßig vielfältig. Aber diesem Reichtum standen nahezu unüberwindliche Hindernisse gegenüber, wenn es galt, diese revisionistische Literatur in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und dafür zu sorgen, daß sie gelesen wurde. Mit anderen Worten: eine beispiellose Zahl revisionistischer Arbeiten erschien im Zeichen einer noch bemerkenswerteren Geschichtsverdunkelung, die sie dem lesenden Publikum weithin verborgen hielt.

Die Erklärung für die relativ größere Fruchtbarkeit des Revisionismus in den Vereinigten Staaten nach 1945 ist nicht schwer zu finden. Von der Brücken-Rede Roosevelts in Chicago im Oktober 1937 bis zum japanischen Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 hatte die Debatte über die Europäische Lage und über die Weltlage mehr als vier Jahre gedauert. Die meisten, die nach 1945 revisionistische Bücher herausgaben, hatten an dieser großen Debatte teilgenommen, hatten Materialien über die Streitfragen gesammelt und waren sowohl über die Tatsachen als auch über die Lügen, die von den Interventionisten verbreitet wurden, wohl unterrichtet. Sie arbeiteten eifrig an der Vollendung von Büchern, um ihren alten Stand punkt wieder einnehmen zu können, sobald die Beendigung der Feindselig-

keiten es gestattete. Pearl Harbor hatte sie nur für die Dauer des Krieges zum Schweigen gebracht. Außerdem waren die Vereinigten Staaten von den Verwüstungen des Krieges unberührt geblieben, befanden sich am V-J-Tage[1] in guter wirtschaftlicher Verfassung und hatten keine kolonialen Besitzungen verloren. Vier Jahre lebhafter Debatten vor Pearl Harbor und nahezu vier Jahre leidenschaftlichen Lügens und Hassens danach hatten schließlich die amerikanische Fähigkeit zum Hassen, verglichen mit den Zuständen in Europa und Asien, vorübergehend ein wenig erschöpft. Es herrschte zu guter Letzt etwas Atemnot, bis der Haß sich neu belebte, als Truman im März 1947 den kalten Krieg einleitete.

Revisionistische Bücher

Wir können hier nur die hervorragendsten Erscheinungen revisionistischer Literatur in den Vereinigten Staaten erwähnen. John T. Flynn's AS WE GO MARCHING kam 1944 heraus, seine bahnbrechenden Broschüren über Pearl Harbor 1944 und 1945 und sein THE ROOSEVELT MYTH 1948. George Morgensterns PEARL HARBOR erschien 1947; Charles Austin Beard's zwei Bände über Roosevelts Außenpolitik wurden 1946 und 1948 herausgegeben. Helen Mears' MIRROR FOR AMERICANS: JAPAN erschien 1948. William Henry Chamberlin's AMERICAS SECOND CRUSADE wurde 1950 veröffentlicht, Frederic R. Sanborn's DESIGN FOR WAR CAME OFF THE PRESSES' 1951. Charles C. Tansill's ‚BACK DOOR TO WAR' erschien 1952, die Gemeinschaftsarbeit ‚PERPETUAL WAR FOR PERPETUAL PEACE', die ich herausgab, die beste Anthologie revisionistischer Forschungsergebnisse über den zweiten Weltkrieg, kam im Sommer 1953 heraus und Richard N. Current's ‚SECRETARY STIMSON' wurde 1954 veröffentlicht. Admiral R. A. Theobald's ‚THE FINAL SECRET OF PEARL HARBOR' erschien 1954, im gleichen Jahr auch René A. Wormser's ‚THE MYTH OF THE GOOD AND BAD NATIONS'. Admiral H. E. Kimmel's ‚ADMIRAL KIMMEL'S STORY' wurde 1955 veröffentlicht, Bryton Barron's ‚INSIDE THE STATE DEPARTMENT' 1956 und Elisabeth C. Brown's ‚THE ENEMY AT HIS BACK' 1957.

Ergänzend zu diesen Büchern amerikanischer Revisionisten gibt es eine eindrucksvolle Liste von Werken europäischer Autoren, die zu Hause einer noch totaleren Geschichtsverdunkelung aus dem Wege gehen und sich eine anerkannte Veröffentlichung in den Vereinigten Staaten sichern mußten.

1 Victory in Japan, 15. August 1945.

Unter ihnen Sisley Huddleston's Bücher ‚POPULAR DIPLOMACY AND WAR' und ‚FRANCE: THE TRAGIC YEARS', die schneidende Kritik an den Kriegsverbrecherprozessen von Lord Hankey und Montgomery Belgion, das beachtliche Buch von F.J.P. Veale ‚ADVANCE TO BARARISM', das sowohl den Gipfel der Barbarei, das Bombardieren der Zivilbevölkerung, als auch die Kriegsverbrecherprozesse kritisiert; Russell Grenfell's vernichtende Entlarvung der Germanophobie in seinem ‚UNCONDITIONAL HATRED', Emrys Hughes' brilliante biographische Studie über Winston Churchill und Dr. Villari's Bücher über Mussolinis Außenpolitik und die Befreiung Italiens durch die Alliierten.

Von einigen weiteren Büchern am Rande des literarischen Revisionismus ist Freda Utley's ‚THE HIGH COST OF VENGEANCE', das die Dummheit und Barbarei der Alliierten in Deutschland nach dem V-E-Tage[1] behandelt, kennzeichnend und eines der bemerkenswerteren. Daneben mögen noch Bücher erwähnt werden wie ‚CONQUEROR'S PEACE' von Andy Rooney und Bud Hutton, ‚AND CALL IT PEACE' von Marschall Knappen, ‚THEY THOUGHT THEY WERE FREE' von Milton Mayer und ‚AMERICAN MILITARY GOVERNMENT IN GERMANY' von Harold Zink.

Was wir heute wissen

Seit 1945 sind in den Vereinigten Staaten nicht nur wesentlich mehr revisionistische Bücher erschreckenden Inhalts veröffentlicht worden als in dem entsprechenden Zeitabschnitt nach 1918, sondern die durch ihre neueren Untersuchungen ermittelten Tatsachen waren auch weit sensationeller als alles, was revisionistische Forscher nach dem ersten Weltkrieg veröffentlichten. Von 1937 an hat Stalin ebenso zielstrebig auf einen Zermürbungs- und wechselseitigen Zerstörungskrieg zwischen den kapitalistischen Nationalsozialisten, Faschisten und demokratischen Ländern hingewirkt wie Sassanow und Iswolski 1914 auf einen französisch-russisch-englischen Krieg gegen Deutschland und Österreich. Hitler war weit davon entfernt, etwa mit brutalen und unbilligen Forderungen überstürzt einen Angriffskrieg gegen Polen einzuleiten; er bemühte sich während der August-Krise 1939 weit mehr, den Krieg abzuwenden, als der Kaiser während der Krise im Juli 1914. Und Hitlers Forderungen an Polen waren die angemessensten, die er während seiner ganzen Regierungszeit an irgendein Land richtete. Sie waren weit konzilianter, als Stresemann und die Weimarer Republik es je in Betracht gezogen hätten. Polen benahm sich 1938/

1 Victory in Europe, 8. Mai 1945.

39 sehr viel unvernünftiger und unnachgiebiger als Serbien 1914. Mussolini suchte Hitler 1939 vom Kriege abzuraten und bemühte sich, nachdem der Krieg schon begonnen hatte, wiederholt darum, Friedenskonferenzen einzuberufen. Er stieß durchaus nicht etwa im Juni 1940 mutwillig „einen Dolch in Frankreichs Rücken", sondern wurde durch neutralitätswidrige wirtschaftliche Abschnürungsmaßnahmen von seiten Englands gewaltsam in den Krieg gezwungen. Frankreich war 1939 abgeneigt, Krieg zu beginnen, und nur schärfster Druck des britischen Foreign Office trieb Bonnet und Daladier dazu, sich widerstrebend der britischen Kriegspolitik am 2. und 3. September 1939 anzuschließen.

Während 1914 die britische Verantwortung für den ersten Weltkrieg zur Hauptsache auf der schwächlichen und doppelzüngigen Haltung Sir Edward Grey's beruhte, also mehr eine negative als eine positive Verantwortung war, trugen die Engländer sowohl für den Ausbruch des deutsch-polnischen als auch des europäischen Krieges Anfang September 1939 nahezu die Alleinverantwortung. Lord Halifax, der britische Außenminister, und Sir Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau, waren weit verantwortlicher für den europäischen Krieg von 1939 als Sassanow, Iswolski und Poincaré für den von 1914. Chamberlains Rede vor dem Parlament in der Nacht des 2. September 1939 war eine ebenso verlogene Entstellung der deutschen Haltung wie Sir Edward Grey's Ansprache an das Parlament am 3. August 1914.

Der Fall Roosevelt

Was Amerikas Eintritt in den zweiten Weltkrieg betrifft, so tuen die gegen Präsident Roosevelt vorliegenden Argumente diesem weit mehr Abbruch als etwa Woodrow Wilson, der immerhin noch einige Zeit nach 1914 wenigstens formal den Schein der Neutralität aufrecht erhielt. Roosevelt aber „log die Vereinigten Staaten in den Krieg". Soweit er es wagte, verlegte er sich auf illegale Unternehmungen wie etwa, Munitionsschiffen Geleitschutz zu geben, um Deutschland und Italien zum Krieg gegen die Vereinigten Staaten herauszufordern. Als ihm das mißlang, unternahm er den erfolgreichen Versuch, durch die Hintertür Japan in den Krieg hineinzukommen. Er lehnte wiederholte und aufrichtige Japanische Vorschläge ab, die, wie selbst Hull zugab, alle lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten im Fernen Osten sicherstellten, zwang die Japaner durch wirtschaftliche Abschnürung im Sommer 1941 zum Angriff auf Pearl Harbor, unternahm Schritte, um die Kommandanten von Pearl Harbor, General Short und Admiral Kimmel daran zu hindern, mit Hilfe eigener

Entschlüsselungs-Möglichkeiten einen japanischen Angriff zu entdecken. Auch enthielt er Short und Kimmel die in Washington aufgefangenen und entschlüsselten japanischen Funksprüche vor, die besagten, daß der Krieg jeden Augenblick da sein konnte, und befahl sogar General Marshall und Admiral Stark, Short und Kimmel vor dem 7. Dezember mittags keinerlei Warnung zukommen zu lassen, da er wußte, daß zu diesem Zeitpunkt jede Warnung zu spät kommen würde, den japanischen Angriff um 1 Uhr nachmittags Washingtoner Zeit noch abzuwenden.

Auch für den Ausbruch des Krieges in Europa war Roosevelt sowohl direkt wie indirekt in hohem Grade verantwortlich. Schon bei der Wiedereinrichtung deutscher Garnisonen im Rheinland, im März 1936, drängte er Frankreich, Hitler Widerstand zu leisten, also Monate bevor er in der Wahlkampagne 1936 seine scharf isolationistischen Reden hielt. Dieser Druck auf Frankreich und auch auf England dauerte bis zum Kriegsbeginn im September 1939 an. Er nahm an Umfang und Wucht nach der Quarantäne-Rede im Oktober 1937 noch zu. Beim Herannahen der Krise zwischen München und dem Kriegsausbruch drängte er die Polen, gegenüber jedweden deutschen Forderungen fest zu bleiben, und forderte die Engländer und Franzosen auf, die Polen unnachgiebig zu machen. Aus den erbeuteten polnischen und französischen Archiven stellten die Deutschen nicht weniger als fünf Bände Material zusammen, das fast ausschließlich Roosevelts zum Kriege treibende Ermunterungen an die europäischen Länder enthält, vor allem an Polen und Frankreich. Die Alliierten beschlagnahmten sie später. Nur ein kleiner Teil davon ist bereits veröffentlicht, am wichtigsten das, was die Deutschen in Polen erbeuteten und im Deutschen Weißbuch publizierten. Höchst wahrscheinlich würde das Material über Roosevelts Drängen in England mehr als fünf Bände füllen. Es ist nicht sicher, daß England im September 1939 in den Krieg gezogen wäre auch ohne Roosevelts Ermunterungen und Versicherungen, die Vereinigten Staaten würden im Kriegsfalle an Englands Seite treten, sobald er, Roosevelt, die amerikanische öffentliche Meinung umstimmen und für die Intervention gewinnen könne. Aber als die Krise dann nach dem 23. August 1939 akut wurde, sandte Roosevelt mehrere Botschaften aus zum geschichtlichen Nachweis seiner Bestrebungen, den Krieg durch Verhandlungen zu vermeiden.

Trotz dieser umfangreichen revisionistischen Literatur hat die Öffentlichkeit fünfzehn Jahre nach dem V-J-Tag im Grunde genommen noch keine Kenntnis von den ermittelten Tatsachen. Der ‚Mann auf der Straße' ist heute noch genau so geneigt, Roosevelts ‚Day of infamy'-Legende zu glauben, wie er es am 8. Dezember 1941 war. Ein Mitglied des historischen

Staatsdepartements eines bedeutenden östlichen Staates schrieb mir kürzlich, er habe nichts von revisionistischen Arbeiten über den zweiten Weltkrieg gehört, bis er meinen Aufsatz im Frühjahrsheft 1958 von ‚Modern Age' gelesen habe. Um das Jahr 1928 besaßen die meisten gebildeten Amerikaner eine leidliche Kenntnis von den wirklichen Zusammenhängen des Kriegsbeginns 1914 und des amerikanischen Kriegseintritts 1917. Wo liegen die Ursachen für den krassen Unterschied der Verbreitung wahrheitsgemäßer Kenntnisse zwischen der Zeit nach 1918 und nach 1945? Auf die Umstände, die den Revisionismus in Europa seit 1945 lähmen, haben wir bereits hingewiesen, so mag jetzt unsere Prüfung der Ursachen für diese Blockade wirklichen Wissens auf die Vereinigten Staaten beschränkt bleiben.

Ein Hauptgrund dafür, daß es dem Revisionismus in den Vereinigten Staaten nach 1945 so wenig gelang, sich die öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen, ist der, daß das Land nach dem Kriege niemals Zeit hatte, zur Besinnung zu kommen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Stimmung nach 1945 hier nicht so gereizt war wie in Europa und Japan, aber sie war doch weit gespannter als in den Vereinigten Staaten der zwanziger Jahre. Schon während des Kongreßwahlfeldzuges 1918 war die Säule der politischen Meinungsbildung der Kriegsjahre geborsten, und beim Wahlfeldzug von 1920 begann man sich vom Kriege enttäuscht zu fühlen und die Neigung, sich aus den europäischen Streitigkeiten zurückzuziehen, setzte sich langsam durch. Die Vereinigten Staaten weigerten sich, den Versailler Vertrag zu unterschreiben oder dem Völkerbund beizutreten. Es trat nach 1918 für die Dauer von etwa zwanzig Jahren eine Periode der Beruhigung ein. Noch 1941 wünschte die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes, dem europäischen Kriege fern zu bleiben, und Roosevelt hatte es sehr schwer, ein Aushebungsgesetz für Friedenszeiten durchzupeitschen und einen Teil der Neutralitätsgesetzgebung aufheben zu lassen.

Nach 1945 gab es nichts dergleichen. Im März 1946 proklamierte Winston Churchill in Fulton, Missouri, mit dem Segen Präsident Trumans den Kalten Krieg und ein Jahr später eröffnete Truman den Kalten Krieg tatsächlich. Das führte 1950 zum Ausbruch eines heißen Krieges in Korea. Die Orwell'sche Technik, politische Macht und wirtschaftliche Scheinblüte auf kalte, propagandistische Kriegführung zu gründen, begann 1950, die öffentliche Meinung unumschränkt zu beherrschen. Ein heißer Krieg ruft spontan eine Welle echter, wenn auch gefährlicher und irregeleiteter Gemütsbewegung hervor. Aber ein kalter Krieg muß mit Hilfe von Propaganda und Legenden herbeigeführt und auf Grund künstlicher Erregung

am Leben erhalten werden, die ihrerseits eben wieder durch geplante Propaganda hervorgerufen wird. Die Torturen aus dem Buch ‚1984‘, die dort vom ‚Liebesministerium‘ angewandt werden, haben sich in den Vereinigten Staaten noch nicht als notwendig erwiesen. Die amerikanische Öffentlichkeit zeigte sich für die einfachen Methoden der propagandistischen Gehirnwäsche empfänglicher als Orwell voraussehen konnte, obwohl er doch selbst alter Propagandist am BBC war! Orwell'sches ‚Zwiedenken‘ hat die Regierungen Truman und Eisenhower dazu befähigt, einander widersprechende Arten von Politik zu verkünden und durchzusetzen, und die ‚crimestop‘-Technik des Orwell'schen Systems erspart es der Öffentlichkeit und vielen ihrer Leiter, ein Programm oder eine Erklärung zu durchdenken. Eine Politik ewigen Krieges um des ewigen Friedens willen erscheint der amerikanischen Öffentlichkeit weder töricht noch unlogisch. So reichte die Propaganda, die von unserem ‚Wahrheitsministerium‘ mit dem nahezu einmütigen Beistand unserer Presse betrieben wurde, weitgehend aus, die Zustimmung des Volkes zum Kalten Kriege zu erhalten. Es liegt auf der Hand, daß eine Öffentlichkeit, die ständig einer derartigen Gehirnwäsche und künstlichen Erregung ausgesetzt ist, sich wahrscheinlich nicht ernsthaft um Tatsachen und Schriften kümmert, die dazu bestimmt sind, die Kriegführung in Verruf zu bringen und solide Grundlagen für einen echten Frieden zu liefern. Das hieße etwa erwarten, daß sich Wüstenscheiche auf Bücher über Wasserpolo oder Außenbord-Motorbootrennen konzentrieren. Die öffentliche Meinung ist in solchen Dingen beinahe undurchdringlich geworden. Als die Alliierten Mitte der zwanziger Jahre wegen lumpiger zwölf Milliarden Dollar Kriegsschulden Onkel Sam als ‚Onkel Shylock‘ verhöhnten, ärgerte das die Amerikaner so sehr, daß sie auf die Ergebnisse revisionistischer Forschung zu hören begannen. Mitte der fünfziger Jahre, nachdem die Vereinigten Staaten zehntausende von Menschenleben verloren und über 65 Milliarden Dollar für auswärtige Hilfe an überseeische Länder gezahlt hatten, registrierte man hier nicht einmal so abscheulich beleidigende und undankbare Äußerungen wie ‚Yanks go home!‘ Die Regierung forderte den Einsatz noch größerer Auslandshilfen und die Öffentlichkeit schien zuzustimmen. Kongreßmitglieder wie John Taber, der jahrelang möglichst viele Anträge zu Fall zu bringen suchte, die hier zu Hause ein besseres Leben ermöglichen sollten, erklärte, die Auslandshilfe sei so wichtig, daß sie die Gesichtspunkte der Genügsamkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, die man gegenüber Aufwendungen zur Nutzung innerhalb unserer eigenen Grenzen immer geltend gemacht hatte, noch an Wichtigkeit überträfe.

Die mutlosen fünfziger Jahre

Eine weitere Erklärung für die Abneigung oder Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit seit 1945 dem Revisionismus gegenüber findet sich in der großen Verschiedenheit der geistigen Atmosphäre in den zwanziger Jahren von der in der Zeit nach 1945. Die Verhältnisse der zwanziger und anfangs der dreißiger Jahre waren unter allen Jahrzehnten der modernen amerikanischen Geschichte einem unabhängigen und furchtlosen Denken am förderlichsten. Es war die Zeit Menckens und Nathans, der Höhepunkt der Volkstümlichkeit H. G. Wells', eine Ära, in der James Harvey Robinson's ‚MIND IN THE MAKING' ein Bestseller werden konnte und Thorstein Veblen als der angesehenste amerikanische Wirtschaftler galt. Seit 1945 sind wir in eine Periode geistiger Gleichförmigkeit geraten, wie sie seit der höchsten Machtstellung und Geschlossenheit der katholischen Kirche im Mittelalter nicht mehr erreicht wurde. Unter dem Druck des Orwell'schen Kalten-Kriegs-Systems und derjenigen, die im zivilen und geschäftlichen Bereich gleich mächtig sind, ist geistige Selbständigkeit und Unabhängigkeit nahezu verschwunden. In dieser Ära von ‚1984' empfindet der ‚Organisationsmensch', der ‚Mann im grauen Flanell', ‚Hidden Persuaders' und ‚Madison Avenue', auch der durchschnittliche Absolvent einer amerikanischen Hochschule nicht mehr Bedürfnis zu unabhängigem Denken als ein katholischer Bauer zur Zeit Papst Innocenz' III.

Ein weiterer Grund für den beispiellosen Widerstand gegen die revisionistische Forschung nach dem zweiten Weltkrieg ist die Tatsache, daß die Liberalen und Radikalen, die in den zwanziger Jahren die Stoß- und Spähtrupps des Revisionismus gewesen waren, sich seit 1945 in überwiegender Mehrheit jeder Aufnahme revisionistischer Erkenntnisse widersetzten. Monate oder sogar Jahre vor 1939 bzw. 1941 waren sie die Wortführer der Kriegspartei in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten und haben niemals widerrufen. Obwohl die meisten prominenten Liberalen nach 1917 Wilsons Krieg von Herzen unterstützt hatten, wurden sie durch den ‚Friedens'-Vertrag aller Illusionen beraubt und setzten sich nach 1919 an die Spitze der revisionistischen Phalanx. Ganz besonders ist hier Herbert Croly mit seinen Mitherausgebern der ‚New Republic' zu erwähnen. Sie gaben ihren Irrtum zu, aber gründlich! Oswald Garrison Villard und die meisten seiner Mitarbeiter an der ‚Nation' brauchten keinen Irrtum zuzugeben, da sie die amerikanische Intervention 1917 niemals mit irgendwelcher Begeisterung bejaht hatten.

Tatsachen, die man leugnet

Die Liberalen und Radikalen konnten ihre Vorkriegsanschauungen und ihre Vorkriegshaltung vor allem deswegen nicht revidieren, weil ihr Haß auf Hitler und Mussolini einfach zu groß war, um sie noch so unbestreitbare Tatsachen anerkennen zu lassen, die die Schuld, mit der diese beiden Männer seit 1939, bzw. seit 1935 belastet wurden, bis zu einem gewissen Grade vermindern konnten. In einem solchen Falle weigert man sich unter Umständen, Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Stalin gegenüber brauchte man keinen damit vergleichbaren Haß aus der Vorkriegszeit in Vergessenheit zu bringen. Der Haß gegen Hitler aber war besonders bitter bei einigen Minderheiten, die nach dem ersten Weltkrieg begeisterte Anhänger des Revisionismus gewesen waren.

Und tatsächlich scheint sich die Abneigung, historische Tatsachen niederzuschreiben, die die Politik Hitlers und Mussolinis in einem etwas günstigeren Lichte erscheinen lassen als während des Krieges, den meisten Revisionisten von heute mitgeteilt zu haben, auch solchen konservativer Haltung. Nach dem ersten Weltkrieg beschäftigten sich die meisten revisionistisch-historischen Schriften mit den europäischen Hintergründen des August 1914. Nur drei wichtige revisionistische Bücher wurden über den Eintritt Amerikas in den Krieg geschrieben, die von Tansill, Grattan und Millis, während zwanzig oder mehr über die europäische Situation in Europa selbst und den Vereinigten Staaten herauskamen. Das erste endgültige Buch über Amerikas Kriegseintritt, Tansill's ‚AMERICA GOES TO WAR', erschien nicht vor 1938, zehn Jahre nach Fay's ‚ORIGINS OF THE WORLD WAR'.

Nach dem zweiten Weltkrieg haben sich alle revisionistischen Bücher, soweit sie von amerikanischen Autoren geschrieben wurden, zur Hauptsache mit Amerikas Kriegseintritt beschäftigt. Nicht ein revisionistisches Buch oder auch nur ein revisionistischer Aufsatz von Bedeutung setzte sich mit der Wahrheit über 1939 auseinander. Am nächsten kommt ihr die gründliche und wohlunterrichtete Behandlung der europäischen Situation in Tansill's klassischem Buch ‚BACK DOOR TO WAR', aber auch dieses Buch ist in erster Linie dem amerikanischen Kriegseintritt gewidmet. Entweder scheint es Abneigung vor der geringsten Milderung des Urteils über Hitler und Mussolini aus der Kriegszeit gewesen zu sein oder Furcht vor den Ergebnissen, die sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in Europa gerade Revisionisten zwanzig Jahre lang nach den Ereignissen davon abhielt, die Krise von 1939 systematisch unter die Lupe zu nehmen.

Da ich nun aber gerade eben die Ergebnisse revisionistischer Forschung über die Verantwortung am Kriegsausbruch 1939 zusammengefaßt habe, kann man mit Recht fragen, woher ich denn von diesen Dingen weiß, wenn kein abschließendes Buch über diesen Gegenstand veröffentlicht worden ist. Alles, was ich feststellte, stützt sich auf Prof. Tansill's ‚BACK DOOR TO WAR'. Doch wurde kürzlich noch eine detaillierte Untersuchung der 1939er Krise durch einen ausgezeichnet unterrichteten Forscher fertiggestellt. Dieses Buch wird mit dem monumentalen Werk von Prof. Fay über 1914 auf einer Stufe stehen. Ich habe das Manuskript sehr sorgfältig und gründlich gelesen. Es wurde als wissenschaftliches Werk von dem heute angesehensten historischen Institut der Erde anerkannt. Zu lösen ist lediglich noch das Problem der Veröffentlichung [1].

Die Gegner der Intervention aus der Zeit um 1937 und danach, wie zum Beispiel die Gruppe ‚America first', waren in erster Linie konservativ eingestellt und begrüßten zum größten Teil die frühen revisionistischen Veröffentlichungen. Aber bald gerieten sie in Übereinstimmung mit den Vertretern des Kalten Krieges, weil ein außergewöhnliches Rüstungsprogramm Industrie, Handel und Finanzen förderte. Danach fürchteten oder scheuten sie, eine wissenschaftliche Richtung offen finanziell oder auf andere Weise zu unterstützen, die die Voraussetzungen für den Kalten Krieg ebenso gründlich untergrub wie die interventionistische Legendenbildung von 1939–41. Darum war der Revisionismus von 1947 an nicht nur unpopulär und unbeachtet, sondern auch von Armut betroffen. Andrerseits halfen reiche Stiftungen freigebig bei der Abfassung anti-revisionistischer Bücher. An 150000 Dollar wurden allein zur Verfügung gestellt, um die Herausgabe der Langer- und Gleason-Bände zu ermöglichen, des nachhaltigsten Versuchs, die diplomatische Hinterlassenschaft Roosevelts und Churchills weiß zu waschen.

Ein weiterer Faktor, der zu der nahezu unglaublichen Behinderung des Revisionismus seit 1945 beigetragen hat, waren die übertriebenen ‚Sicherheits'-Maßnahmen, die unter dem System des Kalten Krieges Furcht und Ängstlichkeit bei Beamten, Wissenschaftlern und in der breiten Öffentlichkeit erheblich verstärkten. Da ja der Revisionismus logischerweise die gesamte amerikanische Staats-Politik seit Pearl Harbor herausforderte, war es gefährlich, für ihn Partei zu ergreifen. Das heißt, es war gefährlich geworden, zu sagen, daß Frieden anders als durch Krieg zu erwirken sei. Die Presse zieht natürlich eine die Gemüter erregende Aufmachung, die

1 erscheint noch in diesem Jahr in deutscher Übersetzung im Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung.

auf den Kalten Krieg hinweist, der prosaischen Wissenschaftlichkeit revisionistischer Forschungsergebnisse vor. In den zwanziger Jahren war die Presse dem Revisionismus noch geistesverwandt gewesen, weil er unsere herrschende Politik hinsichtlich Reparationen, Kriegsschulden, Isolationismus, Abrüstung, Neutralität und dergleichen stützte. Heute ficht der Revisionismus die Ehrlichkeit, Verständigkeit und Untadeligkeit unserer grundlegenden Außenpolitik durch seine vernichtende Enthüllung der unheilvollen Folgen unserer weltweiten kriegerischen Einmischung seit 1937 an.

Von spezieller Bedeutung sind die Schwierigkeiten, revisionistische Bücher verlegen zu lassen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß sie möglichst auch öffentliches Interesse finden, zur Kenntnis genommen und dem lesenden Publikum in angemessener und wirkungsvoller Weise angeboten werden. Es gab nur zwei Verlage, und zwar verhältnismäßig kleine, die übereinstimmend revisionistische Bücher herausgaben: die Henry Regnery Companie in Chicago und die Devin-Adair Companie in New York City. Und lediglich fünf weitere kleine Verlage veröffentlichten ein revisionistisches Buch – nur eines in jedem Falle, ausgenommen die Yale Universitäts-Druckerei, die beide Bände von Beard herausbrachte, da ihr Direktor ein naher Freund und großer Bewunderer Beard's war. Universitätsdruckereien fanden sonst bald heraus, daß es eine gefährliche Sache war, sich der revisionistischen Publikation zu widmen: W. T. Couch, der tüchtige Leiter der Universitätsdruckerei in Chicago, wurde entlassen, in erster Linie weil er ein so am Rande revisionistischer Literatur liegendes Buch veröffentlicht hatte wie A. Frank Reel's bewundernswertes ‚THE CASE OF GENERAL YAMASHITA‘.

Nicht eine einzige große Verlagsbuchhandlung in den Vereinigten Staaten hat seit Pearl Harbor auch nur ein wesentliches wahrhaft revisionistisches Buch herausgebracht[2], sehr im Gegensatz zu der Haltung, die die Verleger revisionistischen Werken gegenüber in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre einnahmen. Damals waren die größten Verlagshäuser eifrig dahinter her, solche Bücher zu bekommen. Prof. Fay's klassisches Werk wurde bei der Macmillan Companie herausgegeben und das gewaltige zweibändige Werk von John S. Ewart bei Doran. Alfred Knopf veröffentlichte meine ‚GENESIS‘ und eine wahre Bibliothek revisionistischer Bücher in den zwanziger Jahren, aber 1953 wollte er sich nicht ein-

2 ausgenommen etwa die Veröffentlichung der Gefängniserinnerungen von Shigenori Togo, dem japanischen Außenminister während des Krieges, ‚THE CAUSE OF JAPAN‘, durch Simon und Schuster im September 1956.

mal an eine so sanfte und zurückhaltende Arbeit wagen wie Prof. Current's wissenschaftliche Studie über die politische Laufbahn von Staatssekretär Henry L. Stimson.

Es gibt eine Reihe von augenfälligen Gründen dafür, daß die bedeutenden Verleger heutzutage vor revisionistischen Büchern zurückschrecken. In erster Linie sind sie amerikanische Bürger und lieben es aus schon erörterten Gründen ebenso wie die meisten ihrer amerikanischen Landsleute nicht, ihre Überzeugung, Empfindungen, Antipathien und Vorurteile der Vorkriegs- und Kriegszeit aufzugeben. Die meisten von ihnen schätzen Revisionisten und Revisionismus absolut nicht. Außerdem wissen sie, daß der Revisionismus auch in der Öffentlichkeit unbeliebt ist, und folgern daraus, daß sich revisionistische Bücher wahrscheinlich nicht gut verkaufen lassen; infolgedessen ist die revisionistische Publikation ein verhältnismäßig schlechtes Geschäft. Darüber hinaus können solche Verleger, die privat für den Revisionismus eintreten mögen und gerne einige revisionistische Bücher herausgeben würden, selbst wenn sie es mit einem geringen Verdienst oder sogar einem kleinen Verlust tun müßten, ein solches Buch nicht auf seinen eigenen Wert hin oder als Ding an sich in Erwägung ziehen. Sie müssen auch seine mögliche Wirkung auf den Buchhandel allgemein und auf die Bücher kaufende Öffentlichkeit in Rechnung ziehen. Der Verlust, den sie möglicherweise durch die Herausgabe lediglich eines revisionistischen Werkes erleiden, kann ein Nichts sein gemessen an dem, was sie durch den ungünstigen Eindruck einer solchen Veröffentlichung oder durch das darauf folgende Gerede verlieren.

Furcht vor den Bücherklubs

Ganz besonders fürchten sie einen eventuellen Boykott von seiten der verschiedenen Bücherklubs, da diese, soweit sie von Bedeutung sind, heutzutage alle von den revisionsfeindlichsten Gruppen und Interessen scharf kontrolliert werden. William Henry Chamberlin's ‚AMERICA'S SECOND CRUSADE' ist die einzige revisionistische Arbeit über den zweiten Weltkrieg, die sich bewundernswert gut für volkstümlichen Buchhandel und Lektüre eignet. Es läßt sich mit Walter Millis' ‚ROAD TO WAR' über unseren Eintritt in den ersten Weltkrieg genau auf eine Stufe stellen. Das Millis-Buch gehörte zur Auswahl des Klubs ‚Das Buch des Monats' und wurde zu hunderttausenden verkauft. Der Leiter eines der größten Verlagshäuser der Erde kannte und schätzte Chamberlin persönlich, bewunderte sein Buch und würde es seinerseits gerne veröffentlicht haben. Aber er glaubte sehr verständlicher Weise, es nicht tun zu dürfen, aus Verantwor-

tungsgefühl gegenüber seinen Gesellschaftern. Wie er annahm, würde bei Veröffentlichung des Chamberlin-Buches zehn Jahre kein anderes Buch seiner Companie mehr in die Auswahl des Klubs ‚Das Buch des Monats‘ gelangt sein.

Das Chamberlin-Buch wurde dann bei Henry Regnery verlegt. Ein Vergleich seines Schicksals mit dem von Millis' ‚ROAD TO WAR‘ ist sehr lehrreich. Macy's Buchhandlung in New York City bestellte fünfzig Exemplare des Chamberlin-Buches und sandte vierzig als ‚unverkauft‘ zurück. Hätte es nach seinem Wert behandelt werden können, wären sicherlich fünf- oder sechstausend Exemplare verkauft worden. Ein Jahr nach dem Erscheinen stand noch kein Stück dieses Buches in der New Yorker Volksbücherei oder einer ihrer Filialen. Im Grunde genommen besteht ein regelrechter Boykott revisionistischer Bücher, mindestens im Verkauf an öffentliche Büchereien. Die Frau, die in den Vereinigten Staaten einen größeren Einfluß auf die Buchbestellungen der Bibliotheken hat als irgend jemand sonst, ist heftig anti-revisionistisch eingestellt. Sie achtet darauf, daß in ihrer Beratung von Bibliothekaren, die für ihre Neuerwerbungen Anleitung suchen, revisionistische Bücher entweder übergangen oder schlecht gemacht werden.

Aber selbst wenn revisionistische Bücher in die Buchläden gelangen, vermeiden die Verkäufer es, sie auszustellen, zuweilen leugnen sie sogar das Vorhandensein. In der Buchabteilung von Amerikas bedeutendstem Kaufhaus versuchte eine Frau das meistgelesene revisionistische Buch zu kaufen. Die Verkäuferin sagte ihr mit Bestimmtheit, der Vorrat sei ausverkauft und kein Exemplar mehr vorhanden. Die Kundin argwöhnte, daß die Verkäuferin die Unwahrheit sagte, und es gelang ihr, den Leiter des Geschäfts zu einer Nachprüfung zu veranlassen. Es stellte sich heraus, daß über fünfzig Exemplare unter dem Ladentisch versteckt lagen und daß die Verkäuferin darum wußte. Der Leiter des Geschäftes war so beschämt, daß er der Buchabteilung Anweisung gab, eine Sonderausstellung von diesem bis dahin verborgenen Buche zu machen.

Die führenden Magazine zeigen sich genauso zurückhaltend gegenüber der Veröffentlichung revisionistischer Aufsätze wie die großen Verlagsbuchhändler gegenüber der entsprechender Bücher. Auch das steht in vollkommenem Gegensatz zur Situation der zwanziger Jahre, als die Herausgeber der besseren Zeitschriften eifrig darauf aus waren, maßgebende Aufsätze führender Revisionisten zu bekommen. Um jeden der zahlreichen Artikel, die ich in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre über den Revisionismus schrieb, war ich von den Herausgebern gebeten worden.

Und soviel ich weiß, trifft das auch auf andere revisionistische Autoren zu. Aber seit Pearl Harbor ist nicht ein revisionistischer Aufsatz von Bedeutung in einer volkstümlichen, auflagenstarken amerikanischen Zeitschrift gedruckt worden. Die Gründe sind die gleichen wie bei den bekannten Verlagshäusern.

So unglaublich es erscheinen mag, so haben doch nicht nur Verleger, sondern auch Drucker versucht, revisionistisches Material zu unterdrükken. Als ich einer Druckerei in New York City eine recht maßvolle Broschüre über die militärische und politische Laufbahn des Marschall Pétain vorlegte, der umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen zugrunde lagen, weigerten sich die Drucker, das Material in Satz zu geben, bevor es nicht durch die Zensurabteilung einer der mächtigsten, heftig anti-revisionistischen Minoritäten des Landes genehmigt sei. Worauf ich das Manuskript zu einer anderen New Yorker Druckerei brachte, die keinem derartigen Druck ausgesetzt war. Die Episode erinnerte an jene Art von Zensur vor der Veröffentlichung eines Werkes, wie es sie einst in den Tagen des Kopernikus gab.

Verhängnis der Rezensionen

Die Benachteiligung der revisionistischen Literatur bleibt nicht auf die Schwierigkeiten bei der Herausgabe und beim Vertrieb beschränkt! Sind solche Bücher erschienen, so werden sie für gewöhnlich nicht zur Kenntnis genommen, geheimgehalten oder schlecht gemacht. Selten bringt man eine bescheidene Notiz über sie oder gar eine ehrliche Besprechung, wenn auch ungünstiger Art. Wie eine der führenden Organisationen für die Geschichtsverdunklung ihre Agenten unterrichtete, ist es immer vorzuziehen, ein Buch gänzlich totzuschweigen, wenn man seinen Vertrieb und seine Wirkung mit Sicherheit unterbinden will. Selbst eine bösartig ungerechte Rezension wird letztlich auf das Buch aufmerksam machen und Neugier und Interesse erregen. Vollständiges Ignorieren trägt mehr als alles andere dazu bei, es der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Die ‚American Historical Review‘ verfolgte unter ihrem Herausgeber Guy Stanton Ford die erklärte Politik, ‚controversial‘ Bücher nicht zu besprechen. Nach sorgfältiger Prüfung stellte sich heraus, daß mit ‚controversial‘ revisionistisch gemeint war. Den umstrittensten anti-revisionistischen Erscheinungen dagegen wurde ein bevorzugter Platz eingeräumt und Besprechungen gewidmet, deren Länge sonst nur bei Büchern von einiger Bedeutung üblich ist.

Wenn aber revisionistische Bücher tatsächlich einmal erwähnt und re-

zensiert werden, gibt man ihnen gewöhnlich einen versteckten Platz, nicht selten in den Fußnoten. So war es bei dem Buch Dr. Luigi Villari's, ‚ITALIAN FOREIGN POLICY UNDER MUSSOLINI'. Obgleich das Werk für die Geschichte der Diplomatie von größter Bedeutung – das einzige maßgebende Werk, das über diesen Gegenstand erschienen war – und sein Verfasser die auf diesem Gebiet angesehenste lebende Autorität war, wurde es in der ‚American Historical Review' dennoch unter die Fußnoten-Erwähnungen verbannt und dort gröblichst verrissen.

Um der Gerechtigkeit willen muß aber gesagt werden, daß, seit Dr. Boyd C. Shafer dem Dr. Ford als Herausgeber folgte, die revisionistische Literatur in der ‚American Historical Review' eine etwas angemessenere Behandlung erfährt. Der Raum reicht nicht aus, hier im einzelnen das Geschick der bedeutenderen revisionistischen Erscheinungen an Hand wissenschaftlicher Zeitschriften und an Hand der Buchbesprechungen in Zeitungen und Zeitschriften darzustellen.

Wesentlich ist, daß ungeachtet der Anzahl revisionistischer Veröffentlichungen, ihres Wertes und der Bedeutung ihrer Enthüllungen keinerlei Wirkung auf die amerikanische Öffentlichkeit spürbar werden kann, bis diese Öffentlichkeit von dem Vorhandensein, dem Wesen und der Bedeutung der revisionistischen Literatur erfährt. Daß das bisher nicht möglich war, liegt auf der Hand, und die Hindernisse, die bisher vorhanden waren, sind nicht wesentlich kleiner geworden. Um so mehr werden es aufrichtige Historiker und Publizisten begrüßen, daß der Herausgeber von ‚Liberation' offenbar die Spalten dieses Blattes einer Diskussion des Revisionismus und seiner Bedeutung für das Wohl des Landes zur Verfügung stellen will. Das ist der erste Schritt, der seit Pearl Harbor auf eine freie Zeitschrift hin unternommen wurde.

Die Günstlingswirtschaft

Bis jetzt habe ich fast ausschließlich die privaten und nicht offiziellen Bemühungen, die Wahrheit über Ursachen und Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu vertuschen, behandelt. Aber die offizielle Zensur war ebenso unnachgiebig und in mancher Hinsicht noch empörender. Wer amtliche Dokumente veröffentlicht, darf sich nicht durch Gesichtspunkte wie Gewinn oder Verlust zurückhalten lassen. Vor über zehn Jahren verurteilte Charles Austin Beard das Vorgehen des State Department, das dazu neigte, Historikern, die der amtlichen Außenpolitik günstig gesonnen waren, einen freieren Gebrauch der amtlichen Dokumente zu gestatten, wäh-

rend es jemandem, der im Verdacht stand, mit dem Revisionismus zu sympathisieren, den Zugang verwehrte. Beards Protest führte zu einer vorübergehenden Lockerung der Zensur und glücklicherweise konnte Professor Tansill damals viele seiner Untersuchungen vorantreiben. Aber bald wurden Zensur und Beschränkungen in vollem Umfang wieder eingeführt.

Als die Republikaner 1953 an die Regierung kamen, versprachen sie eine gründliche Besserung dieser Mißstände, aber sie versäumten es, ihre Zusicherungen in die Tat umzusetzen, und unter Staatssekretär Dulles wuchs sich der Skandal noch zu weit größerem Umfang aus als in der demokratischen Ära. Der gleiche historische Berater, Dr. G. Bernard Noble, blieb im Dienst und wurde sogar zum Direktor der Historischen Abteilung des State Department ernannt. Er war Demokrat, ein Schüler von Rhodes, als einer der wütendsten Fürsprecher unserer Intervention im zweiten Weltkrieg unter allen amerikanischen Sozialwissenschaftlern und als unversöhnlicher Feind des Revisionismus bekannt.

Im Mai 1953 versprach das State Department, daß alle Berichte von internationalen Konferenzen während des zweiten Weltkriegs binnen eines Jahres freigegeben würden und alle anderen Dokumente aus der Zeit seit 1939 beschleunigt zur Veröffentlichung kämen.

Aber es geschah nichts, bis endlich im Frühjahr 1955 die Dokumente der Yalta-Konferenz herauskamen. Augenscheinlich – es wurde bald nachgewiesen – waren diese gröblichst zusammengestrichen und zensiert worden. Zwei angesehene Mitglieder des historischen Stabes im Department, Dr. Bryton Barron und Dr. Donald Dozer, protestierten gegen diese Unterdrückung und Entstellung von Dokumenten. Noble zwang Barron zum vorzeitigen Rücktritt ohne Gehalt und entließ Dozer. Letzterer wurde zwar durch die Zivildienst-Kommission wieder eingesetzt, aber Noble erreichte es, daß er ein zweites Mal entlassen wurde und dieses Mal endgültig. Barron war beauftragt gewesen, das Material über die Yalta-Konferenz zu sammeln, Dozer das über die Konferenzen von Kairo und Teheran. Nur *eine* weitere Veröffentlichung ist seitdem erschienen, mit einigen unvollständigen Dokumenten über 1939. Sie erschien 1957 und wurde ebenfalls zensiert und zusammengestrichen.

Mittlerweile wurden an 37 Bände über unsere Außenpolitik seit 1939 zusammengestellt und druckreif gemacht. Aber nichts davon ging in die Druckerei, sondern das State Department gab im Frühjahr 1958 freundlich bekannt, es habe nicht die Absicht, einige dieser Bücher in absehbarer Zukunft zu veröffentlichen. Zur Begründung erklärte es, die Veröffentlichung

könne möglicherweise jemanden unter unseren NATO-Verbündeten verletzen. Um diesem erstaunlichen Vorgehen den Anschein historisch-wissenschaftlicher Kompetenz zu geben, hatte das State Department zu seiner Beratung in Fragen der Veröffentlichung eine ausgesuchte Kommission eingesetzt. Der Personenkreis dieser Kommission, der kein einziger revisionistischer Historiker angehörte, stellte sicher, daß die richtige ‚Beratung' gegeben werden würde. Der Vorsitzende war kein anderer als Professor Dexter Perkins, anerkanntermaßen ein famoser, leutseliger historischer Politiker, aber auch einer von dem halben Dutzend führender und unablässiger Widersacher revisionistischer Forschung in diesem Land. Die Kommission berichtete dann auch pflichtgemäß, daß die Veröffentlichung keines der 37 Bände, die auf den Regalen für die Regierungs-Druckerei bereit lagen, politisch ratsam sei.

Als Dr. Barron vor einer Senatskommission erschien, um gegen die Zensur und Verzögerung zu protestieren, wurden ihm für die Beweisführung nur elf Minuten zugestanden, den Zeugen, die die amtliche Zensur befürworteten, dagegen reichlich Zeit zur Verfügung gestellt. Einer der befähigtsten Schriftleiter des Landes kommentierte durchaus zutreffend: „Ein derartiges Beispiel von Heuchelei und Doppelzüngigkeit ist ohne Parallele. Das einzige Gegenstück dazu ist der ‚Gedächtnis-Schlucker' in George Orwell's ‚1984', wo ein autoritäres Regime der Zukunft geschildert wird, das alle Dokumente und Tatsachen beseitigen läßt, die nicht in die laufende Partei-Linie passen." Alles das ist kaum mit der Rolle vereinbar, die die Vereinigten Staaten als Führer der ‚Freien Nationen' angenommen haben, oder mit der scharfen Verurteilung der Russen deswegen, weil sie ihre amtlichen Dokumente zensieren.

Natürlich gibt es eine Reihe wesentlicher Staatsdokumente über den Ausbruch des zweiten Weltkriegs, an deren Veröffentlichung die Regierung niemals auch nur im Traume gedacht hat und die soviel Sprengstoff enthalten, daß selbst Historiker, die mit dem Weißwaschen amtlicher Protokolle beschäftigt sind, sie nicht verwenden dürfen. So ist es mit den sogenannten „Kent-Dokumenten", nämlich den nahezu 2000 Geheim-Botschaften, die seit dem September 1939 zwischen Churchill und Roosevelt ungesetzlicherweise im amerikanischen Code ausgetauscht wurden. Churchill selbst hat uns freimütig erzählt, daß diese Dokumente die meisten wirklich entscheidenden Tatsachen über die Zusammenarbeit zwischen ihm und Roosevelt in ihren gemeinsamen Bemühungen enthalten, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Als man sich anschickte, den bisher eindrucksvollsten Versuch einer Mohrenwäsche am Roosevelt-Churchill-Schriftwechsel vorzunehmen, drohte Churchill dem Haupt-Verfasser

mit einem Gerichtsverfahren, wenn er von den „Kent-Dokumenten" Gebrauch machen würde.

Die Unterdrückung der Dokumente über die Verantwortlichkeit am zweiten Weltkrieg erstreckt sich natürlich auf alle anglo-amerikanischen Unternehmungen und Beziehungen. Als die Kommunisten und Sozialisten in Rußland, Deutschland und Österreich nach 1918 ihre Archive veröffentlichten, um die alten kaiserlichen Regierungen in Mißkredit zu bringen, zwang das die Engländer und Franzosen letzten Endes das gleiche zu tun. Schließlich hatten die Forscher wirklich alles Tatsachenmaterial zu ihrer Verfügung.

Nach dem zweiten Weltkrieg war nichts dergleichen möglich. Die alliierten Siegermächte, vor allem England und die Vereinigten Staaten, erbeuteten die deutschen und italienischen Archive, ausgenommen das wesentlichste italienische Material, das die italienischen Kommunisten mit stillschweigender Zustimmung der Alliierten zerstörten, als sie Mussolini gefangennahmen und ermordeten. Heute könnten Deutschland und Italien, auch wenn sie wollten, ihre Dokumente alle nicht veröffentlichen, weil sie sie nicht besitzen. Einige sind an Italien zurückgegeben worden, und den Deutschen hat man die ihren versprochen. Aber man darf sicher sein, daß irgendwelches Material, das die Vereinigten Staaten und England ernstlich belastet, nicht dabei sein wird. So bleibt die Veröffentlichung weitgehend auf das beschränkt, was die amerikanischen und britischen Behörden zur Freigabe für tauglich erachtet haben, und es besteht keine Aussicht, daß es vollständiger oder wahrheitsgemäßer vorgelegt werden wird als die Dokumente von der Yalta-Konferenz. Ebensowenig darf erwartet werden, daß die Deutschen und Italiener irgend etwas veröffentlichen, das die Anklagen gegen Hitler und Mussolini während der Kriegsjahre wahrscheinlich mildern würde. Im Gegensatz zur Weimarer Republik bekämpft die Adenauer-Regierung energisch revisionistische Forschung und Publikationen. Das gleiche gilt für die italienische Regierung.

Die wesentliche Bedeutung dieser ganzen amtlichen Zensur liegt darin, daß das revisionistische Urteil über die Verantwortung am zweiten Weltkrieg weit weniger drastisch ausfällt, als wenn alle Dokumente verfügbar wären. Wenn die jetzt so weitgehend und so gründlich unterdrückten Dokumente die ohnehin schon schweren Anklagen gegen die führenden Persönlichkeiten der Kriegszeit mildern würden, so führt elementare Logik und Taktik zu der Annahme, daß sie schon seit langem veröffentlicht worden wären, um die strengen Urteile, die in den vorhandenen revisionistischen Werken bereits niedergelegt sind, zu ändern oder aufzuheben.

Die Stellung und die Ergebnisse des Revisionismus nach dem zweiten Weltkrieg haben ein Paradoxon gezeitigt, auf das wir nicht versäumen sollten hinzuweisen. Nach dem ersten Weltkrieg wurde das revisionistische Urteil über die Verantwortung am Kriege von Wissenschaftlern und von der gebildeten öffentlichen Leserschaft allgemein akzeptiert, aber es wurde wenig getan, um das europäische Nachkriegssystem zu revidieren, das auf die Lügen und Propaganda der Kriegszeit gegründet war. Wären konsequente Schritte unternommen worden, die Nachkriegsverträge zu revidieren, solange die deutsche (Weimarer) Republik bestand, ist es unwahrscheinlich, daß Hitler je in Deutschland zur Macht gekommen wäre, daß es je einen zweiten Weltkrieg gegeben hätte oder diesem ein kalter Krieg gefolgt wäre. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden zwar die vom Revisionismus ans Licht gebrachten Tatsachen über die Verantwortung am Kriege ignoriert und blieben bei den siegreichen Alliierten der Öffentlichkeit tatsächlich unbekannt, aber unsere Politik gegenüber den früheren Gegnern wurde beinahe vollkommen revidiert. Sowohl die Deutschen wie die Japaner wurden geradezu mit Gewalt wiederbewaffnet und weitgehend mit materiellen Hilfsmitteln versehen, so daß sie jetzt als Verbündete gegen unseren früheren Verbündeten Sowjet-Rußland fungieren können. Man kann sich die Entrüstung vorstellen, wenn wir etwa 1925 verlangt hätten, Deutschland und Österreich müßten wieder voll bewaffnet werden, und unseren Entschluß verkündet hätten, sie dazu in die Lage zu versetzen.

Eine solche Situation, wie sie seit 1945 eingetreten ist, konnte nur in einer Ära Orwell'schen ‚Zwiedenkens' möglich werden. Wir gaben etwa 400 Milliarden Dollar aus, um Deutschland und Japan zu zerstören, und schütteten nach ihrer Zerstörung noch mehr Milliarden hinein, um ihre militärische Macht wieder herzustellen. Wenn es vorstellbar wäre, wir könnten einen dritten Weltkrieg führen, ohne daß alle Teilnehmer vom Erdboden verschwänden, so könnten wir einer Situation gegenüberstehen, wo wir nach der Zerstörung Rußlands darangingen, Milliarden für den Wiederaufbau seiner Kampfkraft herzugeben, um uns gegen China und Indien zu verteidigen.

Eine Lehre sollten wir aus den revisionistischen Forschungsergebnissen ziehen, nämlich eine politische Haltung einzunehmen, die uns vor neuer Torheit und vor einer neuen Tragödie bewahrt. Der hervorragende Philosoph John Dewey äußerte einem meiner Freunde gegenüber, wenn er sich in seiner Einstellung zum ersten Weltkrieg nicht so geirrt hätte (wofür sein Buch ‚GERMAN PHILOSOPHY AND POLITICS' Beispiele gibt), wäre er möglicherweise der Propaganda erlegen, die uns in den zweiten Weltkrieg führte. Aber die Öffentlichkeit scheint weniger aus Erfahrung zu

lernen als pragmatische Philosophen. Sie scheint Hegels klassische Bemerkung zu rechtfertigen, die einzige Lehre, die uns die Geschichte erteilt, sei die, daß wir nichts aus der Geschichte lernen. In einem Zeitalter der Wasserstoffbomben, der interkontinental ferngelenkten Geschosse, der furchtbar tödlichen chemischen und bakteriellen Kriegführung und Knopfdruck-Strategie sollten wir es besser machen als die Öffentlichkeit zu Hegels Zeiten, sofern wir irgendwelche Aussicht haben sollen zu überleben oder ein Maß an Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu erreichen, das ein Überleben rechtfertigen würde. Doch kann die amerikanische Öffentlichkeit schwerlich eine Lehre aus dem Revisionismus ziehen, wenn sie nicht einmal von seiner Existenz weiß, geschweige denn von seiner Arbeit und seinen Ergebnissen.

Wenn wir die Geschichtsverdunklung, die zur Zeit sogar durch staatliche Maßnahmen aufrecht erhalten wird, nicht beseitigen können, und bevor wir nicht den Völkern der Erde die Möglichkeit geben, über die internationalen Beziehungen der letzten 25 Jahre die Wahrheit zu erfahren, besteht keine berechtigte Hoffnung auf Frieden, Sicherheit und einen Wohlstand, wie ihn die derzeitigen Erfolge von Wissenschaft und Technik ermöglichen könnten. Das Wohl der Menschheit, wenn nicht sogar ihr Bestand, steht und fällt tatsächlich mit dem Sieg des Revisionismus.

Amerikas Weg in den zweiten Weltkrieg

Von Charles Callan Tansill

„Wir scheuen jede Möglichkeit, die uns in fremde Kriege verwickeln könnte; wir vermeiden die Verbindung mit den politischen Geschäften des Völkerbundes ...

Wir sind keine Isolationisten außer insofern, daß wir uns vollständig vom Kriege zu isolieren versuchen.

Ich habe Kriege erlebt ... ich hasse den Krieg.

Ich habe zahllose Stunden durchlebt und werde noch zahllose Stunden mit Denken und Planen verbringen, wie ein Krieg von dieser Nation ferngehalten werden kann...

Ich wollte, ich könnte von allen Nationen den Krieg fernhalten. Doch das geht über mein Vermögen. Aber ich kann wenigstens dafür sorgen, daß keine Handlung der Vereinigten Staaten einen Krieg hervorrufen oder fördern wird..."

Franklin Delano Roosevelt

I. Der Friedensvertrag von 1919, Keim zum Ausbruch eines neuen Weltkrieges

Es war ein Leichtes für Präsident Roosevelt und Staatssekretär Hull, zungenfertig über die Heiligkeit von Übereinkommen und Verträgen zu reden. Es war dies ein wesentlicher Teil des internationalen Rituals, das nach 1919 volkstümlich wurde. Aber in Deutschland konnten zahllose Menschen nicht vergessen, daß der Versailler Vertrag der Grundstein eines auf dem zweifelhaften Boden des Betruges erbauten Gebäudes war. Lloyd George und Clemenceau hatten zögernd einem Vor-Waffenstillstands-Abkommen zugestimmt, das sie dazu anhielt, den Friedensvertrag den Vierzehn Punkten entsprechend abzufassen. Der Vertrag von Versailles aber war eine wohlüberlegte Verletzung dieses Abkommens. Tief in den dunklen Grund dieser gebrochenen Versprechungen wurde die Saat eines neuen Weltkrieges gesät.

Man darf nicht vergessen, daß Woodrow Wilson diesem Vertragsbruch zugestimmt hat. Seine leidenschaftlichen Verehrer haben zwar behauptet, daß er durch schlaue europäische Staatsmänner, die Meister der Schwarzkünste waren, in diesen üblen Handel hineinmanöveriert worden sei. Ben Hecht macht sich in seinem ‚ERIC DOORN' diesen Gesichtspunkt zu eigen und spricht hinsichtlich Wilsons Rolle in Versailles von „einer langgesich-

tigen Jungfer, die in ein Freudenhaus eingesperrt ist und tapferen Tones nach einem Glas Limonade ruft.“ [1]

Tatsächlich aber hatte Wilson sein Glas Limonade tüchtig mit dem starken Schnaps des Betruges gewürzt, und die gesamte Welt hat für den gewaltigen Schwindel dieses sogenannten Staatsmannes, der Frieden versprach und ein Kriegsgespinst webte, bezahlen müssen.

Die Geschichte dieses Betruges begann am 5. Oktober 1918, als Prinz Max von Baden eine Note an Präsident Wilson richtete, in der er ihn bat, einen Frieden auf der Grundlage seiner Vierzehn Punkte zu vermitteln. Drei Tage später erkundigte sich der Präsident, ob die Deutsche Regierung mit diesen Punkten als Grundlage einverstanden wäre. Am 12. Oktober versicherte Prinz Max, daß der Zweck, „in eine Diskussion einzutreten, nur der sein könnte, sich über die praktischen Einzelheiten in der Anwendung der Vierzehn Punkte mit dem Ziele eines Friedensvertrages zu verständigen“. Zwei Tage später fügte Präsident Wilson noch weitere Bedingungen hinzu. Es könne kein Waffenstillstand unterzeichnet werden, der nicht „absolut zufriedenstellende Sicherheiten für die Aufrechterhaltung völliger militärischer Vorherrschaft der alliierten und verbündeten Armeen böte“. Auch müsse eine demokratische repräsentative Regierung in Berlin errichtet werden. Als die Deutsche Regierung diese Bedingungen annahm, teilte der Präsident dem Prinzen Max mit (23. Oktober), daß er nun bereit wäre, mit seinen verbündeten Regierungen über den Termin des vorgeschlagenen Waffenstillstandes zu verhandeln. Diese Verhandlungen endeten mit der Übereinkunft, ihrerseits die Vierzehn Punkte mit zwei Ausnahmen anzuerkennen. Analog der „Freiheit der Meere“ behielten sie sich „vollständige Freiheit“ vor, als sie nun in die Friedensverhandlungen eintraten. Im Zusammenhang mit den Reparationen wünschten sie, daß Deutschland alle Schäden wieder gutmachen solle, die der alliierten Zivilbevölkerung und deren Eigentum durch die deutschen Angriffe zu Land, zu Wasser, zur See und aus der Luft entstanden wären. Diese Bedingungen wurden der Deutschen Regierung am 5. November zugestellt und pünktlich von ihr angenommen. Am 11. November lieferte ein Waffenstillstand, der im Walde von Compiègne unterzeichnet wurde, die Deutschen der Gnade der alliierten Streitkräfte aus. Durch die Einstellung der Feindseligkeiten wurde die Frage des Friedensvertrages akut [2].

Der gute Wille der Alliierten Regierungen, diesen Vertrag in Übereinstimmung mit den Vierzehn Punkten zu bringen, war feierlich verbürgt worden. Aber kaum war die Tinte des Waffenstillstandsvertrages getrocknet, als Lloyd George in offener Auflehnung versuchte, die Vor-Waffenstillstands-Übereinkunft zu einem Fetzen Papier zu machen.

Während der Londoner Konferenz (1.–3. Dezember) versuchte der verschlagene Walliser eine Entschließung durchzusetzen, welche eine Interalliierte Kommission empfahl, „die feststellen und darüber berichten solle, inwieweit die feindlichen Länder in der Lage wären, die Reparationen und ‚Entschädigungen' zu bezahlen". Das Wort „Entschädigung" konnte leicht zu einer „Bezahlung der Kriegskosten" ausgeweitet werden, obgleich solch ein Schachzug eindeutig den tatsächlichen Absichten der Vor-Waffenstillstands-Übereinkunft zuwiderlief. Lloyd George zeigte eine „bemerkenswerte Lässigkeit gegenüber Grundsätzen und Übereinkommen" und betrat einen schlüpfrigen Pfad, der „reißend bergab in den Morast der Dezemberwahlen führte!"[3]

Reparationen und Schurkereien

In seinen Wahlversprechen ignorierte Lloyd George die Vor-Waffenstillstands-Übereinkommen vollkommen. Seine Beteuerungen den britischen Wählern gegenüber standen im krassen Widerspruch zu seiner Behauptung, er handle im Sinne der Vierzehn Punkte. Am 11. Dezember 1918 setzte er in Bristol seine eifrigen Zuhörer davon in Kenntnis, „daß wir die Absicht haben, die gesamten Kriegskosten (von Deutschland) zu verlangen."[4] Der Geist, der jene Wahl beseelte, kommt unmißverständlich in einer Ansprache Erc Geddes in der Guildhall in Cambridge zum Ausdruck: „Wir wollen die Zitrone auspressen, bis die Kerne quietschen[5]."

Auf der Pariser Friedenskonferenz regte Llyod George (22. Januar 1919) die Ernennung einer Kommission zum Studium der „Reparationen und Entschädigungen" an. Es gelang Präsident Wilson, das Wort „Entschädigung" zu löschen, aber das war nur ein Augenblickserfolg. Die Franzosen stimmten Lloyd Georges Stellungnahme eifrig zu. Ihr Entwurf zur Zerstückelung Deutschlands war die Folge des Zusammenbruchs ihrer außerordentlichen finanziellen Forderungen.

Dieser gemeinsamen Aktion gegen die Vor-Waffenstillstands-Übereinkunft trat John Foster Dulles, der Rechtsberater der amerikanischen Mitglieder der Reparationskommission, heftig entgegen. Er bestand auf einem strengen Festhalten an den Vor-Waffenstillstands-Versprechungen und wurde darin von Präsident Wilson unterstützt, der unmißverständlich feststellte, daß Amerika „ehrenhalber verpflichtet wäre, der Einbeziehung der Kriegskosten in die verlangten Reparationen zuzustimmen ... Es ist absolut unvereinbar mit dem, was wir wohlüberlegt den Feind von uns erwarten ließen."[6]

Aber Lloyd George und Clemenceau überspielten die amerikanische Stellung vollständig mit dem einfachen Kunstgriff, die Kategorie der zivilen Schäden derart auszuweiten, daß sie Riesensummen einschließen konnten, die eigentlich zu der Kategorie „Kriegskosten" gehörten. Lloyd George bestand darauf, daß Pensionen und Trennungszuschläge als Zusatz in die Reparationen eingeschlossen werden sollten, und Clemenceau beeilte sich, ihm beizupflichten. Es war beiden klar, daß eine solche Forderung nach dem genauen Wortlaut des Vor-Waffenstillstands-Übereinkommens ausgeschlossen war.

Hätte Präsident Wilson an den Versprechungen festgehalten, die er seinen Finanzexperten gegeben hatte, hätte er sofort dieses durchsichtige Manöver, die Bürgschaft der alliierten Streitkräfte zu verletzen, verworfen. Aber als diese selben Experten auf die offensichtlichen Unklarheiten der Vorschläge Lloyd Georges hinwiesen und feststellten, daß sie völlig unlogisch wären, überraschte Wilson sie gewaltig, indem er launig ausrief: „Logik, Logik! Ich gebe keinen Heller für Logik. Ich schließe die Pensionen ein!"[7]

Nicht genug damit, Deutschland eine so unverdiente Bürde aufzuhalsen, die dazu führen mußte, sein finanzielles Rückgrat zu brechen, folgte Wilson Lloyd George auch auf anderen Wegen ausgemachten Wahnsinns. Beim Treffen der Viererkonferenz (5. April) schlug der britische Premierminister vor, daß die Alliierten im Friedensvertrag ihren „Anspruch geltend machen" sollten, daß Deutschland „seine Verpflichtungen, für alle Kriegskosten aufzukommen", anerkennen müsse. Als Oberst House bemerkte, solche Behauptungen seien das Gegenteil des Vor-Waffenstillstands-Übereinkommens, murmelte Clemenceau beruhigend, das das weitgehend eine „Frage der Formulierung" sei[8].

Diese Übung im Formulieren wuchs sich dann zu dem so bitter umkämpften Artikel 231 aus, der Deutschland verantwortlich machte, „all die Verluste und Schäden herbeigeführt zu haben, welche die Alliierten und verbündeten Regierungen und ihre Nationen als eine Kriegsfolge ansehen, die ihnen durch den Angriff Deutschlands zugefügt worden sei." Diese sogenannte „Kriegsschuldklausel" rief einen tiefen und erbitterten Haß gegen diese als grundsätzlich unberechtigt angesehene Forderung in allen Schichten der deutschen Bevölkerung hervor. Dieser Beleidigung wurde aber noch ein weiterer Schimpf hinzugefügt, indem der Artikel 232 die Worte des Vor-Waffenstillstands-Übereinkommens in ihrer ursprünglichen Formulierung wiederholte, welche die Reparationen auf die Zivilschäden begrenzten. Die Leichtigkeit, mit der die Sprache zugunsten der Alliierten

verdreht worden war, bewies deutlich, daß es keinerlei Schutz für Deutschland geben würde.

Diesen beiden amerikanischen Zugeständnissen folgte ein drittes, das ein vollkommenes Abweichen von dem Beschluß bedeutete, daß Deutschland keinerlei „Straf-Vertrag“ auferlegt werden solle.

Die amerikanischen Sachverständigen hatten viel Vertrauen in eine Reparationskommission gesetzt, die weitreichende Befugnisse haben sollte, abzuschätzen, wie weit Deutschland in der Lage wäre, die alliierten Forderungen zu erfüllen, und die Art und Dauer dieser Zahlungen nach Bedarf abzuändern. Aber Clemenceau wünschte, daß diese Kommission nichts anderes zu tun hätte als eine Art besserer Rechenmaschine, die dazu bestimmt wäre, die Summen zu registrieren, die Deutschland aufzubringen hätte. Sie sollte keinerlei Befugnisse haben, unabhängige Urteile zu fällen. Gegen den amerikanischen Vorschlag, daß sich die deutschen Reparationen auf nicht mehr als 35 Jahre erstrecken sollten, erhoben die Franzosen Einspruch und meinten, daß 50 Jahre benötigt werden könnten [9].

Während der hitzigen Debatten des Viererrates (5. April 1919) war Oberst House so einfältig, nicht zu merken, daß die Franzosen die amerikanischen Positionen stürmten, bis einer der französischen Experten ihn über diese Tatsache aufklärte. Norman Davis rief ihm zu, daß das französische Banner die Devise trüge: „Die alliierten Forderungen sollen die Basis für die Reparationen abgeben, nicht aber die deutschen Zahlungsmöglichkeiten.“ Obwohl diese Erklärung eine vollkommene Umkehrung der Grundsätze darstellte, nach denen die amerikanischen Sachverständigen drei Monate hindurch gekämpft hatten, strich der verwirrte Oberst die amerikanische Flagge und hißte statt ihrer die fragwürdige französische Trikolore. Mit dieser Tatsache verspottete er „sowohl den Buchstaben als auch den Geist des Vor-Waffenstillstands-Übereinkommens.“ [10] Als Präsident Wilson dieses Zugeständnis, das Oberst House gemacht hatte, bestätigte, reichte er indirekt Adolf Hitler die notwendige helfende Hand, der eindrucksvolle Illustrationen alliierter Heimtücke wärmstens als das beste Mittel begrüßte, die nationalsozialistische Bewegung zu fördern.

Die Finanzsachverständigen von Versailles setzten keine bestimmte Summe als Maß für die Deutsche Schuld, den Weltkrieg verursacht zu haben, fest. 1921 holte die Reparationskommission diese Unterlassung nach, indem sie die Höhe auf annähernd 33 000 000 000 Dollar berechnete. Ein Drittel dieser Summe stellten die Schäden an alliiertem Eigentum dar und „die Hälfte bis zwei Drittel die Pensionen und ähnliche Bezüge. Bald dar-

auf verdoppelte, ja vielleicht verdreifachte Wilsons Entscheidung diese Rechnung."[11] Deutschland wäre wohl in der Lage gewesen, eine Rechnung von etwa 10 Milliarden Dollar zu bezahlen; nachdem aber Wilson bereit war, die Rolle des Shylock zu spielen und einen Plan verwirklichen half, der ein Pfund Fleisch aus dem abgezehrten Leib der kriegsmüden Nation forderte, wies er den Weg in ein finanzielles Chaos, das unaufhaltsam Deutschland und ganz Europa überwältigte. Auch half er indirekt, mehrere Kapitel des Buches „Mein Kampf" zu schreiben.

Die koloniale Frage

Die koloniale Frage wurde im fünften der Vierzehn Punkte behandelt. Sie sah eine „freie, offenherzige und absolut ungeteilte Beilegung aller kolonialen Forderungen" vor. Bei der Pariser Friedenskonferenz aber machte man keinerlei Versuche mehr, zu dieser „ungeteilten Beilegung" zu kommen. Schon lange bevor diese Konferenz zusammengerufen wurde, hatte sich in den Köpfen prominenter Vertreter der öffentlichen Meinung in England, Frankreich und USA die Ansicht entwickelt, daß Deutschland alle Rechte auf seinen kolonialen Besitz, der von den Alliierten während des Krieges erobert worden war, verwirkt habe. Das übliche Argument für diese Verwirkung war, daß die deutsche Kolonialverwaltung die Eingeborenen grausam behandelt hätte. Professor Thorstein Veblen schrieb hierzu mit der gebräuchlichen apodiktischen Sicherheit. „In der kaiserlichen Kolonialpolitik verlangt man von den Kolonien, daß sie zu ihren kaiserlichen Wächtern oder Herren stehen wie etwa ein Stiefkind oder ein Diener, der sich verdingt hat und mit dem man kurz und nach Belieben skrupellos verfahren kann."[12] In England argumentierte Edwyn Bevan, daß die Rückgabe der Kolonien „die Deutschen keineswegs befriedigen, sondern ihren Appetit auf koloniale Ausweitung aufrechterhalten würde. Man würde damit wieder die Vorbedingungen für ganz unsichere Verhältnisse schaffen."[13]

1917 hatte die amerikanische Untersuchungskommission unter Leitung von Dr. Sidney E. Mezes Dr. George L. Beer beauftragt, eine Reihe von Studien über die koloniale Frage mit besonderer Würdigung der deutschen Kolonialpolitik vorzubereiten. Beer galt schon seit langem als besonderer Kenner der kaufmännischen Politik Englands im 16., 17. und 18. Jahrhundert. In einer stattlichen Zahl von Büchern hatte er „den englischen Standpunkt" hinsichtlich kolonialer Verwaltung dargestellt[14]. Nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges waren seine Sympathien offensichtlich auf seiten der Alliierten und besonders des britischen Imperiums[15]. So war

es nur natürlich, daß Dr. Beer trotz aller behaupteten Objektivität die deutsche Kolonialpolitik kräftig verurteilte. Im Februar 1918 überreichte er Dr. Mezes sein Manuskript über die deutschen Kolonien in Afrika. Unter Heranziehung einer beachtlichen Menge von Daten kam er zu dem Schluß, daß Deutschland vollständig versagt hätte, „die Pflichten kolonialen Vertrauens zu würdigen." [16] Daher müßte es seinen Kolonialbesitz verlieren.

Dr. Beer begleitete die amerikanische Delegation zur Pariser Friedenskonferenz als Kolonial-Experte, und es ist offensichtlich, daß er die Meinung Wilsons beeinflußt hatte, als dieser am 10. Juli 1919 feststellte, daß die deutschen Kolonien „nicht regiert, sondern nur ausgeplündert worden wären, ohne jeden Gedanken an die Interessen oder die einfachsten Menschenrechte ihrer Eingeborenen." [17]

Diese Anklage des Präsidenten entbehrte jeder Grundlage. Ein gewissenhafter amerikanischer Gelehrter, der eine Reise durch Kamerun unternahm, um sich ein genaues Bild über die Vorkriegsverhältnisse machen zu können, faßte seine Beobachtung wie folgt zusammen:

„... Meine Überzeugung ist, daß Deutschlands koloniale Vervollkommnungen während dreißig kurzer Jahre einen Rekord ungewöhnlicher Verbesserungen darstellen, und so ist es in hohem Maße als eine erfolgreiche Kolonialmacht ausgewiesen. Ein Standpunkt, der dem von 1919 völlig entgegengesetzt ist ... Ich meine, daß, wenn Deutschland eine Kolonialmacht nach dem Kriege hätte bleiben können, sich seine Kolonialverwaltung den besten, die die Welt heute kennt, an die Seite gestellt hätte [18]."

Die Deutschen waren schwer erzürnt darüber, daß die Alliierten Regierungen es ablehnten, die Kolonien als einen bedeutenden Anteil der Reparationen anzuerkennen. Einige Deutsche schätzten den Wert der Kolonien auf neun Miliarden Dollar. Selbst wenn man diese Summe halbiert hätte, wäre noch genug übrig geblieben, um die ungeheure finanzielle Belastung zu vermindern, die man dem ausgelaugten Deutschland aufgebürdet hatte. Dies würde „Deutschland die zusätzliche Demütigung erspart haben, all seinen Überseebesitz zu verlieren!" [19] Diese unnötige Demütigung ebnete den Weg für die Tragödie von 1939. Es ist ganz offensichtlich, daß die Enthüllung der Nürnberger Dokumente hinsichtlich Hitlers Expansionsbestrebungen lediglich das letzte Kapitel eines langen, deprimierenden Buches darstellen, das in Versailles begann.

Das polnische Problem

In der Diskussion jener Fragen, die Polen betrafen, folgte Präsident Wilson den Ratschlägen von Professor Robert H. Lord, dessen Monographie über die Zweite Teilung Polens ihn anscheinend als Autorität hinsichtlich der Probleme von 1919 auswies. Sein Mangel an Objektivität war genauso offenkundig wie der von Professor Beer. Es war mehr eine Angelegenheit der Hysterie als historischer Gelehrsamkeit[20]. Während der Präsident die Vierzehn Punkte formulierte, hatten einige Experten der amerikanischen Forschungskommission angeregt, einen unabhängigen polnischen Staat zu errichten, dessen Grenzen „auf einem fairen Gleichgewicht nationaler und wirtschaftlicher Rücksichten beruhen müßten mit der gebührenden Beachtung der Notwendigkeit eines ungehinderten Zutrittes zum Meer!“[21] Im 13. der Vierzehn Punkte änderte Präsident Wilson die Phraseologie dieser Anregung so, daß mehr Gewicht auf die völkerkundlichen Gegebenheiten gelegt werden müßte. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der all jene Gebiete, die von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnt würden, in sich schlösse, was durch einen freien, ungehinderten Zugang zum Meere gesichert sein müßte . . .“

Danzig

Wenn man Polen einen freien Zugang zur Ostsee zu geben wünschte, mußte der Hafen von Danzig von grundlegender Bedeutung werden. Um den Präsidenten in dieser schwierigen Angelegenheit der polnischen Grenzziehung richtig beraten zu können, bereiteten die amerikanischen Experten zwei Berichte vor. (Januar, Februar 1919)[22]. Sie garantierten Danzig den Polen aus wirtschaftlichen Rücksichten. Sie übersahen hierbei geflissentlich die Tatsache, daß Danzig zu 97 % von Deutschen bewohnt wurde. Am 23. Februar 1919, während Wilson sich in den Vereinigten Staaten befand, kabelte ihm Oberst House wegen der Verfügung über Danzig: „Unsere Experten glauben, daß dies (die Abtretung Danzigs an Polen) die beste Lösung sei!“[23] Aber der Präsident wollte diesen Vorschlag nicht bestätigen, und so wurde die Danziger Frage bis zum 17. März aufgeschoben, wo Lloyd George einen lebhaften Meinungsaustausch mit Oberst House und Clemenceau herbeiführte. Zwei Tage später lehnte der britische Premierminister es rund heraus ab, Polen sowohl Danzig als auch den deutschen Kreis Marienwerder abzutreten. Er ließ sich von den Tatsachen, die von den Mitgliedern der polnischen Kommission vorgebracht wurden, nicht beeindrucken, und eine große Anzahl von Experten schloß sich dieser Entscheidung an[24].

Trotz allen Druckes von Oberst House und Dr. Mezes (dem Schwager des Oberst House) eilte Präsident Wilson am 28. März Lloyd George zu Hilfe. Am 5. April kamen er und Lloyd George überein, Stadt und Landkreis Danzig zu einem Freistaat mit örtlicher Autonomie unter einem Völkerbundskommissar zu machen, jedoch durch Handelsverträge und Hafenerleichterungen mit Polen verbunden. Auch die Auslandsbeziehungen der Freien Stadt sollten unter polnischer Kontrolle stehen[25].

Die Deutschen empfanden diese weitgehende Zubilligung polnischer Kontrolle über die Stadt Danzig als außerordentlich erbitternd, und zeitweilig wirkte die Tätigkeit der polnischen Behörden hinsichtlich der auswärtigen Beziehungen und der Festsetzung von Exportzöllen unnötig provozierend. Wirtschaftlich hatte die polnische Aufsicht über Danzig schwerwiegende Folgen. Durch Veränderung der üblichen Tarife konnte Polen den Hafenhandel ernsthaft gefährden, und durch die Kontrolle der Freistaatlichen Eisenbahn konnte es dem Konkurrenzhafen Gdingen starke Vorteile zuschanzen[26].

Diese Lage veranlaßte Gustav Stresemann, einen der gemäßigtsten Staatsmänner Deutschlands, im September 1925 zu der Bemerkung: „die dritte große Aufgabe Deutschlands sei die Wiedererlangung Danzigs." [27]

1931 sondierte der ruhige, keinesfalls angriffslustige Zentrumsführer Heinrich Brüning bei verschiedenen europäischen Regierungen, ob sie eine territoriale Revision auf Kosten Polens begünstigen würden[28].

Aber diese Bestrebungen, verlorenes Gebiet zurückzugewinnen, hörten in Deutschland am 26. Januar 1934 plötzlich auf, als Marschall Pilsudski mit Hitler den wohlbekannten Nichtangriffspakt schloß. Der Preis, den Polen für diese Übereinkunft bezahlte, war die augenblickliche Zustimmung zu den deutschen Absichten, Danzig nationalsozialistisch zu machen[30]. Als polnische Staatsmänner nach Pilsudskis Tod versuchten, diese Bewegung durch Werbung um Englands und Frankreichs Gunst aufzuhalten, öffneten sie die Schleusentore, so daß die nationalsozialistisch-sowjetische Flut Polen schnell gänzlich zu überschwemmen vermochte.

Der polnische Korridor

Der breite polnische Korridor durch deutsches Gebiet zur Ostsee war bereits im 13. Punkt von Wilsons Programm vorgesehen, wo ausdrücklich erklärt wird, daß Polen „freier und sicherer Zugang zum Meer" garantiert werden müßte. Dieses großzügige „Wegerecht" sollte durch Gebiete gehen, die von „unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnt" würden. Die

amerikanischen Experten skizzierten jedoch in ihren Berichten vom Januar und Februar 1919 einen breiten polnischen Weg zur Küste mitten durch die deutschen Provinzen Posen und Westpreußen hindurch. Sie gaben zu, daß die Härten dieser Maßnahme auf 1 600 000 Deutschen in Ostpreußen lasten würden, aber sie sahen die Vorteile für viele Millionen Polen als wichtiger an[31].

Als die Berichte dieser Experten von der polnischen Kommission angenommen und in den Text des Versailler Diktats eingefügt waren, bedeutete dies, daß die Weichselmündung unter polnische Kontrolle gestellt worden war. Um die Deutschen Ostpreußens von jedem Kontakt mit der Weichsel abzuriegeln, „wurde eine Zone von 50 Meilen Breite an ihren Ufern den Polen gegeben, so daß die Ostpreußen längs ihres einstigen Wasserweges keinerlei Anrecht mehr besaßen. Obgleich der Fluß nur einen Steinwurf weit von ihren Türen vorüberfloß, durften sie ihn nicht benützen.“[32]

Der Korridor selbst bildete einen Gebietskeil, der 45 Meilen von der Ostsee landeinwärts verlief, an der Küste 20 Meilen, in der Mitte 60 Meilen und im Süden 140 Meilen breit war. Der Transport durch dieses Gebiet wurde von den Polen erschwert, die, „anstatt das bestehende ausgezeichnete System des Zusammenwirkens von Eisenbahn, Straße, Fluß und Kanal aufrecht zu erhalten und auszubauen ... sofort einen großen Teil davon zerstörten mit dem Ziel, die natürlichen, historischen Handelswege abzuleiten.“ Über die Zustände im Korridor 1933 schrieb Professor Dawsen: „Es stimmt, daß einige Durchgangszüge den Korridor täglich kreuzen, aber da sie auf diesem Wege weder Güter abladen noch aufnehmen dürfen, könnte dieses Stück nunmehr polnischen Gebietes hinsichtlich Verbindungen und Warentransporten ruhig unbevölkert sein[33].“

Der Handelsverkehr auf den Landstraßen, die durch den Korridor liefen, war auch recht unbefriedigend. 1931 entdeckte Oberst Powell, daß nur die absoluten Ost-West-Straßen für Warenverkehr offen waren, und auch diese wurden „durch alle Kunstgriffe, die sich polnische Geistlosigkeit ersinnen kann, behindert. Ich spreche aus eigener Erfahrung, denn ich bin in meinem Wagen viermal durch den Korridor gefahren.“[34]

1938/39 versuchte Hitler vergeblich, die Zustimmung der polnischen Regierung zum Bau einer Eisenbahn und einer Autobahn durch den Korridor zu erhalten. Im Vertrauen auf den britischen Schutz lehnte das polnische Auswärtige Amt im Frühjahr 1939 jeglichen Vorschlag, diese Konzession zu garantieren, ab. Dieses Verhalten verstimmte Hitler so tief, daß er bei der sowjetischen Regierung wegen eines Abkommens vorfühlen ließ,

das eine vierte Teilung Polens vorsah. Die polnischen Diplomaten hatten die simple Lektion nicht begriffen, daß ein Entgegenkommen möglicherweise Katastrophen verhindern kann.

Oberschlesien

Im Laufe der Sitzungen der Pariser Friedenskonferenz war die Entscheidung über Oberschlesien einer der klarsten Beweise, daß die Beschlüsse einiger amerikanischer Experten von Hysterie anstatt von geschichtlicher Objektivität geleitet wurden. Das trifft vor allem auf Professor H. Lord zu. Er war völlig davon überzeugt, daß Oberschlesien zu Polen kommen müsse, ohne daß eine Abstimmung sich über die Wünsche der Bevölkerung vergewissere. Als man den Vertrag der deutschen Delegation aushändigte, wurde der Absatz über Oberschlesien zum Gegenstand heftigster Kritik. Lloyd George ließ sich von den deutschen Argumenten überzeugen, doch Präsident Wilson schenkte Professor Lord noch einige Aufmerksamkeit. Dieser beschwerte sich darüber, daß Deutschland doch nur während 2 Jahrhunderten die Herrschaft über Oberschlesien inne gehabt hätte. Selbst als Dr. Lamont entgegnete, das Gebiet hätte „seit 400 Jahren nicht mehr zu Polen gehört", glaubte der Präsident immer noch den heftigen Protesten Professor Lords. Aber seine Gläubigkeit erhielt einen weiteren Stoß, als der gelehrte Professor sich einem oberschlesischen Volksentscheid widersetzte. Lloyd George erkundigte sich bußbereit, weshalb denn Volksentscheide in Allenstein, Schleswig und Klagenfurt abgehalten würden und nicht in Schlesien?[35] Darauf konnte Professor Lord keine zureichende Antwort geben, um seine Stellung zu halten, und so wurde die Möglichkeit eines Volksentscheides in Oberschlesien in den Vertrag eingebaut.

Dieser Volksentscheid jedoch wurde unter Terrror durchgeführt. Die Internationale Kommission, die die Oberaufsicht über den Ablauf der Wahl übernahm, bestand aus drei Mitgliedern: General Le Rond (Frankreich), Oberst Sir Harold Percival (England) und General De Marinis (Italien). Frankreich sandte sofort 8000 Soldaten, um Oberschlesien zu beherrschen und setzte die Abmachung durch, daß General Le Rond Chef der Zivilverwaltung würde. Obgleich die alliierten Regierungen der deutschen Delegation in Paris zugesichert hatten, daß die Internationale Kommission über „volle Unparteilichkeit bei der Abstimmung" wachen würde, brach sie das Versprechen in diesem wie in andern Fällen. Den Polen wurde jedes mögliche Zugeständnis während der Abstimmungszeit gemacht. Als aber die Abstimmung am 20. März 1921 vorgenommen wurde, war das Ergebnis ein schwerer Schlag für Frankreich und Polen: 707 554 oder

59,6 % stimmten dafür, unter deutscher Oberhoheit zu bleiben, während 478 802 oder 40,4 % unter polnische Verwaltung zu kommen wünschten[36].

Wenn man die unangreifbaren Winkelzüge Frankreichs vor der Abstimmung bedenkt, so ist es erstaunlich, daß die Wahl derart pro-deutsch ausfiel. Einer der besten Berichte über die Lage in Oberschlesien 1919–1920 wurde in der Monographie von Professor René Martel „Deutschlands Ostfront" gegeben:

„. . . Am 4. April 1919 kam der polnische Nationalrat für Oberschlesien mit Korfanty in Berührung. Adalbert Korfanty, ehemaliger Journalist und Volksführer, war der aktive Mann, für den Dmowski den Aufstand vorzubereiten und zu organisieren suchte . . . Am 1. Mai demonstrierten die polnischen Geheimgesellschaften ihre patriotischen Gefühle mit einer Deutschen-Verfolgung. Der Terror hatte begonnen . . . Die Geheimorganisationen, die er (Korfanty) aufgebaut hatte . . . bestanden während der ganzen Abstimmungszeit fort . . . Die Deutschen wurden gequält, verstümmelt, getötet und ihre Leichen zerstückelt. Dörfer und Schlösser wurden zerstört, niedergebrannt oder gesprengt. Die deutsche Regierung hat hierüber Serien von Weißblättern herausgebracht, die mit Photographien illustriert waren. . . . Die Szenen, die dort bildlich verewigt sind, übersteigen an Gräßlichkeit die denkbar schlimmsten Greuel[37]."

Als die blutigen polnischen Ausschreitungen endlich unterdrückt waren, überantwortete der Völkerbund die Teilung Oberschlesiens einer Kommission, die aus Repräsentanten Belgiens, Brasiliens, Chinas, Japans und Spaniens bestand. Diese un-neutrale Zusammensetzung der Kommission verdient, festgehalten zu werden, und ihre Entscheidung spiegelte ihre Vorurteile wieder. Unter ihrer Aufsicht erhielt Polen nahezu fünf Sechstel des Industriegebietes. Außerdem wurden ihm noch 80 % des Kohlengebietes . . . außerdem alle Eisenerzminen, nahezu alle Zink- und Bleiminen und die große Mehrheit aller von der Hauptindustrie abhängenden Werke", zugestanden[38].

Sir Robert Donald kommentiert die Farce der Abstimmung wie folgt: „. . . Schwerer zu ertragen als aller materielle Schaden war das erbitternde und grausame moralische Unrecht und die Ungerechtigkeit, die dem deutschen Volke zugefügt wurde. Hätten die Alliierten auf Grund keines andern Rechtes als dem brutaler Gewalt Oberschlesien den Polen übergeben, so hätten die Deutschen möglicherweise sich in das Unvermeidliche gefügt . . . Aber ihnen die traurige Farce eines Volksentscheides aufzuerlegen mit all ihren Begleitumständen des Betruges, gebrochener Versprechen, Blutbädern, grausamen Ausschreitungen, ausgeführt in einer Atmosphäre politischer

Fäulnis, das hieß Hohn den Beleidigungen hinzuzufügen und moralische Quälerei dem Raub unter Waffengewalt[39]."

Entgegen Wilsons beruhigenden Worten von einem Frieden, der keine Bestrafung darstellen sollte, wurde Deutschland abgehäutet und schwer geschlagen. Nach diesen eindrucksvollen Beweisen alliierten Wortbruches war es für einen nationalsozialistischen Staatsmann nicht schwer, Expansion zu planen, ohne viel über die üblichen Gepflogenheiten im Völkerrecht nachzudenken. Recht gründet sich auf Logik, und in Versailles hat Woodrow Wilson frei heraus die Wissenschaft rechtlicher Überlegungen verdammt: „Logik, Logik! Ich gebe keinen Pfifferling für Logik." Hitler hätte keinen verdammenderen Ausspruch tun können.

Die Rheinlandbesetzung

Präsident Wilson stand in Paris nicht immer auf der falschen Seite des diplomatischen Zaunes. Gegenüber der Besetzung des Rheinlandes spielte er eine starke Rolle, die die Ausführung der ehrgeizigen französischen Pläne völlig blockierte. Eine der Hauptforderungen der Franzosen im Jahre 1919 war die Abtrennung des gesamten linken Rheinufers von Deutschland und die Errichtung einer selbständigen, frankreichfreundlichen Republik. Wilson lehnte diesen Vorschlag ab, obgleich er von Oberst House eifrig befürwortet wurde.[40] Mit Unterstützung von Lloyd George konnte er in den Versailler Vertrag folgende gemäßigten Vorbehalte einbauen: „Die westlich des Rheins gelegenen deutschen Gebiete werden zusammen mit den Brückenköpfen von alliierten und verbündeten Truppen für die Dauer von 15 Jahren ab Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages besetzt."[41]

Die letzten Truppen der amerikanischen Besatzungsarmee haben das Rheinland im Februar 1923 verlassen. Einige alliierte Truppen blieben bis 1930. Die bloße Tatsache, daß deutscher Boden für zehn Jahre besetzt blieb, erweckte Verdruß bei den Deutschen. Dieser Verdruß steigerte sich zum Haß, als Frankreich ein größeres Kontingent schwarzer Kolonialtruppen in einigen Orten des Rheinlandes in Privatquartiere legte. Ihr unverschämtes und zeitweise brutales Benehmen deutschen Frauen gegenüber wurde als eine Beleidigung angesehen, mit der Frankreich Deutschland zu demütigen gedächte. Im Sommer 1921 sandte General Henry T. Allen dem Staatssekretär Hughes eine Beschwerde, die dem Hohen Kommissar von einer Abordnung deutscher Arbeiter zugeleitet worden war: „Wir fürchten uns, unser Heim zu verlassen, um zur Arbeit zu gehen, wenn unsere Frauen und Töchter mit diesen Menschen zurückbleiben. Die-

ser Gedanke beunruhigte uns mehr als Wohnungsnot und Nahrung." [42] Felix Morely kritisierte das Verhalten der Franzosen scharf, als er seine Ferien 1920 in Frankreich verbrachte. „Wenn Amerika und England Frankreich allein ließen, wäre bereits nach einer Woche kein Franzose mehr auf deutschem Boden [43]." Drei Jahre später schrieb der amerikanische Konsul in Köln an Sekretär Hughes einen scharfen Einspruch gegen das französische Benehmen im Rheinland. Er berichtete, daß hin und wieder deutsche Beamte gefesselt und deutsche Polizisten geschlagen und getreten würden. In Aachen würden Beamte und Zivilisten mit der Reitpeitsche traktiert [44]. Die Erinnerungen an diese Beleidigungen hafteten im deutschen Gemüt und halfen, eine Meinung zu bilden, die manchen Punkt in Hitlers Programm der Rache und Ausdehnung zu rechtfertigen schien.

Die Hungerblockade

Der Waffenstillstand vom 11. November 1918 beendete die Hungerblockade der Alliierten gegen Deutschland keineswegs. Noch viele Monate nach Kriegsschluß erlaubten die alliierten Regierungen keine Lebensmitteltransporte zu den Millionen hungernder Menschen in Deutschland. Diese gefühllose Haltung der Alliierten Abordnung in Paris empörte die Laborparty in England, die bei der menschenfreundlichen „Rettet die Kinder"-Bewegung Pate stand. Man sammelte Spenden, um Lebensmittel zu kaufen, „weil dank der Blockade der Hungertod hager und bleich durch die Straßen tausender deutscher Städte einherschritt." [45]

In Paris rief Präsident Wilson „immer wieder nach einer freien Ausfuhr von Lebensmitteln für die halbverhungerte Bevölkerung Zentral-Europas, doch immer durchkreuzte die Französische Regierung seine Bemühungen. Diese französische Politik erfüllte Henry White, der kleine Enkelkinder in Deutschland hatte und von seiner Tochter viel über die verzweifelten Zustände hörte, mit vergeblichem Zorn [46]." Die Wirkung der Blockade auf die deutsche Bevölkerung beschrieb George E. R. Geyde, der im Februar 1919 auf eine Inspektionsreise durch Deutschland gesandt wurde: „... Die Krankenhauszustände waren erschreckend. Ein ständiger Durchschnitt von 10 % der Patienten starb während der Kriegsjahre aus Mangel an Fett, Milch und gutem Mehl. Kampfer, Glyzerin und Lebertran war unerhältlich. Das hatte eine hohe Kindersterblichkeit zur Folge. Wir sahen einige schreckliche Bilder im Kinderhospital, wie etwa die „Hungerbabies" mit häßlichen, geschwollenen Köpfen ... Das waren die Zustände im unbesetzten Gebiet. Unser Bericht forderte natürlich die sofortige Öffnung der Grenzen für Fett, Milch und Mehl ... aber die schreckliche Blockade

dauerte auf Grund des französischen Einspruches an, bis der Vertrag von Versailles im Juni 1919 unterzeichnet war... Keine noch so strenge Bestrafung konnte die anglo-amerikanischen Divisionen am Rhein davon abhalten, ihre Rationen mit ihren verhungernden deutschen Mitmenschen zu teilen[47]."

Endlich, nach dem Brüsseler Abkommen (14. März 1919), wurde die Versorgung durch Schiffsladungen von Nahrungsmitteln nach Deutschland geregelt, aber bevor diese Lieferungen verfügbar wurden, hatten Zehntausende deutsche Menschen die Qualen langsamen Verhungerns durchgemacht. Man schätzt, daß infolge der Blockade 800 000 umkamen. In Versailles wurden die Perlen eines langen Rosenkranzes von Haß und Verzweiflung von den Großen Vier für die Deutschen angefertigt. Nach 1919 wurden sie noch für lange Zeit von zahllosen unglücklichen Menschen gezählt, deren Gesundheit durch Unterernährung zerstört worden war. Sie vergaßen und vergaben niemals.

Die deutsche Reaktion auf das Versailler Diktat

Am 7. Mai 1919 wurden der Pariser deutschen Delegation die Bedingungen des Vertrages von Versailles feierlich überreicht. Als Johann Giesberts die lange Liste von Anklagen durchgelesen hatte, rief er empört: „Dieses schamlose Abkommen hat mich zerbrochen, denn ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen ehrlichen Mann und nun schickt dieser Schuft uns einen derartigen Vertrag[48]!" Am 12. Mai sprach Konstantin Fehrenbach, ein Führer der Zentrumspartei und erklärte die Haltung, die spätere Generationen in Deutschland hinsichtlich des Vertrages einnehmen würden, und er schloß seine Rede mit warnenden Worten, die später unter Hitler Wahrheit wurden: „Der Wunsch, die Sklavenketten zu zerbrechen, wird schon den Kindern eingepflanzt werden[49]."

Diese Ketten wurden noch verstärkt durch den Kellog-Briand-Friedenspakt, der einen förmlichen Segen über die Versailler Ungerechtigkeit aussprach. Sie konnte nur durch Gewalt gebrochen werden. Als Hitler damit begann, einen Ring nach dem anderen aufzubrechen, hörte man den Lärm über die ganze Welt, und das amerikanische Volk wurde feierlich von den Staatssekretären Stimson und Hull darüber aufgeklärt, daß ein wilder deutscher Bulle das erlesene Geschirr im Porzellanschrank des Weltfriedens zerstörte. In Nürnberg wurden Männer gehängt, weil sie sich vorgenommen hatten, diese mit Nationalhaß gefüllten Gefäße zu zerbrechen. Niemand erwähnte jene Pseudo-Staatsmänner, die in Paris mit ihrer Hexenbrühe die deutsche Seele vergiftet hatten. Die nationalsozialistische Be-

wegung hatte ihre Wurzeln tief in dem fruchtbaren Boden von Versailles und die wachsenden Ranken wurden von den Tränen von Millionen enttäuschter Deutscher begossen.

II. Die Beziehungen Amerikas zu Deutschland 1919 bis 1936

Die Nachwehen des Weltkrieges

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die Haltung Amerikas der Weimarer Republik gegenüber eine wachsam abwartende. Die Regierung hatte die ausgesprochene Besorgnis, daß bolschewistische Funken sich leicht in dem zerbrochenen Gebälk Deutschlands einnisten und dort ein Feuer entfachen könnten, das bald alle Grenzen alter deutscher Lebensweise niederbrennen würde. Diese Furcht wurde durch verschiedene Bemerkungen von Deutschen hervorgerufen, die in kaiserlicher Zeit bedeutende diplomatische Ämter innegehabt hatten. So wies im Oktober 1919 Graf Bernstorff auf die Notwendigkeit hin, enge Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland herzustellen: „Rußland ist das Land, das wir bequem ausnützen können. Es braucht Kapital und Intelligenz. Mit beiden könnte unsere Industrie es versorgen. Nun, da der Bolschewismus auch in Deutschland beginnt, werden wir ja ‚Geschwisterkind' mit den Russen. Wir müssen zu irgendeinem Übereinkommen mit den Bolschewiken gelangen[50]."

Die wachsende Unruhe zeitigte in Deutschland mancherlei unangenehme Erscheinungen. Im November 1919 fand in Heidelberg eine große Demonstration statt, bei der sich Anti-Semitismus und übermäßiger Nationalismus sehr bemerkbar machten[51]. Im April 1921 erreichten die Anti-Semiten ihren Höhepunkt in einigen deutschen Städten, obgleich ihnen eine starke katholische Opposition entgegentrat, wie z. B. der Münchner Kardinal[52]. Nach 1933 bediente sich Hitler lediglich der vorgefaßten Meinungen, die schon längst in Deutschland bestanden hatten.

Wilde Ausbrüche von Nationalismus wurden teilweise durch die lauten Forderungen gewisser alliierter Staatsmänner nach Kriegsverbrechergerichten gegen zahlreiche prominente deutsche Persönlichkeiten ausgelöst. Auf Grund dieser Stimmen schrieb der Ex-Kaiser Wilhelm II. an Präsident Wilson einen Brief, in dem er sich zum Opfer für alle andern Deutschen anbot: „Sollten die alliierten und verbündeten Regierungen ein Opfer brauchen, so sollen sie mich nehmen statt 900 Deutsche, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als ihrem Vaterlande im Kriege zu dienen[53]."

Des Kaisers Angebot erübrigte sich, da die amerikanische Regierung sich jeglichem Kriegsverbrecher-Gericht widersetzte. Im Februar 1920 sandte Staatssekretär Lansing eine bezeichnende Anweisung an die amerikanische Botschaft in Paris: „Unsere Regierung hat das Abkommen noch nicht unterschrieben; sie teilt den Wunsch der Alliierten nicht und unterstützt in keiner Weise ihren Wunsch nach einer augenblicklichen Erfüllung ihres Ansinnens“ (Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher)[54].

Die Alliierten ließen dann auch bald ihren Wunsch nach einem Gerichtsverfahren gegen Deutsche als Kriegsverbrecher fallen. Allem Anschein nach trugen sie aber Staatssekretär Lansing seine Haltung in dieser Angelegenheit heftig nach, denn sie wurden bald uneins wegen der Kostenbeteiligung an der amerikanischen Besatzungsarmee. Wilsons Verwaltung hatte angenommen, die Bezahlung würde sofort aus den deutschen Reparationen beglichen werden, doch wurde sie mehrere Jahre hindurch blockiert. 1923 drückten die englischen Vertreter der Reparationskommission ihren Zweifel darüber aus, ob die Vereinigten Staaten überhaupt einen Anspruch darauf hätten, die Rheinlandbesetzung vergütet zu bekommen, da sie sich doch dem Versailler Vertrag widersetzt hätten[55].

Ähnliche Äußerungen ärgerten George B. Lockwood, den Sekretär des Republikanischen National-Komitees aufs tiefste, so daß er an Sekretär Hughes schrieb, um seiner Empörung über diese Sachlage Luft zu machen. Er sei gewiß, „daß dieses Feilschen und Winkelzügemachen, diese Doppelzüngigkeit und ausgemachte Unehrlichkeit, die in der Haltung Großbritanniens und der übrigen Alliierten bei der Behandlung der amerikanischen Ansprüche zu bemerken wäre“, den deutlichen Wunsch verriete, die Vereinigten Staaten aus jeder Bezahlung der Besatzungskosten „herauszuboxen.“[56]

Am 25. Mai 1923 unterzeichneten die Regierungen von Belgien, England, Frankreich und Italien ein Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten auf Erstattung dieser Zahlungen (aus den deutschen Reparationen) in einem Zeitlauf von 12 Jahren[57]. Obgleich die Alliierten dieser Zahlung über einen solch langen Zeitraum endlich zugestimmt hatten, stellte Sekretär Hughes fest, daß sie in ihrem eigenen Falle darauf bestanden hätten, daß ihre Besatzungskosten „sofort und voll bei Fälligkeit“ ausgezahlt würden. Es erschiene ihm so, „als ob sie das für die Besatzungskosten erhaltene Geld nicht gerecht verteilt, sondern einfach eingesteckt hätten und uns dabei ausgelassen.“[58]

Es gab noch einen weiteren Zusammenstoß hinsichtlich der Reparationen. Im Wortlaut des Versailler Abkommens war von einer Reparations-

kommission die Rede, welche die Höhe des von Deutschland geschuldeten Betrages festsetzen und eine Berechnung aufstellen sollte, „die die gesamten Verpflichtungen auf einen Zeitraum von 30 Jahren ab 1. Mai 1921 verteilen sollte". Bis dahin sollte die Deutsche Regierung den Wert von fünf Milliarden Dollar vorlegen. Anfang 1921 erklärte Deutschland, es hätte seine Verpflichtungen in Form von Gold, Staatspapieren, Kohle und anderen Waren erfüllt, aber die Reparationskommission behauptete, daß tatsächlich weniger als die Hälfte der verlangten Summe bezahlt worden sei. Nun wandte sich die Deutsche Regierung an die Vereinigten Staaten, „in der Reparationsfrage zu vermitteln und die verlangte Summe festzusetzen, die den Alliierten bezahlt werden solle."[59] Sekretär Hughes lehnte es ab, in diesen Streit hineingezogen zu werden, aber er ermahnte die Weimarer Republik, „den Alliierten Regierungen direkt endgültige Vorschläge zu machen, die in jeder Hinsicht mit den gerechten Forderungen übereinstimmen würden."[60]

Am 28. April 1921 erklärte die Reparationskommission, daß die gesamte deutsche Schuld auf 132000000000 Goldmark oder etwa 33000000000 Dollars festgesetzt worden wäre. Diese Aufrechnung wurde der Deutschen Regierung am 5. Mai übergeben und sofort angenommen[61]. Obgleich die erste Rate von 250000000 Dollars im August 1921 bezahlt wurde, verursachte der Verfall der Mark in Deutschland außergewöhnliche finanzielle Schwierigkeiten. 1923 suchte die Deutsche Regierung um ein Moratorium für zwei bis zweieinhalb Jahre nach. England neigte dazu, dem zuzustimmen. Frankreich opponierte heftig. Auf französischen Druck hin erklärte die Reparationskommission schließlich, Deutschland sei im Verzuge und Poincaré bestand auf Repressalien.

Die amerikanische Regierung war an diesem deutschen Problem in hohem Maße interessiert. In Form eines gemeinsamen Abkommens hatte Präsident Harding am 2. Juli 1921 den Frieden zwischen Deutschland und Amerika unterzeichnet[62]. Dem war am 25. August 1921 ein Abkommen gefolgt, das am 11. November des gleichen Jahres zur Auswirkung kam[63]. Es bezeichnete alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen und Reparationen, zu denen die USA durch den Waffenstillstands- und Versailler Vertrag berechtigt waren, als „ausdrücklich vorbehalten". Ein Separatfriede mit Deutschland sollte keineswegs den Verlust der schwerverdienten Rechte Amerikas bedeuten.

Diese Rechte würden in einem Deutschland, dessen Wirtschaftsgefüge zerstört wäre, wertlos sein. Deshalb blickten die amerikanischen Beauftragten mit großem Mißbehagen auf Poincarés Beschluß, die prompte Er-

füllung unmöglicher Forderungen zu erzwingen. In Rom besprach Botschafter Child die Lage mit Barthou, dem Sprachrohr Poincarés. Er berichtete Seketär Hughes, diese Unterredung habe gezeigt, daß Barthous „deutschfeindliches Vorurteil derart stark sei, daß es jede gesunde Entscheidung unmöglich mache. Er glaube, es würde für die Welt am besten sein, in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung und unabhängig von der französischen Regierung zu handeln.“ [64]

In den folgenden Monaten schrieb Botschafter Herrick, der für gewöhnlich recht franzosenfreundlich war, an Sekretär Hughes und mißbilligte die persönliche Haltung Poincarés. „Es ist endgültig hoffnungslos, irgendwelchen Eindruck auf Poincaré zu machen. Er hat nichts vergessen und nichts dazu gelernt, und zwar nicht etwa aus mangelnder Intelligenz, sondern eher aus bestimmten Gründen ... Er hat sein politisches Leben und Ansehen nun einmal auf dieser aggressiven Politik aufgebaut. Wenn Sie etwas Wirkungsvolles unternehmen wollen, um ihm Einhalt zu gebieten, müssen Sie m. E. einige öffentliche Verlautbarungen bekanntgeben mit dem Ziel, den vernünftigen französischen Ansichten zu helfen [65].“ Doch Hughes antwortete ihm, daß ein Anrufen des französischen Volkes über den Kopf seiner Regierung hinweg ein gefährliches Unternehmen sei: „Gelegentliche Bemühungen dieser Art haben bisher mehr Verdruß gebracht als geholfen [66].“

Am 23. Januar besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet bis östlich von Dortmund. Die britische Regierung betrachtete dieses Vorgehen als unrechtmäßig und verweigerte jede Unterstützung. Eine Besetzung des Ruhrgebietes würde die deutsche Industrie lähmen und die Reparationen sowie den englischen Handel mit Deutschland ernstlich gefährden. Um diesen französischen Repressalien zu begegnen, legten die deutschen Arbeiter an der Ruhr ihre Arbeit nieder. Gruben und Fabriken wurden geschlossen, Telefon, Telegraf und Eisenbahn wurden unterbrochen. Alle Reparationszahlungen an die Alliierten hörten auf.

Der amerikanische Handelsattaché in Berlin sah in dieser französischen Besetzung des Ruhrgebietes einen Versuch, „Deutschland für immer als Großmacht zu entmannen!“ [67]

Der amerikanische Botschafter berichtete dementsprechend: „Das Volk ist wie ein Gegenstand und eine fremde Rasse behandelt worden. Der Handel ist ermattet und weitgehend zerstört worden. Völlig sinnlos sind hier und dort Truppen in die Dörfer einquartiert worden. Man hat alles nur Mögliche getan, um Aufsässigkeit hervorzurufen, aber nichts, das der

Befriedung dienen könnte. Der Erfolg ist, daß die rheinische Bevölkerung heute wild franzosenfeindlich eingestellt ist[68]." Für Herbert Hoover hatten diese französischen Repressalien geradezu Weltbedeutung. Die französische Einmischung in den Ruhrkohlenhandel würde „den gesamten Weltkohlenmarkt umstürzen und das Leben überall noch schwieriger werden lassen"[69].

Die anschaulichste Beschreibung des französischen Terrors an der Ruhr hat George E. R. Geydes in: „Die Revolver-Republik" gegeben: „In Essen sah ich eines Tages einen bitterlich weinenden Jungen, der von einem französischen Offizier verprügelt worden war, weil er seinetwegen nicht den Bürgersteig verlassen hatte, und in Recklinghausen verfolgten die Franzosen einige Männer mit ihren Reitpeitschen bis ins Theater, in dem sie Zuflucht gesucht hatten, unterbrachen die Aufführung von „König Lear" und trieben die gesamte Zuhörerschaft hinaus ... In der Nacht zum 11. März wurden bei Buer die Leichen eines französischen Infanteristen und eines Régie-Stationsvorstehers gefunden ... Am nächsten Morgen wurde um 7 Uhr Ausgehverbot für Buer erklärt ... Der Befehl, ab 7 Uhr zu Hause zu bleiben, war am Sonntag ausgegeben worden, nachdem viele Leute schon zu Tagesausflügen aufgebrochen waren. Als sie völlig ahnungslos zurückkehrten, wurden sie mit Reitpeitschen geschlagen, mit Gewehrkolben gestoßen, von französischen Soldaten durch die Straßen gejagt und nach ihnen geschossen. Ein Arbeiter namens Fabeck wurde erschossen, als er mit seiner jungen Frau auf die Straßenbahn wartete[70]."

Diese Repressalien der Franzosen trugen schließlich insofern Früchte, als Deutschland am 26. September 1923 versprach, den passiven Widerstand aufzugeben. Aber der Preis dieses Sieges war sehr hoch. Die britische Regierung hatte die Ruhrbesetzung keineswegs mit Wohlwollen betrachtet, da sie den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft mit sich brachte, und die Meinung der neutralen Staaten war scharf und kritisch.

In Frankreich führte das Absinken des Franc dazu, mildere Seiten aufzuziehen. So war endlich der Weg für Diskussionen bereitet, die zur Annahme des Dawes-Planes führten. Das interalliierte Abkommen, das diesen Plan vorsah, wurde am 30. August 1924 in London unterzeichnet, und der Abzug der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet erfolgte sofort[71].

Aber dieser Dawes-Plan hatte einige offensichtliche Mängel. Er schwieg sich über die endgültige Reparations-Summe aus. Daher war – technisch gesehen – die alte Gesamtrechnung von 33 000 000 000 Dollar, die von der Reparationskommission festgelegt worden war, immer noch in Kraft. Es hätte den sogenannten Finanz-Experten aufstoßen müssen, daß Deutsch-

land nicht fortfahren könnte, auf unbestimmte Zeit riesenhafte Jahresraten für Reparationen zu leisten. Auch hätten sie sich sagen müssen, daß keine Großmacht damit zufrieden sein könnte, in finanziellen und politischen Ketten zu verharren wie jenen, in die Deutschland unter den Bedingungen dieses Planes geschmiedet war. In dieser Hinsicht machte die „Commercial und financial Chronicle" einige sehr treffende Bemerkungen: „Nichts Ähnliches ist in der Weltgeschichte zu finden, wie dieses vorgeschlagene Verfahren. Deutschland wird wie eine bankerotte Firma, die ihren Verpflichtungen nicht länger nachkommen kann, einem Konkursverwalter gesetzmäßig übergeben ... In Wirklichkeit hat es weder in der Vergangenheit noch heute jemals eine ausländische Kontrolle über inländische Angelegenheiten gegeben ... Nie zuvor ist je vorgeschlagen worden, den Reichtum einer Nation so vollständig in Besitz zu nehmen [72]."

Die Zahlungen erhöhten sich unter dem Dawes-Plan jedes Jahr, bis sie (im fünften Jahr) 2 500 000 000 Goldmark erreichten. Die Deutsche Regierung war nur auf Grund großer Auslands-Anleihen in der Lage, sie zu leisten. Aber es hätte einleuchten müssen, daß ein derartiges System nicht fortgesetzt werden konnte. Als diese Tatsache im Jahre 1929 offenbar wurde, traf sich eine neue Gruppe von Finanz-Experten unter dem Vorsitz von Owen D. Young in Paris. Am 7. Juni 1929 übergab dieses Komitee der Reparationskommission und den in Frage kommenden Regierungen einen Finanzvertrag, der üblicherweise mit „Youngplan" bezeichnet wird. Unter seinen Bedingungen wurde die gesamte Entschädigungssumme auf 8 032 500 000 Dollar beschränkt und zu $5^1/_2$ % kapitalisiert.

Die Zeit ihrer Tilgung wurde auf $58^1/_2$ Jahre begrenzt. Die Reparationskommission wurde zugunsten einer Bank für Internationale Festsetzungen abgeschafft und diese mit großen Vollmachten ausgestattet. Um Deutschland entgegenzukommen, wurden die ausgedehnten finanziellen und politischen Kontrollen, die der Dawes-Plan enthalten hatte, aufgehoben [73].

Der Young-Plan trat 1930 in Kraft. Aber auch er war nicht das Mittel, die Leiden einer Welt, die dicht vor dem Zusammenbruch stand, zu heilen. Einige schrieben die verzweifelte Lage einem „unangemessenen Goldvorrat" zu, andere suchten sie in einem Überfluß an Silber. Die Technik wurde gescholten, weil sie die Menschheit zu einem allzu großen Industrie- und Agrarprodukt-Ausstoß befähige, so daß der Weltmarkt mit billigen Waren überflutet würde. Aristide Briand schlug eine europäische Wirtschaftsvereinigung als das beste Mittel vor, die Schwierigkeiten zu bewältigen, die den Kontinent zu verschlingen drohten. Aber der österreichische Außenminister Dr. Schober gab seiner Meinung dahingehend Aus-

druck, daß es dienlich sein würde, die Dinge nicht zu weit vorwärts zu treiben. Vielleicht würde der beste Weg zu einer eventuellen Europa-Union eine Österreichisch-Deutsche-Waren-Union sein! Im März 1931 wurde diese vorgeschlagene Union feierlich von den österreichischen und deutschen Regierungen mit einer gleichlautenden Erklärung ihrer Ziele proklamiert. Obgleich England dieser Übereinkunft zustimmte, behauptete Frankreich, hinter dieser Union politische Absichten zu erkennen, und widersprach heftig. Seine Verweigerung einer dringend notwendigen Anleihe für die wichtigste Bank Österreichs (die Kreditbank) half, das Vertrauen in die Stabilität dieses Unternehmens zu untergraben. Das wiederum hatte seine Auswirkung auf das deutsche Wirtschaftsgefüge, das sowieso unter der Last einer unglücklichen Wirtschaftsbalance schwankte[74].

In der Erkenntnis, daß Österreich und Deutschland durch eine Finanzkrise gingen, schlug Präsident Hoover ein einjähriges Moratorium ab 1. Juli vor, und zwar für „alle Zahlungen, zwischenstaatlichen Schulden, Reparationen und Ablösungen, sowohl für Kapital als auch für Zinsen ... nicht aber Staatspapiere, die im Besitz von Privatgesellschaften wären". Er betonte jedoch, daß dies nicht eine „Tilgung der Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten bedeute." [75]

Als Frankreich zögerte, diesen Vorschlag anzunehmen, verschlechterte sich die Lage Europas reißend. Während der 17 Tage, in denen „Frankreich den Hoover-Plan aufhielt, entzog ein Ansturm auf die deutschen Banken und eine Nachfrage nach kurzfristigen Krediten dem Lande 300 000 000 Dollar. Alle deutschen Banken wurden für eine Weile geschlossen. Der Hoover-Plan hätte Deutschland damals 406 000 000 Dollar retten können." [76]

Während Deutschland sich in diesem Finanzchaos befand, beschloß Staatssekretär Stimson, Berlin zu besuchen, um sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage machen zu können. Die deutsche Presse bot ihm „ohne einen Mißton ein herzliches Willkommen und ergriff die Gelegenheit, in Leitartikeln ihre Dankbarkeit für Amerikas freundschaftliche Haltung gegenüber Deutschland auszudrücken." [77]

Stimson hatte eine lange Aussprache mit Dr. Brüning, dem deutschen Kanzler. Es dauerte nicht lange, bis sie feststellten, daß sie wiederholt in gegenüberliegenden Stellungen an der Westfront gekämpft hatten. Diese soldatischen Bande führten sie schnell zusammen. Ebenso war es mit Präsident Hindenburg. Stimson erschien der Präsident der Weimarer Republik als ein „eindrucksvoller, prächtiger alter Mann." [78]

Allein es bedurfte mehr als Stimsons guten Willens, um die Weimarer Republik zu retten. Der Bankerott der Alliierten hinsichtlich ihres Abrüstungs-Versprechens im Vertrag von Versailles, die schwere Bürde des Young-Planes, entmutigende Besteuerungen und die Schwierigkeiten, einen Markt für Fabrikwaren zu sichern, machte Deutschlands Lage nahezu hoffnungslos. Im Frühjahr 1932 merkte Brüning, daß großzügige Zugeständnisse der Alliierten dringend notwendig waren, um die Flut des Nationalsozialismus, die bedrohlich zu steigen begann, einzudämmen.

In Amerika beachtete man die wachsende Macht Hitlers kaum. Der „Omaha World Herald“ verspottete ihn als einen „unbedeutenden kleinen Mann“[79], der „Boston Evening Transcript“ bezeichnete ihn als „Incarnation des Unheils“[80]. Aber wenige erkannten, daß er eine alarmierende Bedrohung Brünings darstellte. Zum Teil wurden sie klarsichtiger, als Hitler am 13. März nahezu 11 Millionen Stimmen erhielt. Nun ging auch dem „Cleveland Plain Dealer“ auf, daß „so sehr man auch gewünscht hätte, daß der Hitlerismus den Todesstoß erhielte, diese Zahl solche Annahme nicht rechtfertige.“[81]

Die einzige Möglichkeit, den Schatten des Hitlerismus zu bannen, war, die Unterstützung der Regierung Brüning zu verstärken. Aber Frankreich wollte diese einfache Tatsache nicht erkennen. Es gibt sogar Beweise dafür, daß gewisse französische Staatsmänner sich verschworen, die Regierung Brüning zu stürzen. Hören wir Brüning selbst: „... ein Hauptgrund für Hitlers Aufstieg war die Tatsache, daß er große Summen Geldes aus dem Ausland schon 1923 und später erhielt (Frankreich, Polen und Tschechoslowakei) und gut dafür bezahlt wurde, den passiven Widerstand an der Ruhr zu sabotieren ... Später wurde er dafür bezahlt, in Deutschland Unruhe zu stiften und Revolution zu machen, und zwar von Leuten, die sich einbildeten, daß sie Deutschland damit für immer schwächen und das Überleben jeglicher verfassungsmäßigen Zentralregierung unmöglich machen würden[82].“

Diese Behauptung Dr. Brüning's wird einseitig von folgendem Absatz aus Louis P. Lochners intrigantem Buch ‚WHAT ABOUT GERMANY?‘ gestützt: „Wenn es einen Staatsmann gab, der Hitler und seine Bewegung vollständig mißdeutete, so war es André Francois-Poncet, der französische Botschafter in Berlin. Soviel ich von seiner hintergründigen Betriebsamkeit gegen Ende der Brüningära (1932) weiß, muß ich daraus folgern, daß kein anderer Diplomat unmittelbarer dafür verantwortlich ist, daß Hitler an die Macht kam, als dieser brillante, aber verständnislose französische Politiker. Laut Francois-Poncet war der unbestechliche Kanzler Heinrich

Brüning zu verstandesmäßig und erfahren im verschlagenen Spiel internationaler Politik, Hitler andererseits ein Narr und politischer Dilettant... Seien die Nazi-Führer an der Macht, so dachte er, würde es sehr viel einfacher sein, Abkommen zu erzielen, die für Frankreich günstig wären.“ [83]

Wie dem auch sei, im Frühjahr 1932 half die französische Regierung tüchtig dazu, Brüning zu Fall zu bringen. Als die Abrüstungs-Konferenz im Februar 1932 in Genf tagte, legte Brüning einen Plan vor, von dem er meinte, daß er in Deutschland auf Wohlwollen stoßen würde. Ramsey MacDonald und Stimson drückten ihre Zustimmung zu Brünings Vorschlag aus. Aber Tardieu hielt an der üblichen französischen Verzögerungstaktik fest. Als Brüning mit leeren Händen nach Berlin zurückkehrte, bestellte ihn Hindenburg in die Präsidialkanzlei und kritisierte ihn derart heftig, daß ihm nichts mehr übrig blieb, als der Rücktritt [84]. Nachdem Brüning gefallen war, war das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt. Aber die Schuld lag eindeutig auf Frankreichs Schultern. Walter Lippmann faßte die Lage in einem klarsichtigen Kommentar zusammen:

„Nun Brüning gefallen ist, werden die Reparationen bezahlt werden, ... in der ganzen Welt wird großes Bedauern darüber herrschen, daß ein so erfahrener und aufrechter Staatsmann nicht länger Deutschlands Sprachrohr ist. Er ist der beliebteste Mann Europas, dem man am meisten vertraute ... Es fehlten ihm nur gleichwertige Männer in den andern Ländern, mit denen er hätte arbeiten können. Obgleich es so aussieht, als sei er durch Intrigen der Nationalisten (in Deutschland) gefallen, – was seine Stellung unterminiert und die Intrigen möglich gemacht hat, war das Versagen Frankreichs, Englands und Amerikas, einen einzigen konstruktiven Schritt zu tun, um das internationale Vertrauen wieder herzustellen und damit Handel und Kredit, die ja davon abhängen [85].“

Die schwache Regierung von Papens und Schleichers wurde nur ein kurzes Vorspiel zur Regierung Adolf Hitlers, die im Januar 1933 begann, als Präsident Hindenburg ihn bat, das Reichskanzleramt zu übernehmen.

Die Abrüstung bleibt ein beständiger Faktor

Der Sturz der Regierung Brüning erhöhte die Schwierigkeiten um das Abrüstungsproblem. Es war die alte Geschichte gebrochener Versprechen der Alliierten. Sie fanden dafür die einleuchtende Entschuldigung, daß der Wortlaut des Artikel VIII des Völkerbunds-Vertrages zweideutig wäre: „Die Mitglieder des Völkerbundes anerkennen, daß zur Aufrechterhaltung des Friedens die nationale Bewaffnung auf den geringsten Umfang vermin-

dert werden müßte, der mit der nationalen Sicherheit und Hilfe bei gemeinschaftlichen Aktionen internationaler Verpflichtungen vereinbar wäre.“ Bei der Erörterung dieses Wortlautes gab Lord Davis folgenden treffenden Kommentar: „Hier liegt der Versuch eines Kompromisses vor, der Quadratur des Zirkels, der Kombination – als Grundlage der Abrüstung – von zwei unvereinbaren Prinzipien, nämlich der alten Lehre von der absoluten Selbstverteidigung ... und der entgegengesetzten Vorstellung einer Polizeifunktion!“ [86]

Es war nicht zu vermeiden, daß die Staatsmänner verschiedene Meinungen über die Auslegung dieses Artikels vertraten. André Tardieu versicherte, daß der Wortlaut Frankreich zu keinerlei Abrüstungsmaßnahmen verpflichte. Obgleich eine „gesetzliche Verpflichtung“ vorlag, die Deutschland unterschrieben hatte, gab es nichts, zu dem Frankreich verpflichtet war, außer zu dem „Wunsch“ abzurüsten [87]. Aristide Briand stimmte Tardieu in dieser Angelegenheit nicht zu. Er meinte vielmehr, daß Frankreich durch den Artikel VIII verpflichtet sei, einigen Abrüstungsplänen zuzustimmen. Es sei dieser Verpflichtung bereits teilweise nachgekommen durch wesentliche Verminderungen in der Bewaffnung, könne aber jetzt unmöglich darin fortfahren, bevor nicht andere Nationen die gleichen Schritte unternähmen, um Frankreichs Sicherheit zu gewährleisten [88].

Der amerikanische Standpunkt zur Abrüstungsfrage wurde eindeutig von Professor James T. Shotwell herausgestellt: „Deutschland ist mit der Bedingung entwaffnet worden, daß die andern Unterzeichner freiwillig ebenfalls ihre Rüstung begrenzen würden entsprechend dem, was die Deutschen zu tun gezwungen wurden [89].“ 1933 gab Normann H. Davis der amerikanischen Stellungnahme noch zwingenderen Ausdruck, als er der Abrüstungskonferenz erklärte: „Es wäre weder gerecht noch weise, wenn die zentralen Streitkräfte für alle Zeiten Gegenstand eines besonderen Bewaffnungsmodus sein sollten. Es bestand von jeher eine entsprechende Verpflichtung auf seiten der andern Signatar-Mächte der Friedensverträge, daß auch sie in entsprechendem Zeitablauf ihre Rüstung bis zur Grenze des zur Selbstverteidigung absolut Notwendigen vermindern würden [90].“

Auf der gleichen Konferenz legte Premierminister MacDonald im März 1933 seinen Abrüstungsplan vor. Die vorgeschlagene Größe der Europäischen Heere war jedoch dazu angetan, Deutschland zu verdrießen. Die Tschechen sollten 100000 Mann, Frankreich 200000 als Heimatheer und weitere 200000 als Kolonialtruppen haben, Polen 200000 und Rußland 500000 Mann [91].

Um den Standpunkt Hitlers genau kennenzulernen, entschloß sich Präsident Roosevelt, Norman H. Davis zu einer Besprechung über die Abrüstung nach Berlin zu senden. Am Nachmittag des 8. April 1933 führte Davis ein langes Gespräch mit Hitler, der sich sogleich auf den Versailler Vertrag berief, den er als dazu angetan betrachtete, „Deutschland für immer in einer untergeordneten Rolle zu halten, und es in den Augen der Welt herabzusetzen.“ Er meinte, es sei lächerlich, wenn Frankreich irgend etwas von Deutschland befürchte. Frankreich sei die am stärksten bewaffnete Macht der Welt, während Deutschland von Versailles nur diese jämmerlich kleine Wehrmacht zugestanden bekommen hätte. Der einzige Grund, aus dem „Frankreich einige Befürchtungen Deutschland gegenüber haben könnte, sei der, daß es sich seines Unrechts bewußt wäre, daß es versuche, Deutschland für immer unter Bedingungen zu zwingen, die keine sich selbst achtende Nation ertragen könne.“ Im Verfolg dessen erklärte Hitler, daß, da er Krieg nicht wünsche, „Deutschland nicht für immer unter den Bedingungen des Vertrages (Versailles) leben könne, der ungerecht sei und auf der falschen Voraussetzung von Deutschlands Schuld am Kriege beruhe[92].“

Diese drohenden Worte im Ohr eilte Davis zur Abrüstungskonferenz nach Genf zurück, um mit MacDonald über den Plan zu sprechen, dessen vorgesehene Rüstungsbegrenzungen Deutschland niemals annehmen werde. Am 25. April erhielt er folgende endgültige Instruktion von Staatssekretär Hull:

„Bitte lassen Sie sich von der großen Politik der Vereinigten Staaten leiten, unaufhörlich auf eine sofortige und praktisch wirksame Abrüstung zu drängen. Unser letztes Ziel ist ein zweifaches: erstens, Herabsetzung der jetzigen jährlichen Rüstungskosten, die in allen nationalen Budgets enthalten sind, und zweitens, so schnell wie möglich zu Heimwehren zu gelangen.“ [93]

In dem beschleunigten Bemühen, einen Beschluß in dem Abrüstungsproblem herbeizuführen, kamen Premierminister McDonald und Herriot nach Washington, aber sie erreichten wenig. Am 26. April hatte Präsident Roosevelt eine ausgedehnte Besprechung mit Herriot, bei der verschiedene wichtige Themen erörtert wurden. Herriot meinte, daß der „ungefährlichste Punkt für Europa“ der polnische Korridor sei. Der Präsident wandte sofort ein, „er könne nicht verstehen, weshalb sich nicht Abmachungen treffen ließen, daß Deutschland und Ostpreußen fester miteinander verbunden würden, entweder auf dem Luftwege, durch erhöhten Eisenbahnverkehr oder sogar, falls nötig, durch Tunnels“. Aber Herriot kon-

terte sofort, indem er den bestehenden Zügen und dem Straßendienst zwischen beiden Seiten warmes Lob spendete. Doch dann legte er unklugerweise den Finger auf die tatsächlichen Schwierigkeiten in der Verständigungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Polen, beschrieb „die artistischen Fähigkeiten der Polen“ und schilderte, wie schwer es mit ihnen zu verhandeln sei, so daß selbst die Franzosen ... es ausnehmend schwierig fänden, sie zurückzuhalten und zu beruhigen, wenn sie aufgeregt würden. „Am Schluß der Besprechung machte Herriot keinerlei Vorschläge, die Korridorgefahr zu bannen, noch schien er der Ansicht zu sein, daß es irgendeine Lösung des Problems gäbe.“ [94]

Es war denn auch dieser „Gefahrenpunkt“, der 1939 zu einer der Hauptursachen für den Ausbruch der Feindseligkeiten wurde. Herriot mußte erkennen, daß die „artistischen Fähigkeiten“ der Polen es unmöglich machten, ihnen eine wirkliche Lösung der Korridorfrage vorzuschlagen. Die gleichen Fähigkeiten traten im Sommer 1939 noch deutlicher in Erscheinung, als der polnische Gesandte in Paris weder mit Bonnet noch mit Daladier mehr sprechen wollte. Wen die Götter zu verderben wünschen, den machen sie zunächst verrückt!

Auch in der Abrüstungsfrage spielten die Polen ein wenig verrückt, und ihre Forderung nach einem Heer in der gleichen Größe wie das deutsche erweckte bei Hitler ernstliches Unbehagen. Er erinnerte sich nur zu gut der blutigen Ausschreitungen der Korfanty'schen Insurgenten vor und nach der Abstimmung in Oberschlesien. Ein polnisches Heer von 200 000 Mann zusammen mit den russischen 500 000 würde eine höchst gefährliche Bedrohung für Deutschlands Ostgrenze darstellen. Der McDonald-Plan wurde daher in Berlin nicht begrüßt.

Aber Argumente für eine Erhöhung der deutschen Streitkräfte stießen auf sofortigen Widerstand in Washington. Am 6. März hatte Dr. Schacht eine Besprechung mit Präsident Roosevelt, der ihn schleunigst davon unterrichtete, „daß die Vereinigten Staaten gegen einen Status quo hinsichtlich Deutschlands Bewaffnung wären“. Gleichzeitig wurde er davon unterrichtet, daß die amerikanische Regierung alle Bemühungen unterstützen würde, die Kriegsrüstungen aller Nationen auf die deutsche Höhe herabzudrücken. Zum Abschluß der Unterredung gab der Präsident noch so deutlich wie möglich zu verstehen, daß er „in Deutschland das einzige Hindernis sähe, um zu einem Abrüstungsvertrag zu gelangen, so daß er hoffe, Dr. Schacht möge Hitler diesen Gesichtspunkt so schnell wie möglich mitteilen.“ [95]

Hitler antwortete am 17. Mai mit einer Einberufung des Reichstages, der seine Ausführungen zur Abrüstungsfrage entgegennahm. Um die Ausführungen des deutschen Kanzlers zu beeinflussen, hatte Präsident Roosevelt noch schleunigst (am 16. Mai) eine Botschaft an die „Staatschefs aller Länder, die an der Abrüstungs- und Internationalen Geld- und Wirtschaftskonferenz teilnähmen“, veröffentlicht. Er hege die Hoffnung, daß der Frieden „durch praktische Maßnahmen einschließlich vollkommener Entfernung aller Offensiv-Waffen“ gesichert werde. Über diesen für den Augenblick bestimmten Schritt hinaus sollten alle Nationen „einen feierlichen und endgültigen Nichtangriffs-Pakt miteinander schließen.“ [96]

Am 17. Mai antwortete Hitler Roosevelt in sehr allgemeiner Form. Er erklärte, daß er in den Vorschlägen des Präsidenten einige Stellen fände, die er als geeignetes Mittel betrachten könne „über die internationale Krise“ hinwegzukommen. Obgleich Deutschland auf einer „tatsächlichen Gleichberechtigung hinsichtlich der Abrüstung“ bestehen müßte, würde es nicht versuchen, seine Forderungen mit Gewalt durchzusetzen [97].

Diese entgegenkommenden Ausführungen Hitlers brachten vielen Amerikanern für den Augenblick Erleichterung. Der „Cincinati Enquirer“ meinte, „Hitler habe die Verantwortung für eine wirkliche Abrüstung auf andere Schulter abgewälzt“ [98], während der „Christian-Science Monitor“ die Überzeugung aussprach, daß die Welt-Friedens-Bewegung sehr gestärkt worden sei [99].

Von diesen Zeichen der Zustimmung ermutigt, kündigte Norman Davis am 22. Mai an, daß die amerikanische Regierung bereit sei, mit den anderen Nationen über ein Welt-Friedensabkommen zu beraten, und keinen Versuch machen würde, die Bemühungen anderer Nationen zu hindern, Angreifer-Staaten von ihren Unternehmungen zurückzuhalten [100]. Amerika begab sich auf den Abstieg zu kollektiver Sicherheit.

Präsident Roosevelt schickt William E. Dodd nach Deutschland

Während der ersten sechs Monate seiner Kanzlerschaft unternahm Hitler manchen Schritt auf eine starke Regierung hin. Eine der bezeichnendsten Maßnahmen, die in Amerika Aufsehen erregte, war die Unterdrückung aller Parteien mit Ausnahme der nationalsozialistischen. Messerschmitt, dem amerikanischen Generalkonsul in Berlin, erschien „diese Auflösung der zahlreichen Parteien, die das parlamentarische Chaos und den Zusammenbruch der parlamentarischen Regierung herbeigeführt hatten, ein helfender Schritt vorwärts zur eventuellen Rückkehr einer wirklich parlamentari-

schen Regierung.“ Die deutschen Aussichten waren „entschieden hoffnungsvoller als sie irgendwann seit dem 5. März gewesen waren“ [101].

Nachdem er einige dieser rosig gefärbten Depeschen aus Berlin gesehen hatte, entschloß sich Präsident Roosevelt, Professor William E. Dodd, einen bekannten Historiker, als amerikanischen Botschafter nach Berlin zu schikken. Er war von Daniel C. Roper und Oberst House vorgeschlagen worden. und dieser Vorschlag war nicht sehr glücklich. Dodd wußte wenig von den Problemen amerikanischer Außenpolitik und noch weniger von diplomatischen Gepflogenheiten. Er hatte keinerlei Sympathien für das nationalsozialistische Regime und fand mehr zu tadeln als zu loben. Es gab mehrere Reibungsflächen zwischen Deutschland und Amerika, und eine der ersten, die einer schnellen Erledigung bedurfte, war die Einstellung der deutschen Zahlungen auf amerikanische Privat-Darlehen.

Finanzielle Unstimmigkeiten

Diese Darlehen waren 1924 seit Inkrafttreten des Dawes-Plans nach Deutschland hineingeflossen. Ohne sie hätte die deutsche Regierung die alliierten Forderungen niemals bezahlen können. Aber die Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann, erreichte ihren Tiefstand zwei Jahre später. Es ist bereits erwähnt worden, daß Frankreich die Annahme des Hoover-Planes verzögerte, was Deutschlands wirtschaftliche Lähmung zur Folge hatte. Im Januar 1932 erklärte Reichskanzler Brüning, die deutsche Regierung habe Frankreich einige 19 000 000 000 Reichsmark gegeben, obgleich die gesamten Ausgaben für den Wiederaufbau Frankreichs nur 14 000 000 000 RM ausgemacht hätten. Weitere Zahlungen in dieser Höhe würden die Wirtschaft Deutschlands und der Welt zum Scheitern bringen.[102] Die Konferenz von Lausanne (16. Juni–8. Juli) machte dann der deutschen Wirtschaftssklaverei ein Ende[103].

Aber Deutschlands Lage wurde unter Hitler so ernst, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht am 9. Juli 1933 eine Regelung erwog, die ein Transfer-Moratorium für die Zinsen und gesenkte Kapitalzahlungen vorsah, die man ungefähr auf 17 000 000 000 RM schätzte[104]. Die Privatbanken der USA wurden von dieser Regelung stark betroffen, da ungefähr 40% der deutschen Auslandsschulden (1 800 000 000 Dollar) von amerikanischen Kreditgebern stammten. John Foster Dulles als Repräsentant der amerikanischen Bankiers sandte Schacht einen scharfen Protest wegen des Transfer-Moratoriums[105], aber der Reichsbankpräsident wartete offensichtlich das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz ab, bevor er eine Antwort gab. Der

Erfolg dieser Konferenz hing von einer versöhnlichen Erklärung Präsident Roosevelts zur Finanzpolitik ab. Als er diesen Schritt verweigerte, „torpedierte“ er damit die Konferenz, und ganz Europa „platzte vor Ärger“ [106]. Er hatte den Stöpsel der Weltfinanz aus der Wand der Erwartung gestoßen und schalt dann Europa dafür, daß die Brocken so weit und breit herumflogen.

Als Dr. Schacht mit seiner Politik der Zahlungseinstellung an die amerikanischen Banken fortfuhr, kritisierte Präsident Roosevelt den Reichsbankpräsidenten und Deutschland im allgemeinen aufs schärfste, obgleich die Schuld auf seinen eigenen Schultern lag. Dodds Entsendung nach Deutschland hatte den denkbar unglücklichsten Hintergrund.

Die deutsche Regierung zeigt ihre Abneigung gegen Dodd

Botschafter Dodd war noch kaum in Berlin, da hatte er schon die deutsche Regierung verstimmt, indem er die Teilnahme am Reichsparteitag in Nürnberg ablehnte. Seine Entschuldigung war zu durchsichtig, um diplomatisch zu sein: „Ich kann mich nicht so lange von Berlin entfernen, um mir das Vergnügen erlauben, die Einladung anzunehmen [107].“ Die Nationalsozialisten zahlten diesen Affront heim, indem sie gewisse Amerikaner mit bewußter Unhöflichkeit behandelten. Der Rundfunk-Kommentator vermerkte, am 9. September sei ein Sohn von H. V. Kaltenborn angegriffen worden, weil er während einer Parade der Sturmabteilungen nicht den deutschen Gruß entboten hätte [108]. Als Dodd sich bei von Neurath wegen dieses unglücklichen Zwischenfalls beschwerte, murmelte der Außenminister nur: „Die SA-Leute sind so unbeherrscht, daß ich befürchte, wir können Sie nicht zurückhalten.“ [109]

Deutschland verläßt den Völkerbund

Dem zunehmenden Nationalgefühl wurde 1933 von Hitler selbst weiterer Auftrieb gegeben. Die Abrüstungsfrage bot Gelegenheit, ihm dramatischen Ausdruck zu verleihen. Während des Sommers 1933 hatte Norman H. Davis, der amerikanische Repräsentant in Genf, mehrere Unterhaltungen mit britischen und französischen Delegierten der Abrüstungskonferenz in dem Bemühen, irgendeine Formel zu finden, das Abrüstungsproblem zu lösen. Am 14. Oktober präsentierte Sir John Simon einen Plan mit dem Ziel „Gleichheit des Standes“ in höchstens acht Jahren zu erreichen [110]. Hitler erblickte in diesem langen Hinauszögern eines wichtigen Abkommens in der Abrüstungsfrage einen Beweis dafür, daß die alliierten Regie-

rungen gar nicht die Absicht hatten, tatsächlich abzurüsten. Sie hatten aus dem Artikel VIII des Völkerbundsvertrages mit seinem Versprechen einer allgemeinen Abrüstung eine Farce gemacht, und so nahm er an, auch der Simon-Plan sei nur ein neuer Betrug. Angesichts jahrelang gebrochener Versprechen von seiten der Völkerbundsmitglieder gab es nun keinen anderen Weg mehr, als aus dem Völkerbund auszutreten. Er versicherte, daß dieser Schritt keine aggressiven Folgen haben würde [111].

Als Botschafter Dodd über den Austritt mit Hitler sprach, wurde dieser „sichtlich erregt“ und ließ eine lange Kritik an den Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages vom Stapel. Als Dodd begütigend bemerkte, daß „offensichtliche Ungerechtigkeiten in der französischen Haltung“ zu finden wären, beruhigte sich der Führer sofort, war ganz liebenswürdige Verständigkeit, und die Unterredung endete in freundschaftlichem Tone [112].

Hitler konnte es sich wohl leisten, vernünftig zu sein, denn er lenkte die deutsche Meinung ganz in die von ihm gewünschte Richtung. Am 12. November wurde im Reich eine Wahl aus Anlaß des Austritts aus dem Völkerbund durchgeführt. Das Resultat war ein überwältigendes Bekenntnis zu Hitlers Politik. Die nationalsozialistischen Kandidaten errangen etwa 39 500 000 Stimmen von im ganzen 43 000 000. Der Nationalsozialismus schritt von einem Siege zum andern [113].

Fliegen in der diplomatischen Salbe

Der sieghafte Vormarsch des Nationalsozialismus in Deutschland störte manche Amerikaner, die der Meinung waren, diese Entwicklung bedeute einen eventuellen Krieg auf dem Festlande. Dr. Goebbels' Propaganda konnte zuweilen keine befriedigenden Erklärungen für einzelne Handlungen der Regierung geben. Die Reichsbank fuhr fort, amerikanische Inhaber deutscher Schuldverschreibungen zu benachteiligen, und der Außenminister erklärte Botschafter Dodd, dies sei lediglich eine Sache internationalen Austausches. Wenn Amerika seine Einkäufe deutscher Waren steigere, könne sich die Lage schnellstens bessern [114]. Amerikas teilweiser Boykott deutscher Waren habe für das Reich eine ungünstige Handelsbilanz ergeben. In Europa erfreue sich Deutschland einer höchst günstigen Handelsbilanz mit England, Frankreich und den Niederlanden und sei deshalb geneigt, sie mit mehr Rücksicht zu behandeln [115].

Staatssekretär Hull fand wenig Geschmack an dieser Wirtschaftslektion und fuhr fort, die deutsche Regierung zu einer Änderung ihrer Politik zu drängen. Am 16. Juni instruierte er Botschafter Dodd dahingehend, er möge sein „stärkstes Bedauern“ darüber aussprechen, daß die Reichsbank

immer noch amerikanische Kreditgeber unter Ausnahme stelle, und elf Tage später verfaßte er ein langes Protestschreiben gegen die nationalsozialistische Fiskal-Politik[117]. Er war fest entschlossen, vollen Gebrauch von dem nützlichen Ärgernis dieser Schuldenschwierigkeit zu machen. Dodd war sichtlich bestürzt über diesen dauernden Druck des State Department und vertraute seine Gefühle zeitweise seinem Tagebuch an: „Was kann ich denn noch mehr sagen, als was ich schon mehrfach gesagt habe? Deutschland ist in einem schrecklichen Zustand[118]." In Amerika wurde diese Tatsache in vielen Zeitungen erkannt. Die „Seattle Times"[119] und die „Atlanta Constitution"[120] gaben offen ihrer Meinung Ausdruck, die NS-Regierung habe weiter nichts getan, als ein Blatt aus den Rechnungsbüchern der europäischen Nationen zu entfernen, die riesige Anleihen bei der Amerikanischen Regierung während des Weltkrieges schuldig geblieben wären.

Aber die amerikanischen Sympathien für das schwerbedrückte Deutschland besänftigten nicht die Kritik an der antisemitischen Politik der NS-Regierung. Harte Erlasse gegen die Juden erweckten weitgehenden Widerspruch in ganz USA und führten zu einem zunehmend ungünstigen Meinungsklima. Diese Tatsache wurde durch Anzeigen in bestimmten New Yorker Zeitungen beleuchtet, die ein Scheingericht über Hitler ankündigten, das im Madison Square Garden am 7. März 1934 aufgeführt werden sollte.

Als Botschafter Luther auf das State Department eilte, um dort Protest einzulegen, zeigte ihm Staatssekretär Hull die kalte Schulter.[121] In Berlin hatte Botschafter Dodd eine lange Unterhaltung mit Hitler, der „ungewöhnlich freundlich" war. Als Dodd auf das Judenproblem in verschiedenen Ländern zu sprechen kam, unterbrach ihn der Führer verschiedene Male mit scharfen Erklärungen gegen die „verdammten Juden". Schließlich teilte er Dodd mit, wenn die Juden ihre „Wirksamkeit" in Deutschland fortsetzten, „werden wir vollständig Schluß mit ihnen machen"[122]. Zu jener Zeit war Hitlers Bellen weit schlimmer als sein Beißen; bald sah er ein, daß es gute Politik sei, Amerika entgegenzukommen und eine menschlicherere Haltung gegenüber den Juden einzunehmen. Er wünschte keine Schein-Gerichte mehr in New York. Am 12. März verfügte er die Schließung des Columbiahauses, wo viele Juden mißhandelt worden waren, und bestand darauf, „daß Haftbefehle erst überprüft werden müßten, bevor jemand mehr als 24 Stunden auf irgendeine Beschuldigung hin festgehalten werden dürfe."[123]

Der Antisemitismus wurde für den Augenblick nach Belieben beiseitegeschoben.

Hitler reinigt die NSDAP

In den ersten Monaten des Jahres 1934 machte sich in gewissen deutschen Kreisen eine wachsende Kritik an Hitlers Politik bemerkbar. Einige Parteiführer stimmten der milderen Haltung des Führers den Juden gegenüber nicht zu. Andere beunruhigten sich über die finanzielle und wirtschaftliche Lage im Reich[124] und Kurt Schmitt, der Wirtschaftsminister, beklagte sich bei Botschafter Dodd, die Repressalien gegenüber Juden, Protestanten und Katholiken hätten in Amerika und England eine so „starke Feindseligkeit" hervorgerufen, daß die Wirtschaftsaussichten jeden Tag schwärzer würden[125]. Es war allgemein bekannt, daß Röhm sich der Verminderung der Sturmabteilungen heftig widersetzte, und einige glaubten, daß er mit General von Schleicher einen umfangreichen Führungswechsel in den nationalsozialistischen Organisationen vorbereite. Es lag Revolutionsstimmung in der Luft.

Am 17. Juni hielt Franz von Papen in der Universität Marburg einen Vortrag, den man am besten verstehen konnte, wenn man zwischen den Zeilen las. In einem bedeutungsvollen Satz gab er den Schlüssel zu Hitlers nächstem Schachzug. Nachdem er auf das Versagen der „offiziellen Organe der öffentlichen Meinung" hingewiesen hatte, die nicht genügend Licht verbreitet hätten, um das geheimnisvolle Dunkel zu durchdringen, in dem der Geist des deutschen Volkes verborgen sei, bemerkte von Papen, daß wahrscheinlich erst ein Staatsmann kommen müsse, der „einen Spaten einen Spaten nennen" würde[126].

Der „Springfield Republican" äußerte die vorsichtige Vermutung, daß von Papens Rede „das Signal für eine bedeutsame Entwicklung in den inneren Angelegenheiten Deutschlands sei."[127] Diese Entwicklung ließ nicht lange auf sich warten. Am 30. Juni führte Hitler eine blutige Säuberung durch, die so manchem bedeutenden Nationalsozialisten das Leben kostete, der der Partei nicht länger dienlich war.

In den Vereinigten Staaten begann ein großes Rätselraten über die Hintergründe dieser Säuberung. Drew Person und Robert Allan sagten Hitler eine düstere Zukunft voraus[128], die „Buffalo News" meinte, der Führer säße auf einem Pulverfaß[129], und Oswald G. Villard gab der Meinung Ausdruck, daß diese Säuberung „der Anfang vom Ende für Hitler sei."[130] Andere Kommentatoren waren gleichermaßen hoffnungsvoll, daß der „Nazi-Alptraum" bald zu Ende sein würde. Die Meinung war hier dem Führer gegenüber so unfreundlich, daß diese Säuberung offensichtlich den Schlußpunkt unter Amerikas Beurteilung des nationalsozialistischen Deutschland setzte. Sprecher in Deutschland unterdrückter Minder-

heiten fanden leichtgläubige Zuhörer für ihre Geschichten über hemmungslose Brutalität.

Als General Hugh S. Johnson von Hitlers Partei-Säuberung erfuhr, erklärte er, solche Grausamkeit mache ihn „physisch vollkommen krank“. Diese bittere Kritik an der nationalsozialistischen Innenpolitik rief einen sofortigen Protest[131] des deutschen Geschäftsträgers in Washington hervor. Sekretär Hull versicherte ihm, daß General Johnson „rein privat und nicht für das State Department oder die Regierung spräche“[132], aber die deutsche Presse war mit dieser Erklärung nicht zufrieden und veröffentlichte zahllose Angriffe auf den General und die Redefreiheit in den USA.

Es wurde hervorgehoben, daß Johnson das Haupt der NIRA wäre und daher ein wesentlicher Repräsentant der Verwaltung Roosevelts. Seine Äußerungen hätten also einen offiziellen Anstrich und könnten nicht durch zungenfertige Erklärungen umgemünzt werden[133].

Präsident Hindenburgs Tod

Die zahlreichen Zusammenstöße zwischen Amerika und dem nationalsozialistischen Deutschland bereiteten vielen Amerikanern, die auf Grund dieser ernsten Mißhelligkeiten täglich den Ausbruch eines Konfliktes befürchteten, große Sorge. Hitler wurde in den Vereinigten Staaten immer unbeliebter, und seine Regierung schien eine Bedrohung des Europäischen Friedens. Man hatte seit langem den Eindruck, daß Präsident Hindenburg den radikalen Absichten Hitlers wirkungsvoll Einhalt gebiete, und so rief die Nachricht von seinem Tode (1. August) unheilvolle Ahnungen hervor.

Hitler bemühte sich, diesen Eindruck durch zwei Reden zu zerstreuen, in denen er sich so vorsichtig ausdrückte und in solchem Maße taktvoll zurückhielt, daß aus keiner von beiden eine Drohung herauszuhören war.

Er richtete sein Augenmerk auf die bevorstehende Abstimmung an der Saar. Sie würde dazu dienen, die öffentliche Meinung in Europa und Amerika zu versöhnen. Als sie am 13. September 1935 durchgeführt wurde, waren 477 119 Stimmen für die Vereinigung mit dem Reich und nur 46 613 für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes[134]. Hitler hatte einen neuen Sieg errungen.

Die englisch-französische Erklärung am 3. 2. 1935

Der rasch wachsende Nationalismus unter Hitler trieb Frankreich zu sofortigem Handeln. Im Januar 1935 unternahm Laval einen kurzen Besuch

in Rom, wo er sich mit Mussolini über Österreich beriet und verständigte. Der nächste Schritt zur Erhaltung des Friedens in Europa war eine englisch-französische Erklärung vom 3. Februar. Sie sollte die Grundlage für ein „allgemeines, aus freiem Willen geschlossenes Abkommen weiterer Mächte, einschließlich Deutschlands", bilden. Die wichtigsten Punkte würden ein Abrüstungsplan, ein östlicher Beistandspakt, ein zentral-europäischer Pakt zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs und ein Luft-Übereinkommen sein, das jedem der Signatarmächte Beistand im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs versprach [135].

Am 24. Februar gab Hitler dem britischen und französischen Botschafter in Berlin eine entgegenkommende Antwort und stimmte grundsätzlich den Bedingungen des Luftabkommens zum Schutz der Signatarmächte zu. Doch war er der Meinung, daß die vorgeschlagenen ost- und zentraleuropäischen Verträge noch weiterer Besprechungen und Ausarbeitungen bedürften. Diese verzögernde Stellungnahme störte die „New York-Times", die klagend bemerkte: „Das Dritte Reich hofft auf eine lange Zeit der Verhandlungen. Für die Deutschen ist jede Verzögerung ein Gewinn." [136]

Die Furcht vor Hitler führt Europa zur Stresa-Front

Es dauerte nicht lange, bis Europa Hitler zu fürchten begann. Am 16. März kündigte er die Heeresbeschränkung des Vertrages von Versailles. Frankreich hatte erst kürzlich die Dienstzeit erhöht und Deutschland hielt die 960 000 Mann starke Armee der Sowjet-Union für übertrieben groß. Auf Grund dieser französisch-russischen Bedrohung erachtete er eine Erhöhung der deutschen Streitkräfte auf 500 000 Mann für notwendig [137]. William Allan White erschien diese Maßnahme Hitlers als „ein neuer Meilenstein auf dem Wege zum Untergang, den Europa nun schon so viele Jahre beschritten. In kaum einem Jahr wird Deutschland erklären, daß es das linke Rheinufer befestigen wird" [138].

Um solche Möglichkeiten zu verhindern, lud Mussolini Vertreter von England und Frankreich zu einer Konferenz nach Stresa ein. Nach kurzer Beratung kamen die drei Mächte am 14. April in einem Kommuniqué überein, eine gemeinsame Front gegen die deutsche Wiederaufrüstung zu bilden [139]. Die „Pittsburgh Post Gazette" nahm die Stresa-Erklärung ernst und gab ihrer Meinung Ausdruck, sie berechtige zu „den schönsten Friedenshoffnungen" [140]. Doch die „New Orleans Times-Piscayune" meinte, die Konferenz hätte „die meisten der erörterten Fragen in der Schwebe gelassen" [141].

Der französisch-russische Pakt vom 2. Mai 1935 wird durch ein englisch-deutsches Seefahrts-Abkommen vom 18. Juni ausgeglichen

Es war bald ersichtlich, daß Frankreich nicht viel Vertrauen in das Abkommen von Stresa setzte. Am 2. Mai 1935 unterzeichnete die Regierung Laval einen bedeutenden gegenseitigen Beistandspakt mit Sowjet-Rußland[142]. Dies veranlaßte Hitler (21. Mai), Frankreichs Handlung als eine Drohung gegen den Kapitalismus in ganz Europa zu kritisieren. Kapitalismus und Kommunismus hätten keine wirkliche gemeinsame Grundlage, auf der sich ihre Vertreter mit Sicherheit begegnen könnten. Er seinerseits erklärte sich bereit, Verträgen beizutreten, deren Ziel die Begrenzung eventueller Konflikte und die Isolierung der Angreifer-Nationen sei[143].

Dies war den britischen Staatsmännern sehr willkommen. Sie leiteten sofort Verhandlungen ein, die zu dem englisch-deutschen Seefahrts-Abkommen vom 18. Juni führten. Es setzte die Stärke der deutschen Flotte auf 35% der Gesamt-Tonnage des britischen Commenwealth of Nations fest. Dieses Abkommen verdroß nun wiederum Frankreich und Italien außerordentlich, wo man es als einen Bruch des Versailler Vertrags bezeichnete, daß England „dem Reich gegenüber ein Auge zudrücke"[144]. In Deutschland wurde der Vertrag sehr begrüßt, denn er erlaubte dem Reich nun eine Flotte, die nicht nur dreimal so groß war, wie die im Vertrag von 1919 gestattete, sondern er gestand Deutschland auch eine eventuelle Parität in Unterseebooten mit England zu[145].

In den Vereinigten Staaten tadelte die „New York Times" England, weil es „sich selbst etwas erlaube, das es bei andern als Völkerrechtsbruch brandmarken würde"[146]. Die „Chicago Daily News" sah in dem Abkommen einen großen Triumph deutscher Diplomatie[147]. England hatte die Stresa-Front zerbrochen.

Der „Bremen"-Zwischenfall verursacht neue Spannungen

Während die britischen Staatsmänner die Stresa-Front zerbrachen, schürten kommunistische Agenten in den USA weitere Spannungen zwischen Deutschland und Amerika. Am 25. Juli 1935 erhielt die dritte Division des Polizeidepartements der Innenstadt von New York den Durchschlag eines Rundschreibens, das von der Kommunistischen Partei verfaßt war und zu einer „Demonstration" auf Mole 86 für den 26. Juli um Mitternacht, „anläßlich des Auslaufens der SS-Bremen", aufrief. Alle Katholiken, Juden und Anti-Faschisten wurden aufgefordert, „die Mole mit antifaschistischen Arbeitern zu überfluten"[148].

Am Abend des 26. Juli gelang es den kommunistischen Agitatoren, sich an Bord der „Bremen“ zu schleichen, und um 11 Uhr 45 begannen sie, die deutschen Seeleute anzugreifen. Als die New Yorker Polizei zur Mole 86 eilte, um dem Tumult ein Ende zu machen, wurde sie angegriffen und dreist von Schußwaffen Gebrauch gemacht. Während dieses Durcheinanders gelang es einigen Kommunisten, den Flaggenmast der „Bremen“ zu erklimmen und die deutsche Hakenkreuz-Fahne in den Hudson zu werfen.

Auf einen deutschen Protest über die Hintergründe dieses Zwischenfalls hin drückte das State Department sein Bedauern aus, daß „man dem deutschen Hoheitszeichen nicht die ihm zukommende Achtung hätte angedeihen lassen“ [149]. Es gab keine Sicherheit dafür, daß die Kommunisten von New York die Beleidigung des 26. Juli nicht wiederholen könnten. Das State Department betrachtete damit den Fall als erledigt. Aber das Deutsche Auswärtige Amt war mit der lauen Behandlung der Sache unzufrieden, und so blieb sie ein wichtiger Posten unter den nicht beigelegten Angelegenheiten.

III. Das italienische Zwischenspiel

Italien spielt erfolgreich das „realpolitische" Spiel

Italiens koloniale Ausdehnung in Afrika begann im Juli 1882, als die Italienische Regierung in der Bay von Assab etwas Land erwarb. Diese Erwerbung benützte sie als Keil, um tiefer in das Land einzudringen, und so wuchs ihr Einflußgebiet schnell, bis im Mai 1889 ein Titular-Protektorat über Abessinien eingerichtet wurde [150]. Am 24. März und 15. April 1891 wurde ein britisch-italienisches Abkommen geschlossen, das Italien die Kontrolle über einen großen Teil Nordafrikas zugestand [151].

Diese italienische Expansion wurde von Frankreich nicht gerne gesehen. Man sandte Kriegsmunition nach Äthiopien und Kaiser Menelik wurde dazu ermuntert, das Abkommen von Ucciali mit seinen Zugeständnissen an Italien zu kündigen. Am 1. März 1896 bekämpfte er die italienische Armee energisch bei Adowa, und die Unabhängigkeit Äthiopiens war offiziell wieder hergestellt. Allein das Äthiopische Schicksal wurde in Europa entschieden. Politische Notwendigkeiten erforderten zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts eine entgegenkommende Haltung Frankreichs gegenüber Italien. Im Dezember 1900 handelte das französische Auswärtige Amt ein Geheimabkommen mit Italien aus, das Tripolis zu einer zukünftigen italienischen Kolonie stempelte [152]. Sechs Jahre später schloß man ein Dreier-Abkommen, das Englands und Frankreichs Zustimmung zu einer eventuellen

Herrschaft Italiens über Äthiopien vorsah. Als Rußland dann im Oktober 1909 dem Raccongi-Geschäft zustimmte, war der Weg nach Tripolis frei. Ermutigt durch diese Reihe diplomatischer Erfolge, forderte Italien die Türkei 1911 zu einem Kriege heraus und sicherte sich die Abtretung Libyens [153].

Durch schlaue Diplomatie hatte Italien seinen Kolonialbesitz in Afrika ständig vergrößert, und als es im Jahre 1915 aus der Triple-Alliance ausbrach und auf der Seite der Alliierten in den Weltkrieg eintrat, schien es auf dem Wege zu weiteren Konzessionen. Aber sein Streit mit den alliierten Staatsmännern in Versailles war recht unüberlegt und als es zeitweilig die Friedenskonferenz verließ, wurde eine Entschließung gefaßt, es gänzlich „draußen in der Kälte" zu lassen. Später machte man ihm dann Versprechungen auf „irgendwelchen Ersatz, der aber keineswegs befriedigend zu werden versprach". Das Versäumnis der Alliierten, diese Versprechungen wahr zu machen, löste in Italien bleibende Verbitterung aus und „führte nicht nur zum Raub Äthiopiens im Jahre 1935, sondern auch zu Mussolinis ‚Dolchstoß in den Rücken' 1940!" [154]

England nickt freundlich zu Italiens afrikanischen Bestrebungen

1925 stimmte die englische Regierung den italienischen Bestrebungen in Nordost-Afrika verspätet zu und tauschte einige wichtige Noten mit der italienischen Regierung aus. Die neue Vereinbarung besagte, daß England den Bau einer italienischen Eisenbahn von Eretria durch Äthiopien nach Somaliland unterstützen und Italiens aussschließliches Recht, die Erträgnisse West-Äthiopiens auszubeuten, anerkennen würde [155]. Durch diese Unterstützung Englands ermutigt, ging Mussolini dazu über, einen Freundschaftspakt mit Äthiopien zu schließen (2. August 1928) sowie eine zusätzliche Übereinkunft für den Bau einer Autobahn vom Hafen Assab nach Dessie. Aber die Äthiopische Regierung fand bald Ausflüchte, die Durchführung dieser Vereinbarungen zu verhindern, und dieser Wortbruch war „einer der schwersten Vorwürfe, die die italienische Regierung gegen Abessinien erhob" [156].

Der Walwal-Zwischenfall deutet auf einen möglichen Krieg hin

Die Liste italienischer Beschwerden erweiterte sich noch durch die ungesetzliche Art, mit der wilde Eingeborene die Grenzen vonEritrea und Somaliland verwüsteten. Der Walwal-Zwischenfall entstand durch einen dieser Überfälle. Die Italiener waren mehrere Jahre lang Besitzer von Wal-

wal gewesen, ohne daß Äthiopien irgendwelchen Einspruch erhoben hätte. Im Dezember 1934 brachen jedoch an dieser Stelle zwischen bewaffneten äthiopischen und italienischen Streitkräften Feindseligkeiten aus. Es kam aber zu keinem wirklichen Krieg dank der Verpflichtungen, die Italien mit dem Völkerbunds-Vertrag und dem Pariser Pakt übernommen hatte. Auch waren die Richtlinien zu berücksichtigen, die im italienisch-äthiopischen Schiedsspruch von 1928 festgelegt waren.

Am 3. Januar 1935 stellte die äthiopische Regierung einen offiziellen Antrag beim Völkerbund unter Berufung auf Artikel XI des Vertrages[157]. Als der Völkerbundsrat am 11. Januar zusammentrat, mußte irgendetwas geschehen. Um dem zuvorzukommen, reiste Laval nach Rom und schloß mit Mussolini ein Übereinkommen (7. Januar 1935), bei dem Italien eine Reihe von Anteilen an der Jibuti-Eisenbahn zugestanden wurden, ferner ein beträchtlicher Landstreifen, der zu Italienisch-Lybien, sowie ein entsprechender Streifen, der zu Eritrea geschlagen werden sollte. Für diese Zugeständnisse willigte Mussolini ein, im Falle einer Bedrohung des Status quo in Europa sich mit Frankreich zu beraten.

Die veröffentlichten Bestimmungen des Abkommens sagten nur die halbe Wahrheit. Zweifellos hat Laval Mussolini insgeheim noch weitere Zugeständnisse gemacht. Für Italiens Hilfe in Europa war er „bereit, alles zu opfern, selbst den Völkerbund, wie die Ereignisse bewiesen“[158].

Mit der Gewinnung von Frankreichs Hilfe für die italienischen Pläne in Äthiopien trieb Mussolini eine hinhaltende Politik, die schließlich den Völkerbund veranlaßte, eine Entschließung anzunehmen, (Mai 1925) und die italienische und äthiopische Regierung aufzufordern, bis zum 25. August zu irgendwelchem Übereinkommen in ihrem Streit zu gelangen[159].

Die amerikanische Reaktion auf den italienisch-äthiopischen Streit

Zu Beginn des italienisch-äthiopischen Streites war die Haltung des State Department durch die freundlichen Beziehungen zu Italien bestimmt. Noch im Juli 1931 hatte Staatssekretär Stimson Rom besucht und sich freundlich mit Mussolini und Dino Grandi, dem italienischen Außenminister, unterhalten. Auf Stimsons Wunsch nach Entwaffnung antwortete der Duce emphatisch, daß Italien „sowohl für Abrüstung wie auch für Frieden“ wäre[160]. Als Stimson Rom verlassen hatte, gab er eine Presse-Verlautbarung heraus, die von der „besonderen Sympathie zwischen dem italienischen und dem amerikanischen Volke“ sprach[161]. Im November

1931 unternahm Dino Grandi eine Reise nach USA, um diese freundlichen Beziehungen zu bekräftigen.

Aber dieser freundschaftliche Ton verklang während der ersten Jahre der Roosevelt-Regierung bald, als nämlich Italien seinen Wunsch zu erkennen gab, sich in Afrika auszudehnen. Von 1933 an begann dann das State Department, Europa mit englischen Augen anzusehen, und Anthony Eden bestimmte weitgehend diese Betrachtungsweise. 1935 führte er einige bedeutungsvolle Gespräche mit Hugh Wilson, dem amerikanischen Botschafter in Genf. Eden bediente sich ständig hochtrabender Ausdrücke und unterstrich seine Neigung für erhabene Ideale. Es war ihm peinlich, mit einer solch „unsteten Seele" wie Pierre Laval zu tun zu haben, der bereit war, Italien in Abessinien „freie Hand" zu lassen im Austausch für seine Hilfe gegen Deutschland. Wilson seinerseits hatte sich eine gewisse Wertschätzung für Laval bewahrt, „der sich zu einem Außenminister vom Typ Briands entwickle"[162].

Eden hatte nicht nur mit Laval seinen Kummer, sondern auch mit Mussolini. Der Appetit des Duce auf Kolonialbesitz störte den britischen Außenminister außerordentlich. So versuchte er, diesen Appetit mit einem bescheidenen Angebot äthiopischen Gebietes zu stillen. Er sei der Überzeugung, Haile Selassie werde Italien gern einen Teil der Ogaden abtreten und gewisse wirtschaftliche Zugeständnisse machen, wenn dies dazu helfen könnte, Italiens hartbedrängte Wirtschaft zu unterstützen. Allein, der Duce lehnte dieses sehr begrenzte Angebot ab. Er erklärte rund heraus, daß er „Abessinien zu beherrschen" wünsche[163].

Dies offene Eingeständnis seines Landhungers war ein Schock für die zarten Ohren Edens, der eine heftige Abneigung gegen den Duce zu hegen begann. Nachdem er Rom verlassen hatte, schrieb Virginio Gayda in der italienischen Presse, daß Edens Angebot „Italiens Wunsch nach Sicherheit und wirtschaftlicher Ausdehnung" nicht befriedigt habe. Chambrun, der französische Botschafter in Rom, stimmte mit Edens Ansicht nicht überein. Er meinte, daß „einiges Entgegenkommen notwendig sein würde, um Ehre und Ansehen Italiens zu behaupten. Das könne durch die Abtretung Adowas geschehen."[164]

Doch Kaiser Haile Selassie war keineswegs zu Zugeständnissen an Italien bereit. Er hielt es für besser, die amerikanische Regierung anzurufen, sie möge den Pariser Vertrag in Kraft treten lassen, um jedem italienischen Vormarsch in Äthiopien Einhalt zu gebieten. Sekretär Hull antwortete vorsichtig auf dieses Ansinnen: Er könne nicht glauben, daß Italien sich

„anderer als friedlicher Mittel bedienen werde, um diesen Streit beizulegen“ [165].

Viele kosmopolitisch denkende Amerikaner entmutigte diese Antwort Hulls sehr. Professor Quincy Wright erklärte Hull sofort, daß ein Versäumnis, „unsererseits etwas zu unternehmen, einen schweren Schlag gegen die Sache des Friedens bedeute“ [166]. Unter dem Eindruck dieses Protestes von einem Fachmann, bestellte Hull den italienischen Botschafter ins State Department und beeilte sich, ihm Amerikas „wachsende Sorge“ um den italienisch-äthiopischen Streit nahe zu bringen [167]. Am 12. Juli unternahm Hull einen weiteren Schritt mit einer Verlautbarung, die die Unterzeichner des Pariser Paktes daran erinnerte, daß die Bestimmungen dieses Vertrages noch „bindend“ seien [168].

Nachdem Staatssekretär Hulls Binsenwahrheiten selbst von den widerstrebendsten europäischen Diplomaten vollkommen verstanden worden waren, trat am 1. August Präsident Roosevelt auf die Bühne und verlieh dem Wunsche Ausdruck, daß „eine freundschaftliche Lösung“ für den italienisch-äthiopischen Streit gefunden werden möge [169]. Einige Wochen später (18. August) sandte er ein direktes Schreiben an Mussolini, in dem er nochmals seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß die „Gegensätzlichkeiten zwischen Italien und Äthiopien beigelegt würden, ohne zu kriegerischen Auseinandersetzungen zu führen“ [170]. Der Duce antwortete umgehend, er wisse „den Charakter dieser Botschaft und ihre Freundlichkeit“ zu würdigen, aber der Krieg mit Äthiopien war unvermeidlich [171]. Präsident Roosevelt war entschlossen, in diesem nahenden Konflikt das letzte Wort zu behalten. Am 4. September wurde im Weißen Haus die Feststellung getroffen, daß „die Dollar-Diplomatie nicht länger von der amerikanischen Regierung anerkannt würde“ [172]. Italien sollte lieber hohen Idealen folgen anstatt materiellem Wohlstand nachzujagen.

Pierre Laval meint, man solle Mussolini eine Chance geben

Pierre Laval war der Ansicht, daß der Schlüssel zu Mussolinis Zusammenarbeit mit Frankreich eher materieller Wohlstand als die Verfolgung gemeinsamer hoher Ideale sei. So hielt er es für wichtig, daß dem Duce wenigstens ein wichtiger Sieg in Äthiopien gestattet würde, bevor man ihn im Interesse des Friedens unter Druck setze. Anthony Eden war nicht so realistisch. In England hatten die Friedensgesellschaften, die Kirche und einflußreiche Mitglieder der Labor-Partei wirkungsvolle Maßnahmen gefordert, die Italien zu einer friedlichen Politik bestimmen sollten. Diese Aktion konnte die Form weitgehender Sanktionen annehmen, und das

wieder konnte Krieg bedeuten. England war bereit, dieses Risiko auf sich zu nehmen, um „sein Teil zu tun“, falls es zu Feindseligkeiten käme. Frankreich brauche gar nicht erst um bestimmte Zusicherungen zu bitten. England würde seine Pflicht tun[173].

Während Laval noch über diesen indirekten Zusicherungen eines britischen Eingreifens bei einem eventuellen Krieg zwischen Italien und Äthiopien brütete, hatte das Schiedsgericht, das mit dem Walwal-Zwischenfall befaßt worden war, dahin entschieden, daß weder Italien noch Äthiopien für diesen kurzen Ausbruch von Feindseligkeiten verantwortlich sei[174]. Durch diesen zweifelhaften Entscheid ermutigt, präsentierte Baron Aloisi dem Völkerbund die italienische Auffassung. Es war eine scharfe Anklage der äthiopischen Lebensweise mit ihren finsteren Zügen von Sklaverei und Kannibalismus. Der Völkerbund beantwortete diese Anklage durch Berufung eines Fünfer-Rates, der den italienisch-äthiopischen Streit unter dem Gesichtspunkt einer friedlichen Lösung untersuchen sollte[175].

Während noch das Komitee den Streit untersuchte, waren Laval und Eden der Meinung, das beste was sie tun könnten, wäre, ihre Unterhaltung fortzusetzen. Eden stand den hochtrabenden Reden Cianos skeptisch gegenüber, der darauf bestand, daß Italien eine hohe Aufgabe darin sähe, zum besten der ganzen Welt das Tor zu den unermeßlichen Schätzen Abessiniens zu öffnen. Wirksame Sanktionen würden Ciano schon verständiger reden lassen. Aber Laval befürchtete, daß die Folge solcher Aktionen Krieg sein würde und er konnte keinen Sinn darin erblicken, daß der europäische Frieden an der britischen Donquijoterie scheitern sollte, das rückständige Äthiopien vor einer Eroberung durch die italienische Zivilisation zu beschützen.

Um die Sache noch schlimmer zu machen, fand Laval bald heraus, daß er nicht nur Eden, sondern auch Sir Samuel Hoare zum Gegner hätte. Am 11. September wandte sich der britische Außenminister an die Völkerbundsversammlung und machte ihr schmerzhaft klar, daß England jede Aktion des Völkerbundes gegen die Aggressoren mit „unwandelbarer Treue“[176] unterstützen würde. Diese Worte hatten einen erschreckenden Klang für Laval. Als er Hoare um eine „formelle Anweisungen für Europa“ hinsichtlich eines möglichen Kriegsausbruches auf Grund der Sanktionen gegen Italien bat, flüchtete sich der Staatssekretär des Auswärtigen in vage Allgemeinplätze, die wie falsche Münze auf dem anspruchsvollen Markt der Weltpolitik anmuteten[177]. Während Laval den ausweichenden Samuel Hoare verfolgte, fragte Haile Selassie den amerikanischen Botschafter in Addis Abeba, ob die amerikanische Regierung als Vermittler im italienisch-

äthiopischen Streit auftreten würde[178]. Hull lehnte dieses Ansinnen sofort ab, weil eine Vermittlung „nicht durchführbar“ sei, solange der Völkerbund noch diese Sache verhandle[179]. Laval und Eden durften also ihre Geistesschlacht weiterschlagen.

Frankreich findet es schwierig, einen Ausgleich zwischen England und Italien herbeizuführen

Laval hoffte schließlich, er könne die vorsichtigen Engländer mit Zustimmung zu ihrem so offensichtlichen Wunsch nach Sanktionen ködern. So unterrichtete er die Völkerbundsversammlung am 13. September mit zusammengebissenen Zähnen davon, daß Frankreich „den Bundessatzungen treu“ bleiben würde. Es würde nicht „versäumen, seinen Verpflichtungen nachzukommen“[180].

Anthony Eden war über diese Zusage Lavals entzückt, und die französische Presse erklärte, „er habe eine schwierige Ecke umschifft, die Sache des Friedens gefördert und Frankreichs Ansehen erhöht“[181]. In Genf jedoch nahm die Befürchtung der Möglichkeit eines Krieges zu. Massigli, der französische Vertreter in Genf, äußerte Hugh Wilson gegenüber seine Befürchtungen, daß Mussolini „ein Verrückter“ wäre. Kein Argument und keine Drohung mache irgendwelchen Eindruck auf ihn[182]. Selbst Eden begann plötzlich zu fürchten, daß „es schon zu spät sei, die Feindseligkeiten zu verhindern“. Wohin diese führen würden, konnte keiner sagen.

Italien lehnt den Vorschlag des Fünferrates ab

Um den Ausbruch dieser schon so lange befürchteten Feindseligkeiten zu verhindern, schlug der Fünferrat die Einrichtung eines Völkerbunds-Protektorats über Äthiopien vor. Man würde natürlich einige Wünsche Italiens hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in Äthiopien anerkennen[183]. Mussolini lehnte prompt diesen Vorschlag des Fünferrates in einer Note ab, die die englischen Vertreter in Genf als „außerordentlich brüsk“ bezeichneten[184]. Der Duce überreichte dann seinen Vorschlag, den italienisch-äthiopischen Streit beizulegen. Seine Durchführung würde zweifellos wirkungsvoll sein, denn er sah die italienische Erwerbung eines großen Teils von Kaiser Haile Selassies Land vor[185].

Sir Samuel Hoare fühlte sich durch dieses unverfrorene italienische Verlangen nach einem so großen Teil von Äthiopien persönlich brüskiert. Für die Vereinigten Staaten war es natürlich notwendig, dem gemein-

samen Bemühen, Mussolini aufzuhalten, Hilfe zu leisten. Botschafter Bingham berichtete über diese Angelegenheit Staatssekretär Hull, der Hoare versicherte, daß die amerikanische Regierung „eine Einladung zur Beratung auf diplomatischem Wege im Rahmen des Pakts von Paris nicht ablehnen werde“. Aber er war der Meinung, daß solche Beratung vielleicht als ein „Eingriff in den so vorzüglich arbeitenden Apparat der Liga“ angesehen werden könne und deswegen nicht wünschenswert sei. Im Falle von Feindseligkeiten zwischen Italien und Äthiopien könne England mit einer amerikanischen Lieferungssperre für Waffen und Munition an die kriegführenden Mächte rechnen[186].

Kaiser Haile Selassie erhielt vom State Department das Versprechen „moralischer Unterstützung“[187]. Dieser hochtrabende Wortschwall weckte ein Echo in London. Als Antwort auf Frankreichs Frage, was England unternehmen würde, wenn es zur „Verletzung des Völkerbunds-Abkommens und zur Gewaltanwendung eines europäischen Staates“ käme, antwortete Hoare so zweideutig, daß Frankreich keinerlei Sicherheit daraus entnehmen konnte.[188] Augenscheinlich konnte es zu keinem gemeinsamen Vorgehen der Mächte gegen Italiens Eindringen in Äthiopien kommen. Sobald Mussolini sich darüber klar geworden war, gab er seinen Legionen am 2. Oktober den Befehl, die Grenze des schwachverteidigten Kaiserreiches Haile Selassie's zu überschreiten. Andern Tags begannen die italienischen Truppen einen langen Marsch, dem die britischen Zeitungen ein Ende im Verderben voraussagten. Aber das Verderben war Haile Selassie bestimmt und nicht Mussolini.

Die amerikanische Reaktion auf den italienisch-äthiopischen Krieg

Obgleich Mussolini ohne Kriegserklärung in Äthiopien einmarschiert war, vertrat Präsident Roosevelt die Ansicht, man müsse den tatsächlich bestehenden Kriegszustand erkennen. So wurde am 5. Oktober eine Proklamation veröffentlicht, die eine Sperre für alle Schiffstransporte mit Waffen und Munition an kriegführende Staaten verhängte[189]. Nachdem man damit seine Neutralitätspflicht erfüllt hatte, erkundigte sich Sekretär Hull nach dem Kurs, den die englische Regierung in dieser Angelegenheit einzuschlagen gedächte. Er erfuhr, daß das Auswärtige Amt der Meinung sei, es könnten unter Umständen „Sanktionen“ gegen Italien erlassen werden[190]. Während das State Department die aus dem italienisch-äthiopischen Konflikt entstehende Lage überdachte, ernannte der Völkerbundsrat ein Sechser-Komitee, um darüber zu beraten, welchen Kurs die Liga einschlagen solle. Am 7. Oktober bezeichnete das Komitee Italien als „Angreifer“ und

der Rat bestätigte diese Entscheidung[191]. Am 11. Oktober unternahm die Völkerbunds-Versammlung einen gleichen Schritt und ernannte ein Coordinations-Komitee, das über Sanktionen gegen Italien beraten solle.

In diesem Augenblick versicherte Sekretär Hull der Liga, daß das State Department sehr interessiert an den Schritten sei, welche die Behörden der Liga unternehmen würden, und daß es „keine Maßnahme unbeachtet lassen wolle, die sich mit unserer Politik vereinbaren ließe". Selbstverständlich aber würden die Vereinigten Staaten „unabhängig von der Entwicklung den Gegebenheiten entsprechend" handeln[192]. Anthony Eden war tief enttäuscht über die Haltung Staatssekretär Hulls und drängte darauf, daß Frankreich und die USA die Initiative ergreifen sollten, den Kellog-Briand-Friedenspakt in Kraft treten zu lassen[193]. Aber Staatssekretär Hull beharrte auf seinem Standpunkt und stellte noch einmal ausdrücklich fest, daß die amerikanische Regierung auch weiterhin auf eigene Faust zu handeln gedächte, und „getrennt und unabhängig von allen anderen Regierungen vorgehen würde"[194]. Aber um der Liga seinen guten Willen zu zeigen, veröffentlichte Hull am 15. November eine Feststellung, die in Wirklichkeit eine wirtschaftliche Kriegserklärung an Italien bedeutete:

„Das amerikanische Volk ist berechtigt zu wissen, daß es mehrere Waren wie Öl, Kupfer, Lastwagen, Traktoren, Roh-Eisen und Roh-Stahl gibt, die ihrem Wesen nach als Kriegsmaterial zu betrachten sind ... Nach den letzten Wirtschaftsnachrichten der Regierung sind diese in steigendem Umfange zu Kriegszwecken ausgeführt worden. Diese Art von Handel steht im Gegensatz zur Regierungspolitik ..."[195]

Diese Feststellung wurde drei Tage vor Beginn der Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien getroffen (18. November). Die Warenliste, auf die sich Sekretär Hull als „kriegswichtiges Material" bezog, war noch umfangreicher als die der Liga und enthielt auch das wichtige Petroleum. So war das Staatsdepartement bestrebt, den amerikanischen Export von Kriegsmaterial nach Italien zu drosseln. Es war eine unabhängige Politik, aber sie bezweckte vor allem, den Völkerbund in seinem Bestreben der Angriffsverhütung zu unterstützen. Es war indirekt aber auch ein Schritt auf dem Weg zum Kriege.

Das Hoare-Laval-Übereinkommen vom 8. Dezember 1935

Die Sanktionen gegen Italien bestanden in der Beschlagnahme von Munition und kriegswichtigen Gütern, Sperre für die italienische Ausfuhr und Einfuhr sowie finanziellem Boykott. Bezeichnenderweise wurden Kohle,

Öl und Kupfer nicht in die Liste verbotener Exportgüter für Italien aufgenommen. Es war zwar davon geredet worden, alle Ölschiffe für den Duce müßten angehalten werden, aber es geschah gar nichts dergleichen. So wurde es bald offenbar, daß die Sanktionen keinen Erfolg haben würden.

Obgleich aber die Sanktionen so wenig wirksam waren, empfand der Duce doch bald eine zunehmende Feindseligkeit sowohl gegen die Engländer als auch gegen Frankreich, und Premierminister Laval erneuerte seine alten Einwände gegen dieses zweifelhafte Unternehmen. Sir Samuel Hoare sah ein, daß hier doch eine tatsächliche Grundlage für Lavals Ansicht gegeben wäre. So machte er einen entscheidenden Besuch in Paris und gab bald seine Zustimmung zu einem Abkommen, das als Hoare-Laval-Übereinkommen (8. Dezember 1935) bekannt ist. Seinem Wortlaut entsprechend sollte Italien eine führende Rolle in Äthiopien zugebilligt werden[196].

In England löste die Nachricht vom Hoare-Laval-Abkommen allgemeine Kritik aus. Der „London-Star“ nannte es eine Travestie, die „jeden Menschen mit gesundem Rechtsempfinden erschrecken müsse“[197], und zahllose empörte Engländer waren der gleichen Meinung. Premierminister Baldwin hielt es für angebracht, daß Hoare das Kabinett sogleich verließe, und Anthony Eden wurde an seine Stelle gesetzt. „Sartor Resartus“ wurde in England nicht mehr gelesen und wenige schienen zu argwöhnen, daß nur ein Schneidermodell ins Auswärtige Amt eingezogen war.

Eden verband keine lebendige Vorstellung mit der Tatsache, daß das Hoare-Laval-Abkommen die Stresa-Front hätte retten und damit das Bollwerk gegen deutsche Angriffe intakt halten können. Er drang darauf, daß dem Duce keine größeren Zugeständnisse gemacht werden dürften und beschleunigte damit die Gründung der Achse Rom–Berlin. Indem er Haile Selassies Schutzpatron spielte, brach er in Wirklichkeit eine Lanze für Adolf Hitler.

Adolf Hitler rückt ins Rheinland ein

Die Stresa-Front zerbröckelte nicht etwa sofort, nachdem die Liga ihre Sanktionen gegen Italien begann. Es war vielmehr eine allmähliche Auflösung, und die alte Form hätte durch das Bindemittel einiger Zugeständnisse an Italien gerettet werden können. Am 7. März verkündete Hitler der Welt, daß er den Locarnopakt liquidiert habe und soeben das Rheinland besetze. Am Tage nach dieser plötzlichen Ankündigung ließ Mussolini den Dreizehnerrat der Liga wissen, daß er ihrem Wunsch nach Wiederherstel-

lung des Friedens grundsätzlich zustimme. Es müsse aber Klarheit darüber bestehen, daß die militärische Lage als Grundlage für die Verhandlungen zu gelten hätten[198].

Der amerikanische Botschafter in Addis Abeba fand diese Ausdrucksweise lächerlich und bestritt heftig, daß Italien tatsächlich militärische Erfolge zu verzeichnen hätte. Äthiopien sei nach wie vor entschlossen, „den Eindringling aus seinem Territorium hinauszuwerfen“[199]. Diese Entschlossenheit existierte aber lediglich im Kopf des Botschafters. Italienische Truppen schlossen schnell Addis Abeba ein, und am 2. Mai flohen der Kaiser und seine Familie schleunigst aus der gefährdeten Hauptstadt. Drei Tage später zogen die Italiener in die Stadt ein und Mussolini erließ eine Proklamation, daß der Krieg beendet wäre[200]. Der Duce hatte Äthiopien trotz aller Völkerbundssanktionen erobert und war nun bereit, ein freundliches Auge auf den anderen Diktator zu werfen, der der Liga erfolgreich getrotzt hatte. Anthony Eden und Franklin D. Roosevelt hatten Wunder gewirkt, die Barrikaden niederzulegen, die Mussolini und Hitler voneinander getrennt hatten. Roosevelt und Staatssekretär Hull setzten ihre Bemühungen fort, alle diplomatischen Gehege zu sabotieren, die Mussolini im unversehrten demokratischen Lager hätten halten können, und ihr Leitmotiv, mit dem sie alle Selbstachtung hinwegbliesen, war nur eine Variation jener Melodie der Nichtanerkennung, die Staatssekretär Stimson 1931 in seinem Haßgesang gegen die Japaner angestimmt hatte.

Chamberlain versucht vergeblich italienische Fliegen zu fangen

Nach der italienischen Eroberung Abessiniens im Mai 1936 erkannte Chamberlain, daß die Opposition Englands gegen die Ausweitungspläne des Duce in Afrika nur dazu geführt hatte, die Annäherung zwischen Italien und Deutschland zu beschleunigen. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, nahm die britische Regierung nunmehr eine neue und freundlichere Haltung ein. Infolge des wachsenden Drängens stimmte die Völkerbundsversammlung (4. Juli) für Beendigung der Sanktionen gegen Italien. Danach vergaßen viele Mitglieder der Liga ihre einstige Opposition bis zur de jure-Anerkennung des italienischen Imperiums in Afrika und stellten Beglaubigungsschreiben für ihre Gesandten bei „Seiner Majestät dem König von Italien und Kaiser von Äthiopien“ aus. Am 5. Januar 1938 veröffentlichte die italienische Regierung die Feststellung, daß 17 Staaten, meist Mitglieder des Völkerbundes, die de jure-Anerkennung zugestanden und elf – einschließlich Britannien und Frankreich – sich sogar zu einer de facto-Anerkennung der Einverleibung Äthiopiens in Italien herbeigelassen hatten.

Am 14. Januar 1938 eröffnete Lord Halifax dem Präsidenten Roosevelt freimütig die Absicht Englands, die Nichtanerkennungspolitik, die dem Staatssekretär Hull so teuer war, aufzugeben. Drei Tage später (17. Januar) sandte der Präsident dem Premierminister Chamberlain einen persönlichen Brief, in dem er gegen die beabsichtigte Schwenkung Englands protestierte. Chamberlain war der Meinung, daß eine Befriedungspolitik Italien gegenüber einfach lebensnotwendig sei und schenkte den Wünschen des Präsidenten wenig Aufmerksamkeit. Am 16. April 1938 schloß er ein Anglo-Italienisches Abkommen, das Italiens Souveränität in Äthiopien vollkommen anerkannte[201]. England konnte sich den Luxus einer Parallel-Politik mit den Vereinigten Staaten einfach nicht mehr leisten.

Auf Präsident Roosevelt machte Chamberlains realistische Politik keinen günstigen Eindruck. Er unterließ es, seinem Beispiel zu folgen und Italiens Eroberung Äthiopiens anzuerkennen. Als Mussolini Signor Fulvio Suvich als neuen Botschafter nach den Vereinigten Staaten (Oktober 1936) sandte, achtete der Präsident darauf, ihn lediglich als Gesandten des „Königs von Italien" zu empfangen[202]. Zwei Jahre später (11. November 1938) wurde ein Geburtstagstelegramm an Victor Emanuel III. auch nur an den „König von Italien" adressiert[203].

Die Roosevelt-Regierung klammerte sich hartnäckig an eine Formel der Nichtanerkennung, die doch keinem nützlichem Zweck mehr dienen konnte. Eine bekannte Autorität auf dem Gebiete Internationalen Rechts bemerkte dazu treffend: „Als Lösung des Jahrhunderte alten Problems der Ursachen und Heilung von Kriegen scheint es etwas albern!"[204] Für diese Albernheit in der Behandlung auswärtiger Beziehungen durch Amerika mußten Millionen Amerikaner später einen vernichtenden Preis an Blut, Schweiß und Tränen bezahlen.

IV. Am Vorabend des Kampfes

Das Nachspiel von Locarno

Die italienische Eroberung Äthiopiens und Hitlers Liquidierung des Vertrages von Locarno gaben Europa einen üblen Anlaß zu Gerüchten. Am 12. Februar 1936 hatte Anthony Eden das Unterhaus davon unterrichtet, daß die britische Regierung alle Verpflichtungen aus dem Locarno-Pakt „getreulich erfüllen" würde[205]. Als nun Hitler am 7. März seine Truppen keck ins Rheinland einziehen ließ, überlegten sich manche Staatsmänner, welche Schritte England nun wohl in Verfolg von Edens kürzlicher Ver-

lautbarung zu tun gedächte. Eden jedoch entschied sich gegen jede „vorschnelle Handlung“, und die britische Presse unterstützte diese Ansicht. Der „Observer“ riet der englischen Bevölkerung, „einen kühlen Kopf und ein gerechtes Herz“ zu bewahren, während „Sunday Dispatsch“ bemerkte, daß der Locarno-Vertrag ein Machwerk sei, zu dem das englische Volk niemals sein Einverständnis gegeben habe [206].

Die französische Presse war darüber verbittert, daß England nicht geneigt schien, die deutsche Besetzung des Rheinlandes ernst zu nehmen. Tabouis behauptete in „L'Oeuvre“, daß ein „festes Bündnis zwischen London und Berlin bestünde“, und daß während Lord Londonderry's Besuch in Berlin, nach dem Begräbnis König Georgs, Hitler „ihn hätte wissen lassen, daß die militärische Besetzung der entmilitarisierten Zone Anfang März stattfinden würde“. In seiner Depesche an Sekretär Hull fügte Botschafter Straus die Behauptung hinzu: „Die Botschaft hat Grund zu der Annahme, daß Madame Tabouis' Nachricht im wesentlichen zutrifft.“ [207]

Als man dem Völkerbund die Rheinland-Angelegenheit unterbreitete, nahm die Ratsversammlung einen Beschluß an, der Deutschland für schuldig befand, sowohl den Vertrag von Versailles als auch den Locarno-Pakt verletzt zu haben, und der britische Vertreter stimmte zu Gunsten dieses Beschlusses. Aber Frankreichs öffentliche Meinung hielt „Londons tastende Zustimmung“ für sehr „gebrechlich“ [208]. Edens Versicherungen in seiner Ansprache vom 26. März zerstreuten ihre Befürchtungen vor einem britischen Ausverkauf an Deutschland nicht.

Auch Hitlers weitreichender Friedensplan vom 31. März wurde von Frankreich mit tiefem Mißtrauen betrachtet [209]. Der französische Vertreter erklärte in Genf, daß alle Bemühungen, Deutschland entgegenzukommen, nunmehr ein Ende haben müßten, aber Eden bestand darauf, daß die englische Regierung Zeit haben müsse, die Möglichkeiten, die Hitlers Friedensvorschlag aufgeworfen habe, zu prüfen [210]. Diese Untersuchung erwies sich bald als zwecklos. Deutschland wollte weder Vorschlägen zustimmen, einen Nichtangriffspakt mit Sowjet-Rußland zu schließen, noch sich verpflichten, sich an die noch verbliebenen gültigen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu halten. Diese Haltung der deutschen Regierung, die zu keiner Zusammenarbeit bereit schien, ließ Europa fürchten, daß ein zweiter Weltkrieg nicht lange auf sich warten lassen würde, und der belgische Premierminister van Zeeland vertraute Botschafter Bullitt an, daß er die Zukunft „sehr pessimistisch“ beurteile [211].

Das Schlimmste aber war, daß der Schatten des Bolschewismus sich nun langsam über Europa auszubreiten begann. Frankreichs Mangel an weit-

blickender Führung schien Botschafter Dodd in Berlin an dieser gefährlichen Lage schuld zu sein.

„Unter französischer Führung ergriff die Liga selbst einseitig Partei, betonte lediglich die Fortdauer des Versailler Friedensdiktats mit allem Nachdruck und teilte Europa in entgegengesetzte Lager. Die deutsche Weigerung vom März 1935, diese Lage noch länger zu ertragen, zerstörte das künstliche Werk und ganz Europa geriet in Aufruhr und rang um eine neue Ordnung.

Bis dahin war die bolschewistische Bedrohung Europas durch die Untergrund-Tätigkeit der Dritten Internationale gekennzeichnet ... Nunmehr jedoch ... scheint ein bedeutsamer und aggressiver Wandel in den Vorbereitungen Rußlands auf die Weltrevolution begonnen zu haben ... Durch das französisch-sowjetische Bündnis, auf Grund von Befürchtungen in einigen Gebieten Europas wegen der Wiedergeburt Deutschlands und durch geschickte Schachzüge russischer Diplomatie gelang es den Sowjets, sich als Retter jener Staaten Europas aufzuspielen, die sich am meisten vor dem Erstarken Deutschlands fürchteten.“ [212]

Hitler und Mussolini schließen am 25. Oktober 1936 ein Abkommen

Angesichts der wachsenden kommunistischen Bedrohung, und weil der französisch-britische Druck auf Mussolini die Stresa-Front zerstört hatte, blieb es nicht aus, daß der Führer und der Duce zu einer politischen Übereinkunft kamen. Der Besuch von Lloyd George in Berchtesgaden im Sommer 1936 zögerte die deutsche Hinneigung zu Italien nur für kurze Zeit hinaus [213]. Eden jedoch schien niemals seiner politischen Neigungen sicher zu sein und konnte nicht als beständiger Faktor in der Gleichung der europäischen Politik gewertet werden. Während Eden noch zögerte, sich Deutschland zu nähern, eilte Ciano nach Berlin und zeigte Hitler ein Telegramm von Sir Eric Philipps an das britische Auswärtige Amt, in dem die deutsche Regierung als eine Gruppe „gefährlicher Abenteurer“ gebrandmarkt wurde. Hitler geriet darob in den erwarteten Zorn und das Übereinkommen vom 25. Oktober 1936 war der Erfolg dieser Kriegslist [214].

Als dem am 26. November der Anti-Kommintern-Pakt mit Japan folgte, begannen die europäischen Diplomaten die Errichtung einer festen Rom–Berlin–Tokio–Achse zu befürchten. In den Vereinigten Staaten gab die „Balitmore-Sun“ ihrer Sorge Ausdruck, daß „die meisten Weltmächte kopfüber dem Krieg zutrieben“ [215], während der „Cleaveland Plain Dealer“ besorgt war, daß dieser Pakt der „öffnende Keil des nächsten Krieges“

werden könne[216]. Dem „Des Moines Register" erschien augenscheinlich, daß die USA entweder ihre historische Politik im Fernen Osten aufgeben müßten oder in einen Krieg verwickelt würden[217].

Die europäischen Staatsmänner tasten auf ein neues Locarno zu

Eine umfassende Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland hätte möglicherweise dieses Hintreiben auf einen Krieg zu noch aufhalten können. Dr. Schacht begann in Berlin fieberhaft auf ein Übereinkommen mit Frankreich hinzuarbeiten, und der deutsche Außenminister hatte einige „freundschaftliche Gespräche" mit dem französischen Botschafter. Als Premierminister Blum geneigt schien, diese Friedensfühler ernstzunehmen, eilte Anthony Eden nach Paris und beendete kurzerhand diese keimenden Friedensbewegungen[218]. Am 19. Januar hielt Eden im Unterhaus eine Rede, in der er die These entwickelte, daß der Frieden in Europa unteilbar sei. Er könne nicht durch eine Reihe von zweiseitigen Übereinkünften gesichert werden. Er wies auf Deutschland als auf eine Nation hin, die „Nationalismus und Rasse zu einem Glaubensbekenntnis gemacht habe, das mit der gleichen Inbrunst gehandhabt wie gepredigt würde"[219]. Am 24. Juni wiederholte Premierminister Blum in seiner Rede in Lyon einige dieser von Eden gebrauchten Wendungen. Er sei sicher, daß „keine auf Frankreich beschränkten Vereinbarungen Frankreichs Sicherheit garantieren würden"[220].

Aber trotz dieser Rede Blums, setzte das französische Auswärtige Amt kein großes Vertrauen in die britische Regierung. Delbos, der Minister des Auswärtigen, neigte zu einer engeren Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland und liebte die Art und Weise nicht, wie England diese Annäherung ständig unterbrach. Er drückte Bullitt sein Mißfallen über die englische Politik aus, die darauf hinziele, „Frankreich und Deutschland einander feindselig wenn nicht im Kriege zu halten"[221].

Diese französische Verdächtigung der englischen Politik erleichterte es Hitler, den europäischen Mächten gegenüber einen schärferen Ton anzuschlagen, und das wieder ließ in Belgien eine geringe Meinung von der militärischen Macht Englands und Frankreichs Platz greifen. Im April 1937 sprachen die belgischen Botschafter in London und Paris deutlich aus, ihre Regierung würde es nicht gestatten, daß der „Fuß eines deutschen, französischen oder englischen Soldaten ihren Boden beträte". Belgien war ein scharfer Gegner aller französischen und englischen Pläne, sein Land zum „Kampfplatz des nächsten Krieges" werden zu lassen[222].

Die Ankündigung Belgiens, es werde im Falle eines neuen europäischen Krieges Neutralität bewahren, war ein Schlag für manches Auswärtige Amt in Europa. Die Tschechoslowakei, Frankreich und Polen begannen sofort, die Lage zu überprüfen. Aber sie wurden bald gewahr, daß sie England kein endgültiges Versprechen der Unterstützung im Falle eines europäischen Krieges, der durch einen deutschen Angriff verursacht wäre, abgewinnen konnten. Die Suche nach einem neuen Locarno hatte sich als fruchtlos erwiesen.

La Guardia trübt die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Während europäische Staatsmänner noch umhersuchten, um eine geeignete Formel zu finden, die den europäischen Frieden garantieren könne, tat Bürgermeister La Guardia sein Möglichstes, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu trüben. Am 3. März 1937 schlug er in einer Ansprache vor der Frauenabteilung des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses vor, daß auf der Weltausstellung von 1939 in New York ein Tempel der religiösen Freiheit geweiht werden solle. „In diesem Tempel möchte ich eine Schreckenskammer haben und darin als Höhepunkt eine Figur dieses braunhemdigen Fanatikers, der jetzt den Weltfrieden bedroht“ [223].

Als der Berater der deutschen Botschaft beim State Department Protest gegen diese Beleidigung Hitlers durch La Guardia einlegte, wurde ihm von Mr. Dunn, dem Leiter der Abteilung für Westeuropäische Angelegenheiten, versichert, daß Staatssekretär Hull es „für recht unglücklich hielte, daß ein städtischer Beamter sich in Ausdrücken erginge, die eine auswärtige Regierung beleidigen könnten“ [224]. Am 5. März veröffentlichte Hull selbst eine Feststellung, daß er die Auslassungen sehr ernstlich mißbillige, mit denen „die deutsche Regierung beleidigt worden sei“ [225].

Als der erregbare Bürgermeister seine kritischen Bemerkungen über Hitler wiederholte, antwortete die deutsche Presse mit solchen Ausdrükken, daß Staatssekretär Hull Botschafter Dodd anwies, einen förmlichen Protest gegen den „gewöhnlichen und gänzlich ungehörigen Charakter dieser Presseangriffe einzulegen“ [226]. Die amerikanischen Beziehungen zu Deutschland verschlechterten sich von neuem.

Roosevelt schlägt Quarantäne gegen Angreifer-Staaten vor

Die Spannung zwischen Deutschland und den USA verschärfte sich, als der Präsident sich entschloß, Angreiferstaaten öffentlich zu brandmarken. Im Juli 1937 brach im Fernen Osten nach einem Zwischenfall zwischen

chinesischen und japanischen Truppen Krieg aus. Dieser Konflikt war von den nationalchinesischen Streitkräften buchstäblich heraufbeschworen worden, nachdem sie zu einer Verständigung mit Rußland gekommen waren. Stalin war sehr erfreut darüber, daß Chiang-Kai-Schek und die chinesischen Kommunisten eine gemeinsame Offensive gegen die Japaner unternehmen konnten, die Abwehrstellungen gegen die rote Flut aufzubauen suchten.

Obgleich Botschafter Grew in Tokio den Präsidenten dringend darum ersuchte, diesem unerklärten Krieg im Fernen Osten gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen, veranlaßten gewisse wirtschaftliche und politische Umstände Roosevelt zum Handeln. Die Berufung Hugo Blacks an den Obersten Gerichtshof bekam einen gefährlichen politischen Beigeschmack, als bekannt wurde, daß er seinerzeit das Gewand des Ku-Klux-Klan getragen hatte. Die öffentliche Meinung mußte von dieser gefährlichen Tatsache abgeleitet werden und ebenso vom richtigen Erfassen der Wirtschaftskrise, die das ganze New-Deal-Gebäude erschütterte. Das amerikanische Augenmerk sollte von anstößigen Auftritten im eigenen Staat auf ferne Länder abgelenkt werden, wo gottlose Diktatoren die Grundlagen der sozialen Ordnung gefährdeten.

Wenn auch ein beachtlicher Teil der amerikanischen Presse den Vorschlag des Präsidenten, Angreifer-Nationen unter Quarantäne zu stellen, unterstützte[227], protestierte ein noch größerer Teil gegen ein derartiges Unternehmen, der offensichtlichen Gefahr wegen, Amerika damit in einen zweiten Weltkrieg zu verwickeln. „New York Herald Tribune“ fürchtete, „die rastlose und abenteuerliche Natur“ des Präsidenten könne die Vereinigten Staaten in eine sehr schwierige Lage bringen[228]. Die „Sun“ in New York kritisierte den „prahlerischen und hochmütigen Ton“ der Botschaft des Präsidenten[229]. Der „Boston Herald“ drang darauf, daß Amerika „sich nicht auf einen neuen, kostspieligen Versuch, die Welt zu verbessern, einlassen solle“[230]. Die „Detroit Free Press“ war gewiß, daß die Worte des Präsidenten „zu nichts Gutem führen würden“[231], während „Amerika“, die führende katholische Monatsschrift, ihre Meinung dahingehend ausdrückte, „das USA-Volk widersetze sich mit Bestimmtheit allen Einmischungen in ausländische Angelegenheiten“[232].

Hitler macht eine freundliche Geste

Als der deutsche Botschafter in Washington seinem Auswärtigen Amt versichert hatte, die Rede des Präsidenten sei „vornehmlich, wenn nicht ausschließlich gegen Japan gerichtet gewesen“[233], entschloß sich Hitler zu

einer freundlichen Geste den Vereinigten Staaten gegenüber. Er hatte schon seit einiger Zeit darüber nachgedacht, ob die Tätigkeit des Deutsch-Amerikanischen Bundes in Amerika eine Hilfe oder eine Behinderung für seine Politik darstelle. Schließlich entschloß er sich dazu, dem Bund die offizielle Anerkennung gänzlich zu entziehen. Am 10. Februar 1938 wies das Auswärtige Amt Botschafter Dieckhoff an, die Reichsdeutschen davon zu unterrichten, daß sie nicht länger Mitglieder des Deutsch-Amerikanischen Bundes oder ähnlicher Gremien sein dürften [234].

Einige Wochen, nachdem Deutschland diese freundliche Geste gemacht hatte, führte der Minister des Auswärtigen von Ribbentrop eine Unterhaltung mit Botschafter Wilson. Als Ribbentrop sich über fortgesetzte Feindseligkeiten der amerikanischen Presse beklagte, versicherte ihm Wilson, daß diese Animosität der Presse sich weitgehend auf die „Ostküste beschränke, die von Banken und Trusts abhängig wäre“. In den Herzen der amerikanischen Bevölkerung im allgemeinen gäbe es immer noch „viel Sympathie für Deutschland“ [235].

Hitler empfängt Lord Halifax in Berchtesgaden

Während Hitler Amerika gegenüber freundliche Gesten machte, plante er eine ganz andere Politik gegenüber Österreich. Am 5. November 1937 hatte er eine wichtige Besprechung in der Reichskanzlei mit vertrauten Ratgebern: Feldmarschall von Blomberg, Generaloberst Freiherrn von Fritsch, Admiral Raeder, Generaloberst Göring, Freiherrn von Neurath und Oberst Hoßbach. Während dieser Besprechung bestand Hitler darauf, daß die vordringlichste Notwendigkeit für Deutschland ‚Lebensraum‘ sei. Dieses Problem könne nur „auf dem Wege der Gewalt“ gelöst werden. Deutschlands erstes Ziel müsse sein, „die Tschechoslowakei und Österreich gleichzeitig zu erobern“! Der Zeitpunkt, der ihm dafür „möglich schiene, sei der Sommer 1938“ [236].

Um diese Unternehmung erfolgreich werden zu lassen, war es ratsam, freundliche Beziehungen mit England zu unterhalten. Im Herbst 1937 lud General Göring in seiner Eigenschaft als Wildhüter des Reiches Lord Halifax freundlichst nach Berlin zur Eröffnung der internationalen Jagdausstellung ein. Da Lord Halifax als großer Fuchshundmeister bekannt sei, würde ihm diese Ausstellung gewiß Freude bereiten.

Bevor Halifax nach Berlin abfuhr, hatte er eine lange Aussprache mit Botschafter von Ribbentrop. Offensichtlich würde sich dieser Besuch in Deutschland nicht auf Jagdausstellungen beschränken. Auf dem Termin-

plan standen einige wichtige Besprechungen mit Hitler in Berchtesgaden, und diese würden hauptsächlich von Österreich und der Tschechoslowakei handeln[237].

Am 10. November traf Halifax in Berlin ein und hatte bald darauf eine Unterredung mit General Göring, der ihm offenherzig mitteilte, daß es Deutschlands dringendstes Anliegen sei, Österreich und das Sudetenland mit Deutschland zu vereinigen. Nachdem er von Göring auf den vermutlichen Inhalt seiner Gespräche mit Hitler vorbereitet worden war, reiste Halifax nach Berchtesgaden. Am 19. November hatte er seine wichtige Begegnung mit dem Führer.

Hitler leitete seine Unterredung mit Halifax mit einem Angriff auf die „französische Demokratie“ ein, mit der es sehr schwer sei, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Er hielt es jedoch trotzdem für möglich, zu einer Übereinkunft zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien zu gelangen, die den Frieden in Europa bewahren könne. Vor allem aber müsse Deutschland endlich als eine Nation behandelt werden, die „nicht länger den moralischen und wirtschaftlichen Makel des Versailler Vertrags trüge“. Ferner wies er auf die Frage einer Rückgabe der deutschen Kolonien hin und meinte, daß es schwierig sein würde, hier zu einer gerechten Lösung zu kommen, da die englischen Konservativen sich wesentlichen Zugeständnissen widersetzen würden. Lord Halifax widersprach dieser Behauptung sofort und machte sich dafür stark, daß in England die Regierung nicht „Sklavin“ von Politikern mit demagogischen Ansichten wäre.

Auf eine Frage von Lord Halifax hin stellte Hitler fest, daß er nicht sicher sei, ob Deutschland an einer Rückkehr in den Völkerbund interessiert sein würde. Soweit es sich um Österreich handele, glaube er behaupten zu können, daß das österreichisch-deutsche Abkommen vom 11. Juli 1936 zu einer „Behebung aller Schwierigkeiten“ führen könne. Hinsichtlich der Tschechei seien die Tschechen selbst in der Lage, „alle bestehenden Schwierigkeiten wegzuräumen“[238]. Offensichtlich bemühte sich Hitler nach sorgfältiger Vorbereitung der Einverleibung Österreichs und der Tschechoslowakei, jeden Verdacht, der etwa in Halifax' Gedanken erwachen könnte, zu beruhigen. Das gelang ihm auch vortrefflich, denn Halifax versicherte dem Premierminister Chamberlain, daß Hitler sorgsam darauf bedacht wäre, seine Ziele legal zu erreichen.

Schuschnigg bekommt Berchtesgadener Gastfreundschaft zu spüren

Nachdem Lord Halifax also hinsichtlich der Ziele deutscher Politik beruhigt worden war, lud Hitler den österreichischen Bundeskanzer Schuschnigg nach Berchtesgaden. Vom Augenblick seiner Ankunft am 12. November an wurde er einer langen Reihe von Beschimpfungen ausgesetzt. Nach elfstündigem unausgesetztem Druck brach er schließlich zusammen und unterzeichnete ein Übereinkommen, das den Anfang vom Ende der österreichischen Unabhängigkeit bedeutete[239]. Dr. Arthur Seyss-Inquart wurde als Minister für Innere Angelegenheiten und öffentliche Sicherheit in das österreichische Kabinett aufgenommen. Mit einem so unermüdlichen Nationalsozialisten in wichtiger Position konnte es bis zur Einschmelzung Österreichs nicht mehr lange dauern[240].

Schuschnigg selbst beschleunigte diese Entwicklung, indem er plötzlich am 9. März erklärte, daß er bald, am 13. März, einen Volksentscheid über die Unabhängigkeit Österreichs herbeiführen wolle. Lord Halifax rechtfertigte diese Ankündigung in einem geistvollen Gespräch mit Ribbentrop. Als der deutsche Außenminister gegen Schuschniggs Aktion zu Felde zog, meinte Halifax, es schiene ihm erstaunlich „zu behaupten, daß ein Staatsoberhaupt keinen Volksentscheid haben solle, wenn es ihn wünsche". Henderson in Berlin kam mit Halifax überein, daß die deutschen Methoden „unhaltbar" wären, jedoch meinte er, daß Schuschniggs plötzlicher Entschluß, zu einem Volksentscheid aufzurufen, „übereilt und unweise" wäre[241].

Chamberlain stimmte diesem Urteil Hendersons zu und betonte mehr denn je die Wichtigkeit einer Befriedungspolitik. Während eines Frühstücks mit Ribbentrop versicherte er dem deutschen Außenminister, er wünsche, daß Hitler von seinem „aufrichtigen Wunsch nach einer Verständigung mit Deutschland" erführe. Halifax schaltete sich bei diesem Frühstück ein und bemerkte erregt, daß die deutsche Gewaltandrohung in Österreich eine „untragbare Methode" sei, Schuschnigg unter Druck zu setzen. Er fragte sodann, ob nicht eine Abstimmung nach dem „Muster an der Saar" zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden könnte. Chamberlain schnitt ihm sofort das Wort mit der Bemerkung ab, daß diese Prozedur „bei dieser Lage nicht erforderlich schiene". Diese Zurückweisung ernüchterte Halifax. Er erklärte besänftigt, daß er auf der Angelegenheit des Volksentscheids nicht bestehen wolle[242]. Er hatte erst kürzlich die Geschäfte eines Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes übernommen, nachdem Eden zurückgetreten war, (20. Februar) und sah sich nicht in der Lage, sich gegen den Premierminister zu behaupten.

Die deutschen Truppen ziehen in Wien ein

Halifax' Zorn über Hitlers Druck auf Österreich war offensichtlich von kurzer Dauer. Im Frühjahr 1938 verfolgte Chamberlain inbrünstig eine Friedenspolitik und Halifax wußte dies, bevor er in das Kabinett eintrat. In einer Note an den italienischen Botschafter Dino Grandi beteuerte Chamberlain seinen Wunsch, mit der Achse Rom–Berlin, die er als „wertvollen Pfeiler des europäischen Friedens" betrachte, zusammenzuarbeiten. Er sei „froh, versichern zu können", daß diese Überzeugung von seinem Freund „Lord Halifax" geteilt würde. Er möchte den Duce wissen lassen, daß er nicht nur mit dem „faschistischen Italien", sondern auch mit dem „nationalsozialistischen Deutschland" ein „festes und dauerndes Übereinkommen" abzuschließen wünsche[243].

Hitler jedoch hatte keine Zeit, dieses „feste und starke Übereinkommen" mit England auszuhandeln. Er hatte sein Auge auf Österreich geworfen und mußte mit Mussolini ein unmittelbares Abkommen treffen.

Am 11. März schickte er Prinz Philipp von Hessen mit einem Brief an den Duce nach Rom mit der Behauptung, Österreich wäre im Begriff, sich fest mit der Tschechei zu verbinden, und daß diese Bedrohung der Sicherheit Deutschlands eine Einverleibung Österreichs notwendig machte[244].

Dieser bestechende Brief wurde von Mussolini ernst genommen. Prinz von Hessen telefonierte dem Führer, der Duce habe gesagt, daß das Schicksal Österreichs „ihm unwichtig" sei. Der Eindruck dieser beruhigenden Worte erweckte in Hitler große Dankbarkeit. Er ließ den Prinzen von Hessen Mussolini davon unterrichten, daß er ihm diese Zustimmung zu seinen Plänen niemals vergessen würde. „Sollte er je Hilfe brauchen oder in Gefahr geraten ... werde ich zu ihm halten ... selbst wenn die ganze Welt gegen ihn wäre ...[245]"

Der letzte Schritt war nun der, Präsident Miklas dahin zu bringen, Seyss-Inquart zum Kanzler zu ernennen. Als das geschehen war, überschritten deutsche Truppen am 12. März die österreichische Grenze, und am 14. März fand der triumphale Einzug Hitlers in Wien statt. Sein Programm war Schritt für Schritt durchgeführt worden.

Die amerikanische Reaktion auf den Anschluß Österreichs

In Übereinnstimmung mit Botschafter Dieckhoffs Depeschen schien Staatssekretär Hull am 12. März über die Wiener Nachrichten nicht sonderlich beunruhigt zu sein und äußerte bei einem Gespräch mit dem deutschen

Botschafter kein Wort der Mißbilligung. Zwei Tage später war Staatssekretär Hull noch immer höflich, doch Sumner Welles gab „einer Art von boshafter Bitterkeit Ausdruck“ [246].

In einer Unterredung mit Botschafter Wilson beklagte sich Dr. Goebbels in Berlin über den feindseligen Ton der amerikanischen Presse, glaubte aber, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen trotzdem endgültig verbessert werden könnten. Wilson bemerkte, daß in den vergangenen Jahren die amerikanische Zuneigung für Deutschland außergewöhnlich stark gewesen sei. Diese Zuneigung sei aber bedenklich geschwächt worden durch die letzten Spannungen mit dem Reich: „Die Bindungen zwischen den beiden Ländern gingen so tief, daß wir den Geschehnissen in Deutschland nicht gleichgültig zusehen konnten.“ Das Verhältnis entwickle sich zu einem beiderseitigen Haßliebe-Komplex hin. Goebbels zeigte sich von diesem „neuen und interessanten Gesichtspunkt“ beeindruckt, den der amerikanische Botschafter ihm aufzeigte und bat, ihn häufiger zu besuchen, damit man Dinge von gemeinsamem Interesse besprechen könne [247].

Die deutsche Regierung schien Botschafter Wilson offensichtlich darum besorgt, mit dem State Department auf freundschaftlichem Fuß zu bleiben. Er war durchaus bereit, die freundschaftlichen Gesten, die ihm gegenüber gemacht wurden, zu erwidern und entschloß sich, die Einladung zum Reichsparteitag in Nürnberg im September anzunehmen. Kaum hörte die B'nai Israel Centrale von Brooklyn, New York von diesem Entschluß, erhob sie scharfen Protest beim State Department. Teilnahme in Nürnberg bedeute eine „stillschweigende Billigung des Naziprogramms der rassischen und Minderheiten-Verfolgung“ [248]. Staatssekretär Hull lehnte es ab, sich diesen Standpunkt zu eigen zu machen, und so ging Botschafter Wilson mit seinen britischen und französischen Kollegen nach Nürnberg. Es war die letzte Nürnberger Feier, der ein amerikanischer Botschafter beiwohnte. In den Vereinigten Staaten setzte die Presse ihre unaufhörlichen Angriffe gegen die nationalsozialistische Lebensart fort, und in manchen Teilen des Landes gab es so deutliche Anzeichen von Verachtung gegenüber dieser Lebensart, daß sie von den offiziellen deutschen Stellen nicht übersehen werden konnten. Auf Rummelplätzen wurden Karrikaturen von Hitler als Schießscheiben benützt, und in manchen Städten wurde der Führer auf Toilettenpapier und ähnlichen Artikeln abgebildet. Solche Pöbeleien schufen eine feindselige Stimmung, die schließlich in einem alles zerstörenden Kriegssturm enden mußte. Dieser Sturm sollte sich nicht mehr lange aufhalten lassen.

Der deutsche Druck auf die Tschechen ruft die Maikrise hervor

Die Einverleibung Österreichs war der erste Schritt in dem Ausweitungsprogramm Deutschlands. Der zweite war die sudetendeutsche Frage in der Tschechoslowakei. Hierbei muß zugestanden werden, daß Benesch gegen die große deutsche Minderheit im Sudetenland eine Politik getrieben hatte, die zu einer tiefen Verstimmung geführt und den Weg für das nationalsozialistische Programm geebnet hatte. Viele von Henleins Beschwerden waren „tatsächlich begründet. Es gab viel mehr Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten als in den tschechischen, und die Deutschen wurden in den öffentlichen Ämtern benachteiligt ... Die Tschechen betrieben unklugerweise eine Politik der Verschmelzung, anstatt eines losen Förderalismus. Durch die Minoritätenverträge und die Tschechische Verfassung war den Deutschen Gleichberechtigung zugesichert worden. Sie legten das als Gleichheit in einem dreieinigen Staat von: Tschechen, Slowaken und Deutschen aus, während Masaryk den „Nationalstaat der Tschechen und Slowaken“ schuf, in dem die Deutschen lediglich die Rechte einer Minderheit besaßen. In keiner Weise als Partner angesehen, fühlten die Deutschen sich von Anfang an betrogen. In ihrem Verdruß machten sie innerhalb von sechs Jahren neunzehn Eingaben an den Völkerbund ohne viel Erfolg ... Vom Herbst 1933 an sammelte Konrad Henlein sie in der SDP (Sudetendeutsche Partei).“ [249]

Im Jahre 1938 beschloß Hitler, sich dieser Sudetendeutschen Partei für seine Pläne zu bedienen. In einer Aussprache mit Konrad Henlein und Karl Hermann Frank unterrichtete er sie davon, daß er „beabsichtige, das sudetendeutsche Problem in nicht allzu ferner Zeit in Ordnung zu bringen“. Inzwischen solle Konrad Henlein der tschechischen Regierung unerfüllbare Forderungen unterbreiten [250]. Das Karlsbader Programm, das am 24. April von Konrad Henlein vorgelegt wurde, war nach den Wünschen des Führers abgefaßt und ergab weitreichende Konsequenzen. Einige Tage bevor dieses Programm veröffentlicht wurde, hatte Hitler eine bedeutsame Besprechung mit Keitel, bei der ein Operationsplan gegen die Tschechoslowakei eingehend erörtert wurde [251]. Die Unzufriedenheit der Sudetendeutschen und die deutschen Kriegsvorbereitungen liefen Hand in Hand.

Während Hitler seine Aktion gegen die Tschechoslowakei vorbereitete, hielt Premierminister Chamberlain immer noch an seiner Befriedungspolitik fest. Am 22. März informierte Lord Halifax Sir Eric Philipps in Paris, daß die französische Regierung doch endlich begreifen solle, daß ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei nicht automatisch die britische

Armee auf den Plan rufen würde, um die tschechischen Grenzen zu verteidigen[252].

Zwei Tage später bestätigte Chamberlain Halifax' Feststellung und bekannte anschließend bei einem informatorischen Frühstück bei Lady Astor für amerikanische und kanadische Korrespondenten freimütig, daß „England im Falle eines deutschen Angriffes nicht für die Tschechen kämpfen würde, und daß der tschechische Staat in der gegenwärtigen Form nicht bestehen bleiben könne"[253].

Die tschechische Regierung schien nicht sonderlich betroffen über den Widerwillen Englands, sich für die Verhinderung eines deutschen Angriffs verantwortlich zu fühlen. Für den Fall, daß sie durch Deutschland zu sehr bedrängt werden sollte, hatte sie sich entschlossen zu kämpfen. Um diese Absicht anzuzeigen, wurde am 20. Mai eine Teilmobilisation befohlen. Die Krise verschärfte sich, als ein tschechischer Polizist zwei deutsche Motorradfahrer erschoß, die seinen Anruf nicht beantwortet hatten. Die Nachricht über dieses Geschehen empörte Außenminister Ribbentrop, der Nevile Henderson davor warnte, daß die Deutschen „nicht mehr länger warten würden, und wenn die Provokationen nicht aufhörten, würden ihre 75 Millionen wie ein Mann aufstehen und handeln"[254].

Nun versuchte England, Deutschland durch indirekte Drohungen zurückzuhalten. In einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter in London bemerkte Halifax, daß die Franzosen sicherlich den Tschechen zu Hilfe eilen würden, falls deutsche Truppen die tschechische Grenze überschritten. „Im Falle eines europäischen Konfliktes könne man unmöglich voraussehen, ob Britannien nicht mit hineingezogen würde[255].

Diese britische Warnung beeinflußte Hitlers Pläne entscheidend. Er verlor keine Zeit, dem tschechischen Gesandten in Berlin Versicherungen wegen der deutschen Absichten zu geben. Die Tschechei hatte einen diplomatischen Sieg errungen, aber er war nicht von langer Dauer. Am 30. Mai erfolgte die Anordnung für „Operation Grün". Sie sollte spätestens am 1. Oktober 1938 beginnen. München war in Vorbereitung.

Lord Runciman nennt die Tschechoslowakei ein „abscheuliches Land"

Für die englische Regierung war es klar ersichtlich, daß das Ende der tschechischen Mai-Krise kein Vertrauen in die Zukunft rechtfertigte. Die Spannungen zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen wuchsen täglich, und es bedurfte nur eines kleinen Zwischenfalls, um den Krieg

hervorzurufen. Vielleicht würde die Entsendung eines prominenten Engländers etwas Gutes bewirken. Von diesem Gedanken ausgehend entschloß sich Chamberlain, Lord Runciman nach Prag zu senden, um die Lage zu prüfen. Um der tschechischen Empfindlichkeit zu genügen, sollte er nur als „Vermittler und Berater" fungieren.

Nachdem er mit Präsident Benesch über die Lage verhandelt hatte, besprach er sich mehrmals mit den sudetendeutschen Führern und prüfte ihre Argumente sorgfältig. Dabei erkannte er, daß das nationale Minderheiten-Statut, das vom tschechischen Parlament angenommen worden war, Hitlers Forderungen nicht entsprach, und daß der sogenannte tschechische „Plan Nr. 2" für die Sudetendeutschen unannehmbar wäre. Sir Nevile Henderson in Berlin meinte, die einzige Möglichkeit, dieses blinde Schloß zu öffnen, sei die, daß die tschechische Regierung Zugeständnisse unterbreite, die so vernünftig wären, daß Hitler sie nicht ablehnen könne. Dieser Befriedungsplan müsse sofort von den tschechischen Führern entworfen werden, da die deutsche Geduld nur noch schwach sei. Man muß sich erinnern, daß Benesch ein „kleiner Mann" war, dessen Stellung im eigenen Lande schnell „völlig unhaltbar" wurde [256].

Unter englischem Druck schuf Benesch seinen „Plan Nr. 3". Der britische Botschafter in Prag war „sehr enttäuscht" über seinen Inhalt [257], und Lord Runciman war über den Gang der Ereignisse derart bestürzt, daß er Lord Halifax gestand, die Tschechei sei ein „abscheuliches Land" mit vielen Anzeichen einer „schlechten Regierung" [258]. Den sudetendeutschen Führer Konrad Henlein hingegen empfand er als einen „höflichen, freundlichen und ehrlichen Mann. Es empfehle sich für England, die 8 Punkte des Karlsbader Programms zu unterstützen." [259]

Newton, der britische Botschafter in Prag, unterstrich seinerseits den Standpunkt Runcimans. Er redete Präsident Benesch eindringlich zu, „Zugeständnisse bis zur äußersten Grenze" zu machen, und diese Grenze „sollte nicht etwa kurz vor den acht Karlsbader Punkten Halt gebieten, wenn anders eine Übereinkunft nicht zu erzielen wäre". In seiner Depesche an Lord Halifax fand Newton scharfe Worte über die tschechische Unaufrichtigkeit hinsichtlich früherer Versprechen, die nicht eingehalten worden wären. Beneschs Versäumnis, die den Sudetendeutschen gemachten Versprechen auszuführen, habe einen „sehr schlechten Eindruck" hinterlassen [260].

Präsident Benesch verfolgt eine hinhaltende Politik

Selbst unter britischem Druck verfolgte Benesch den Weg der Konzessionen an die Sudetendeutschen nur im Schneckentempo. Am 4. September sprach Newton ihn ziemlich „rund heraus“ auf sein Verzögern an, Henlein einen Termin zu nennen. Lord Runciman beschwerte sich bei Lord Halifax über Benesch. „Nichts kann sein Zögern und seine hinhaltende Taktik der letzten 5 Monate entschuldigen.“ [261]

Premierminister Hodzá war so besorgt wegen dieses Benehmens von Benesch, daß er sich aus den Verhandlungen mit den Sudetendeutschen am 6. September zurückzog. Aber es war zu spät. Die Sudetendeutschen waren zwar von Hodzás Aufrichtigkeit beeindruckt, doch wurden alle Verhandlungen wegen gewisser Zwischenfälle, die sich gerade in Mährisch-Ostrau ereignet hatten, bis zu ihrer Aufklärung abgebrochen [262]. Sie wurden nie mehr aufgenommen.

Am 13. September verhing die tschechische Regierung nach einer Revolte der Sudetendeutschen den Ausnahmezustand in diesem Gebiet. Nevile Henderson war nun davon überzeugt, daß der Krieg hinter der nächsten Ecke lauere, wenn nicht etwas Grundlegendes für die Sudetendeutschen getan würde [263]. Als Premierminister Chamberlain die Telegramme aus Berlin und Prag gelesen hatte, sah er sich genötigt, sofort etwas zur Beruhigung zu unternehmen. Er sandte eine Botschaft an Hitler und schlug eine Konferenz vor, auf der die eine Lösung fordernden Probleme besprochen werden könnten. Der Führer antwortete, „er stände ganz zur Verfügung des Premierministers“ [264]. So sollte Berchtesgaden bald einen neuen prominenten Besuch empfangen.

Chamberlain bereitet die Münchener Kapitulation vor

Chamberlains Entschluß, nach Berchtesgaden zu gehen, erstickte einen Plan, Hitler zu beseitigen und den Ausbruch eines zweiten Weltkrieges zu verhindern, im Keime. Die Befriedung in München ließ Hitlers Politik derart erfolgreich erscheinen, daß es damals völlig unmöglich war, einen Putsch gegen ihn zu unternehmen. Wäre Chamberlain zäh geblieben und hätte sich allen ferneren Zugeständnissen widersetzt, so wäre das Komplott, in das einige der höchsten Offiziere verwickelt waren, vielleicht gelungen. Seine großmütige Haltung aber machte den Krieg – um mit Hitlers Worten zu sprechen – unausweichlich [265].

Er war offensichtlich geneigt, dem Führer den Vorteil völliger Ungewißheit zu gewähren, und – wie Keith Feiling es ausdrückt – brachte

wahrscheinlich nach Berchtesgaden keine allzu freundliche Ansicht über die Zustände in der Tschechoslowakei unter der Führung von Benesch mit[266]. Es war an der Zeit, sie zu ändern.

In seinen Gesprächen mit Hitler in Berchtesgaden wurde ihm klar gemacht, daß das Sudetenland dem Reich abgetreten werden müsse, oder daß es zum Krieg kommen würde. Der Führer versicherte, daß er „kein Lot von den Tschechen haben wolle, einzig und allein die Sudetendeutschen“[267].

Chamberlain glaubte, ohne vorherige Rücksprache mit seinem Kabinett keine Entscheidung über das Sudetenland treffen zu können. Diese Unterhaltung am 15. September war nichts als diplomatische Plänkelei. Er wußte nun, was Hitler augenscheinlich wollte, und ging, dies seinen Ministerkollegen zu unterbreiten.

Nach Unterredung mit Premierminister Daladier und dem Minister des Auswärtigen Bonnet über alle Angelpunkte der diplomatischen Lage war er zu einer neuerlichen Besprechung mit Hitler bereit. England und Frankreich waren nun davon überzeugt, daß die Sudetendeutschen Gebiete „vorwiegend von Sudetendeutschen bewohnt wären“ und zum Reich kommen müßten. Die Einzelheiten wegen dieser Übernahme sollten durch eine „internationale Körperschaft einschließlich eines tschechischen Vertreters“ festgelegt werden[268].

Als diese Bedingungen am 19. September nach Prag gesandt wurden, erwiderte die tschechische Regierung am nächsten Tage in einer Note, in der sie England und Frankreich bat, die Lage noch einmal zu überprüfen[269]. Am 21. September wurden die Tschechen kurz aufgefordert, die in der britisch-französischen Note dargelegten Bedingungen anzunehmen oder nicht mehr mit irgendwelchem Beistand dieser Nationen zu rechnen. Das war ein Ultimatum, das die Tschechen anzunehmen hatten, wenn es auch eine Einladung ins Unglück bedeutete.

Jetzt war der Weg für Chamberlain zu einer zweiten Unterredung mit Hitler offen. Sie fand der günstigen Lage wegen in Bad Godesberg statt. Das Datum war der 22. September, zu einer Jahreszeit, da das Wetter an den Rheinufern Mark Twains Behauptung rechtfertigen könnte, ein deutscher Sommer bedeute „vollkommene Schönheit“. Aber Chamberlain merkte bald, daß Hitler nicht vornehmlich an ästhetischen Betrachtungen gelegen war. Seine Stimme war fordernder als in Berchtesgaden. Er bestand darauf, daß sofort eine Grenze um das an Deutschland abzutretende Gebiet gezogen werden müsse. Die Tschechen sollten sich sofort aus diesem Gebiet zurückziehen, damit es von deutschen Truppen besetzt werden könne.

Am Morgen des 23. September sandte Chamberlain dem Führer eine Note, in der er seiner Besorgnis Ausdruck gab, daß, wenn deutsche Truppen „in unmittelbarer Zukunft“ das Sudetengebiet besetzten, es zu einem Zusammenstoß mit tschechischen Truppen kommen und daraus Krieg entstehen könnte[270]. Hitlers Antwort enthielt ein so mageres Zugeständnis, daß Chamberlain am Abend des 23./24. September eine zweite Unterredung mit dem Führer hatte. Sie verlief ergebnislos. Hitler kam ihm allerdings insoweit entgegen, daß er versprach, das Datum des Einzuges der deutschen Truppen bis zum 1. Oktober hinauszuzögern. Auch gab er die Versicherung, daß die Annektion dieses Teils der Tschechei seine territorialen Ansprüche in Europa befriedigen würde[271].

Chamberlain plädiert für Frieden

Nach Chamberlains Rückkehr von diesem unbefriedigenden Zusammentreffen in Godesberg hatte er wichtige Besprechungen mit Premierminister Daladier und dem französischen Generalstabschef Gamelin. Nachdem er sich dafür verbürgt hatte, daß die britische Regierung „Frankreich nicht von Deutschland überrannt und zerstört sehen möchte“, schrieb er am 26. September einen Brief an Hitler mit der Bitte, eine Zusammenkunft mit deutschen und tschechischen Vertretern herbeizuführen, um zu einer Einigung darüber zu gelangen, „wie das Territorium (Sudetenland) zu übergeben sei“ [272]. Am gleichen Tage sandte Präsident Roosevelt eine persönliche Botschaft an Benesch und Hitler, nachdem Botschafter Kennedy ihm in einer dringenden Depesche die Wichtigkeit eines amerikanischen Schrittes angezeigt hatte.

Roosevelt schilderte die schreckliche Vernichtung, die ein zweiter Weltkrieg über Europa herbeiführen müsse und berief sich auf die Tatsache, daß selbst das entfernte Amerika „den Folgen einer solchen Weltkatastrophe nicht entgehen würde“. Er empfahl, den Kellog-Briand-Pakt zu beachten und beschwor sowohl Hitler als auch Benesch, weiterhin mit Rücksicht auf eine „friedliche, gerechte und aufbauende Übereinkunft die schwebenden Fragen zu behandeln“ [273].

Präsident Benesch antwortete umgehend und günstig. Hitler war emsig mit der Aufgabe beschäftigt, die Schlußsätze an eine Rede anzufügen, die er am 26. September im Berliner Sportpalast zu halten gedachte. So fand er keine Zeit zu einer umgehenden Antwort auf das Anliegen des Präsidenten.

Chamberlain hatte nicht allzu viel Hoffnung auf einen günstigen Einfluß der Bitte des Präsidenten an Hitler. Im weiteren Bemühen, den Frie-

den zu erhalten, sandte er Sir Horace Wilson nach Berlin zu einer letzten Audienz beim Führer. Er war mit Anweisungen bewaffnet, die endgültig besagten, daß England ebenso wie Frankreich der Tschechei beistehen werde, wenn diese von Deutschland angegriffen würde. Mit Rücksicht auf Hitlers Erregbarkeit hielt man es für das Beste, ihm dieses britische Ultimatum noch nicht vorzulegen. Während der Unterhaltung Sir Horace Wilson's und Nevile Henderson's mit dem Führer ließ Hitler einige Male seinem Ärger freien Lauf. Schließlich rief er, daß das Sudetenland „am 1. Oktober frei sein müsse", und daß er eine zustimmende Antwort auf diese Forderung „binnen zwei Tagen" haben wolle[274].

Anderntags (27. September) hatte Hitler eine zweite Unterhaltung mit Sir Horace Wilson, der ihm nunmehr das britische Ultimatum mitteilte. Prompt bekam der Führer einen seiner charakteristischen Wutanfälle und rief: „Wenn England und Frankreich losschlagen, dann mögen sie das tun!"[275]

Aber trotz dieser kühnen Worte begann Hitler Böses zu ahnen für den Fall, daß England wegen eines deutschen Angriffs auf die Tschechei in einen europäischen Krieg eingriffe. Vielleicht würde Chamberlains Entschlossenheit durch einige honigsüße Worte zu erweichen sein. Am 27. September sandte er dem Premierminister einen Brief, in dem er erklärte, wenn er sein Ziel im Sudetenland erreiche, sei er bereit, für den Rest der Tschechoslowakei förmliche Garantieerklärungen abzugeben.

Auch beschloß er, daß es an der Zeit sei, förmlich auf Präsident Roosevelts Friedensappell zu antworten. Er betonte dabei sein Festhalten am Prinzip der Selbstbestimmung und kritisierte scharf Präsident Wilsons Verrat an diesem Prinzip während der Versailler Friedensverhandlungen. Wenn die Behörden in Washington erst ein besseres Verständnis der sudetendeutschen Probleme gewonnen hätten, so würden sie wahrscheinlich einen anderen Standpunkt einnehmen[277]. Hitlers Telegramm verursachte einen zweiten Aufruf des Präsidenten für den Frieden der Welt. Er versuchte den Führer davon zu überzeugen, daß es verlorene Zeit wäre, auf angeblich in Versailles begangene Fehler zurückzublicken. Das Schicksal „der Welt von heute und morgen" stünde auf dem Spiel und verlange umgehende Entscheidungen. Ein zweiter Weltkrieg sei ebenso „unnötig wie unverantwortlich". Wenn der Führer einer friedlichen Regelung der Sudetenland-Schwierigkeiten nachginge, würde er sich die Dankbarkeit „von Hunderten von Millionen in der ganzen Welt" erringen[278].

Der Präsident richtete auch an Mussolini einen Appell, ihm behilflich zu sein, eine Friedensformel zu finden[279]. Ein zweiter Weltkrieg würde die

sinnlose „Vernichtung von Millionen Männern, Frauen und Kindern in Europa“ bedeuten.

Schlichtung zu München

Am 28. September bat Premierminister Chamberlain Mussolini, die britischen Friedensbemühungen zu unterstützen [280]. Der Duce antwortete darauf, indem er Hitler eine Botschaft sandte, und ihn bat, die Aktion um „wenigstens 24 Stunden“ aufzuschieben, damit die Friedensbemühungen fortgesetzt werden könnten [281].

Hitler hatte in Berlin einen zweiten Brief von Chamberlain erhalten, und dieser schlug nun die Einberufung einer Konferenz der Beauftragten Englands, Frankreichs, der Tschechei, Deutschlands und Italiens vor, um das sudetendeutsche Problem zu erörtern [282]. Von Frankreich traf eine noch entgegenkommendere Note ein, als es die Chamberlain’sche war. Unter dem Druck dieser Appelle sah sich Hitler gezwungen, Mussolini, Premierminister Chamberlain und den französischen Premierminister Daladier für den folgenden Tag (29. September) zu einer Konferenz nach München einzuladen.

Diese Konferenz tat wenig mehr, als den Befriedungsplan anzunehmen, dem England und Frankreich bereits zugestimmt hatten. Am Morgen des 30. September wurden die Artikel des Übereinkommens förmlich unterschrieben nach einer einleitenden Debatte mit Daladier, der, offensichtlich um die Nachwelt zu beeindrucken, eine kämpferische Haltung zur Schau trug, aber bald von Göring besänftigt wurde. Das Sudetenland wurde an Deutschland abgetreten. Es wurde in vier Zonen eingeteilt, deren Besetzung durch deutsche Truppen mit dem 1. Oktober beginnen und bis zum 7. Oktober dauern sollte. Die Einzelheiten dieses Abkommens wurden einer internationalen Kommission übergeben, deren Mitglieder aus Engländern, Tschechen, Franzosen, Deutschen und Italienern bestehen sollten [283].

In Amerika hielt sich Staatssekretär Hull in der Beurteilung des Münchener Ergebnisses zurück. Am 30. September traf er folgende unverbindliche Feststellung: „Es ist unnötig zu betonen, daß unmittelbare Friedensergebnisse ein allgemeines Gefühl der Erleichterung hervorrufen. Ich brauche mich nicht näher über die Bedeutung der Differenzen zu verbreiten, auf die sich der gestern in München unterzeichnete Vier-Mächte-Pakt bezieht.“ [284]

Sumner Welles war nicht so vorsichtig. In einer Rundfunkansprache am 3. Oktober beschrieb er den Schritt, den Präsident Roosevelt kurz vor der Konferenz unternommen hatte, und bemerkte dann: „Heute bot sich, vielleicht mehr als je in den letzten zwei Jahrzehnten, den Völkern der Erde

die Gelegenheit, eine neue Weltordnung zu errichten, die auf Gerechtigkeit und Gesetz beruht.“ [285]

Roosevelts Rolle in der Münchener Übereinkunft ist schwer zu umreißen. Seine Appelle an Hitler und Mussolini machten auf die Diktatoren wenig Eindruck. Chamberlain und Daladier waren zweifellos von seinen Friedensmahnungen beeindruckt und bemühten sich, Formeln zu finden, die einen Kriegsausbruch verhindern konnten. Doch glaubte Chamberlain, im Falle eines Krieges der Unterstützung Roosevelts sicher zu sein. Am 30. August hatte er eine Konferenz mit Botschafter Kennedy über die Krisis in Europa gehabt. Kennedy hatte gesagt: „Wenn Hitler die Tschechoslowakei anfaßt, geht die Hölle los!“ Er hatte Chamberlain versichert, daß, wenn Frankreich den Tschechen zu Hilfe käme und wenn Britannien „ebenfalls eingreifen müsse, die Vereinigten Staaten bald folgen würden“. Im Verlauf der Unterhaltung gab er abschließend eine wichtige Erklärung ab: Er sei überzeugt, daß Präsident Roosevelt entschlossen sei „mit Chamberlain zu gehen, für welchen Kurs sich dieser auch entscheiden würde.“ [286]

Diese Versicherung war gewiß ein Blankoscheck, der dem britischen Premierminister im kritischen Augenblick vor seiner Kapitulation in München gegeben worden war. Möglicherweise bestärkte ihn das in seiner augenfälligen Neigung zum Frieden und spielte ihn damit Hitler in die Hände. Es gab ihm das Vertrauen, daß die Amerikaner ihm helfen würden, falls es später zum Kriege käme. Manche Schriftsteller halten Roosevelts Botschaften für den stärksten Faktor, der Chamberlain dazu bestimmte, damals Hitler gegenüber von einem gewaltsamen Widerstand abzusehen.

In Washington machte Roosevelt keine übereilten Versprechungen. Am 15. September schrieb er in einem persönlichen Brief an Botschafter Phillips in Rom, im Falle eines Krieges glaube er, das amerikanische Volk werde zu 90% „anti-deutsch und anti-italienisch“ sein. Er würde es nicht dazu ermutigen, „gedanklich neutral zu sein“. Vielmehr würde er „seine natürlichen Sympathien anreizen, gleichzeitig jedoch jeden Gedanken daran, Truppen nach Europa zu senden, vermeiden“ [287].

Die polnische Regierung nutzte den deutschen Druck auf die Tschechei aus, indem sie die Abtretung des Gebietes rund um Teschen forderte. Dieser Schrirtt störte Präsident Roosevelt, der ein Memorandum an Staatssekretär Hull mit dem Ersuchen sandte, er möge die folgenden Gedanken inoffiziell dem polnischen Außenminister Beck übermitteln: „Der Präsident glaubt, daß er als alter Freund seiner Enttäuschung über die polnische

Bekundung der vergangenen Woche Ausdruck geben dürfe ... Er liebe nicht, was einer drohenden Haltung so nahe käme."[288]

Die polnische Regierung behielt ihre drohende Haltung bei und sicherte sich am 2. Oktober die Abtretung des Teschener Gebiets. Es folgte keine weitere Ermahnung des Präsidenten an Außenminister Beck. Das Münchener Abkommen hatte die akute Kriegsgefahr abgewendet, und der Chef der Exekutive schwelgte in dieser Tatsache. In einem Brief an den kanadischen Premierminister Mackenzie King gab er seiner Erleichterung Ausdruck: „Ich kann Ihnen versichern, daß wir in den Vereinigten Staaten mit Ihnen und der ganzen Welt darüber jubeln, daß der Kriegsausbruch verhindert wurde."[289] Eine Woche später vertraute er Botschafter Phillips in Rom an, daß „er nicht im Geringsten bestürzt über das Endergebnis sei"[290].

Gewöhnlich hält man München für einen bedeutenden Sieg Hitlers. Darum verwirrte es ein wenig, Roosevelts Kommentar zu dem Münchener Resultat zu lesen. Für den polnischen Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, läßt dieser Kommentar eine ganz klare Absicht erkennen: „Ich kann nur sagen, daß Präsident Roosevelt als geschickter politischer Schachspieler und Kenner der amerikanischen Mentalität eiligst die öffentliche Aufmerksamkeit von der heimischen Situation ablenkte und sie mit auswärtiger Politik beschäftigte. Der Weg, um dies zu erreichen, war einfach genug. Man brauchte nur einerseits die Bedrohung der Welt durch Krieg auf Kosten Hitlers zu vergrößern und andererseits ein Gespenst zu schaffen durch die Behauptung, die totalitären Staaten würden die Vereinigten Staaten attackieren. Das Münchener Abkommen kam für Roosevelt wie ein Gottesgeschenk. Er legte es als Kapitulation Englands und Frankreichs vor dem kriegerischen deutschen Militarismus aus. Hier (in Washington) sagte man: ‚Hitler nötigte Chamberlain mit gezogenem Revolver. So blieb England und Frankreich keine andere Wahl, als einen beschämenden Frieden zu schließen.' Der vorgefaßte Haß gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt, wird noch weiter angefacht durch die brutale deutsche Haltung gegenüber den Juden und durch das Emigrantenproblem. An dieser Aktion nahmen die jüdischen Intellektuellen teil ... Sie wollten, der Präsident würde der Verfechter der Menschenrechte ... und der Mann, der in Zukunft alle Unruhestifter bestrafen wird. Diese Gruppen, Leute die sich letzten Endes als Repräsentanten des „Amerikanismus" und als „Verteidiger der Demokratie" aufspielen möchten, sind durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden ... Es war ein geschickter Schachzug dieser jüdischen Internationale, den Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen „ideellen" Thron eines Streiters für die Menschenrechte zu setzen ... Es ist äußerst

vorteilhaft, die öffentliche Aufmerksamkeit vom Antisemitismus in den Vereinigten Staaten abzulenken, der ständig zunimmt." [291]

Während eines Gespräches mit Botschafter Bullitt bei einem kurzen Urlaub von Paris erhielt Potocki einen flüchtigen Einblick in die Hauptziele Roosevelt'scher Politik: „1. Die verspätete Außenpolitik unter der Führung Präsident Roosevelts verurteilt streng und unnachsichtlich die totalitären Staaten. 2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zu Land, zur See und in der Luft werden beschleunigt vorangetrieben werden ... und die riesige Summe von 1 250 Millionen Dollar verschlingen. 3. Es ist die entschiedene Überzeugung des Präsidenten, daß Frankreich und England jede Art von Kompromiß mit den totalitären Staaten beenden müssen. Sie dürfen sich in keine Diskussion über irgendwelche Gebietsveränderungen mehr einlassen. 4. Sie haben die moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Politik der Isolation verlassen und gerüstet sein werden, aktiv auf der Seite Britanniens und Frankreichs im Kriegsfalle einzugreifen." [292]

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen verschlechtern sich endgültig

Während die Welt auf das Resultat des Münchener Abkommens spekulierte, ließen gewisse Vorkommnisse die deutsch-amerikanischen Beziehungen eine Wendung zum Schlechteren nehmen. Am 7. November besuchte ein jüdischer Flüchtling aus Polen (Herschel Grynszpan) die Deutsche Botschaft in Paris und schoß auf Ernst vom Rath, den 3. Botschaftssekretär, der drei Tage später starb. Dieser Mord führte zu einer neuen Welle antisemitischer Gesetze in Deutschland, die einen entsprechenden Eindruck auf die Vereinigten Staaten machten. Auf einer Pressekonferenz klagte Präsident Roosevelt die „Naziregierung" heftig wegen ihrer harten Maßnahmen gegen die Juden an und rief sofort Botschafter Wilson zurück, um sich „ein Bild aus erster Hand" von der Situation machen zu können [293]. Die deutsche Regierung antwortete durch Abberufung Botschafter Dieckhoffs aus Washington, und so waren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten ernsthaft gestört.

Aber die nationalsozialistischen Führer wollten keinen Krieg mit den Vereinigten Staaten. Göring lud Mr. Gilbert, den amerikanischen Geschäftsträger, zu einer freundschaftlichen Aussprache in seine Privatresidenz ein. Gilberts Erzählung nach herrschte eine äußerst herzliche und freundliche Atmosphäre, und Göring betonte verschiedentlich, daß er eifrig bestrebt sei, eine Lösung „für das Judenproblem" zu finden. Außer dieser

Schwierigkeit sehe er „kein konkretes Problem, das die Beziehungen zwischen beiden Ländern trüben könne“ [294]. Goebbels und Schacht gaben ähnliche Freundschaftsbekundungen ab, und es war ersichtlich, daß sie Amerikas Meinung zu besänftigen hofften.

Hitler nimmt die Tschechen unter Protektorat

Diese freundlichen deutschen Gesten wurden durch die grundlegenden Ziele der Nationalsozialisten in Europa zunichte gemacht. Hitler plante, die Tschechoslowakei einzuverleiben, obgleich er wußte, daß er damit in den USA tiefe Verstimmung hervorrufen würde. Am 21. Januar hatte er eine entscheidende Verhandlung mit M. Chwalkowsky, dem tschechischen Außenminister, und ließ ihn kurzerhand wissen, daß er in Übereinstimmung mit der deutschen Politik zu handeln habe. Darüber hinaus müsse die tschechische Armee radikal verkleinert werden [295].

Am 13. März hatte der slowakische Premierminister, Monsignore Tiso, ein langes Gespräch mit Hitler und eilte dann nach Preßburg zurück, wo er die Unabhängigkeit der Slowakei verkündete. Die nächste grimmige Einladung nach Berlin galt dem tschechischen Präsidenten Hácha. Als er am Abend des 14. März in der deutschen Hauptstadt eingetroffen war, wurde er in die Reichskanzlei geführt. Er wurde einfach vor die Alternative gestellt: Die Tschechen könnten entweder Widerstand leisten und furchtbare Strafe erleiden oder sie könnten sich geziemend unterwerfen und ein gewisses Maß an Autonomie behalten. Nach einigen Stunden des Widerstandes stimmte Hácha schließlich Hitlers Forderungen zu. Zwei Tage später zog Hitler im Triumph in Prag ein [296]. Sein Terminplan wurde vollkommen eingehalten.

In England schien Chamberlain zuerst den deutschen Gewaltakt hinzunehmen, aber am 17. März ließ er in Birmingham schärfste Kritik ertönen. Ob dieser Frontwechsel auf amerikanischen Druck hin erfolgte, kann nur vermutet werden. Auf jeden Fall verkündete er, daß, wenn die britische Sicherheit gefährdet wäre, die Nation nicht zögern würde, in den Krieg zu gehen [297].

Das Vorspiel des zweiten Weltkriegs

In dieser neuen und gehobenen Stimmung bereitete Chamberlain eilig eine sofortige Bürgschaft für Polen vor. Im März 1939 bedrängte Hitler Polen sehr, um Zugeständnisse von ihm zu erreichen, die durchaus ange-

messen schienen. Er wünschte Danzig wieder mit dem Reich zu vereinigen, (nachdem er Polen wirtschaftliche Privilegien in der Stadt zugesichert hatte) und wünschte die Erlaubnis zum Bau einer exterritorialen Autobahn durch den Korridor. 1933 hatte Präsident Roosevelt von der Möglichkeit einer deutschen Hochbahn durch den Korridor gesprochen. Aber 1939 weigerte sich der polnische Außenminister, diese Konzession zuzugestehen, und so sammelten sich die Kriegswolken am polnischen Horizont[298].

In diesem Falle wäre es klug von Chamberlain gewesen, dem polnischen Außenminister zu empfehlen, Deutschland gegenüber einen gewissen Anschein von Versöhnlichkeit zu erwecken. Stattdessen verkündete er im Unterhaus (31. März), daß, wenn Deutschland Polen angriffe, England es mit seiner ganzen Kraft unterstützen würde. Am 6. April schloß er ein englisch-polnisches Verteidigungsabkommen ab, das diese englische Verpflichtung noch präzisierte[299].

Nun versuchte Chamberlain, einen Keil zwischen Hitler und Mussolini zu treiben, indem er Italien neue Zugeständnisse machte. Der Duce zog seinen Nutzen aus dieser weichen Haltung und eignete sich am 7. April Albanien an. In den Vereinigten Staaten brandmarkte Staatssekretär Hull die italienische Invasion in Albanien als eine „zusätzliche Bedrohung des Weltfriedens“[300]. Anderntags (Ostersonntag, den 9. April), als Präsident Roosevelt von Warm Springs in Georgia nach Washington abfuhr, machte er einigen Freunden gegenüber, die ihn zur Bahn brachten, eine bedeutsame Bemerkung. „Ich komme zurück, falls wir keinen Krieg bekommen.“[301]

Diese plumpe Ankündigung gab Chamberlain anscheinend neuen Mut, und er kündigte am 13. April im Unterhaus an, daß England entschlossen wäre, Griechenland und Rumänien in seinen Beistandspakt gegen einen deutschen Angriff einzubeziehen[302]. Wenn man sich erinnert, daß England bis zu diesem Augenblick keinerlei Vorsorge für eine Aushebung zur Verstärkung seines jämmerlich kleinen Heeres getroffen hatte, so leuchtet es ein, daß Chamberlain entweder in verbrecherischer Weise die kleinen Nationen mit Versprechungen einer Hilfe irreführte, die nicht wirksam werden konnte, oder daß er sich fest auf Amerikas Eingreifen in einen zweiten Weltkrieg verließ.

Dieser Hoffnung auf Beteiligung Amerikas wurde am 14. April zusätzliche Nahrung gegeben, als Präsident Roosevelt, offensichtlich in Vorbereitung auf einen „guten Erfolg“ bei Kriegsbeteiligung, in einer Ansprache die faschistischen und nationalsozialistischen Methoden der Expansion einer

schneidenden Kritik unterzog: „Müssen wir es tatsächlich hinnehmen, daß die Nationen keine besseren Mittel finden, ihr Schicksal zu gestalten, als die, deren sich die Hunnen und Vandalen vor 1500 Jahren bedienten[303]?“

Während er diese Rede hielt, wandte er sich in Kabeln an Hitler und Mussolini gegen weitere Übergriffe, die zum Kriege führen könnten. Er bat sie, die Versicherung zu geben, daß ihre Streitkräfte in einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren die Territorien oder Besitzungen einer langen Liste von Nationen „weder angreifen noch besetzen“ würden[304]. Mussolini gab keinerlei direkte Antwort auf diesen Appell, stellte aber am 20. April bei einer Versammlung führender Faschisten in Rom fest, daß sich Italien nicht von „Messias-ähnlichen“ Botschaften beeindrucken ließe[305]. Hitlers Antwort wurde in einer Reichstagsrede vom 28. April gegeben. Er lehnte die Vorschläge des Präsidenten rundheraus ab.

Hitler hatte seine Antwort offensichtlich so lange hinausgezögert, bis er dem Präsidenten Erklärungen einer Reihe der von Präsident Roosevelt aufgeführten Staaten präsentieren konnte, die sich keineswegs von Deutschland bedroht fühlten. Er betonte den Betrug Deutschlands durch Wilson nach dem Waffenstillstandsabkommen und lenkte die Aufmerksamkeit auf die unterdrückten Völker, die von den sogenannten „Demokratischen Staaten“ regiert würden. Abschließend stellte Hitler fest: „Ich kann mich für das Schicksal der Welt nicht verantwortich fühlen, da diese Welt kein Interesse für den jammervollen Zustand meines eigenen Volkes gezeigt hat.“ Hitlers satirische Behandlung des Rooseveltschen Vorschlages soll nach authentischen Mitteilungen den Präsidenten aufs äußerste erzürnt haben.

Rußland schließt einen Vertrag mit Hitler

Als Chamberlain einzusehen begann, daß weder Hitler noch Mussolini an seinem Friedensprogramm interessiert waren, wandte er sich langsam einem anderen Diktator zu: Josef Stalin. Aber Sowjet-Rußland war ein sehr zweifelhafter Partner für einen demokratischen Staat. Am 11. April hatte Lord Halifax eine Besprechung mit Maisky, dem russischen Botschafter in London, und fand in ihm „wirklich einen Zyniker im Hinblick auf die gesamte Lage“. Aber das Foreign Office war, trotz seiner Zweifel an der Zuverlässigkeit der Sowjets, zum Vorgehen entschlossen. Am 15. April unterbreitete Sir William Seeds, der britische Botschafter in Moskau, Litwinow den Vorschlag, daß die Sowjet-Regierung, dem Beispiel Englands und Frankreichs folgend, aus eigenem Antriebe eine offizielle Erklärung abgeben solle, „im Falle irgendeines Angriffs auf einen der Sowjet-Union

benachbarten Staat, dem dieser Staat Widerstand leisten müsse, würde die Sowjetregierung Hilfe leisten, wenn es gewünscht werde“[306].

Die Sowjetregierung antwortete mit einem Gegenvorschlag, Groß-Britannien, die Sowjet-Union und Frankreich sollten einen Vertrag auf sofortige gegenseitige Hilfe im Angriffsfalle schließen ähnlich dem kürzlich zwischen Frankreich und Polen abgeschlossenen. Nach polnischen Quellen sah aber dieser russische Vorschlag noch die Erlaubnis vor, daß Sowjet-Truppen im Norden und Süden polnischen Boden betreten dürften, sowie eine Erklärung Britanniens, daß seine Garantie für Polen sich nur auf dessen Westgrenze bezöge. Schließlich verlangte Rußland noch „freie Hand in den baltischen Staaten“ und einen polnisch-russischen Vertrag mit weitreichenden Folgerungen[307].

Inzwischen wurden die Verhandlungen in Berlin und Moskau im Hinblick auf einen Vertrag vorangetrieben, der alle Fragen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und Sowjet-Rußland regeln sollte. Am 6. Juli machten die sowjetisch-deutschen Gespräche einen wirklichen Fortschritt, als Dr. Karl Schurre, der Leiter der osteuropäischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, den Mitgliedern einer sowjetischen Wirtschaftsmission in Berlin das Schema für eine schrittweise Annäherung zwischen Deutschland und Rußland aufzeigte. Um den 4. August fing Molotow an, sich endgültig für diese neue politische Linie zu interessieren, und sechs Tage später erzählte Astakhov, der Leiter der sowjetischen Wirtschaftsmission, Dr. Schurre, daß er von Moskau Weisung erhalten habe, den Wunsch der Sowjetregierung nach besseren Beziehungen zu Deutschland zu betonen. Als die britische und französische Militärmission am 11. August in Moskau eintrafen, erkannten sie schnell, daß es unmöglich sei, die sowjetischen Forderungen zu erfüllen. Diese Forderungen schlossen die Erlaubnis zum Durchmarsch durch Polen ein. Am 19. August wurde in Berlin ein sowjetisch-deutsches Wirtschaftsabkommen und am 23. August in Moskau ein Nichtangriffs- und Konsultativpakt unterzeichnet. Damit war Hitler zum Krieg in Polen bereit und der Mitwirkung Rußlands gewiß[308].

Einem schnellen Vorstoß starker, gut ausgebildeter und wohlbewaffneter deutscher Streitkräfte hatte Polen nichts als seine eigene schwache Armee entgegenzustellen. Chamberlain konnte trotz seiner schönen Worte nicht einen Soldaten nach Polen schicken, um der deutschen Flut zu wehren. Überdies hatte Chamberlain erst am 26. April einen militärischen Aushebungsplan angekündigt. Wenn auch das Unterhaus dem Gesetzesvorschlag zur Aushebung am 27. April zustimmte, verstärkte diese Maß-

nahme die britische Armee um nur 200 000 Mann, und die ersten britischen Rekruten wurden nicht vor Juli zu den Fahnen einberufen. Die französische Armee war hinsichtlich ihrer Luftwaffe von einer geradezu tragischen Schwäche und man hätte sich darüber im klaren sein müssen, daß keine der lauten Prahlereien von General Gamelin verwirklicht werden konnten. Polen war sowohl von Frankreich als auch von England verraten und seine eigenen Staatsmänner zu dumm, um die simpelste Lektion über Realpolitik zu begreifen.

England verpaßt die Gelegenheit zu einem Kriegsaufschub

Während die Engländer noch zögerten, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen, zeigten sie sich auch dem Gedanken feindlich, den Krieg aufzuschieben. Das zeigt sich deutlich in ihrer Haltung gegenüber den Bemühungen Hamilton Fish's, jeden Gedanken an Krieg solange zurückzustellen, bis die Interparlamentarische Union eine Friedensformel gefunden haben könnte.

Im Sommer 1939 führte Fish eine große amerikanische Delegation zur Tagung der Interparlamentarischen Union in Oslo. Die Sitzungen sollten am 15. August beginnen. Fish machte am 14. August in Salzburg Halt, um durch ein Gespräch mit dem deutschen Außenminister sich ein genaues Bild der Lage in Deutschland zu sichern. Er fand Ribbentrop „freundlich und charmant" und im Besitz ungewöhnlicher Beherrschung der englischen Sprache. Nach einer bis ins einzelne gehenden Überprüfung der Danzig-Frage erklärte der Außenminister ihm offen, daß „wenn nicht Danzig zurückgegeben und die Rechte der deutschen Minderheiten garantiert würden, der Krieg in zehn Tagen ausbräche". Er beachtete Fish's Argumente für „eine friedliche Beilegung des polnischen Streites nicht, wollte auch keinerlei Anregungen gelten lassen, den Frieden durch irgendwelche Schritte der Interparlamentarischen Unions-Konferenz zu bewahren". Nach einer kurzen Zusammenfassung aller Bemühungen Hitlers, mit England ins Einvernehmen zu kommen, bemerkte er, daß als Ergebnis wiederholter britischer Abweisungen, „Hitler nunmehr vor nichts zurückschrecken würde bis zum Einsatz des letzten deutschen Soldaten, um das Britische Empire zu zerstören" [309].

Hitler mag solche Äußerungen über die Engländer vielleicht in einer Anwandlung hysterischer Wut getan haben, aber das entsprach sicherlich nicht seiner wirklichen Einstellung dem britischen Empire gegenüber, dem er höchste Achtung zollte. Seine wahre Meinung über eine Zerstörung des

Britischen Empire – wenn diese Zerstörung so einfach gewesen wäre – zeigt sich am besten in seinem Gespräch mit dem deutschen General Blumentritt unmittelbar nach Dünkirchen:

„Er (Hitler) überraschte uns dann, indem er mit Bewunderung vom britischen Empire sprach, von der Notwendigkeit seines Bestehens und von der Zivilisation, die England der Welt gebracht habe. Er bemerkte achselzuckend, daß die Schaffung des Empire oft mit rauhen Mitteln erfolgt sei, aber „wo gehobelt wird, da fliegen die Späne". Er verglich das britische Empire mit der katholischen Kirche und nannte sie beide wesentliche Elemente der Beständigkeit in der Welt. Er sagte, alles, was er von England wünsche, sei, daß es Deutschlands Stellung auf dem Kontinent anerkenne. Die Rückgabe der deutschen Kolonien sei gewiß wünschenswert aber nicht lebensnotwendig, und er würde sogar bereit sein, England mit Truppen zu unterstützen, wenn es irgendwo in Schwierigkeiten geriete." [310]

Da diese Erklärung mit Hitlers wohlüberlegten Darlegungen an anderem Ort sowie mit seinen diplomatischen und militärischen Aktionen übereinstimmt, kann man sie als aufrichtig werten. Sie richtet ein für alle mal über die wiederholten Behauptungen Churchills und anderer, daß England aus reinem Selbsterhaltungstrieb gegen Hitler hätte kämpfen müssen. Ein hierfür maßgeblicher Publizist hat den Gegensatz in der Einstellung Hitlers und Stalins zu England anschaulich, aber treffend umrissen: „Hitler wollte lediglich den Carlton-Club (den exklusiven Klub der englischen Aristokraten und Beamten) ‚krachen' lassen. Stalin aber wollte ihn ‚zerschmettern' ". (Wortspiel: ‚crash' und ‚smash').

Doch kehren wir zu Fish zurück: Als er am Vormittag des 15. August in Oslo eintraf, fand er die Engländer irgendwelchen gemeinsamen Friedens-Bemühungen gegenüber genau so hartnäckig wie die Deutschen. Am 17. August sprach er vor der Interparlamentarischen Union über „Friedliche Regelung internationaler Zwistigkeiten". Zum Abschluß seiner Rede legte er eine Entschließung vor, die „einen Aufschub des Krieges um dreißig oder mehr Tage mit dem Ziel einer Beilegung der internationalen Zwistigkeiten durch Schlichtung, Besinnung und friedliche Methoden" forderte [311].

Der Führer der britischen Delegation in Oslo, Oberst Arthur Evans, stellte sich sofort gegen die von Fish vorgetragene Entschließung und schlug eine Verbesserung vor [312]. Die Einwendungen von Oberst Evans fanden einen passenden Wortführer in C. J. Hambro, Norwegen, der ebenso gewandt wie beleidigend war. Angesichts einer langen Liste großherzi-

ger Hilfeleistungen in dringenden Anliegen in Europa klagte Hambro die Vereinigten Staaten an, recht knauserig mit ihren Beiträgen zur Flüchtlingshilfe zu sein. Nach diesem höhnischen und ungerechtfertigten Angriff wandte sich Hambro der von Hamilton Fish vorgetragenen Entschließung zu:

„Ich bewundere seinen (Fish's) Optimismus ... Können wir die Aufgabe der verantwortlichen Staatsmänner durch die Annahme einer solchen Resolution erleichtern? Können wir die Atmosphäre bereinigen, ... oder machen wir sie noch nebelhafter? ... und rufen neue Propaganda gegen eine internationale Körperschaft hervor, um Resolutionen anzunehmen, die von einigen Staaten als außerhalb ihrer Kompetenz liegend empfunden werden? ... Da ist vor allem eines, das für mein Gefühl es jedem Delegierten eines kleinen Staates absolut unmöglich macht, für eine solche Resolution zu stimmen. Wir protestieren alle miteinander gegen die bloße Vorstellung, daß vier Großmächte aufgerufen würden, einen Konflikt beizulegen, der unsere Lebensinteressen berührt."[313]

Angesichts dieser anglo-norwegischen Opposition gegen seine Entschließung zog Fish sie sofort aus der Debatte, und so scheiterte ein weiterer Versuch, die Kriegsflut aufzuhalten. Auf dem europäischen Kontinent stieg sie immer höher, und es hätte sofort ein starker Damm gebaut werden müssen, um ihrem zerstörerischen Lauf noch Einhalt zu gebieten. Aber er konnte nicht durch unzeitige Verhöhnung Amerikas errichtet werden.

Ein neuer Weltkrieg verschlingt Europa

Als die letzte Woche des August herankam, war es den meisten europäischen Diplomaten klar, daß die bestehende Krisis schnell einem Kriege zutrieb. Die Nachricht vom Nichtangriffspakt zwischen Sowjet-Rußland und Deutschland war ein klarer Hinweis darauf, daß England und Frankreich entweder ihre Bürgschaft für Polen zurückziehen oder sich auf einen Konflikt vorbereiten mußten. Aber Chamberlain hatte nicht die Absicht, seine Bürgschaft zurückzuziehen, und sandte am 23. August Nevile Henderson nach Berchtesgaden, um Hitler zu sagen, daß England entschlossen wäre, alle seine Verpflichtungen gegenüber dem polnischen Staat zu erfüllen[314]. Zwei Tage später stieg er in einen neuen Vertrag mit Polen ein, der weitreichende Folgerungen hatte. Sollte „einer der Vertragspartner durch den gegen ihn gerichteten Angriff einer europäischen Macht in Feindseligkeiten verwickelt werden, so wird ihm der andere Vertragspartner alle Hilfe und Unterstützung bringen, die in seinen Kräften steht". Der Vertrag verpflichtete England und Polen auch, den Status quo in weiten Gebieten Eu-

ropas aufrecht zu erhalten[315]. Mit Englands damaligem jämmerlich schwachen Heer konnte diese Verpflichtung gar nicht eingehalten werden, und der Vertrag war nur eine tragische Farce.

Am gleichen Tage, an dem dieses Abkommen unterzeichnet wurde, bat Hitler Nevile Henderson zu sich, um die ernste Lage, die dem Kriege zutreibe, zu besprechen. Die „unmittelbare Notwendigkeit" einer Beilegung des Streites zwischen Deutschland und Polen hervorhebend, wies er auf die Möglichkeit eines englisch-deutschen Bündnisses hin. Er sprach „ruhig und mit offensichtlicher Aufrichtigkeit" und bezeichnete seinen Vorschlag als „einen letzten Versuch, aus Gewissensgründen die guten Beziehungen zu Groß-Britannien zu retten". Als Henderson Hitler daran erinnerte, daß England „unmöglich von seinem Polen gegebenen Worte zurücktreten könne", schlug der Führer dem britischen Botschafter vor, daß er zu einer Rücksprache mit Chamberlain nach England fliegen möchte[316]. Henderson kehrte am 28. August mit der Botschaft zurück, „daß Seiner Majestät Regierung um keines Groß-Britannien gebotenen Vorteiles willen in ein Übereinkommen einwilligen könne, das die Unabhängigkeit eines Staates aufs Spiel setze, dem sie ihre Garantie zugesichert habe". Nun wurden direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen erwogen, und es wurde die Meinung laut, daß „eine vernünftige Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Deutschland herbeigeführt werden könnte und sollte"[317].

Am 29. August hatte Hitler noch eine Rücksprache mit Henderson und übergab ihm eine Note, die sein Einverständnis zu direkten Verhandlungen mit Polen bekundete. Aber die deutsche Regierung bestand jetzt auf der „Rückkehr Danzigs und des polnischen Korridors zu Deutschland". Darüber hinaus wurde für den folgenden Tag ein Vertreter der polnischen Regierung erwartet, um diese Bedingungen zu diskutieren[318].

Während die Krise sich weiter entwickelte, suchten die kleinen europäischen Mächte verzweifelt eine Friedensformel zu finden. In letzter Minute versuchte König Leopold von Belgien den von Entsetzen gelähmten Millionen auf dem Kontinent Hoffnung zu geben, indem er für die sogenannten „Oslo-Mächte" (Belgien, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden) einen Rundfunkappell an jene richtete, „in deren Händen das Schicksal der Welt ruht", die Katastrophe abzuwenden, „die die Menschheit bedrohe"[319]. Tags darauf, am 24. August, hielt Papst Pius XII. eine inbrünstige Friedensrede[320]. Präsident Roosevelt sandte von Washington aus mehrere vergebliche Appelle für eine friedliche Bereinigung der bestehenden Gegensätze. Am 23. August wandte er sich an König Viktor Emmanuel von Italien „zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfrie-

dens". Die ungehörten Stimmen von „zahllosen Millionen menschlicher Wesen verlangen, daß sie nicht wieder sinnlos geopfert werden"[321]. An Hitler sandte er eine ähnliche Botschaft und am gleichen Tage eine Depesche an Präsident Moscicki von Polen[232]. Moscicki antwortete, daß er glücklich sein würde, Präsident Roosevelt als Vermittler im deutsch-polnischen Streit zu sehen, und das veranlaßte den Präsidenten dazu, Hitler eine zweite Botschaft zu senden[323]. Der Führer antwortete, daß er „nichts unversucht gelassen habe, um den Streit zwischen Polen und Deutschland in friedlicher Weise beizulegen. Selbst noch in diesem letzten Augenblick nähme er ein Angebot der britischen Regierung an, in diesem Streit zu vermitteln. Infolge der Haltung der polnischen Regierung seien aber alle diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben."[324]

Angesichts der Tatsache, daß Präsident Roosevelt England, Frankreich und Polen dazu ermutigt hatte, Deutschland gegenüber eine Stellung einzunehmen, die möglicherweise oder sogar sicherlich zum Kriege führen mußte, ist anzunehmen, daß sein Friedensappell im Jahre 1939 „fürs Protokoll" bestimmt war, etwa seiner Friedensbotschaft an den japanischen Kaiser am Morgen des 7. Dezember 1941 vergleichbar.

Gemäß Hitlers Note vom 29. August, die er Sir Nevile Henderson übergeben hatte, sollte die polnische Regierung innerhalb 24 Stunden einen Abgesandten nach Berlin schicken. In der Zwischenzeit wollte die deutsche Regierung Vorschläge entwerfen, „die für sie annehmbar sind und wird solche Vorschläge auch für die britische Regierung noch vor dem Eintreffen der polnischen Unterhändler verfügbar haben". Den 30. August über wartete der britische Botschafter auf diese Vorschläge. Er wußte, daß Polen keinen Unterhändler nach Berlin senden würde, wo er sich einer ausgesprochen feindseligen Haltung gegenüber sähe. In dieser Hinsicht begingen sowohl England wie Polen einen ernstlichen Fehler. Es hätte ihnen einleuchten müssen, daß die Augustkrise nicht die Zeit war, den Helden zu spielen. Weder England noch Frankreich konnten einen einzigen Soldaten nach Polen senden. Deutschland konnte die polnische Armee binnen Wochen vernichten, und mit russischer Hilfe würde Polen völlig geschlagen und geteilt werden. Danzig und der Korridor waren Fragen, die den deutschen Staatsmännern seit 1919 ins Gesicht gestarrt hatten, und eine Lösung zugunsten Deutschlands war unumgänglich. Es war sträfliche Torheit von Chamberlain und Halifax, Polen zur Herausforderung von zwei Großmächten zu ermutigen, die im Begriffe standen loszuschlagen.

Am 30. August suchte Nevile Henderson um Mitternacht den deutschen Außenminister auf, der es ablehnte, den polnischen Botschafter hinzuzu-

laden. Ribbentrop nahm dann die deutschen Vorschläge für die Verhandlungen mit Polen zur Hand und las sie Henderson eilig vor.

„... Als er fertig war, bat ich ihn darum, sie mich sehen zu lassen (den Text der Vorschläge). Herr von Ribbentrop lehnte das kategorisch ab, warf das Dokument mit einer geringschätzigen Geste auf den Tisch und sagte, das sei nun überholt, da kein polnischer Unterhändler bis Mitternacht in Berlin eingetroffen sei. Ich bemerkte, daß in dem Falle der Satz in der deutschen Note vom 29. August, auf den ich seine und des Führers Aufmerksamkeit am Vorabend hingelenkt hatte, tatsächlich ein Ultimatum gestellt habe trotz ihres kategorischen Leugnens. Herrn von Ribbentrops Antwort hierauf war, daß der Gedanke eines Ultimatums ein Gespinst meiner eigenen Einbildung und Schöpfung wäre.“ [325]

Am 31. August schlug Mussolini die Einberufung einer Fünf-Mächte-Konferenz vor, „mit dem Zweck, einige Paragraphen des Versailler Friedensvertrages zu revidieren, da sie die Ursache für die Störung des europäischen Lebens wären“. Diese friedliche Geste unterbrach Hitler's Absichten, in Polen einzurücken. Aber am frühen Morgen des 1. September ließ er seine Truppen auf Nachrichten von „Grenzzwischenfällen“ hin die polnischen Grenzen überschreiten. Um 10.30 Uhr an diesem Vormittag teilte er dem Reichstag mit, daß er gezwungen gewesen sei, „Polens Angriff“ auf Deutschland zurückzuwerfen. Am Nachmittag des 2. September hinterließ Nevile Henderson im Auswärtigen Amt eine Niederschrift der Rede Chamberlains, die gewisse Friedensbedingungen stellte. Am nächsten Morgen um neun Uhr fuhr er ins Auswärtige Amt und übergab ein Ultimatum, daß, wenn nicht bis um 11 Uhr die Versicherung abgegeben worden sei, daß die Feindseligkeiten eingestellt und die Truppen aus Polen zurückgezogen würden, von dieser Stunde an sich Groß-Britannien mit dem Deutschen Reiche im Kriege befände[326]. Um 12 Uhr übergab der französische Botschafter ein Ultimatum mit Zeitbegrenzung auf 17 Uhr. Als diese Stunde herangekommen war, befand sich Deutschland formal im Kriegszustand mit Frankreich und England[327]. Der zweite Weltkrieg war bereit, Europa zu verschlingen und unter Umständen zum Triumph des roten Rußlands zu führen.

In den ersten Tagen des Kampfes waren die Berichte des britischen militärischen Nachrichtendienstes rosig, und General Ironside neigte im Hinblick auf den Polenfeldzug zum Optimismus. Die deutsche Strategie beruhte auf der Voraussetzung eines schnellen Sieges. Aber ein Teil des Geländes, das ins Innere Polens führte, war völlig zerklüftet, und wenn die Polen es den einrückenden Deutschen „hart“ machen würden, „so daß es

etlicher Monate bedürfe, einige Fortschritte zu machen", so würden Hitlers „Horden es sehr schwer haben, sich zurückzuziehen oder vorwärts zu kommen" [328].

Der amerikanische Militärattaché in Berlin glaubte ebenso optimistisch an die Möglichkeit, den Vormarsch der deutschen Kriegsmaschine zum Stehen zu bringen. Die Polen folgten einem vorbedachten Plan, der ins Auge faßte, „den deutschen Vormarsch durch Sicherungstruppen und hartnäckige Verteidigung der befestigten Gebiete hinzuhalten ... Sie lassen die Deutschen jeden gewonnenen Kilometer teuer bezahlen und ermüden die besten deutschen Divisionen." Die polnische Verteidigung „erfolgt auf Grund eines von Polen, England und Frankreich ausgearbeiteten Planes und erweist sich als erfolgreich" [329].

Solche Depeschen von Berlin lesen sich wie Kapitel aus „Alice im Wunderland", und 1939 schien es so, als nähme Nevile Chamberlain die Rolle des „verrückten Hutmachers" für sich in Anspruch, da er den hartbedrängten Polen nicht einmal einen Beweis von Hilfe schicken konnte. Aber heutzutage scheint es augenfällig, daß der wirkliche „verrückte Hutmacher" Franklin D. Roosevelt war, der Chamberlain dazu drängte, Polen Versprechungen zu machen, für die keinerlei Möglichkeit der Einlösung bestand. Nach einigen Berichten hat William C. Bullitt Roosevelt in diese groteske Rolle gebracht.

Kürzlich erhielt ich von Verne Marshall, dem ehemaligen Herausgeber der „Cedar Rapids Gazette" einen Brief, in dem er folgende Feststellung traf:

„Präsident Roosevelt schrieb einen Brief an Bullitt (im Sommer 1939), den damaligen Botschafter in Frankreich, in dem er ihm auftrug, die französische Regierung davon zu unterrichten, daß, wenn im Falle eines Naziangriffes auf Polen, Frankreich und England Polen *nicht* zu Hilfe kämen, diese Länder von Amerika keine Hilfe erwarten könnten, wenn sich ein allgemeiner Krieg entwickle. Andererseits könnten Frankreich und England, wenn sie Deutschland sofort den Krieg erklärten (im Falle eines „Naziangriffes" auf Polen) mit „jeder Hilfe" der Vereinigten Staaten rechnen.

„F. D. R.'s Instruktionen für Bullitt waren an – wörtlich – „Joe" und „Tony", gemeint waren Botschafter Kennedy in London, bzw. Biddle in Warschau, zu übermitteln. F. D. R. wünschte, daß Daladier, Chamberlain und Josef Beck von dieser Anweisung an Bullitt wüßten. Bullitt sandte seine Note lediglich an Kennedy mit der Kurierpost von Paris. Kennedy folgte

Bullitts Gedanken und sandte sie an Biddle. Als die Nazis Warschau nahmen und Beck verschwand, müssen sie in den Besitz von F. D. R.'s Note gelangt sein. Der Mann, der den Bericht schrieb, den ich Ihnen sandte, sah sie im Oktober 1939 in Berlin." [330]

Nach Empfang dieses Briefes von Verne Marshall schrieb ich sofort an Bullitt und fragte nach dieser Anweisung des Präsidenten. Er antwortete wie folgt: „Ich entsinne mich keiner Instruktion des Präsidenten Roosevelt der Art, wie sie in Ihrem Brief an mich zitiert wird, und bin ganz sicher, daß keine solche Instruktion jemals vom Präsidenten an mich gesandt wurde." [331]

Josef Kennedy sandte mir eine ähnliche negative Antwort wegen der angeführten Instruktion des Präsidenten. Aber die ‚Forrestal-Tagebücher' lassen die Wahrscheinlichkeit zu, daß Bullitt den Präsidenten nachhaltig dazu gedrängt hat, auf Premierminister Chamberlain einen Druck auszuüben, und daß dieses Ansinnen im Weißen Haus günstige Aufnahme gefunden hat. Der folgende Auszug läßt weitreichende Folgerungen zu:

„27. Dezember 1945. Spielte heute Golf mit Joe Kennedy (Joseph P. Kennedy war Roosevelts Botschafter in Groß-Britannien in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg). Ich befragte ihn über seine Gespräche mit Roosevelt und Nevile Chamberlain seit 1938. Er sagte, Chamberlains Standpunkt sei 1938 der gewesen, daß England nichts hätte, um damit zu kämpfen, und einen Krieg mit Hitler nicht riskieren könne. Kennedy's Ansicht: Hitler würde gegen Rußland ohne spätere Konflikte mit England gekämpft haben, wenn Bullitt (William C. Bullitt, damals Botschafter in Frankreich) nicht im Sommer 1939 Roosevelt derart beeinflußt hätte, daß die Deutschen Polens wegen niedergeworfen werden müßten; weder die Franzosen noch die Engländer würden Polen zu einem Kriegsgrund gemacht haben, wenn nicht die ständigen Sticheleien aus Washington gewesen wären. Bullitt, sagte er, fuhr fort, Roosevelt zu erzählen, daß die Deutschen nicht kämpfen würden; Kennedy hingegen, daß sie doch kämpfen und Europa überrennen würden. Chamberlain, sagte er, stellte fest, daß Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg gezwungen hätten. Bei seinen (Kennedy's) Telefongesprächen mit Roosevelt im Januar 1939 ließ der Präsident nicht nach, ihm zu sagen, er solle Chamberlain Bügeleisen auf's Hinterteil setzen. Kennedys Antwort war dann regelmäßig, daß es nicht gut sei, Bügeleisen auf sein Hinterteil zu setzen, solange die Briten kein Eisen hätten, um damit zu kämpfen; und das hatten sie eben nicht...

Was Kennedy mir in dieser Unterhaltung sagte, stimmt im wesentlichen mit den Bemerkungen überein, die schon Clarence Dillon mir gegenüber

gemacht hatte und die im allgemeinen besagten, daß Roosevelt ihn gebeten habe, irgendwie privat mit den Engländern Verbindung aufzunehmen, damit Chamberlain größere Festigkeit in seinen Verhandlungen mit Deutschland zeige. Dillon erzählte mir, daß er auf Roosevelts Verlangen mit Lord Lothian gesprochen habe und zwar im gleichen allgemeinen Sinne, wie Roosevelt nach Kennedy's Bericht von diesem verlangt habe, mit Chamberlain zu verfahren. Lothian sollte voraussichtlich Chamberlain den Inhalt seines Gesprächs mit Dillon mitteilen. Rückschauend ist Kennedy's Annahme unzweifelhaft begründet, daß Hitlers Angriff hätte auf Rußland abgelenkt werden können ...." [332]

Kennedy ist für sein gutes Gedächtnis bekannt, und es ist höchst unwahrscheinlich, daß seine Äußerungen Staatssekretär Forrestal gegenüber völlig unzuverlässig wären. Botschafter Bullitt sprach 1939 ziemlich viel. Im Januar 1939 hatte er ein langes Gespräch mit dem polnischen Botschafter in Washington, Graf Jerzy Potocki, und vertraute ihm an, daß die neue Außenpolitik des Präsidenten „scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteile". Der Präsident habe auch entschieden, daß Frankreich und England Schluß mit „jeder Art von Kompromissen gegenüber den totalitären Ländern machen müßten" [333]. Im Februar 1939 sprach Bullitt mit dem polnischen Gesandten in Paris, Jules Lukasiewicz, und versicherte ihm, daß die Vereinigten Staaten bald „auf Seiten Frankreichs und Englands" eingreifen würden, wenn es zu einem zweiten Weltkriege käme [334].

Präsident Eduard Benesch verrät in seinen Memoiren, daß er und Präsident Roosevelt die Aussichten eines europäischen Krieges diskutiert hätten, als er, Benesch, am 29. Mai 1939 den Hyde Park besucht habe. Benesch bestand ernstlich darauf, daß die Vereinigten Staaten in einen solchen Krieg eintreten müßten, wenn Hitler vernichtet werden solle.

Diese Auszüge aus ‚Forrestals Tagebüchern' und aus den Depeschen der polnischen Botschafter in Washington und Paris gewähren einen klaren Hinweis auf die Tatsache, daß Präsident Roosevelt über Bullitt einen ständigen Druck auf England und Frankreich ausgeübt hat, es mutig mit dem nationalsozialistischen Deutschland aufzunehmen. Als diese Politik zu einem Kriege führte, bei dem die deutschen Streitkräfte leichterhand den französischen Widerstand brachen, war es nicht verwunderlich, daß Premierminister Reynaud 1940 Präsident Roosevelt mit solcher Schärfe um sofortige Hilfe anging. Er und Daladier hatten Bullitts Versicherungen ernst genommen, und der hysterische Ton der wiederholten Telegramme Reynaulds an das Weiße Haus zeigt, daß er sich verraten fühlte. Aus den zerstörten Mauern Warschaus klang lautes Murren über gebrochene briti-

sche Versprechungen. Als sein stummes Echo London erreichte, muß Nevile Chamberlain sich der „ständigen Sticheleien aus Washington" zugunsten eines entschlosseneren Widerstandes gegen Hitler erinnert haben, und Josef Kennedy muß sich widerstrebend auf die vielfachen Gelegenheiten besonnen haben, bei denen der Präsident „ihm unaufhörlich sagte, er solle Bügeleisen in Chamberlains Hinterfront setzen". Deutschland ist in einen Krieg mit England und Frankreich hineingehetzt worden, als es einen Konflikt mit Rußland über die Ukraine vorgezogen hätte. Chamberlain bekam eine Menge Bügeleisen in seine Rückseite, aber es war das heiße Metall des Nationalsozialismus, das ihn und ganz Britannien brannte und schließlich dazu führte, ein stolzes Imperium in Stücke zu zerschlagen, das alle Macht des Königs nie wieder wird zusammenfügen können.

Es scheint doch wohl eine logische Erklärung für Roosevelts Friedensbestrebungen während der Münchener Zeit zu geben und für sein Drängen auf einen französisch-britisch-polnischen Widerstand 1939, von dem er wußte, daß er zum Kriege führen würde; nämlich die Erklärung, daß er keinen Krieg in Europa beginnen lassen wollte, der so schnell zu Ende sein könnte, daß die Vereinigten Staaten keine Gelegenheit mehr hätten, einzugreifen. Im September 1938 hätten die französischen, englischen, russischen und tschechischen Armeen Hitler entgegentreten und ihn schnell schlagen können. Im Sommer 1939 hatte sich die Lage drastisch geändert. Rußland verbündete sich mit Deutschland und die tschechische Armee war abgerüstet. 1939 konnte sich ein Krieg unbestimmte Zeit hinziehen und damit Roosevelt reichlich Zeit geben, die Vereinigten Staaten hinzuziehen. Niemand glaubte damals, daß Hitler so schnell und leicht Frankreich und England niederringen würde, wie es geschah. Freilich, wäre Hitler 1940 nicht so dumm gewesen, mit den Engländern milde zu verfahren, hätte der Krieg wahrscheinlich so schnell mit einem deutschen Sieg geendet, daß Roosevelt keinen Weg mehr in den Konflikt hinein hätte finden können.

Roosevelt scheiterte an Europa

von Frederic S. Sanborn

„So gut wir auch durch unsere Neutralitätsgesetze geschützt sein mögen, dürfen wir doch nie vergessen, daß es kein Gesetz gibt, das eine ewige Fortdauer gewährleistet; denn es ist unmöglich vorauszusehen, wie jedes zukünftige Ereignis sich gestaltet. Trotz jeder möglichen Voraussicht schließen internationale Beziehungen notwendig ein weites, ungeregeltes Gebiet ein. In diesem Gebiet sicher segeln zu können, hängt vom Wissen, von der Kenntnis, Erfahrung und von Weisheit derjenigen ab, die unsere Außenpolitik leiten. Der Frieden hängt von ihren tagtäglichen Entscheidungen ab.

Zu diesem späten Zeitpunkt ist es uns möglich, mit der Weisheit, die nach einem Ereignis so leicht und vor dem Ereignis so schwer fällt, der tragischen Reihe kleiner Entscheidungen nachzuspüren, die Europa 1914 in den großen Krieg führte und schließlich uns und viele andere Nationen einbezog.

Wir können uns aus einem Krieg heraushalten, wenn jene, die wachen und entscheiden, Verständnis für internationale Angelegenheiten aufbringen um sicher zu gehen, daß die kleinen, täglichen Entscheidungen nicht zum Kriege führen, und wenn sie gleichzeitig auch den Mut besitzen, jenen ein ‚Nein' zu sagen, die uns selbstsüchtiger oder törichter Weise in einen Krieg gehen lassen würden".

Franklin Delano Roosevelt
(Rede in Chautauqua, New York, am 14. August 1936)

„Regierungen ... treffen nicht immer vernünftige Entscheidungen. Manchmal treffen sie unsinnige Entscheidungen oder es kommt eine Clique von Leuten ans Ruder, die alle anderen zum Gehorsam zwingen und ihnen zur Torheit verhelfen." —

Winston S. Churchill
(The Grand Alliance, S. 603)

Die Preisgabe der amerikanischen Neutralität

Es fällt schwer, sich von einem nachdenklichen Studium der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik in den letzten fünfzehn Jahren zu erheben ohne ein Gefühl tiefer Schwermut zu empfinden. Stellt man sich die Myriaden von Toten, das menschliche Leid, die Zerstörungen, die Vergeudung von Menschen, Gütern und Gelegenheiten vor, die sich aus den Fehlentscheidungen derjenigen ergeben haben, die während dieser tragischen Jahre an der Macht waren, und überdenkt man die trüben Aussichten, die nun als unerbittliche Folge dieser Fehlentscheidungen vor jedem von uns liegen,

dann ist man versucht, den Nachruf auf die römischen Kaiser zu wiederholen: „nihil non commiserunt stupri, saevitiae, impietatis“.

Roosevelt’s Anteil an diesen Entscheidungen war beträchtlich, ja überwiegend, soweit das Volk der Vereinigten Staaten davon betroffen wurde. Viele von Roosevelt’s Unternehmungen und Abmachungen geschahen geheim, manchmal sogar so geheim, daß selbst der Staatssekretär nicht davon unterrichtet wurde [1], und infolgedessen handelte Roosevelt meist ohne Rat oder Beratung. Seine Politik war daher weitgehend eine persönliche, und so hatten seine Schmeichler wenigstens in einer Hinsicht recht, wenn sie ihn für seine Autorenschaft einer Politik priesen, die dem Namen nach „amerikanisch“ genannt wurde.

Und nun, da die Zeit gekommen ist, eine Buchprüfung der großen Bilanz der Geschichte vorzunehmen, müssen die Schulden weitgehend gegen denselben Mann sprechen, dem einst alle Kredite zuerkannt wurden.

Weitgehend, aber nicht ausschließlich, und zwar aus Gründen, die einer kurzen Erläuterung bedürfen. Roosevelt war wie jeder andere ein Kind seiner Zeit und des Zeitgeistes. Daher müssen wir auf gewisse Fehlentwicklungen des internationalen Rechts Ende der zwanziger und in den dreißiger Jahren verweisen. Dem ersten Weltkriege war eine natürliche Abneigung gegen Kriege im allgemeinen gefolgt, und dieses Gefühl hatte sich teilweise im Kellogg-Briand-Pakt von Paris niedergeschlagen, in dem jeder Krieg als politisches Instrument von vielen Nationen abgelehnt wurde. Die Nebenerscheinung einer Vorstellung von ‚kollektiver Sicherheit‘ fand aufrichtige Befürworter, und daraus wieder entwickelte sich die Vorstellung einer „Angreifer-Nation“. Unsre Erörterung erlaubt uns weder Untersuchung noch Kritik dieser Vorstellungen, aber man muß hinzufügen, daß es nur die natürliche Folge war, wenn nun eine Zahl von Heimschriftstellern und Lehrern behaupteten, der traditionelle Eckpfeiler amerikanischer Politik, die Neutralität, sei veraltet. Sie sei unedel und solle zugunsten kollektiver Kriegführung gegen einen Angreifer verlassen werden. Solchen Auffassungen gegenüber fehlte es zwar nicht an gründlicher Kritik, aber sie herrschten doch an Menge, wenn auch nicht an Wert in gewissen akademischen und anderen Kreisen vor. Sie waren die akademischen Vorläufer dessen, was man später „Interventionismus“ nannte, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie dazu beitrugen, Roosevelts schwindenden Glauben an die Neutralität vollends aufzuweichen.

Trotz diesen beschönigenden Betrachtungen bleibt es aber doch Tatsache, daß Lob oder Tadel für die amerikanische Außenpolitik weitgehend auf Roosevelt lastet. Nachdem nun Jahre dahingegangen und die unglücklichen

Ergebnisse seiner Politik zu sichtbar geworden sind, um noch geleugnet oder verborgen werden zu können, mußten die Verteidiger seiner politischen Weisheit von uneingeschränktem Lob auf sanft-kritisches Entschuldigen umschalten. Und indem sie in die Verteidigung gedrängt sind, kann man eine interessante Verschiebung in der Stellung ihrer Kampflinie beobachten.

Ihre erste Verteidigungslinie beruhte stets und beruht noch auf einer Grundlage von Glauben, Gefühl und Hypothese.

Die Rechtfertigung für Roosevelts zugegeben unneutrale Politik gegenüber Deutschland – die ursprünglich für den Gebrauch in der Öffentlichkeit offeriert wurde – bestand darin, die Notwendigkeit der Selbstverteidigung gegen einen beinahe unmittelbar bevorstehenden Angriff anzuführen. Aber als dieser unmittelbar bevorstehende Angriff nicht erfolgte, wurde eine befriedigendere und noch unbestimmtere Hypothese erforderlich. Einige aufrichtige, aber schlecht unterrichtete Leute glauben bis zum heutigen Tage an die verbesserte Rechtfertigung.

Diese verbesserte Hypothese wurde zum Anspruch auf die Notwendigkeit einer vorbeugenden Selbstverteidigung erweitert und erlebte verschiedene Lesarten zu verschiedenen Zeiten. Einmal hieß es, Hitlerdeutschland plane einen militärischen Angriff auf die Vereinigten Staaten zu irgendeinem noch nicht festgesetzten Zeitpunkt. Eine andere Variation besagte, daß der militärische Angriff durch eine Verschwörung faschistischer Staaten[2] erfolgen würde, nachdem sie zuvor den Rest der Welt erobert hätten. Noch einer anderen Lesart nach brauchte der Angriff nicht unbedingt militärischer Natur zu sein, sondern eher eine Art wirtschaftlicher Erdrosselung Amerikas durch Handelssperre und Boykott.

Die Variationen dieser zweiten Rechtfertigung waren noch brauchbarer für die Propaganda als die erste Hypothese. Die neuen Thesen waren noch unbestimmter; sie lagen weiter in der Zukunft und erweckten mehr gefühlsmäßige Reaktion in denen, die blind an sie glaubten.

Da sie sich auf eine weit entferntere Zukunft bezogen, blieben diese verbesserten Hypothesen der zeitgenössischen Widerlegung ganz unzugänglich. Infolgedessen war es Skeptikern unmöglich, sie zu dem Zeitpunkt, da sie ausgesprochen wurden, anzufechten, und darum konnte Roosevelts geplantes Aktionsprogramm nicht durch vernünftige Argumente, die sich auf bekannte Tatsachen stützten, behindert oder verhindert werden. Außerdem bestand von Roosevelts Standpunkt aus immer noch die glückliche Möglichkeit, daß, wenn auch diese hypothetischen Rechtfertigungen nicht zutrafen,

als sie ausgesprochen wurden, sie doch zu einem späteren Zeitpunkt wahr werden könnten, infolge seines wiederholten unneutralen und feindseligen Verhaltens.

Nach Ablauf der Jahre ist das Gewebe dieser weidlich propagandistisch ausgeschlachteten Befürchtungen als armseliger Schwulst erkannt. Tonnen über Tonnen – im wahrsten Sinne des Wortes – an deutschen Archiven mit ihren geheimsten Plänen, Memoranden und Korrespondenzen fielen den Siegern bei Kriegsende in die Hände. Diese Dokukumente wurden sorgfältig von Dutzenden von Untersuchungsbeamten monatelang gesichtet und studiert in peinlich genauer Suche nach jeder Spur eines Beweises, den man dem Nürnberger Tribunal vorlegen könnte. Nach langem und minutiösem Durchstöbern wurde es ruchbar, daß nirgends in diesen Papieren ein Beweis für irgendwelche deutschen Pläne, die Vereinigten Staaten anzugreifen, zu finden war. Ganz im Gegenteil ergab sich die peinliche Tatsache aus diesen Geheimpapieren, daß viele Monate vor Pearl Harbor Hitler alles getan hatte, was er konnte, um einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden.

Dieses unbestreitbare Ergebnis erschütterte den Glauben einiger, wenn auch nicht aller Gläubigen. Die Vernünftigeren unter denjenigen, deren Glauben an die alten Hypothesen geringer geworden war, haben nun eine neue Hypothese entwickelt, daß nämlich Amerika nicht als passiver Neutraler hätte dabeistehen können, während England, Frankreich und große Teile Westeuropas in die Hände der „Nazi-Tyrannen" fielen. Diese neue Hypothese klingt gefühlsmäßig ebenso verführerisch wie die aufgegebenen, und vom Standpunkt ihrer Erfinder hat sie den Vorzug übermäßiger Vereinfachung.

Nur um einige wenige dieser Über-Vereinfachungen festzuhalten, könnte man fragen: 1. Wie weit hat Roosevelt England und Frankreich dazu gedrängt, jeweils verschiedene Haltungen einzunehmen, die zum Kriege führen würden? 2. Wie weit hat Roosevelts eigene ungeschickte Diplomatie dazu beigetragen, daß bestimmte Länder vermeidbarerweise in den Krieg eingetreten sind? 3. Hatte Roosevelt begrenzte politische Absichten, die sich schnell hätten verwirklichen lassen, wie z. B. den Sturz der nationalsozialistischen Regierung, oder waren es weitergehende Ziele, die einen verlängerten Krieg erforderten, wie z. B. die völlige Vernichtung Deutschlands? 4. Überschätzte Roosevelt vielleicht die Westeuropa voraussichtlich von einer faschistischen Tyrannei drohende Gefahr, indem er die mögliche Bedrohung durch eine kommunistische Tyrannei unterschätzte? 5. Wie genau – oder ungenau – beurteilte in diesem Zusammenhang Roosevelt die

Möglichkeit eines baldigen Konfliktes zwischen Tyrann und Tyrann, Hitler kontra Stalin, bei dem die böse Macht beider geschwächt werden würde?

Manche ähnlichen Fragen werden dem unterrichteten Leser einfallen, wenn er sich die Mängel der letzten Hypothese überlegt. Aber vielleicht ist der gewichtigste Einwand gegen diese Annahme, der zwingend gegenüber der Haltung eines großen Teils der Machtpolitik der vergangenen Jahre erhoben werden könnte, jener: Roosevelts Politik beruhte auf eingebildeten Freundschaften und nicht auf den nationalen Interessen Amerikas. In der Politik der Mächte gibt es keine Freundschaften, sondern nur Interessen. Viele der amerikanischen Enttäuschungen beruhten und werden weiter auf der Unkenntnis oder Mißachtung solcher elementarer Prinzipien beruhen. George Washington sagte in seiner Abschiedsbotschaft an das amerikanische Volk:

„Beobachtet Vertrauen und Gerechtigkeit allen Nationen gegenüber. Pflegt Frieden und gutes Einvernehmen mit allen ... Bei der Verfolgung eines solchen Planes ist nichts wichtiger, als daß dauernde, eingewurzelte Abneigungen bestimmten Völkern gegenüber und leidenschaftliche Zuneigung zu anderen ausgeschlossen sein sollten, und daß statt dessen gerechte und freundschaftliche Gefühle allen gegenüber gepflegt werden. Die Nation, die einer anderen gegenüber einem eingefleischten Haß oder eingefleischter Vorliebe nachgibt, ist in gewisser Hinsicht ein Sklave. Sie ist Sklave ihrer Abneigung oder Zuneigung, und eines davon genügt, um sie von ihrer Pflicht und ihren Interessen fort in die Irre zu führen ... Oft ist der Friede ... der Nationen das Opfer gewesen.

... Sympathie für Lieblingsnationen erleichtert die Vorstellung eingebildeter gemeinsamer Interessen in Fällen, wo keine wirklichen gemeinsamen Interessen vorliegen, zieht eine in die Feindschaften der anderen hinein und verführt erstere zur Teilnahme an den Streitigkeiten und Kriegen der letzteren ohne entsprechenden Anlaß oder Rechtfertigung ..."

Doch Roosevelt und auch Hull[3] verletzten unausgesetzt diese einfache und wahre Vorschrift, die sich viele Jahrzehnte in der traditionellen amerikanischen Neutralitätspolitik gespiegelt hatte. Stattdessen zog Roosevelt es vor, das Spiel der Geheimpolitik in unseren auswärtigen Angelegenheiten zu treiben. „Die Weisheit aller auswärtigen Politik kann für gewöhnlich nur an ihrem Erfolg erkannt werden."[4] An diesem Spruch gemessen, war Roosevelts Politik nicht erfolgreich, und wenn dies heute endlich eingestanden wird, muß auch die letzte Entschuldigung seiner Verteidiger versagen. Man ist in der Tat zu fragen versucht, wie wohl die traditionelle Neutralitätspolitik Amerikas schlechtere Erfolge hätte haben können?

1914 hatte Wilson allen Amerikanern Neutralität bis in ihre persönlichen Gedanken hinein gepredigt „... ein feierliches Wort der Warnung ... gegen den geheimsten, zartesten und geringsten Neutralitätsbruch, der aus Parteigängerei, aus leidenschaftlicher Anteilnahme entspringen könnte." [5] Was immer Wilson später auch getan hat, dieser Anruf entsprach jedenfalls der höchsten Tradition George Washingtons und dem beständigen Vorbild amerikanischer Diplomatie. Roosevelt wußte, was Neutralität bedeutet: „im höchsten Sinne: einem Gefährten nicht mehr zu helfen als dem anderen." [6] Aber Roosevelt erließ keinen Wilson'schen Aufruf an das amerikanische Volk, vielleicht weil er wußte, daß das unnötig war. Viele Monate später erkannte er diese Tatsache an: „Es ist gar keine Frage, daß die Bevölkerung der Vereinigten Staaten 1939 entschlossen war, in Handlungen und Taten neutral zu bleiben ..." [7] Bis Pearl Harbor änderte sich diese Einstellung des amerikanischen Volkes nicht, wie einer der neueren Verteidiger Roosevelts zugibt: „... es war der erste Krieg in der amerikanischen Geschichte, bei welchem dem Abfeuern des ersten Schusses die allgemeine Enttäuschung vorausging. Vom amerikanischen Standpunkte aus wurde er ‚der unpopulärste Krieg der Geschichte' genannt ..." [8] Und der Verteidiger bietet dann seine eigene kurze Theorie, weshalb diese Gefühle vorhanden waren. Es ist aber wahrscheinlicher, daß die „allgemeine Enttäuschung", von der er spricht, ganz andere Ursachen hatte.

Im großen und ganzen hatte sich das amerikanische Volk niemals die neue schulmäßige Theorie von einer mehr oder weniger ‚kollektiven' Kriegführung gegen einen behaupteten Angreifer zu eigen gemacht. Vielleicht hatte ihm seine instinktive Vernunft bereits gesagt, daß bei einer zukünftigen ‚Kollektiv'-Unternehmung die anderen Nationen erwarten würden, daß Amerika nahezu die ganze damit verbundene Bürde auf sich nähme. Vielleicht schätzten sie die weise Verfügung George Washingtons höher als die neue Theorie. Aber abgesehen von solchen Mutmaßungen ist es klar, daß sie an unsere beständige Politik der Neutralität glaubten. Eifrige Propagandisten haben versucht, diese Doktrin herabzuwürdigen, indem sie sie in der Hoffnung, es würde ein Schimpfname werden, „Isolationismus" nannten. Namengeben ist weder klug noch vernünftig, und dieser propagandistische Einfall konnte die Mehrheit des amerikanischen Volkes nicht täuschen. Sie fuhren fort, „Isolationisten" zu sein mit ihrem Wunsch, neutral zu bleiben und in Frieden zu leben, wie jede Meinungsbefragung entscheidend bewies. Ihre „allgemeine Enttäuschung" war tatsächlich das Ergebnis ihrer endgültigen Feststellung, daß Roosevelt unbemerkt und zu unbekannter Zeit die Neutralitäts- und Friedenspolitik, zu der er sich bekannt hatte, aufgegeben und insgeheim den Plan zum Kriege gefaßt hatte.

Der Wendepunkt war wahrscheinlich die Forderung, „die Angreifer“ unter Quarantäne zu stellen, die Roosevelt am 5. Oktober 1937 [9] in Chicago verkündete. Frühere öffentliche Verlautbarungen Roosevelts waren ganz eindeutig isolationistisch gewesen [10]. Von da an ist ein Wandel offensichtlich. Aber zu Anfang erwog Roosevelt anscheinend nur eine Aktion, die den Chinesen gegen Japan [11] helfen sollte, eher als ein Eingreifen in Europa.

Jedoch das eine führte letzten Endes zum andern. Im Anschluß an die Chicagoer Rede kam Roosevelt in nähere Berührung mit führenden britischen Persönlichkeiten, und aus dieser Verbindung entwickelte sich schnell, – da die Briten [12] natürlich mehr an europäischen Angelegenheiten interessiert waren, – bereits vor Januar 1938 [13] eine Politik der aktiven, wenn auch uneingestandenen Zusammenarbeit mit England. Im Dezember 1937 wurde Admiral Royal E. Ingersoll, damals Leiter der Kriegsplanungsabteilung der Marine, von Roosevelt nach England gesandt, um die Möglichkeiten englisch-amerikanischer Zusammenarbeit im Falle eines Krieges zu besprechen [14]. Aus diesem Treffen erwuchs eine Art von Verständigung oder Übereinkommen. Ebenfalls im Jahre 1937 begannen die Studien für den streng geheimen Industrie-Mobilmachungsplan [15], der vorsah, daß nicht weniger als 20000 Fabriken für die Produktion von Kriegsmaterial bestimmt werden sollten. Der Platz reicht nicht aus für eine bis ins Einzelne gehende Aufzählung der weiteren Schritte, die 1938 begannen und die Herstellung des notwendigen Kriegsmaterials in Mengen betrafen. Ebenso können Roosevelts politische Manöver hier nur kurz erwähnt werden, die schließlich, wenn auch nur mit knapper Mehrheit [16], den Vorschlag des Kongreßmitgliedes Louis Ludlow, daß die Abstimmung eines nationalen Schiedsgerichts die notwendige Voraussetzung einer Kriegserklärung sein solle, erfolgreich bekämpfen konnten.

Unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland hielt Hull [17] am 17. März 1938 eine Rede, in der er „Zusammenarbeit“ auf „gleichlaufender Linie“ vertrat, um einer Ausweitung der „ansteckenden Seuche von Vertragsbrüchen und bewaffneter Gewalt“ vorzubeugen. Diese propagandistischen Bemühungen wurden von Roosevelt und anderen im Frühling und Sommer fortgesetzt. Emil Ludwig, dessen Biographie Roosevelts so gut wie offiziell war, wußte im April 1938 genug von dessen Plänen, um feststellen zu können, daß, falls es in Europa zum Kriege käme, Amerika „wahrscheinlich die europäischen Demokratien mit allem außer Truppen versorgen würde!“ [18]

Ende Juni 1938 verkündete Roosevelt öffentlich [19], daß die Marine, die so lange im Pazifik zusammengezogen gewesen war, sich zu gegebener Zeit

im Atlantik sammeln würde. Im August begannen Geheimverhandlungen mit Vertretern Englands, die noch nicht genügend erforscht sind. Für die Öffentlichkeit wurde am 17. November 1938 gesagt, daß lediglich Handelsabkommen unterzeichnet worden wären. Aber es gab mancherlei Andeutungen darüber, daß ihnen unenthüllte politische Verpflichtungen zugrunde lagen [20]. Es scheint sicher, daß Roosevelt und seine Komplizen damals bereits heimlich tief in die Mächtepolitik Europas verwickelt waren, und dies wurde früher offenbar, als sie vorausgesehen hatten, und zwar durch die Ereignisse, die dann in dem 30. September zu München gipfelten.

Anfang August wußten selbst nachgeordnete britische Beamte, „daß Großbritannien zur Zeit auf eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten rechnen könne“ [21]. Der amerikanische Marine-Attaché in Lissabon, von dem es hieß, er sei ein persönlicher Freund Roosevelts, stellte damals fest, daß man in Amerika die Möglichkeit schneller Hilfe für England und Frankreich studiere, und daß diese Hilfe auch viele Flugzeuge einschließen werde [22]. Offensichtlich hatte ein diplomatisches Leck zu dieser Information geführt, denn am 9. September 1938 hielt Roosevelt es für notwendig zu bestreiten, daß die Vereinigten Staaten mit europäischen Mächten zu einer Aktion verbündet seien, die Hitler aufhalten solle [23]. Es ist interessant, über die Gründe nachzudenken, aus denen er später dieses Dementi in seinen veröffentlichten Dokumenten fortließ.

Roosevelt und München

Und nun müssen wir die traurige Geschichte von München erzählen. Selbst unter Historikern scheint es nicht allgemein bekannt zu sein, daß Roosevelt einen Teil der Verantwortung auf sich nehmen muß, die gänzlich aber irrtümlich Chamberlain zugeschrieben wird. Als der Sommer 1938 begann, bereitete Kanzler Hitler neue Forderungen an die Tschechoslowakei vor, doch vermerkte er sorgfältig, daß er einen Krieg zu vermeiden wünsche. „Ich werde jedoch nur dann etwas gegen die Tschechoslowakei unternehmen, wenn ich fest davon überzeugt sein kann, daß, wie bei der Besetzung der militärischen Zone und dem Einmarsch in Österreich, Frankreich nicht marschieren und England infolgedessen nicht eingreifen wird.“ [24] Als Ende August die Lage sich zuspitzte, schrieb Churchill, obgleich nicht im Amt, an Lord Halifax [25] und schlug vor, daß Britannien, Frankreich und Rußland eine gemeinsame Note an Deutschland richten sollten, die ankündige, daß ein Einmarsch in die Tschechoslowakei „kapitale Folgen für alle drei Mächte nach sich ziehen würde“. Auch empfahl Churchill, daß Roosevelt dazu veranlaßt werden solle, „sein Äußerstes zu

tun“, Kanzler Hitler näherzutreten und ihn zu einem freundlichen Übereinkommen zu drängen. Im Endergebnis ist man von Churchills Plan nur in seinem letzten Punkt abgewichen.

Als der September fortschritt, verschärfte sich die Lage, aber England, Frankreich und Rußland zeigten im großen ganzen die Tendenz, sich fester zusammenzuschließen. Am 12. September 1938 wiederholte der Minister des Auswärtigen Bonnet den letzten Teil von Churchills Anregungen und bestand darauf, daß Botschafter Wilson in Berlin instruiert würde, lediglich Deutschland gegenüber Vorstellungen zu erheben [26]. Chamberlain hatte den deutschen Kanzler am 15. September in Berchtesgaden und am 22. September noch einmal in Godesberg besucht, aber seine und des britischen Kabinetts Neigung zu einer Schlichtung nach dem ersten Interview wurde durch die maßloseren Forderungen, die beim zweiten Treffen erhoben wurden, gehemmt.

Am 23. September 1938 nachts wurde für die Tschechoslowakei die allgemeine Mobilmachung angeordnet, und am nächsten Tag teilte Prag London mit, daß die deutschen Forderungen absolut und unbedingt unannehmbar wären. Am 24. September telefonierte Botschafter Kennedey von London mit Hull. Er berichtete, daß das englische Kabinett gespalten sei, da einige Mitglieder der Meinung wären, daß England kämpfen müsse [27]. Am 25. September telegraphierte der amerikanische Gesandte in Prag Hull eine Bitte von Präsident Benesch an Roosevelt, er solle darauf dringen, daß England und Frankreich die Tschechoslowakei nicht im Stich ließen [28]. Mittlerweile bereitete sich Frankreich zuletzt darauf vor, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei zu erfüllen, und es wurde eine Teilmobilisierung angeordnet [29]. Ebenso hatte England am 26. September seinen Entschluß bekannt gegeben, Frankreich zu unterstützen, wenn Frankreich der Tschechoslowakei beistehen würde, und am 27. September wurde die Mobilisierung der britischen Flotte für den nächsten Tag befohlen. Rußland ließ Prag wissen [30], daß es die Verpflichtung des Abkommens von 1935 respektieren würde und vereinbarte mit Rumänien (das mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei die „kleine Entente“ bildete) den Durchzug seiner Truppen. Rußland hatte bereits 300 Kriegsflugzeuge an die Tschechen geliefert [31], und außerdem standen mehrere Geschwader sowjetischer Flugzeuge auf tschechischen Flugplätzen [32]. Dementsprechend folgerte Lord Halifax noch am 26. September 1938: „Wenn trotz der Bemühungen des britischen Premierministers ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei erfolgt, so muß das unmittelbare Ergebnis sein, daß Frankreich gebunden ist, ihr zu Hilfe zu kommen, und Großbritannien und Rußland werden sicherlich Frankreich beistehen.“ [33]

Damals wurde für einen Augenblick ein Höhepunkt der vereinten Macht erreicht. Es war ein Wendepunkt der Geschichte, denn im gegnerischen Lager herrschte erbitterter Streit. Die Deutschen waren in jenem Augenblick am 27. September 1938 bar aller Begeisterung für den Kanzler Hitler oder für den bevorstehenden Konflikt[34]. Die deutschen Generäle waren davon überzeugt, daß Deutschland geschlagen werden würde und bereiteten einen Putsch vor[35], um Kanzler Hitler abzusetzen. Der Kanzler war unsicher, und in der Nacht vom 27. zum 28. September brachte der deutsche Rundfunk ein offizielles Dementi, daß Deutschland zu mobilisieren beabsichtige. Am Morgen des 28. September erfolgte eine gleiche Feststellung durch die offizielle deutsche Nachrichtenagentur[36]. Die Ära des Schlichtens war offensichtlich beendet und es schien so, als hätten Großbritannien, Frankreich, die Tschechoslowakei und Rußland Hitlers Bluff gerade noch rechtzeitig erkannt.

In diesem kritischen Augenblick griff Roosevelt ein und zerstörte alles. Eine Zeitlang war er bestrebt gewesen, „an die Häupter der europäischen Regierungen persönliche Appelle zu richten". Im State Department hatte es Streit gegeben. „Welles trieb den Präsidenten unablässig an, während ich (Hull) ihm ständig zuredete, langsam vorzugehen."[37] Roosevelt entschloß sich, etwas zu unternehmen, und sandte am 26. September 1938 gleichlautende Botschaften nicht nur an Kanzler Hitler, sondern auch an den Präsidenten der Tschechoslowakei, den Premierminister von Großbritannien und den Premierminister von Frankreich, in denen er sie ersuchte, die Verhandlungen zur Regelung der zur Diskussion stehenden Fragen fortzusetzen, damit ein Krieg vermieden würde. Der eigentliche Zweck für diese Einmischung Roosevelts konnte von niemandem, der die Zusammenhänge kannte, mißverstanden werden. Früher war Roosevelt darum ersucht worden, sein Drängen lediglich Deutschland gegenüber anzuwenden. Nun aber wandte er es auch gegenüber Deutschlands Gegnern an. So war es klar, daß Roosevelt nicht nur ihren militärischen Vorbereitungen, gegen Deutschland zu Felde zu ziehen, entgegenstand, sondern mit seinem Einfluß auch noch jene unterstützte, die in den gespaltenen Kabinetten Englands und Frankreichs gegen einen Krieg waren, und die man seither die „Befrieder" nennt.

Schließlich gab es nichts mehr zu verhandeln als Kanzler Hitlers Forderung auf tschechoslowakisches Gebiet, denn kein Land verlangte damals irgendein Gebiet von Deutschland. Die Kriegsvorbereitungen der Tschechoslowakei, die Roosevelts Botschaft mit denen Deutschlands auf eine Ebene stellte, waren rein defensiver Art, so daß dies kaum als Quarantäne gegen einen Angreifer bezeichnet werden konnte.

Roosevelt besaß als Präsident durchaus die Macht, Amerikas Neutralität zu erklären, und indem er die Verschiffung von Munition und Waffen für beide kriegführenden Parteien sperrte, ihnen die Hilfe der großen Produktions- und Finanzmacht Amerikas zu versagen. Selbst wenn Englands und Frankreichs Kabinette nicht gespalten gewesen wären, hätten die beiden Länder es wohl kaum gewagt, sich Roosevelt unter solch kritischen Umständen zu widersetzen. Gänzlich unerwartet fanden sich die ‚Befrieder' am Ruder, und Kanzler Hitlers Bluff gewann einen unvorhergesehenen Helfer. Chamberlain, Daladier und Benesch kabelten am 26. September „ihre volle Übereinstimmung mit dem Standpunkt des Präsidenten und ihre Bereitwilligkeit, um Frieden zu verhandeln", zurück. Chamberlains Ersuchen, eine Rundfunkbotschaft – ohne Zweifel eine Erklärung – an das amerikanische Volk zu senden, wurde am 27. September 1938 von Roosevelt abgelehnt[39].

Das war aber noch nicht alles. Kanzler Hitlers Antwort, die in Amerika am 26. September nachts einlief, war nichtssagend. Infolgedessen hielt Roosevelt es für ratsam, zusätzliche Unterstützung für einen Vorschlag zu suchen. Darum wurden am 27. September an amerikanische Diplomaten in anderen Ländern Circulare verschickt, sie sollten die Regierungen, bei denen sie akkreditiert waren, bitten, „gleichlautende Aufrufe an Deutschland und die Tschechoslowakei zu senden". Neunzehn Regierungen (siebzehn davon in Latein-Amerika) sagten zu. Ebenfalls am 27. September bedrängte Roosevelt Premierminister Mussolini, auf Verhandlungen zu bestehen, und an Kanzler Hitler sandte er eine weitere Botschaft, in der er darauf drang, daß eine Konferenz einberufen würde. So waren die Kulissen für München durch Roosevelts persönliche Schritte und Manöver unausweichlich gestellt, und Chamberlain wurde allgemein der ganze Schimpf zuerkannt, von dem gerechterweise Roosevelt ein beträchtlicher Anteil zukam.

Roosevelts Beweggründe für diesen empfindlichen Mißgriff können nur gemutmaßt werden, bis alle geheimen diplomatischen Gespräche und Fühlungnahmen bekannt sind. Wir haben mittlerweile einige Hinweise, die alle in die gleiche Richtung zielen, nämlich, daß Roosevelt das Münchener Übereinkommen nicht als eine endgültige Regelung mit Hitler ansah, sondern glaubte, daß es in nicht allzu ferner Zeit zum Kriege führen könnte. Deshalb setzte er seine Pläne für ein großangelegtes Bewaffnungsprogramm fort mit besonderem Nachdruck auf Flugzeuge, die helfen würden, England und Frankreich kriegsstark zu machen und die Vereinigten Staaten für eine etwaige Einbeziehung in den bevorstehenden Krieg vorzubereiten.

Oberst Charles Lindbergh hatte vor dem 24. September 1938 sowohl unserem als auch dem britischen State Department berichtet, daß es Deutschland ein leichtes sein würde, die vereinigten Luftwaffen aller europäischen Länder zu bekämpfen[41]. Botschafter Kennedy war nicht allzu zuversichtlich, daß die Franzosen und Engländer in guter Form seien, zu kämpfen[42]. Sehr aufschlußreich ist der Bericht von General Arnold[43]. Am 28. September berief Roosevelt ein Treffen ein, „das einfach wie ein Blitz aus heiterem Himmel" kam, um die Flugzeugproduktion und die Luftwaffe im allgemeinen zu besprechen. Roosevelt „... kam sofort auf die Luftwaffe. Sofort Flugzeuge und eine Menge davon! ... Ein neues Regiment Feldartillerie ... sagte er scharf, würde Hitler nicht ein noch so kleines bißchen schrecken! Was er brauche, seien Flugzeuge! Flugzeuge seien das Kriegsgerät, das auf Hitlers Unternehmen Einfluß haben würde!"

Die gesamte Luftwaffenstärke Britanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens wurde geschätzt, und Roosevelt sagte, er wolle die Möglichkeit schaffen, 20000 Militärflugzeuge im Jahr zu produzieren mit dem Sofortziel von 10000 Flugzeugen im Jahr (der annähernd geschätzten Höhe der vereinten Stärke von Deutschland und Italien). Diese außerordentliche Ausweitung der Luftwaffe machte auf General Arnold den Eindruck, daß sie „ihre Magna Charta erreicht" habe. Dies kam ihm nicht ganz unerwartet. Etwa vierzehn Tage vorher hatte Roosevelt Hopkins gesandt, um unsere Kapazität im militärischen Flugzeugbau heimlich zu überwachen, weil Roosevelt „damals sicher war, daß wir in einen Krieg eintreten würden, und weil er glaubte, daß die Luftwaffe ihn gewinnen würde"[44]. Als eine Art Nebenerscheinung dieser Geschäftigkeit wurde General Marshall heimlich mit abgezweigten Hilfsfonds ausgestattet, um Munitionsfabriken zu bauen[45].

Ein anderer wichtiger Hinweis ist eine Rede von Kennedy 1940, in der er feststellte, daß „wenn Chamberlain 5000 erstklassige Flugzeuge zu Hause gehabt hätte, als er in München verhandelte, wir in der Tat ‚für unsere Zeit Frieden' gehabt hätten"[46].

All diese Machenschaften zeigen, daß Roosevelt nicht glaubte, das Münchener Abkommen bedeute einen dauernden Frieden oder wenigstens den ‚Frieden für unsere Zeit', sondern augenscheinlich davon überzeugt war, daß es in naher Zukunft zum Kriege führen würde.

Alle diese Hinweise führen also in die gleiche Richtung, und solange sie nicht durch bessere Beweise verdrängt werden, erscheint ihr Zusammenhang klar. Roosevelt glaubte im Herbst 1938 offensichtlich, daß die englische und französische Luftwaffe gefährlich unzureichend sei, und daß diese

Nationen sich zu diesem Zeitpunkt nicht in das Risiko eines Krieges mit Deutschland einlassen sollten. Infolgedessen mischte er sich in einem kritichen Augenblick in eine heikle, nahezu ausgewogenen Situation ein. Das Ergebnis dieser Einmischung kam einer Nötigung der Alliierten gleich, gemeinsam Kanzler Hitlers Forderungen zu bewilligen, anstatt sich ihnen im Kriege zu widersetzen. Roosevelts Einmischung war daher in ihrem Ergebnis gleichbedeutend mit dem ‚appeasement', so daß – in der damals üblichen Redeweise – Roosevelt tatsächlich der entscheidende ‚appeaser' war.*

* Anmerkung des Herausgebers: – Aus den letzten Absätzen des vorhergehenden Kapitels von Professor Tansill geht hervor, daß Dr. Sanborns Deutung der Motive Präsident Roosevelt für eine friedliche Schlichtung während der Münchner Krise ernstlich anfechtbar ist. Zu unterstellen, Roosevelt habe geglaubt, daß Frankreich und England im August 1939 in einer besseren Verfassung sein würden, gegen Hitler zu kämpfen, als im September 1938, heißt wahrhaftig ihm unglaubliche Ahnungslosigkeit zumuten, wenn nicht gar einen totalen geistigen Defekt. Mit den russischen und tschechischen Armeen, die im September 1938 bereit standen, England und Frankreich zu Hilfe zu kommen, ist es unausdenkbar, daß ein Angriff dieser vier Mächte auf Deutschland nicht den Erfolg einer schnellen und vernichtenden Niederlage Deutschlands hätte haben sollen. Langen und Glaeser zeigen, daß sogar im September 1939 Hitler für seinen Angriff auf Polen nur drei halb motorisierte Divisionen und nicht eine vollmotorisierte besaß. Ein liberaler Journalist, persönlich von Roosevelt 1938 sehr geschätzt, erlaubte sich in der Münchener Zeit sogar die Meinung, die tschechische Armee allein könne Hitler schlagen. Nun wissen wir aber, daß Frankreich und England zusammen im September 1938 mehr Panzer und Kampfflugzeuge besaßen als Hitler. Das muß Roosevelt damals gewußt haben, wenn er nicht gradezu strafbar nachlässig und unfähig war.

Die einzige Erklärung für Roosevelts Einmischung in die Münchener Episode, die mit den Tatsachen übereinstimmend, logisch und vernünftig erscheint, ist die, daß er annahm, ein militärischer Angriff auf Hitler im September 1938 würde zu einer derart schnellen Beendung des Krieges (durch Niederwerfung Deutschlands) führen, daß ihm keine Zeit bliebe, sein Land in diesen großen Konflikt hineinzuziehen. Ende August 1939 – angesichts einer abgerüsteten tschechischen Armee und eines mit Deutschland verbündeten Rußland – sah es nach einem langen Krieg aus, der gut in Roosevelts Interventions-Programm hineinpaßte. Wir wissen jetzt, daß die führenden deutschen Generäle, die in Opposition zu Hitler standen, höchsten britischen Staatsmännern und Diplomaten vor der Münchner Krise endgültige und zuverlässige Informationen von einer Heeresrevolte gegeben hatten, die in Deutschland gegen Hitler ausbrechen würde, wenn er im Herbst 1938 einen Krieg riskierte.

Von diesem Einwand abgesehen, unterstreicht der Herausgeber nochmals seinen Respekt vor Dr. Sanborn als einem gewissenhaften und gelehrten Wissenschaftler. Seine Ansichten sollten uneingeschränkt wiedergegeben werden und haben Anspruch auf Anerkennung. Auf jeden Fall sind Dr. Sanborn, Professor Tansill und der Herausgeber in dem Hauptpunkt in vollkommener Übereinstimmung, daß nämlich Präsident Roosevelt während der Münchner Krise entscheidenden Einfluß auf England und Frankreich nahm, lieber Frieden zu halten, als gewaltsam Widerstand zu leisten.

Das Nachspiel von München

Diese Einmischung war natürlich keine Neutralität. Auch bedeutete sie eine nachhaltige Niederlage auf der Ebene der Mächtepolitik, und Roosevelt war nicht der Mann, solche Niederlagen zu vergeben oder zu vergessen. So dauerte es denn auch nicht lange, bis er einen weiteren Versuch unternahm, gegen Kanzler Hitler vorzugehen.

Mitte November 1938 wurden sowohl der amerikanische Botschafter in Deutschland als auch der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten abberufen. Die Gefühle der Beamten in Washington wandten sich in verhängnisvoll zunehmendem Maße gegen Deutschland: es war wie 1916–1917 [47]. Die Botschafter Bullitt, Kennedy und Philipps wurden gleichfalls von ihren Posten zu Leichenschau-Konferenzen zurückgerufen, und es wurde insgeheim vereinbart, daß die Zeit gekommen sei, Deutschland Einhalt zu gebieten und England und Frankreich beizustehen [48]. Morgenthau gelang es, sich in das Luftwaffenprogramm einzuschalten, und er begann Vorbereitungen zu treffen, um unsere neuen Flugzeuge an auswärtige Mächte abzugeben. Anfang Dezember 1938 kam eine französische Geheimkommission nach Amerika, um unsere neuesten Angriffs-Bomber zu besichtigen, und Morgenthau ebnete die Wege für die notwendigen Verkäufe [49].

Die Geheimnisse der Mächtepolitik bleiben den Beteiligten auf die Dauer selten verborgen. Nur das Volk selbst darf nichts von dem wissen, was geheim geplant und getan wird. Zweifellos drang einiges von den amerikanischen Geheimplänen zu seiner Zeit bis zu Premierminister Mussolini durch, und Anfang 1939 wandte sich seine Meinung. Er überlegte, daß ein Zusammenstoß mit den westlichen Demokratien unvermeidlich sei und entschloß sich zu dem Versuch, den Anti-Komintern-Pakt in ein Bündnis umzuwandeln [50]. Der „amerikanische Mangel an politischem Sinn“ [51] für internationale Angelegenheiten mag wohl diese verhängnisvolle Entscheidung beeinflußt haben.

In einem räumlich begrenzten Kapitel können wir nicht dabei verweilen, die Entwicklung von Roosevelts Propaganda in seiner „Knapp-am-Krieg“-Jahresbotschaft an den Kongreß vom 4. Januar 1939 oder in seiner Sonderbotschaft über Verteidigung Anfang Januar 1939 aufzuzeigen. Aber die Richtung seines damaligen Denkens ist klar. Am 23. Januar 1939 stürzte ein Bomber ab, und ein Mitglied der französischen Mission wurde verletzt aus dem brennenden Wrack gezogen [52]. Das verriet der amerikanischen Öffentlichkeit plötzlich die Anwesenheit geheimer Militär-Missionen. In der entstehenden Aufregung rief Roosevelt das Senats-Komitee für mili-

tärische Angelegenheiten ins Weiße Haus, ließ es Geheimhaltung schwören und sagte, unsere Front im Kampf der Demokratien gegen den Faschismus läge am Rhein [53] oder (nach anderer Version) in Frankreich [54]. Auch das sickerte durch, und die Aufregung wurde noch größer.

Der aufmerksame Leser wird bereits bemerkt haben, daß Roosevelt zwar auf den Faschismus verwies, die Gefahr des Kommunismus aber nicht erwähnte. Diese offensichtliche Unterlassung wurde zur damaligen Zeit vom polnischen Botschafter in den Vereinigten Staaten in einer Depesche vermerkt, die eine glänzende Einsicht in diesen besonderen Gegenstand verrät. Am 16. Januar 1939 berichtete der polnische Botschafter nach Warschau, daß er ein langes Gespräch mit Botschafter Bullitt gehabt habe, der gerade auf seinen Posten in Paris zurückkehren wollte. Bullitt bestätigte, daß Roosevelts Politik eine Wiederbewaffnung „in beschleunigtem Tempo" einschlösse, „daß Frankreich und England mit jeder Art Kompromiß gegenüber den totalitären Staaten ein Ende machen müßten", und daß „sie die moralische Bürgschaft haben, daß die Vereinigten Staaten die Politik der Isolation verlassen und bereit sind, im Kriegsfalle aktiv an der Seite Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, seinen ganzen Reichtum an Geld und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen." [55]

Einige Wochen später spricht der polnische Botschafter in Frankreich von einer anderen Unterredung mit Bullitt, aus der er schließt: „... daß Roosevelts Politik in Zukunft dahin zielen wird, Frankreichs Widerstand zu stärken, dem deutsch-italienischen Drängen Schach zu bieten und Englands Kompromißneigung aufzuweichen." [56]

Am 14. März 1939 hatte Kanzler Hitler den tschechoslowakischen Präsidenten und Minister des Auswärtigen zu sich gerufen und gezwungen, einem deutschen Protektorat und der Besetzung durch deutsche Truppen zuzustimmen. Das kam als große Überraschung. Selbst Mussolini wußte nicht, daß das geplant war. Er fühlte sich lächerlich gemacht [57] und beschloß infolgedessen, sich Albanien anzueignen. Offenbar wußten die amerikanischen Diplomaten nichts von diesen gespannten Beziehungen zwischen Hitler und Mussolini, und anstatt daraus Kapital zu schlagen, brachten sie ungeschickterweise die beiden Parteien durch scheltende Botschaften [58] und durch den Versuch, einen „demokratischen Block" zu konstituieren [59], wieder zusammen.

Bullitt schrieb am 23. März 1939 aus Paris an Roosevelt [60] und verlangte, daß „einige europäische Nationen" „schnellstens" gegen Deutschland aufstehen sollten, und hatte am nächsten Tag eine Unterredung mit dem polnischen Botschafter. Der Pole gab unter anderem seiner Meinung Ausdruck,

die englische Außenpolitik sei „. . . nicht nur mit der Verteidigung jener Staaten beschäftigt, die sich durch die neuen Methoden der deutschen Politik bedroht fühlen, sondern auch mit einem ideologischen Konflikt mit dem Hitlerismus, und daß das endgültige Ziel im Verfolg ihrer Aktionen nicht der Frieden ist, sondern eine Niederlage Deutschlands herbeizuführen“ [61]. Ferner brachte der Pole vor, daß weder England noch Frankreich zur Zeit genügend ernsthafte militärische Maßnahmen träfen, und daß daher ihr Vorschlag für Polen reichlich gefährlich sei. Bullitt fragte dann, ob Polen „ein gemeinsames Bündnis annehmen würde, wenn Frankreich und England das vorschlügen“. Der polnische Botschafter antwortete zurückhaltend, das hinge davon ab, wie viel Kraft England bereit wäre einzusetzen, um solche Garantie zu stützen.

Bullitt telefonierte dann am 25. März 1939 mit Kennedy in London [62] und wies ihn an, Chamberlain anzurufen und das Gespräch zu wiederholen. Das tat Kennedy am 26. März [63] und telefonierte seinen Bericht an Bullitt nach Paris. Der polnische Botschafter in Paris äußerte Zweifel, wie weit England gehen würde, und gab Bullitt gegenüber der Hoffnung Ausdruck, „daß die Vereinigten Staaten Mittel besäßen, einen wirksamen Druck auf England auszuüben. Er fügte hinzu, daß er ernstlich darauf bedacht sein werde, diese Mittel zu sammeln“. Irgend jemand – wir können annehmen, daß es Bullitt war – telefonierte gleichzeitig mit Roosevelt [64], und der Endeffekt all dieser Manöver war, daß am 31. März 1939 Chamberlain dem Unterhaus mitteilte, daß Großbritannien und Frankreich kämpfen würden, falls Deutschland in Polen einrückte. Auf diese Entscheidung fällt durch den gleichzeitigen Bericht des polnischen Botschafters in London über Kennedys Unterhaltung mit Chamberlain einiges Licht. Es heißt darin, Kennedy „. . . betonte nachdrücklich, daß Amerikas Sympathien für England im Kriegsfalle zum großen Teil von der Bestimmtheit abhingen, mit der England für die europäischen Staaten sorgen würde, die von Deutschland bedroht wären“ [65].

Inzwischen hatte Lord Halifax Ende März mit Kennedy Fühlung genommen, um ihm zu sagen, die britischen Verpflichtungen in Europa seien so umfassend, daß ein früheres Versprechen Australien gegenüber, eine Flotte nach Singapore zu senden, nicht eingehalten werden könne [66]. Ob Amerika sich verpflichten könne? Botschafter Bullitt unterstützte dieses Ersuchen am 11. April 1939 von Frankreich aus und stellte fest, daß Frankreich es ablehnen würde, sich an einem britischen Unternehmen gegen Deutschland zu beteiligen, wenn England seine Mittelmeerflotte nach Singapore schicke [67]. Roosevelt nahm die geforderte Sofortaktion an; am 15. April 1939 wurde die amerikanische Flotte in den Pazifik beordert [68].

Am 17. Mai 1939 ließ Botschafter Philipps dem Grafen Ciano eine Warnung zukommen, „... das amerikanische Volk beabsichtige einmütig, sich um die europäischen Angelegenheiten zu kümmern, und es sei töricht anzunehmen, daß es sich im Falle eines Konfliktes fernhalten würde“ [69]. Man nimmt an, daß Botschafter Davis Stalin eine ähnliche Erklärung gegeben hat [70], aber der begrenzte Raum dieses Kapitels verbietet jeden Versuch, den verhüllten Pfaden der unaufrichtigen Verhandlungen, die Sowjet-Rußland etwa gleichzeitig mit England und Deutschland führte, zu folgen. Sie fanden ihren Ausgang in den öffentlichen und geheimen Verträgen zwischen Deutschland und Rußland am 23. August 1939 und waren der unmittelbare Auftakt zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges.

Mittlerweile war Roosevelt in den Vereinigten Staaten erfolglos bemüht, die Beschränkungen, die ihm das Neutralitäts-Gesetz auferlegte, abzuschaffen. König Georg VI. von England und Königin Elisabeth hatten ihn Anfang Juni 1939 besucht, aber die Beschaffenheit der damals geführten Gespräche ist noch geheim. Daß Roosevelts Absichten sich nicht gewandelt hatten, geht aus dem verzweifelten und prophetischen Abriß hervor, den Professor Raymond Moley im Sommer 1939 niederschrieb und in dessen Verlauf er bemerkte, daß die Regierung „bis zum Hals im Spiel der Mächtepolitik stecke“ und daß „der Augenschein ganz auf unsere aktive und unermüdliche Teilnahme an diesem Spiel hindeute ...“[71]

Sehr viel später erst wurde bekannt, daß Bullitt während des Sommers 1939 Roosevelt häufig davon zu überzeugen suchte, die Deutschen würden nicht um Polen kämpfen, wenn man ihnen die Stirn böte [72]. Roosevelt bat Clarence Dillon, geheime Verbindung mit den Engländern aufzunehmen und darauf zu drängen, daß Chamberlain bei den Verhandlungen mit Deutschland mehr Festigkeit zeige. Dillon sprach in diesem Sinne mit Lord Lothian. Ferner sandte Roosevelt an Kennedy über das transatlantische Telefon während des Sommers 1939 ähnliche Botschaften. Kennedys Ansicht war allerdings, daß die Engländer nicht genug Waffen zum Kämpfen hätten, und daß ein Konflikt zwischen England und Deutschland überflüssig sei, da Deutschland später die Sowjet-Union angreifen werde. Späterhin berichtete Kennedy, Chamberlain habe gesagt, daß Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg gezwungen hätten.

Da es in der Tat in Beziehung zu Roosevelts Angriffsabsichten steht, sollte man festhalten, daß auf einer Geheimkonferenz am 23. Mai 1939 in Tokio zwischen Baron Hiranuma und Eugene H. Doomann, dem Berater der amerikanischen Botschaft, der japanische Premierminister vorgeschlagen hat, er wolle bei Deutschland und Italien sondieren, wenn Roosevelt bereit

sei, sich England und Frankreich zu nähern, um eine Konferenz abzuhalten und zu versuchen, die europäischen Schwierigkeiten zu beheben[73]. Hull fand dieses Entgegenkommen „erstaunlich“ und brachte es Roosevelt persönlich zur Kenntnis[74]. Eine Antwort aber wurde nahezu drei Monate hinausgezögert, in denen sich die Umstände geändert hatten, und eine große Gelegenheit, die vernachlässigt worden war, wurde versäumt – oder vermieden.

Die amerikanischen Kriegsvorbereitungen machten still und im Geheimen Fortschritte. Am 23. Juni 1939 wurde ein geheimes Tauschabkommen mit England abgeschlossen[75], „allerhand Geld“ wurde ausgegeben, um verschiedenes Kriegsmaterial zu kaufen[76]. Neunzehn neue Frachtschiffe wurden am 9. August vom Stapel gelassen, die Aufträge für hundert weitere vergeben,[77] und am 10. August wurde ein Kriegsmaterial-Amt ins Leben gerufen[78].

Amerikanische Politik beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges

Das diplomatische Durcheinander und die Manöver, die dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorausgingen, können hier nur kurz gestreift werden. Aber auf eins sollte nachdrücklich hingewiesen werden. Die russisch-deutschen Verträge vom 23. August 1939 waren nicht nur in Europa unpopulär; sie begegneten einer feindseligen japanischen Reaktion und Italien lehnte es im letzten Augenblick ab zu kämpfen[79], so daß Kanzler Hitler am 25. August die Mobilmachungsbefehle widerrief[80]. Darum scheint es berechtigt anzunehmen, daß, wenn die amerikanische Diplomatie zuvor sich Japan und Italien gegenüber freundlicher und positiver verhalten hätte und wenn die deutschen Generale und andere, die so ernsthaft gegen den Kanzler opponierten, ermutigt und unterstützt worden wären, die Konzentration all dieser zusammgefaßten Kraft und Gegnerschaft damals seinen unmittelbaren Sturz hätte herbeiführen können. Anstattdessen war, wie wir alle wissen, das endgültige Ergebnis der politischen Verwirrung und diplomatischen Unfähigkeit der Krieg, nachdem die aufrichtigen Bemühungen Italiens, in letzter Minute eine friedliche Regelung zu erreichen, fehlgeschlagen waren [81]. Zwei Tage nach dem Einmarsch in Polen erklärte England Deutschland den Krieg und Frankreich folgte der britischen Führung widerstrebend ein paar Stunden später.

Ganz kurz darauf entschloß sich Roosevelt, die übliche Form der Übermittlung diplomatischer Mitteilungen durch Botschafter und Staatssekretäre zu ignorieren. Churchill hat erklärt, daß Roosevelt ihn am 11. September 1939 bat, ihm persönlich versiegelte Mitteilungen mit den diploma-

tischen Posttaschen zu senden[82], und daß etwa zweitausend[83] oder siebzehnhundert[84] mal ein solcher Nachrichtenaustausch stattfand. Letzten Endes wurden die wichtigsten Angelegenheiten zwischen England und Amerika in dieser persönlichen und geheimen Korrespondenz verhandelt und bis zum heutigen Tage fast restlos geheim gehalten.

Mittlerweile hielt Roosevelt Pressekonferenzen ab, plauderte am Kamin zur Nation und veröffentlichte verschiedene Proklamationen, einschließlich einer Neutralitäts-Proklamation. Stets waren seine Beteuerungen, er wünsche Amerika den Frieden zu erhalten, kräftig und überschwänglich. Das war der Anschein; die Wirklichkeit sah anders aus.

Am oder vor dem 22. September 1939 wurde eine trügerisch so genannte „Neutralitäts-Patrouille" in den amerikanischen Gewässern eingerichtet[85], aber es dauerte nicht lange, bis amerikanische Kriegsschiffe unneutralerweise britische Kriegsschiffe begleiteten und dirigierten, um deutsche Schiffe aufzubringen[86]. Völlig entgegen den festgelegten Regeln des internationalen Rechts wurde überall eine sogenannte neutrale Zone von 300–1000 Meilen Breite in die See hinaus verlegt[87], um England gegenüber Deutschland zu bevorzugen. Später, am 18. Oktober 1939, wurde allen Unterseebooten der Kriegführenden, ausgenommen Rußland, verboten, amerikanische Häfen anzulaufen, außer im Falle höherer Gewalt[88].

Geheimvorbereitungen wurden für Amerikas Eintritt in den Krieg getroffen[89]. Auf Grund unvermeidlicher Schlußfolgerungen hatte Roosevelt seinen früheren Glauben an die überragende Bedeutung der Luftwaffe zum Teil eingebüßt, denn im September wurden Pläne für die Aushebung ausgearbeitet, und Anfang Oktober waren sie im wesentlichen soweit gediehen, wie sie etwa ein Jahr später dann erlassen wurden[90]. Kriegssteuern wurden als eine Art Kriegs-Risiko-Versicherung erwogen.

Inzwischen hatte Rußland am Angriff auf Polen teilgenommen, und der polnische Widerstand zerbrach. Ausländische Diplomaten waren der Meinung, daß nunmehr ein Frieden durchaus möglich sei, aber Roosevelt sträubte sich heftig gegen Friedensverhandlungen[91]. Der deutsche Versuch, Frieden zu machen, schlug fehl, und die Periode des „Stimm-Krieges" begann.

Roosevelt hatte eine Sondersitzung des Kongresses für den 21. Oktober 1939 einberufen, um das Neutralitätsgesetz zu verbessern[92], und nachdem er dem Land versichert hatte, daß es „eine schamlose und unredliche Dreistigkeit" sei zu behaupten, daß „irgendeine Person in verantwortlicher Stellung . . . in Washington . . . jemals in irgendeiner Form, Weise oder

Gestalt die entfernteste Möglichkeit angedeutet hat, die Jungens amerikanischer Mütter auszusenden, um auf den Schlachtfeldern Europas zu kämpfen", und daß die Vereinigten Staaten „neutral sind und nicht beabsichtigen, sich in den Krieg verwickeln zu lassen" [93], gelang es ihm, am 3. November 1939 die Zahlungs- und Transport-Verbesserungsanträge durchzubringen [94]. Britische und französische Einkaufskommissionen waren bereits anwesend und erwarteten die Annahme der Verbesserungen, um ihre Tätigkeit aufzunehmen. Morgenthau ging die Bewaffnung [95] nicht schnell genug, aber nach einem Jahr etwa erwies es sich, daß sie sehr viel mehr Waffen bestellt hatten, als sie bezahlen konnten!

Wir müssen über Deutschlands Auslieferung der drei kleinen baltischen Staaten an Rußland Ende September 1939 hinweggehen, ebenso über die (russische) Invasion in Finnland am 29. November 1939. Auch verbietet der begrenzte Raum mehr als einen kurzen Hinweis auf die Mission Myron C. Taylors beim Vatikan im Februar 1940 und Sumner Welles' Reise nach Italien, Frankreich, Deutschland und Groß-Britannien im Februar und März 1940. Friedensverhandlungen lagen in der Luft, aber Roosevelt widersetzte sich immer noch einem durch Verhandlungen zu erreichenden Frieden und lehnte es ab, Welles daran teilnehmen zu lassen [96]. Um den 19. März 1940 erlaubte Roosevelt den Verkauf unserer verbesserten Flugzeugtypen an England und Frankreich [97], während die amerikanische Armee und Marine sie noch viele Monate danach entbehren mußten. General Arnold verwies häufig beschwerdeführend, wenn auch nur ängstlich, auf dieses Problem [98], das schließlich so akut wurde, daß Sekretär Knox in seinem Geheimbericht an Roosevelt bald nach der Katastrophe von Pearl Harbor schrieb:

„Natürlich sind Kampfflugzeuge das beste Verteidigungsmittel gegen Luftangriffe. Das Fehlen einer angemessenen Zahl dieses Flugzeugtyps zur Verfügung der Armee und zur Verteidigung der Insel ist eine Folge der Verstreuung dieses Typs vor Ausbruch des Krieges auf Engländer, Chinesen, Holländer und Russen." [99]

Vor dem Angriff auf Dänemark und Norwegen hatte Roosevelt bereits für Anleihen an diese Staaten gesorgt [100]. Im Mai 1940 versuchte er zusammen mit Churchill und Reynaud des öfteren, aber heimlich [101], Italien vom Kriegseintritt abzuhalten, zuerst mit versteckten Drohungen, durch die Mussolini sich zu schnellem Handeln gezwungen sah, und später mit Versprechungen territorialer Erwerbungen im Mittelmeerraum, die Roosevelt persönlich zu garantieren sich erbot. Als diese geheimen Versprechungen nicht zogen, kehrte Roosevelt zu seiner ursprünglichen Politik der Dro-

hungen zurück, die jetzt aber spezifizierter wurden und die zart verschleierte Ankündigung einer amerikanischen Intervention enthielten.

Am 10. Mai 1940 hatte Deutschland seinen Angriff auf die Niederlande und Frankreich begonnen, und Churchill war Premierminister geworden. Am 15. Mai 1940 kabelte Churchill an Roosevelt [102] einen langen Wunschzettel von greifbarem Luft- und Marine-Material sowie diplomatischer Hilfe und bat um nahezu alles, ausgenommen ein Expeditionskorps, aber einschließlich der Aufgabe der amerikanischen Neutralität. Roosevelt verweigerte keinen dieser Wünsche ausdrücklich, suchte aber für die Bewilligung einiger von ihnen Zeit zu gewinnen. Bereits am nächsten Tag, dem 16. Mai, ersuchte Roosevelt den Kongreß um zusätzliche Aufwendungen für die „nationale Verteidigung“[103], die ersten in einer Serie ab 1940. Am 17. Mai befahl Roosevelt, die verbliebenen älteren Zerstörer wieder in Dienst zu stellen[104]. Das war sein erster Schritt zum Zerstörer-Handel, ging aber nicht schnell genug, um Churchill zufriedenzustellen, dessen Forderungen bald zudringlich wurden und mit Ankündigungen gekoppelt waren, daß die britische Flotte unter gewissen Umständen vor Deutschland kapitulieren könnte. Man kann hier nicht einmal einen Überblick über die Korrespondenz und die nachfolgenden Verhandlungen[105] geben. Sie gipfelten schließlich in dem Zerstörer-Basen-Handel vom 3. September 1940.

Am 28. Mai 1940 ergab sich König Leopold III. mit den belgischen Armeen, und am nächsten Tage begann die Räumung bei Dünkirchen. Am 1. Juni 1940 befahl Roosevelt der Armee und Marine zu untersuchen, welche Menge an Waffen England übertragen werden könne, und am 3. Juni bewilligte General Marshall, daß an England eine halbe Million Gewehre, 80 000 Maschinengewehre, 900 Feldgeschütze und vieles andere[106] gesandt wurden. Am 5. Juni 1940 gab der (britische) erste Kronanwalt der Meinung Ausdruck, man könne England noch 600 000 Gewehre und 2500 Feldgeschütze mit entsprechender Munition als „Zugabe“ verkaufen. Von nun an wurden von Zeit zu Zeit mehr und mehr Waffen gesandt, so viel mehr, daß Churchill im Frühjahr 1941 vergnügt für ein „Paket“, das nichts als eine Viertelmillion Gewehre und eine halbe Milliarde Schuß Munition enthielt, einen kurzen Dank an Hopkins kabelte.

Am 10. Juni 1940 erklärte Italien Frankreich den Krieg, und am gleichen Tag sagte Roosevelt in seiner Rede zur Universitätseröffnung von Virginia, „die Hand, die den Dolch hielt, hat damit in den Rücken des Nachbarn getroffen“[108]. Frankreich leistete Italien wesentlich leichter Widerstand als Deutschland, und Reynaud bat nunmehr Roosevelt dringend um Hilfe [109]. Ebenso Churchill, der Roosevelt gleichfalls bat, daß die Hoff-

nung in Frankreich aufrechterhalten werde. Als in Frankreich der Widerstand zu versagen begann, vertrat Churchill sogar die Möglichkeit einer amerikanischen Kriegserklärung[110]. Am 13. Juni 1940 kabelte Roosevelt Reynaud, versprach ihm wesentlich mehr materielle Hilfe und beschwor ihn, daß Frankreich seinen Widerstand fortsetzen solle[111], erlaubte jedoch nicht, daß sein Telegramm veröffentlicht würde[112].

So suchte Frankreich einen Waffenstillstand, und fast augenblicklich begann Roosevelt, den Franzosen auf verschiedene Weise zu drohen, um sie zu zwingen, ihre Flotte dem deutschen Zugriff zu entziehen, bevor sie einen Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichneten[113]. Noch Monate später wurden diese Drohungen von Zeit zu Zeit wiederholt[114].

Amerikas Hilfe für England zur „Kriegsverkürzung"

Am 20. Juni 1940 wurde Woodring als Kriegsminister abgesetzt, weil er sich geweigert hatte, die Nation ihrer Verteidigungsmittel zu berauben, um den Alliierten zu helfen. Er wurde durch Stimson ersetzt, einen eingefleischten Interventionisten und Anwalt der militärischen Dienstpflicht zur Friedenszeit. Am gleichen Tage wurde das Aushebungsgesetz im Senat beschlossen, weil, wenn Meldungen zur Armee ein Maßstab für die öffentliche Meinung sind, das Land immer noch mit überwältigender Mehrheit gegen Roosevelts Politik eingestellt war. Die Rekrutierung war ein Fehlschlag[115]. Nach sechs Wochen Werbung hatten sich nur 9000 Mann gemeldet.

Am 2. Juli 1940 verbot Roosevelt in einer Proklamation die Ausfuhr von Kriegsgerät und mancherlei anderen Waren, ausgenommen unter Lizenz. Er hat später ausdrücklich anerkannt[116], daß diese Maßnahme „die Politik der Hilfe für Großbritannien" fördern sollte. Man beabsichtigte damit, als zwangsläufige Folge jeden Export nach Deutschland und Italien zu verhindern. Ungefähr um die gleiche Zeit wurde eine Seefahrts- und Militär-Mission nach England gesandt. Dem Namen nach war es eine Forschungsgesellschaft, doch ergaben sich daraus die Pläne des geheimen vereinigten anglo-amerikanischen Generalstabs vom Januar 1941.

Am 19. Juli 1940 schlug Kanzler Hitler England vor, Frieden zu machen[118]. Sein Angebot war aufrichtig, und kompetente Beobachter glauben, daß England versucht gewesen wäre, es anzunehmen, wenn es nicht mit Roosevelts Widerstand zu rechnen gehabt hätte[119]. Die russisch-deutschen Beziehungen veschlechterten sich bereits, und die deutschen Pläne, Rußland anzugreifen, befanden sich im ersten Stadium ihrer Entwicklung[120].

Kanzler Hitler wollte Frieden mit England und erwartete, ihn zu erhalten. Als der Frieden abgelehnt wurde, entwarfen im Juli [121] Heer und Marine eilige Pläne, England anzugreifen, diskutierten darüber im August und ließen sie im September fallen[122], um sich auf das russische Abenteuer zu konzentrieren[123].

In den Vereinigten Staaten war Roosevelt emsig damit beschäftigt, einen Weg zu finden, um den Kongreß zu hintergehen[124] und den Zerstörerhandel zu vollenden, ferner damit, die Verteidigung Kanadas zu übernehmen, Churchill mit verschiedenen, verhältnismäßig untergeordneten diplomatischen Intrigen zu helfen, besonders aber damit, seine dritte Wahl durch noch überschwenglichere und verschwommenere Versprechungen zu gewinnen, „wieder und wieder und wieder während der nächsten vier Jahre den Frieden“ zu erhalten[125] und „unser Volk aus auswärtigen Kriegen herauszuhalten“. Gleichzeitig mit diesen Machenschaften täuschte Roosevelt den Kongreß dahingehend, daß er Ende August[126] einwilligte, die Nationalgarde zum aktiven Dienst für „Einsatzübungen“ zu befehlen[127]. Es gelang ihm auch am 16. September 1940[128], das Gesetz über Dienstpflicht zur Friedenszeit durchzubringen, doch wurde die Dienstpflicht auf zwölf Monate begrenzt, und die Einberufenen durften die westliche Hemisphäre nicht verlassen.

Kaum war die Wahl gewonnen, „von der unser Schicksal abhing . . .“,[129] hatte Churchill weitere Wünsche. Er brauchte drei Wochen zur Abfassung eines Briefes, der fast zehn Druckseiten lang war[130] und am 9. Dezember 1940 an Roosevelt abgesandt wurde. Die Forderungen waren noch schrecklicher und zogen die Fortdauer des Krieges für mindestens zwei weitere Jahre in Erwägung; das war die Geburt des Leih- und Pacht-Vertrages.

Am 12. Dezember 1940[131] begannen in London, Manila und Washington insgeheim gemeinsame Stabsbesprechungen mit den Engländern. Sie wurden Anfang 1941 fortgesetzt, und aus ihnen entwickelten sich die amerikanisch-britisch-niederländischen Kriegspläne. Der erste Plan richtete sich gegen Deutschland, der zweite gegen Japan, und Roosevelt billigte beide Pläne, „ausgenommen öffentlich“[132], wie Admiral Stark sagte. Die immer noch andauernde Geheimhaltung verhindert eine klare Feststellung, ob damals schon ein festes Bündnis geschlossen worden ist, aber der Unterschied zwischen einem formellen Bündnis und einem „gentleman’s agreement“, das beschlossen und gebilligt wurde, „ausgenommen öffentlich“, erscheint belanglos[133]. Viel schwerwiegender ist, daß weder das amerikanische Volk noch der Kongreß die Wahrheit erfahren durfte. Die notwendigen Folgen dieser gemeinsamen Stabsbesprechungen für die Einbeziehung

der Vereinigten Staaten in den Krieg wurden von Admiral Stark klar erkannt. Nach Beendigung der Konferenzen schrieb er seinen Flottenkommandanten: „Die Frage unseres Kriegseintritts scheint ‚wann' zu heißen, nicht ‚ob'." [133a]

Anfang Januar 1941 flog Hopkins zu Besprechungen mit Churchill nach London. Hopkins' lakonischer Bericht: „Ich sprach von meinem Auftrag" [134] weitet sich in Churchill's Version davon zu einer pathetischen Beteuerung:

„Der Präsident ist entschlossen, daß wir gemeinsam den Krieg gewinnen werden. Irrt euch darüber nicht! Er hat mich hierher gesandt, um euch zu sagen, daß er euch bei allen Opfern und mit allen Mitteln hindurchführen wird, ganz gleichgültig, was ihm geschieht, und es gibt nichts, das er nicht tun wird, soweit seine Menschenkräfte reichen [135]."

Inzwischen hatte Roosevelt vom Kongreß die Bewilligung des Pacht- und Leih-Gesetzes gefordert und am 10. Januar 1941 wurde das Gesetz, das in den Ämtern von Stimson und Morgenthau [136] entworfen worden war, angenommen. Der Raum verbietet, auf alle politischen Manöver einzugehen, die es begleiteten [137]. Man kann nur drei Dinge summarisch festhalten: erstens, die vagen Schreckensnachrichten von einer England bedrohenden Invasion – am Ende eine völlig falsche und erfundene Bedrohung –, mußte als eine der Propaganda-Devisen herhalten, um die Annahme des Gesetzes zu sichern; zweitens, die Konsequenz aus dieser Annahme war, daß der Kongreß am 9. März 1941 Roosevelt auch die Ermächtigung übertrug, Krieg zu beginnen, und ihn damit in die Lage versetzte, überall in der Welt erklärten oder unerklärten Krieg anzufangen; und drittens, das Pacht- und Leihgesetz war, wie die meisten anderen Maßnahmen Roosevelts, völlig unneutral und widersprach den elementaren Regeln des internationalen Rechts.

Mitte Januar 1941 wurde noch ein weiterer, noch verhängnisvollerer Faden in das Muster gewebt. Das amerikanische State Department warnte [138] auf Roosevelts ausdrückliche Anweisung den russischen Botschafter Konstantin Oumansky [139] vor dem beabsichtigten deutschen Angriff, und diese Warnungen wurden später wiederholt [140]. Anfang Februar 1941 war die Ost-Bewegung der deutschen Truppen wohl bekannt [141]. Alles deutete auf eine Ausweitung des Krieges durch einen deutschen Angriff auf Rußland hin, aber der anglo-amerikanischen Mächtepolitik gelang es, ihn fünf Wochen zu verzögern [142]. Die hohen Kosten des Opfers, das um dieses kleinen Aufschubs zugunsten Sowjetrußlands willen gebracht wurde, waren der Verlust von Jugoslawien, Griechenland und Kreta, die Lähmung der britischen Mittelmeerflotte [143] und die britische Niederlage in Lybien [144].

In den diplomatischen Intrigenkämpfen in Griechenland und Jugoslawien spielten Amerikaner[145] eine wesentliche und ganz erfolgreiche Rolle gegen Deutschland. Später, als die Zeit für den Beginn des Angriffs auf Rußland näher kam, überlegte Churchill, welche Politik die rechte wäre, und beschloß, „daß er alle Ermutigung und jede mögliche Hilfe“ geben wolle. Er kabelte das an Roosevelt[146], der im Sinne einer Blankovollmacht antwortete, er werde „jede Äußerung, die der Premierminister tun würde, um Rußland als Verbündeten zu begrüßen“, öffentlich gegenzeichnen.

Im Herbst 1938 hatten die französischen Militärexperten Bullitt gegenüber vorausgesagt[147] „... der Krieg werde sechs Jahre dauern und werde ... mit der völligen Zerstörung Europas enden und mit der Herrschaft des Kommunismus in allen Staaten. Unzweifelhaft werde Rußland am Ende der Nutznießer sein.“ Soweit sich ermitteln läßt, hatten weder Roosevelt noch Churchill im Juni 1941 so umsichtige Befürchtungen. Oder wenn sie sie hatten, so hinderte ihre starke Abneigung gegen Deutschland sie daran, mit dem kalten und unbeteiligten Realismus zu handeln, der für eine erfolgreiche Mächtepolitik so notwendig ist.

Nachdem das Pacht- und Leihgesetz angenommen war, schien Roosevelt die Vereinigten Staaten als am europäischen Krieg beteiligt zu betrachten „ausgenommen offiziell“[148]. Aber im Lichte der vielen Wahlversprechungen, die er gemacht hatte, sowie der ausdrücklichen Verpflichtung im demokratischen Parteiprogramm fühlte er, daß er nicht offiziell in den Krieg eintreten könne, bevor nicht die Nation davon zu überzeugen sei, daß ein „Angriff“ von Deutschland stattgefunden habe. Bis dahin wollte er nur im Geheimen und unerklärt Krieg führen[149] in der Hoffnung, den Deutschen den ersten Schuß zuzuschieben[150].

Am 6. März 1941 verriet Roosevelt dem polnischen Botschafter gegenüber einiges von seinen Absichten und sagte: „... wir Amerikaner haben diesen Krieg sowieso zu bezahlen. Hoffen wir, nur zum Preise des Pacht- und Leih-Vertrages. Aber wer kann sagen, welchen Preis wir endgültig zu bezahlen haben werden?“

Im März 1941 gingen amerikanische Offiziere nach England, um dort Flottenstützpunkte für Geleitzüge und Flugplätze[152] auszuwählen, und kaum waren sie ausgewählt, begann der Ausbau. Beschädigte englische Kriegsschiffe sollten auf amerikanischen Werften repariert werden. Im April wurden zwei Millionen Tonnen Schiffsraum aufgebracht und durch das Rote Meer geschickt, um die britischen Feldzüge im Mittelmeerraum zu unterstützen, und in Basra wurde heimlich eine große Versorgungsbasis angelegt[153]. Auch wurden in diesem Monat die Bewegungen der amerika-

nischen Kriegsschiffe mit denen der Engländer koordiniert und geheime Nachrichtenübermittlung vereinbart[154]. Endlich, am 18. April 1941, schob Roosevelt die beanspruchte Grenze der westlichen Hemisphäre, in der die amerikanischen Kriegsschiffe den Engländern helfen würden, bis zum 26. Grad West – über 2000 Meilen von New York –[155] vor. Der Befehl zu dieser Aktion wurde am 24. April 1941 veröffentlicht[156]. Im März 1941 begannen amerikanische Armee-Flugzeuge, den Nord-Atlantik von Neufundland aus[157] gegen deutsche Unterseeboote zu überwachen. Im April 1941 wurde Grönland besetzt[158], im Mai 1941 wurden Pläne gemacht[159] und später wieder aufgegeben, die Azoren und Martinique in Besitz zu nehmen. Inzwischen überlegte Roosevelt, ob er amerikanischen Unterseebooten befehlen solle, das deutsche Kriegsschiff „Bismarck" anzugreifen und zu versenken[160]. Im Juni kam Roosevelt mit Churchill überein, die britischen Truppen auf Island abzulösen[161], und das geschah dann am 7. Juli 1941. Ebenfalls im Juni 1941 ordnete Roosevelt die Schließung aller deutschen und italienischen Konsulate in den Vereinigten Staaten an.

Mitte Mai hatte Roosevelt öffentlich angekündigt, daß 24 Frachtschiffe nach dem Roten Meer auslaufen sollten, obgleich die Deutschen diese Zone zum Kriegsgebiet erklärt hatten[162]. Diese Schiffe sollten zwischen Afrika und Südamerika verkehren, und in diesem Gebiet wurde wenige Tage später die „Robin Moore" versenkt. Roosevelt hatte mit Erfolg einen Zwischenfall herbeigeführt und nannte das in einer Botschaft an den Kongreß einen „Akt der Piraterie" und „die Handlung eines international Geächteten"[163], aber die amerikanische Öffentlichkeit ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Der deutsche Führer nahm indessen Gelegenheiten, einen Zwischenfall herbeizuführen, nicht wahr. Lange Zeit hatte er einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg und das Versenken von Passagierschiffen verboten[164]. Auch hatte er jegliche Gewalt gegenüber Schiffen befreundeter Nationen oder denen der Vereinigten Staaten außerhalb des englischen Kriegsgebiets unmittelbar um die Insel herum verboten[165]. Als die sogenannte Neutralitäts-Patrouille in der „Neutralitätszone" eingeführt wurde, wies Kanzler Hitler heimlich alle deutschen Kriegsschiffe an, in diesem Gebiet Zwischenfälle zu vermeiden[166]. Als Roosevelt die Grenzen der westlichen Hemisphäre wesentlich weiter nach Osten vorschob, hielt der Führer immer noch daran fest, das Herbeiführen irgendwelcher Zwischenfälle zu verbieten. Trotzdem hoffte Roosevelt Anfang Juni immer noch, „Deutschland zum ersten Schuß zu treiben"[168].

Ende Juni und Juli 1941 waren reichlich mit den Auswirkungen des deutschen Angriffes auf Rußland ausgefüllt. Roosevelt, Hopkins und andere beeilten sich, Rußland mit amerikanischen Hilfsangeboten zu über-

schwemmen. Sie scheinen die äußerst einfache Politik verfolgt zu haben, unbegrenzte und bedingungslose Hilfe nicht nur den wirklichen Feinden Deutschlands zu gewähren, sondern auch seinen früheren Komplizen [169]. Wenigstens konnte Churchill bitter [170] vom Standpunkt der Kommunisten sprechen, „daß sie uns einen großen Gefallen damit erweisen, in ihrem eigenen Land um ihr eigenes Leben zu kämpfen". Aber als Hopkins nach Rußland ging, „verlangte er an Gegenleistung für das Angebot solcher Hilfe gar nichts" [171]. Der Erfüllung der russischen Forderungen räumte Roosevelt größte Vordringlichkeit vor allen anderen ein [172] und Ende 1941 erhielt Rußland Material und Ausrüstung zugeteilt trotz Opposition und trotz starker Proteste der Streitkräfte [173].

Die Verminderung der amerikanischen Lieferungen an England infolge dieser zukünftigen Verteilung war nur einer der Gründe, die Churchill dazu veranlaßten, die Atlantik-Konferenz Mitte August 1941 herbeizuführen [174]. Churchill hatte häufig versucht, die Vereinigten Staaten als Teilnehmer in den Krieg zu bringen. Die Briten hatten das bereits für den Juni 1940 erhofft; sie hatten es ein paar Tage nach der dritten Wahl (Roosevelts) erwartet [175]; dann hatten sie wieder um den 1. Mai damit gerechnet [176], und nun suchte es Churchill auf der Konferenz zu erreichen [177]. Es liegt Grund vor anzunehmen, daß die amerikanischen Stabschefs fühlten, daß ihre Kräfte jetzt noch nicht für einen Krieg ausreichten, und daß sie Roosevelt eine sofortige drastische Aktion ausredeten [178].

Aber die Atlantik-Charta, die eine anglo-amerikanische Zusammenarbeit der „Weltpolizei" für eine Übergangszeit nach Kriegsende vorsah, setzte stillschweigend aber unausweichlich voraus, daß die Vereinigten Staaten alsbald in den Krieg hineingezogen würden. Diese Voraussetzung wurde durch das Überwiegen des anwesenden Spitzenpersonals der Mitiltär- und Marine-Stäbe noch betont. Was alles auf ihrer Tagesordnung stand, ist nie ganz enthüllt worden, aber es schloß allgemeine Kriegspläne ein [179] und spezielle Diskussionen darüber, die Azoren, die Kanarischen und die Cap Verdischen Inseln in Besitz zu nehmen [180]. Die Unternehmungen der amerikanischen Marine sollten sich auf den Nord-Atlantik ausdehnen [181] und Roosevelt wiederholte Churchill seine Vorliebe für einen unerklärten Krieg, indem er sagte: „Ich kann niemals Krieg erklären; ich kann Krieg machen. Wenn ich den Kongreß ersuchen müßte, Krieg zu erklären, würden sie darüber drei Monate diskutieren." [182] Es gab auch eine lange Diskussion über Fern-Ost-Angelegenheiten, die aber aus dem Rahmen dieses Kapitels fallen.

Der „Schieß-Krieg“ beginnt

Vierzehn Tage nach Beendigung der Atlantik-Konferenz – am 25. August 1941 – gab Roosevelt der Atlantikflotte Geheimanweisungen, die deutschen und italienischen „feindlichen Kräfte“ anzugreifen und zu zerstören. Dies bedeutete das Inkrafttreten des Kriegsplanes 51 [183]. Zehn Tage später, am 4. September 1941, gab es einen Zwischenfall zwischen dem amerikanischen Zerstörer „The Greer“ und einem deutschen U-Boot. Wenn die „Greer“ ihren geheimen Befehlen folgte, mußte sie das U-Boot angreifen; aber der öffentlichen Meinung wurde es so hingestellt, als sei sie angegriffen worden. Das bezweifelte man schon damals. Das Marine Department – das muß festgehalten werden – lehnte es ab, das Logbuch der „Greer“ dem Seeamt zu übergeben [184], um festzustellen, ob die offizielle Behauptung zu Recht bestünde.

Roosevelt schlug aus diesem Zwischenfall in einer Kamin-Plauderei am 11. September 1941 Kapital [185]. Er behauptete, es sei ein Angriff gewesen, „nach Gesetz und Moral Piraterie“, und das die „Nazis internationale Rechtsbrecher“ wären. Und er sagte:

„... Wenn Sie eine Klapperschlange zum Angriff bereit sehen, dann warten Sie nicht, bis sie angegriffen hat, um sie zu erschlagen. Die Nazi-U-Boote und -Zerstörer sind die Klapperschlangen des Atlantik ...

... Von nun an werden die deutschen und italienischen Kriegsschiffe, wenn sie Gewässer befahren, deren Schutz für die amerikanische Verteidigung notwendig ist, dies auf eigene Gefahr tun.“

Das war die „Probeschuß“-Rede; sie ließ für die Öffentlichkeit einen kleinen Teil vom Inhalt des Kriegsplanes 51 erkennbar werden, der tatsächlich schon im Geheimen in Kraft war. Churchill erwähnte in einem „höchstgeheimen“ Brief an General Smuts [186], daß das amerikanische Volk in vollständiger Unkenntnis des „ungeheuren Gebietes, dessen es sich annehmen muß“, gehalten werde. Dies war tatsächlich unerklärter Krieg. Am 13. September beorderte Roosevelt die Atlantik-Flotte, einige Transporte zu eskortieren, in denen sich keine amerikanischen Schiffe befanden [187]. Etwa um die gleiche Zeit willigte Roosevelt ein, Churchill mit „unseren besten Transportschiffen“ zu versorgen, – 12 Passagierdampfern und 20 Frachtschiffen mit amerikanischer Mannschaft – um zwei britische Divisionen nach dem mittleren Osten zu befördern [188]. Vorher waren bereits 50 amerikanische Tanker [189] nach England überführt worden sowie vier an Rußland, was im Osten der Vereinigten Staaten zu Brennstoffmangel und Polizeistunden führte.

Am 17. Oktober 1941 kam es zu einem weiteren Zwischenfall, als ein amerikanischer Zerstörer, die „Kearny“, Wasser-Bomben auf ein deutsches U-Boot warf [190], das den Angriff durch Torpedierung der „Kearny“ erwiderte. Zehn Tage später behauptete Roosevelt abermals, es sei ein nicht herausgeforderter deutscher Angriff gewesen und ließ eine Rede vom Typ des „Krämer-Schrecks am Wahlvorabend“ los, in der er ausrief: „. . . das Schießen hat begonnen, und die Geschichte hat verzeichnet, wer den ersten Schuß abgegeben hat.“ [192] Dann deutete er in einem Passus, dessen Bedeutung damals anscheinend übersehen wurde, vorsichtig an, daß die Republik durch seine geheimen Verpflichtungen gebunden wäre, indem er bezeichnenderweise sagte: „Ganz einfach und grob gesagt, wir haben uns verpflichtet (we are pledged), bei der Zerstörung des Hitlerismus mit unserem eigenen Ruder zu rudern.“ Roosevelt behauptete, Nachrichten von einem deutschen Plan zu haben, alle Religionen in Deutschland abzuschaffen und – „wenn Hitler gewinnt“ – in der ganzen Welt. Auch behauptete er, eine Karte zu besitzen, die den Beweis für die deutsche Absicht erbrächte, Lateinamerika zu erobern und es in fünf Vasallenstaaten umzugliedern. Aber bei seiner nächsten Pressekonferenz [193] machte er Ausflüchte und weigerte sich, diese Karte zu zeigen.

Am 31. Oktober 1941 wurde ein älterer Zerstörer, die „Reuben James“, etwa siebenhundert Meilen östlich Neufundland [194] torpediert, und mehrere Menschenleben gingen verloren. Die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit darauf wurde von Admiral Stark in einem vertraulichen Brief an Admiral Kimmel in Pearl Harbor geschildert: „Glaub es oder glaub es nicht, die ‚Reuben James‘ minderte die Rekrutierung um 15 % herab [195].“ Das beleuchtet das Andauern der öffentlichen Gegnerschaft gegen eine Beteiligung am Kriege. Mitte August war die im Aushebungsgesetz geforderte Dauer der Dienstzeit verlängert worden in Verletzung der Pflicht zu Treu und Glauben gegenüber den bereits Eingezogenen. Die Regierung hatte alle ihre politischen und schutzherrlichen Machtmittel anwenden müssen, um diese Verlängerung zu erzwingen, und trotzdem ergab die Abstimmung des Hauses 203 zu 202 Stimmen [196]. Von New-England, New-Jersey, Pennsylvanien, durch den Mittelwesten und bis hinauf zum Nordwesten, stimmte jeder einzelne Staat (außer Rhode-Island, Connecticut und Montana, die fünfzig zu fünfzig geteilt waren) zwei zu eins oder mit noch größerer Mehrheit gegen die Verlängerung der Dienstpflicht [197]. Die öffentliche Meinung war natürlich noch überwiegender gegen eine Beteiligung am Krieg, als es diese Abstimmung zeigte.

Als der Oktober 1941 zu Ende ging, war Roosevelts unerklärter Krieg im Atlantik zur Tatsache geworden und in vollem Gange. Aber damit nicht

genug, die Streitkräfte konnten unserer Verfassung gemäß nicht eingesetzt werden, bevor der Krieg nicht formell erklärt worden war, und darauf bestand keine unmittelbare Aussicht. Graf Ciano hat im deutschen Hauptquartier bei einem Besuch aufgezeichnet „... die Deutschen sind fest entschlossen, nichts zu unternehmen, was einen Eintritt Amerikas in den Krieg beschleunigen oder verursachen könnte ...“[198]. Dieser deutschen Haltung wegen hatte Roosevelt Ende Oktober 1941 keine Vorstellung mehr, wie er wohl zu einem förmlich erklärten Kriege kommen könnte: „... er hatte alles über eine ‚Kriegsverkürzung‘ gesagt, was nur gesagt werden konnte. Ihm blieben keine Tricks mehr übrig. Der Hut, aus dem er so viele Kaninchen gezogen hatte, blieb leer ...“ [199] Das einzige, worauf er noch kommen konnte, war, weiterhin zu warten[200], da die Vordertür zum Krieg in Europa fest verbarrikadiert schien. Deutschland und Italien waren scheinbar entschlossen, die fortschreitend wachsenden Herausforderungen der unneutralen Aktionen und Politik Roosevelts hinzunehmen.

Aber es gab ebensowohl Hintertüren wie Vordertüren. Es gab stets die unruhigen Verhältnisse im Fernen Osten. Einerseits würde eine friedliche Beilegung des japanischen Problems viele Kräfte zur Verwendung in Europa freimachen. Überdies schien es unwahrscheinlich – wenigstens Churchill[201] – daß Japan politischen Selbstmord begehen würde, indem es sich mit den Vereinigten Staaten und England in einen Krieg einließe. Auf der anderen Seite – wenn diese Ansicht richtig war und wenn gewisse amerikanische Diplomaten in ihrem Glauben, Japan könne schnell besiegt werden, nicht irrten – würde ein japanischer Krieg vielleicht ohne allzuviel Zeitverlust Roosevelts Probleme lösen bei seinem Vorhaben, Deutschland zu erobern. Vielleicht war der längste Weg außen herum der kürzeste nach Hause.

Es war kompliziert. Auf beiden Wegen gab es Für und Wider. Aber Roosevelt war auch ein komplizierter Mann und kein einfacher. Seine Absichten waren immer verwickelt und „seine Pläne niemals ganz durchdacht“ [202]. Darum kann es zutreffen, daß es in Roosevelts Haltung gegenüber der Zweckdienlichkeit von Frieden oder Krieg mit Japan eine verworrene, nicht klar zu Ende gedachte Unentschiedenheit gab. Es ist durchaus möglich, daß er sich bis Ende November 1941 nicht ganz auf die letztere Wahl – Krieg mit Japan – festlegte. Aus seinen eigenen ausdrücklichen Erklärungen wissen wir, daß er absichtlich Zeit zu gewinnen suchte. Zeit zu gewinnen suchen ist manchmal nur ein Weg, eine Entscheidung hinauszuschieben, aber es kann auch eine Methode sein, eine günstige Gelegenheit abzuwarten, um eine bereits getroffene Entscheidung in die Tat umzusetzen.

Am 25. November 1941 beriet Roosevelt mit seinem Kabinett[203], wie man die Japaner „in die Lage manövrieren könnte, „den ersten Schuß abzufeuern, ohne selbst zu viel Gefahr dabei zu laufen.“ Am 1. Dezember gab Roosevelt sehr geheim den sinnlosen Befehl, die Cockleshall Kriegsschiffe in die zu ihrer Zerstörung angegebene Position zu fahren. Aber andere und bedeutendere Ereignisse bereiteten sich vor: bevor eine Woche verstrichen war, konnte Churchill[205] zu Bett gehen, um „den Schlaf des dankbaren Geretteten zu schlafen... So haben wir doch gewonnen... Britannien wird leben ... und das Empire wird leben ... Vereint werden wir jedermann sonst in der Welt überwinden ... Wir brauchen nicht einmal persönlich dafür zu sterben.“

So konnte es sein! Aber Pläne, vor allem Kriegspläne pflegen nicht immer so zu geraten, wie ihre Planer es beabsichtigen. Der Plan für den Krieg, der mit Pearl-Harbor begann, war ein Zick-zack-Gewächs, das in Heimlichkeit, Unneutralität, Verdrehung der Tatsachen und Betrug wurzelte. Moralisch gesprochen konnte man von einem solchen Baum nicht erwarten, daß er gute Früchte trägt, und er tat es nicht.

Wie sich herausstellte, war Japan nicht leicht zu besiegen. Es war der letzte Feind, der sich ergab. Und immer schien ein bösartiger Krankheitsherd die Atmosphäre zu verseuchen. Gegen Japan warfen wir die Atombombe und gaben damit der Welt ihr Vorhandensein bekannt – unnötig, wie dann ruchbar wurde. Und unnötig, wie ebenfalls durchsickerte, waren jene geheimen Verhandlungen und Abmachungen mit Rußland in Yalta. So kam Rußland in die Mandschurei, nach China und Nord-Korea. Das Ende der Geschichte ist noch zu erzählen. Vielleicht werden zukünftige Historiker eines Tages hier den Ursprung des dritten Weltkrieges nachweisen, aber wenn sie das tun, werden sie nicht ganz korrekt sein. Die Wurzeln reichen tiefer. Sie reichen zurück bis zu Roosevelts Preisgabe der Neutralität; sie schließen seine diplomatische Ungeschicklichkeit ein und seine mangelnde Fähigkeit, seine Pläne gründlich zu durchdenken. Nicht zuletzt bleibt noch seine Neigung zur Heimlichkeit und zum Betrug an seinem eigenen Volk sowohl als an anderen. Vielleicht ist es doch wahr, – und vielleicht wird es noch einmal allgemein anerkannt – daß auch in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten Ehrlichkeit die beste Politik ist.

Der Bankerott einer Politik

von

William Henry Chamberlin

„Amerika hat den größten seiner Präsidenten verloren. Die Welt hat ihren größten Führer verloren. Was sagen Worte angesichts eines so überwältigenden Unglückes? ... Tun wir recht daran, in einer Flut des Schmerzes zu versinken, uneingedenk der Vorsehung, die uns diesen Mann in der Stunde unserer größten Not gab und ihm erlaubte, bei uns zu bleiben, bis der Sieg unverlierbar geworden war? Wie würde die Welt heute aussehen, wenn wir Rooseveelt nicht gehabt hätten? Unter einem weniger entschlossenen Präsidenten wäre Amerika vielleicht gar nicht oder zu spät in den Krieg eingetreten ... Wenig Männer haben je so viel von sich zurückgelassen, so viel Kräfte, die weiter leben ...

Roosevelts Gestalt wird in der Geschichte in beispiellosem Glanz dastehen. Er starb auf dem Höhepunkt seiner Größe, unberührt von dem Gegenpol der Nachkriegsverwirrungen und -verneinungen.

Alwin Johnson: „In Memory of Roosevelt"
The Clock of History, S. 241–42

„Wo immer Menschen sich zu Ehren der Baumeister ihres Glückes versammeln, da werden sie dankbar des Werkes von Franklin Delano Roosevelt gedenken!"

Basil Rauch: „Roosevelt from Munich to Pearl Harbor", S. 496

I. Er lügt uns in den Krieg

Seinen eigenen offiziellen Verlautbarungen nach, die er bei mehreren Gelegenheiten und mit besonderem Nachdruck vor der Präsidentenwahl von 1940 wiederholte, war Franklin Delano Roosevelts Politik nach Ausbruch des Krieges in Europa 1939 vorwiegend von einem Gedanken beherrscht: wie den Vereinigten Staaten der Frieden zu erhalten sei. Eine der ersten Handlungen des Präsidenten nach Beginn der Feindseligkeiten war, den Kongreß zu einer Sondersitzung einzuberufen, um diesen um den Widerruf des Verbotes der Waffenausfuhr an kriegführende Mächte, das einen Teil der Neutralitätsgesetzgebung darstellte, zu bitten. Er begründete diese Bitte damit, daß dies den Vereinigten Staaten helfen würde, den Frieden zu bewahren:

„Laßt keine Gruppe sich anmaßen, ein alleiniger ‚Friedens-Block' zu sein. Wir gehören alle dazu ... Ich versichere Ihnen mit tiefer und un-

wandelbarer Überzeugung, die auf Jahren der Erfahrung als Arbeiter auf dem Felde des internationalen Friedens beruht, daß durch den Widerruf des Beschlagnahmegesetzes die Vereinigten Staaten den Frieden mit mehr Wahrscheinlichkeit wahren werden, als wenn das Gesetz bestehen bleibt, wie es heute ist ... All unsere Handlungen müssen von dem einen einzigen Gedanken geleitet werden, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten.“

Diese Feststellung wurde getroffen, nachdem der Präsident eine geheime Korrespondenz mit Winston Churchill, dem ersten Lord der Admiralität und späteren Premierminister der Britischen Regierung, eröffnet hatte. Nach dem, was inzwischen von dieser Korrespondenz bekannt geworden ist, – sogar nach Churchills eigenen Memoiren – kann man erheblich daran zweifeln, ob sie wirklich nur den Zweck verfolgte, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten.

Roosevelt spielte seine Rolle als hingebender Verteidiger des Friedens selbst nach der Niederlage Frankreichs noch weiter, als Groß-Britannien einem Kriege ausgeliefert war, den es, dem Gleichgewicht der Kräfte bezüglich Menschen und Material entsprechend, nicht hoffen konnte, ohne Hilfe anderer, größerer Mächte wie der Vereinigten Staaten oder Sowjet-Rußlands zu gewinnen. Die Aufrufe des Präsidenten, die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten aufrecht zu erhalten, erheben sich während der letzten Tage des Feldzuges von 1940 zu einem schrillen Crescendo.

Roosevelt sagte am 30. Oktober in Boston: „Ich habe es bereits gesagt, aber ich will es noch einmal und noch einmal sagen: Eure Jungens sollen nicht in einen fremden Krieg gehen!“ Der gleiche Gedanke wurde in einer Rede in Brooklyn am 1. November verkündet: „Ich kämpfe dafür, unser Volk aus fremden Kriegen herauszuhalten; und ich werde weiter kämpfen.“

Am 2. November sagte der Präsident seinen Zuhörern in Rochester, New York: „Eure nationale Regierung ... ist gleichbedeutend mit einer Friedensregierung – einer Regierung, die den Frieden zu erhalten beabsichtigt.“ Am gleichen Tage wurde den Wählern in Buffalo versichert: „Euer Präsident sagt, daß dieses Land nicht in den Krieg gehen wird.“

Und am 3. November erklärte er in Cleveland: „Das Hauptanliegen unserer auswärtigen Politik ist es, unser Land aus dem Kriege herauszuhalten.“

Soweit die *Worte* des Präsidenten. Wie aber sahen die *Taten* des gleichen Präsidenten aus? Amerikas Verwicklung in den Krieg mit Deutschland war eine lange Reihe von Schritten vorausgegangen, die vernünftiger-

weise nicht als Verfolgung des vorgegebenen Zieles, die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herauszuhalten, angesehen werden konnten. Die wichtigsten dieser Schritte sollen hier aufgezählt werden:

1. Die Überführung amerikanischer Zerstörer in britische Stützpunkte im Karibischen Meer und vor Neufundland im September 1940 bedeutete eindeutig Aufgabe der Bestimmungen der Neutralität und entsprechende Verletzung amerikanischer Gesetze. Eine Versammlung führender Regierungs-Juristen hatte damals entschieden, daß dieser Zerstörerhandel das Land rechtlich und moralisch in Kriegszustand versetze.

2. Das Inkrafttreten des Pacht- und Leihgesetzes im März 1941. In vollkommenem Gegensatz zu Wort und Sinn des Neutralitätsgestzes, wie es im Landesgesetzbuch verankert ist, machte dies die Vereinigten Staaten zum uneingeschränkten Handelskriegspartner gegen die Achsenmächte auf der ganzen Welt.

3. Die geheimen amerikanisch-britischen Stabsbesprechungen in Washington vom Januar bis März 1941. Mit besonderer Sorgfalt wurde nicht nur der Inhalt, sondern schon die bloße Tatsache ihres Stattfindens vor dem Kongreß verheimlicht. Zur gleichen Zeit, da die Regierungssprecher versicherten, daß mit dem Pacht- und Leihvertrag keine Kriegsbeteiligung verbunden wäre, formulierte die Stabskonferenz die aufschlußreichen Worte: „Wenn die Vereinigten Staaten in den Krieg mit Deutschland **verwickelt** werden."

4. Die Einrichtungen sogenannter „Neutraler Patrouillen", um den Engländern das Vorhandensein deutscher U-Boote im Atlantik melden zu können, im April 1941.

5. Die Beförderung amerikanischer Arbeiter nach Nord-Irland, um Marine-Stützpunkte zu bauen, mit dem offensichtlichen Hintergedanken an ein amerikanisches Expeditionskorps.

6. Die Besetzung Islands durch amerikanische Truppen im Juli 1941. Das war wohl etwas abwegig für eine Regierung, die behauptete, daß ihr Hauptanliegen sei, die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herauszuhalten.

7. Die Atlantik-Konferenz von Roosevelt und Churchill vom 9. bis 12. August 1941. Abgesehen von der Bloßstellung Amerikas als Partner in einer wirkungsvollen Deklaration der Kriegsziele, erwog diese Konferenz die Übergabe eines Ultimatums an Japan und die Besetzung der Cap Verdischen Inseln – einer portugiesischen Besitzung – durch amerikanische Truppen.

8. Die am 11. September förmlich angekündigte Anweisung an amerikanische Kriegsschiffe, auf gesichtete deutsche U-Boote zu schießen. An diesem Tage kann man den Beginn tatsächlicher Feindseligkeiten eher ansetzen als bei der deutschen Kriegserklärung, die nach Pearl Harbor erfolgte.

9. Die Erlaubnis zur Bewaffnung von Handelsschiffen und deren Entsendung in das Kriegsgebiet.

10. Das Einfrieren japanischer Gelder in den Vereinigten Staaten ab 25. September 1941. Dieser Schritt, dem gleichlaufende Handlungen Englands und Niederländisch-Ostindiens gefolgt waren, kam einer Handelsblockade Japans gleich. Die möglichen Kriegsfolgen dieser Entscheidung sind von Roosevelt selbst, kurz nachdem sie ergriffen worden waren, anerkannt worden. Einer Delegation erklärend, warum Ölexporte nach Japan nicht vorher gestoppt worden seien, sagte er:

„Vom Standpunkt unserer eigenen Verteidigung aus war es notwendig, dem Ausbruch des Krieges im Süd-Pazifik vorzubeugen. So versuchte unsere auswärtige Politik, einen Krieg, der dort ausbrechen würde, zu stoppen ... Wenn wir ihnen nicht das Öl abgeschnitten hätten, wären sie (die Japaner) wahrscheinlich schon vor einem Jahr nach Niederländisch-Ostindien gegangen, und wir hätten Krieg gehabt.“ [1]

11. Als der japanische Premierminister, Prinz Fumimaro Konoye, um ein persönliches Treffen mit Roosevelt nachsuchte, um eine freundschaftliche Regelung im Pazifik herbeizuführen, wurde dieses Ersuchen trotz der eindringlichen Empfehlung des amerikanischen Botschafters in Japan, Joseph C. Grew, abgelehnt.

12. Der letzte Schritt auf dem Weg zum Kriege im Pazifik war die Note Staatssekretär Hull's an die japanische Regierung vom 26. November. Vor der Übersendung hatte Hull den Vorschlag eines Kompromisses erwogen, daß die Blockade Japans eingestellt werden würde, wenn die Japaner sich von Süd-Indochina zurückzögen und ihre Truppen in Nord-Indochina sammelten.

Jedoch ließ Hull diesen Gedanken auf britischen und chinesischen Druck hin fallen. So telegrafierte er am 26. November ein regelrechtes Ultimatum, das ein bedingungsloses Zurückziehen japanischer Truppen aus China und Indochina forderte und darauf bestand, daß „keine andere chinesische Regierung als die nationalchinesische (Tschiang Kai Schek) unterstützt werden dürfe“. Hull gab zu, daß diese Note die japanisch-amerikanischen Be-

ziehungen aus dem Bereich der Diplomatie herauslöse und sie in die Hand militärischer Autorität lege.

Die negative Antwort Japans auf diese Note wurde fast gleichzeitig mit dem Angriff auf Pearl Harbor übergeben. Es bleibt ein seltsames und bis heute ungeklärtes Versagen in der Vorbereitung auf diesen Angriff, daß General Short und Admiral Kimmel, die Stadtkommandanten, nicht auf die große Gefahr hingewiesen wurden. Kriegsminister Stimson hatte die amerikanische Politik dahin erklärt, daß sie die Japaner dazu bringen wollte, den ersten Schuß abzufeuern, denn man hätte befürchten müssen, daß offene Vorsichts- und Verteidigungsbewegungen den bevorstehenden Angriff der japanischen Einsatzkräfte verhindert hätten, von denen man wußte, daß sie auf dem Wege zu irgendeinem amerikanischen Außenposten waren.

Hier ist wohl tatsächlich der Gipfel im Auseinanderklaffen von Wort und Tat des Präsidenten erreicht. Kein überzeugter Anhänger amerikanischer Nicht-Einmischung in einen Krieg außerhalb unserer Hemisphäre hat dem amerikanischen Volk mehr spezielle Versprechungen gemacht als Roosevelt während des Feldzuges 1940. Und es wird sich schwerlich ein Präsident finden lassen, der innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen seines Amtes mehr tun konnte, um die Vereinigten Staaten in den Krieg mit Deutschland und Japan zu stürzen, als Roosevelt es in den fünfzehn Monaten zwischen dem Zerstörerhandel und dem Angriff auf Pearl Harbor fertiggebracht hat.

Die ehemalige Abgeordnete Clare Booth Luce fand den richtigen Ausdruck, als sie Roosevelt anklagte, daß er uns in den Krieg gelogen hätte. Selbst ein Anhänger der Politik Roosevelts, Professor Thomas A. Bailey, gibt in seinem Buch ‚THE MAN IN THE STREET' die Schuld des Betruges zu, versucht sie aber mit folgenden Gründen zu entschuldigen:

„Franklin Roosevelt betrog das amerikanische Volk wiederholt während der Periode von Pearl Harbor . . . Er war wie ein Arzt, der dem Patienten zu dessen eigenem Besten Lügen erzählt . . . Das Land war bis zum Tage von Pearl Harbor überwältigend nicht-interventionistisch eingestellt, und ein offenkundiger Versuch, das Volk in den Krieg zu bringen, hätte zu einem gewissen Mißerfolg und zu einer sicheren Abwahl Roosevelts 1940 geführt und damit zu einer vollkommenen Niederlage seines endgültigen Zieles."[2]

Professor Bailey fährt in seiner Entschuldigung mit folgender Begründung fort, die allerdings wenig von jener historischen amerikanischen Kon-

zeption übrigläßt, daß eine Regierung dem Volk verantwortlich und moralisch verpflichtet ist, den Volkswillen zu vollziehen:

„Ein Präsident, der einem Volk die Wahrheit nicht anvertrauen kann, zeigt einen gewissen Mangel an Vertrauen in die Grundlagen der Demokratie. Aber da die Masse tatsächlich kurzsichtig ist und gewöhnlich nicht die Gefahr sieht, bis sie ihr am Halse sitzt, sind unsere Staatsmänner gezwungen, sie zu betrügen, bis sie endlich ihre dauernden Interessen erkennt. Genau das ist es, was Roosevelt tun mußte, und wer will behaupten, daß die Nachwelt ihm dafür nicht danken wird?“ [3]

Die Zusicherung des Präsidenten, „uns aus dem Krieg herauszuhalten“, mit der Roosevelt im Sommer und Herbst 1940 so verschwenderisch umging, war vielleicht – so könnte man allenfalls annehmen – durch die Entwicklung der internationalen Lage überholt, die es notwendig machte, die amerikanische Sicherheit und die westliche Halbkugel vor einer unmittelbaren Bedrohung zu schützen.

Aber es gab gar keine neue Entwicklung, die Roosevelts Schritte auf dem Wege zum Kriege von 1941 gerechtfertigt hätte. Die britische Insel war 1940 nicht angegriffen worden, als Hitler auf dem Höhepunkt seines militärischen Erfolges stand. Sie war 1941 sicherer gegen irgendeinen Angriff als je zuvor. Man vergleiche hierzu die erschreckenden Voraussagen von Knox und General Marshall über die drohende Invasion in England in den ersten Monaten 1941 mit den Zeugnissen Winston Churchills, der in seinen Memoiren schreibt: „Im April 1941 sah ich keine Gefahr mehr für eine Invasion, nachdem eigene Vorbereitungen dagegen getroffen worden waren.“

Darüber hinaus wußten die Regierungen von England und Amerika, daß Hitler einen baldigen Angriff auf die Sowjet-Union erwog. Solch ein Angriff mußte den größeren Teil aller deutschen militärischen Hilfsmittel binden.

Vor diesem Hintergrunde muß man die Aufrichtigkeit und den Realismus der Roosevelt'schen Alarmrede vom 27. Mai 1941 mit seinen Versicherungen beurteilen: „Der Krieg nähert sich dem Rande der westlichen Halbkugel. Er rückt der Heimat sehr nahe.“ Er sprach von dem „Nazi-Buch der Welteroberung“ und erklärte, es sei ein „Nazi-Plan“, die latein-amerikanischen Länder ebenso zu bedrohen, wie man den Balkan bedroht habe. Danach würden Kanada und die Vereinigten Staaten erdrosselt werden.

Es gibt auch nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß irgendein Zeugnis von derart sensationeller Bedeutung gefunden worden wäre, nicht

einmal, nachdem die Archive der deutschen Regierung zur Verfügung der Siegermächte standen. Die Gefahr für die Sicherheit Großbritanniens war 1941 wesentlich geringer als 1940. Es gibt keinen konkreten Beweis für eine deutsche Absicht, in jenem Jahre oder später die amerikanische Halbkugel anzugreifen.

Es bleibt also demnach nur der unausweichliche Schluß, daß mit dem Versprechen, „Amerika aus dem Kriege herauszuhalten", das amerikanische Volk mit Vorbedacht gefoppt worden ist, um es der Wiederwahl Roosevelts geneigt zu machen, um diesem damit die Möglichkeit zu verschaffen, seinen Plan, die Vereinigten Staaten in den Krieg zu treiben, allmählich vorzubereiten.

Welches Ziel hatte nun diese Beteiligung an einem globalen Krieg – vorausgesetzt, daß sie gelang?

II. Roosevelt proklamiert die Kriegsziele

Atlantik-Charta und die vier Freiheiten

In der Atlantik-Charta, dem Gegenstück zu Woodrow Wilsons vierzehn Punkten des ersten Weltkrieges, kann man die genaue Festlegung der amerikanischen Kriegsziele finden. Sie ist eine gemeinsame Darlegung, die Roosevelt und Churchill während ihres Zusammentreffens vor der Küste von Neufundland im August 1941 ausgearbeitet haben. Sie wurde als „gemeinsames Programm der Ziele und Grundsätze" in die ‚Deklaration der Vereinten Nationen' am 1. Januar 1942 in Washington aufgenommen.

Die Atlantik-Charta besteht aus folgenden acht Punkten:

„1. Ihre Länder begehren keinerlei Vergrößerung, weder gebietsmäßig noch anderweitig.

2. Sie wünschen keine Gebietsveränderung, die nicht im Einklang mit den freien Wünschen der betroffenen Völker steht.

3. Sie anerkennen das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschen, und sie wünschen Herrschaft und Selbstbestimmungsrecht derer wieder hergestellt, denen sie mit Gewalt genommen wurde.

4. Sie werden sich bemühen, ihren Verpflichtungen mit schuldiger Rücksicht nachzukommen, alle Staaten, ob groß oder klein, siegreich oder besiegt, in den Genuß eines gleichmäßigen Zuganges zum Markt und

den Rohstoffen der Welt, die zu ihrer wirtschaftlichen Wohlfahrt notwendig sind, zu führen.

5. Sie wünschen, eine vollkommene Zusammenarbeit aller Nationen in der Wirtschaft herbeizuführen mit dem Ziel, allen verbesserte Wirtschaftsformen, wirtschaftliche Vorteile und soziale Sicherheit zu bringen.
6. Nach der endgültigen Niederringung der Nazi-Tyrannei hoffen sie, einen Frieden herbeizuführen, der allen Nationen die Möglichkeit geben soll, innerhalb ihrer Grenzen in einem Frieden zu leben, der allen Menschen und allen Ländern gewährleisten soll, ihr Leben frei von Furcht und Not leben zu dürfen.
7. Ein solcher Friede soll allen Menschen die Möglichkeit bieten, Meere und Ozeane ohne Hinderung zu befahren.
8. Sie meinen, daß alle Völker der Erde in tatsächlicher und geistiger Hinsicht zum Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung kommen müßten. Da ein zukünftiger Frieden nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn Land-, See- oder Luftrüstungen von Nationen weiterhin zur Bedrohung oder möglichen Bedrohung außerhalb ihrer Grenzen gebraucht werden, glauben sie, daß eine Entwaffnung solcher Nationen vordringlich ist, um ein ausgedehntes und dauerndes System allgemeiner Sicherheit zu gewährleisten. Damit gleichlaufend werden sie alle anderen durchführbaren Maßnahmen ermutigen und unterstützen, die den friedliebenden Menschen die erdrückende Bürde der Bewaffnung erleichtern."

So wurden also unter den Bedingungen der Atlantik-Charta die Sieger des zweiten Weltkrieges ersucht, die Rechte eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen, und zwischen den Nationen den Grundsatz wirtschaftlich gleicher Chancen zu beobachten. Churchills späteres Argument, daß die Atlantik-Charta sich nicht auf Deutschland bezöge, steht in Widerspruch zu zwei Formulierungen des Dokumentes. Das sind der Hinweis auf „alle Staaten, ob groß oder klein, Sieger oder Besiegte" und „alle Menschen in allen Ländern".

Man kann in der Atlantik-Charta den Keim zu den Vereinten Nationen finden: „die Einrichtung eines ausgedehnten und dauernden Systems allgemeiner Sicherheit planen", ebenso wie den Glauben, die Nationen könnten in friedliebende Schafe und Angreifer-Böcke eingeteilt werden.

Sie schließt noch mit einer Verbeugung vor Präsident Roosevelt in der fröhlichen Vision: „alle Menschen in allen Ländern sollen ihr Leben frei von Angst und Not leben."

Nach seiner dritten Wahl hatte der Präsident in seiner Antrittsrede vom Januar 1941 emphatisch die allgemeine Verwirklichung der Vier Freiheiten als Grundlage für den Weltfrieden vertreten. Es waren die Freiheit der Rede, der Religion, sowie die Freiheit von Not und Furcht. Sie wurden der hervorragende „glitzernde Gemeinplatz“ in Roosevelt's Kriegszielen.

Ein gerechter Maßstab für den Erfolg und die Wirksamkeit der amerikanischen Teilnahme am Krieg würde der Grad sein, in dem die Nachkriegswelt durch die Freiheit von Furcht und Not, Freiheit der Rede und der Religion gekennzeichnet ist, durch das Recht der Völker, ihre eigene Regierungsform zu wählen und auf ihre eigene nationale Selbstbehauptung, durch den Fortschritt auf dem Wege zu den weltweiten Möglichkeiten des Wirtschaftsverkehrs sowie durch die Verminderung und Begrenzung der Rüstung.

Bedingungslose Übergabe

Das wurde ein offizielles amerikanisches und englisches Kriegsziel, nachdem Roosevelt dieses Wort auf der Januar-Konferenz 1943 in Casablanca hinausgeschleudert hatte. Es war offensichtlich aus einer Geistesverwirrung Roosevelt's entstanden, der zwei Episoden des amerikanischen Bürgerkrieges durcheinander brachte. Die Forderung nach sofortiger bedingungsloser Übergabe war seiner Zeit von General Grant bei der Belagerung von Fort Donelson erhoben worden. Dies scheint Roosevelt mit der Kapitulation von Lee's Vereinter Armee bei Appomattox durcheinander gebracht zu haben, wo der Ausdruck „bedingungslose Übergabe“ aber nicht gebraucht wurde. Trotz wiederholten Ersuchens von Spezialisten der psychologischen Kriegführung sowie von Frontkommandeuren weigerte Roosevelt sich so lange er lebte, diese Forderung zu mäßigen oder auch nur zu klären.

Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union

Stalin zu schmeicheln und ihn in die Rolle des guten Mitarbeiters auf der internationalen Bühne hineinzumanövrieren, war eines der Hauptanliegen Roosevelts. Nach Bullitt, dem ehemaligen Botschafter in der Sowjet-Union und in Frankreich, der eine Zeit lang der bevorzugte Ratgeber Roosevelt's war, und der während des Krieges Gelegenheit hatte, mit Roosevelt die russische Politik zu diskutieren, beruhte Roosevelt's Rußlandpolitik auf vier Grundsätzen:

a) Stalin ohne Einschränkung alles zu geben, was er verlangte, um den Krieg fortzuführen, und sich ihm gegenüber jeglicher Gegenleistungsforderung zu enthalten.

b) Stalin dazu zu überreden, ein Anhänger der allgemeinen Kriegsziele der Atlantik-Charta zu werden.

c) Stalin wissen zu lassen, daß der Einfluß des Weißen Hauses dazu verwandt werden würde, die amerikanische öffentliche Meinung zu einer günstigen Beurteilung der Sowjet-Union zu bringen.

d) Stalin persönlich zu treffen und ihn zu einer Annahme christlicher Sitten und demokratischer Grundsätze zu bekehren.

Bullitt, dessen Ansichten über das Sowjetregime sich nach seinen Erfahrungen als Botschafter in ziemlich negativer Richtung entwickelt hatten, übergab ein Memorandum darüber, weshalb diese Politik fehlschlagen müßte. Roosevelt's Reaktion hierauf war laut Bullitt folgende:

„Bill, ich bestreite die Tatsachen nicht. Sie sind richtig. Ich bestreite auch die Logik Deiner Erwägungen nicht. Ich habe aber so eine Ahnung, als sei Stalin gar nicht diese Art von Mensch. Harry (Hopkins) sagt, er sei es nicht, und daß er nichts weiter als Sicherheit für sein Land wolle. Und ich glaube, daß wenn ich ihm alles gebe, was ich kann, und nichts dafür zurückverlange, – noblesse oblige, – er nicht versuchen wird, irgend etwas zu annektieren, sondern mit für eine Welt der Demokratie und des Friedens arbeiten wird."

Eine ähnliche Deutung der Politik Roosevelt's wurde mit Wissen und Zustimmung des Präsidenten von Forrest Davis in ‚The Saturday Evening Post' im Mai 1944 geschrieben und stellte folgendes fest:

„Der Kern seiner Politik war die Beruhigung Stalins. So war er, wie wir ihn in Teheran gesehen haben. So war er auch während der schwierigen Diplomatie seit Stalingrad . . ."

„Man denke nur, wenn Stalin sich trotz aller Zugeständnisse als nicht zu besänftigen erwiesen hätte . . ."

„Indem Roosevelt um einen so ungeheueren Einsatz spielte wie kein Staatsmann vor ihm, wettete er, daß die Sowjet-Union Frieden gebrauche und dafür durch Gemeinschaft mit dem Westen zu bezahlen bereit wäre."

Dieser Eifer, die Sowjet-Union, koste es was es wolle, zu den erklärten Kriegszielen, die in der Atlantik-Charta verankert waren, und zu den Vier Freiheiten zu bringen, führte zu der Vereinbarung der beiden Hauptkonferenzen der „Großen Drei" (Roosevelt, Stalin und Churchill) während des Krieges in Teheran und Yalta.

In der Tat, die Zerschlagung der Großmächte Deutschland und Japan, stillschweigend inbegriffen in dem Schlagwort von der „Bedingungslosen Übergabe“ und die Besänftigung der Sowjet-Diktatur waren nur die zwei Seiten derselben Münze.

Durch die Zielsetzung der politischen Zertrümmerung, wirtschaftlichen Verkrüppelung und totalen Entwaffnung Deutschlands und Japans wurde das Gleichgewicht der Kräfte in Europa und Asien vollständig umgestürzt, (und, wie die erste Phase der Besetzung Deutschlands und Japans bewies, war dies die Frucht der bedingungslosen Übergabe.)

An den Grenzen der Sowjet-Union wurden ungeheure Räume von jeglicher Macht entblößt. Wohin das führen mußte, deuteten bereits Ende 1943 die seltsam prophetischen Worte des verstorbenen Jan Christiaan Smuts, Premierminister von Süd-Afrika, eines der erfahrensten und nachdenklichsten älteren Staatsmänner des Britischen Empires an:

„Rußland ist der neue Koloß auf dem europäischen Kontinent. Was die Nachwirkungen hiervon sein werden, kann niemand sagen. Wir können aber feststellen, daß dies eine neue Tatsache ist, mit der wir rechnen müssen, und wir müssen kühl und sachlich damit rechnen. Angesichts der Niederlage der anderen (gemeint sind Deutschland, Frankreich und Italien) und der Herrschaft Rußlands über den Kontinent wird seine Macht nicht nur groß sein, sondern immer noch größer werden, weil das japanische Imperium gleichfalls den Weg allen Fleisches gegangen sein wird. Darum wird jeder Einhalt oder ein Gleichgewicht, das sich vielleicht im Osten hätte erheben können, verschwunden sein. Sie werden Rußland in einer Stellung sehen, die kein Land jemals in der europäischen Geschichte eingenommen hat.“

Für die östlichen Kriegsziele

Zwei Kriegsziele wurden in Hulls Note vom 26. November 1941 für den Orient herausgestellt: das Zurückziehen der Japaner aus China und die alleinige Unterstützung der Nationalregierung von Tschiang Kai-Schek. Andere Ziele, die von Roosevelt, Churchill und Tschiang Kai-Schek in der Kairo-Erklärung vom 1. Dezember 1943 herausgegeben wurden, lauteten:

„Daß den Japanern alle Inseln im Pazifik abgenommen werden, die sie sich seit dem ersten Weltkriege 1914 angeeignet oder besetzt haben, und daß alle Gebiete, die Japan den Chinesen gestohlen hat, wie die Mand-

schurei, Formosa und die Pescadores, der Chinesischen Republik zurückgegeben werden. Auch werden Japan alle anderen Gebiete fortgenommen, die es sich mit Gewalt und aus Habgier genommen hat. Die vorerwähnten drei großen Mächte sind, der Versklavung des koreanischen Volkes eingedenk, entschlossen, daß Korea zu gegebener Zeit frei und unabhängig werden wird."

Hull's weltfremdes Moralisieren

Wir geben charakteristische Auszüge aus einer langen Aufstellung amerikanischer Kriegsziele wieder, die 17 Punkte umfassen und von Staatssekretär Hull am 21. März 1944 aufgestellt wurden:

„Bevor wir unsere auswärtige Politik festlegen, müssen wir erst unsere echten nationalen Interessen klar erkennen ... Zusammenarbeit von Nationen im Geiste guter Nachbarschaft, die auf den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Moral und Recht beruhen, ist die wirksamste Grundlage für Sicherheit und begründet das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohlbefinden unserer sowie aller Nationen.

Internationale Zusammenarbeit muß eventuell die Einrichtung einer nationalen Bewaffnung einschließen, damit die Rechtsordnung nicht mit Erfolg herausgefordert werden kann. Trotzdem muß die Last der Bewaffnung auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Wenn die Vorkehrungen der Vier-Mächte-Erklärung (in Moskau) wirksam geworden sein werden, wird keine Notwendigkeit von Einflußsphären, Bündnissen, Gleichgewicht der Kräfte oder irgendwelchen ganz speziellen Abkommen mehr bestehen, durch welche in einer unglückseligen Vergangenheit die Nationen bestrebt waren, ihre Sicherheit zu schützen oder ihre Interessen zu fördern ...

Das Anliegen der Atlantik-Charta ist dergestalt, daß sie jeder Nation, ob groß oder klein, eine größere Sicherheit des Friedens, größere Möglichkeiten für ihr Streben nach Freiheit, größere Erleichterung für materiellen Fortschritt geben wird. Aber dieses Anliegen schließt eine Verpflichtung für jede Nation ein, ihre Eignung zu einer sicheren und fortschrittlichen Regierungsweise zu zeigen, genauestens ihre festgelegten Verpflichtungen gegenüber anderen Nationen zu erfüllen, ihre territorialen Zwistigkeiten ausschließlich durch friedliche Methoden beizulegen und ihren vollen Beitrag zu einem dauerhaften Frieden zu leisten.

Jede souveräne Nation, ob groß oder klein, ist vor dem Gesetz und unter dem Gesetz gleichberechtigt mit jeder anderen Nation.

Der Grundsatz der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten, ungeachtet ihrer Größe und Macht, als Partner eines zukünftigen Systems wird den Grundstein bilden, auf dem die internationale Organisation errichtet werden soll.

Jede Nation soll frei sein, für sich selbst die Form und die Einzelheiten ihrer Regierungsorganisation zu entscheiden, solange sie ihre Angelegenheiten in einer Weise regelt, die nicht den Frieden oder die Sicherheit anderer Nationen gefährdet.

Alle Nationen, ob groß oder klein, haben das Recht, von jeder Einmischung von außen her in ihre inneren Angelegenheiten frei zu sein, sofern sie auch die Rechte anderer respektieren."

Das ist wohl das deutlichste offizielle Beispiel für jenes schale, unrealistische Moralisieren, das die amerikanischen Kriegsziele in den Nebel utopischer Kreuzzugsbemühungen hüllte. Hull stand nicht allein in seiner Neigung, die amerikanische Außenpolitik in eine Terminologie von Seligkeiten und Plattheiten zu kleiden, die sich völlig von der harten Tatsache entfernte, daß ein Krieg, der mit den barbarischsten Methoden ausgefochten wurde, mit unumgänglicher Folgerichtigkeit zu einem der allerungerechtesten und unbrauchbarsten Friedensverträge der Weltgeschichte führen mußte.

Wendel Willkie, dessen spätere Erklärungen beweisen, daß er im Feldzuge 1940 treulich Roosevelts Technik nachahmte, von Frieden zu sprechen, um Stimmen zu fangen, derweilen er über Maßnahmen nachdachte, die uns in den Krieg ziehen könnten, wetteiferte mit Hull in der Geschicklichkeit, nichtssagende Plattitüden hervorzubringen.

Welche besonderen Empfehlungen findet man in den folgenden typisch nebelhaften Betrachtungen in Willkies hastig geschriebenem Buch ‚ONE WORLD'?

„Um den Frieden zu erringen, erscheinen uns drei Dinge notwendig:

1. Wir müssen den Frieden jetzt auf Weltbasis planen.

2. Die Welt muß wirtschaftlich für Menschen und Nationen frei werden, damit der Frieden darin bestehen kann.

3. Amerika muß einen aktiven und konstruktiven Anteil an der Befreiung nehmen und den Frieden erhalten.

... wenn ich sage, daß der Frieden auf Weltbasis geplant werden muß, meine ich wortwörtlich, daß er den ganzen Erdball umgreifen muß. Konti-

nente und Meere sind nur Teile eines Ganzen, wenn man sie, so wie ich, aus der Luft gesehen hat. England und Amerika sind Teile. Rußland und China, Ägypten, Syrien, die Türkei, Irak und Iran sind ebenfalls Teile, und es ist unausweichlich, daß es keinen Frieden irgendwo in der Welt geben kann, bis die Grundlage für den Frieden in allen Teilen der Welt gesichert ist."

Vielleicht die originellste Formulierung der Kriegsziele stammt von Vicepräsident Henry A. Wallace. Nach Wallace war der Krieg „ein Kampf zwischen der freien und der versklavten Welt". „Die Völker", sagte er vertraulich voraus, „sind auf dem Wege zu einer größeren Freiheit als die glücklichsten Völker der Erde sie je genossen haben."

„Der Zweck dieses Krieges", erklärte Wallace in einem unangemessenen Fluge seiner Phantasie, „ist es, sicherzustellen, daß alle Menschen auf der Welt das Recht haben sollen, ein viertel Liter Milch pro Tag zu trinken."

Dann war da noch ein anderer Zweck: den Teufel zu schlagen. Um noch mehr von jener Rede zu bringen, die Wallace den Ruf eines seherischen Propheten der Kriegszeit eintrug: »Satan ist auf die Welt losgelassen ... Durch die Führer der Nazi-Revolution versucht Satan jetzt, den einfachen Mann in der ganzen Welt in Sklaverei und Finsternis zurückzuführen ... Satan hat das Ungesunde auf uns losgelassen ... Die Götterdämmerung ist für Odin und seine Scharen angebrochen ... Wir werden den Schandfleck Europas – Hitler-Deutschland – tilgen und mit ihm den Höllenpfuhl des asiatischen Japan. Es gibt keinen Kompromiß mit Satan."

Die Gründung der Vereinten Nationen an Stelle des Völkerbundes

Die Vereinten Nationen beruhen, wie ihre Satzungen klar beweisen, auf der Annahme, daß das Kriegsbündnis der Westmächte, der Sowjet-Union und Chinas ewig währen würde. Walter Lippmann legte diese Theorie dar, als er 1944 schrieb:

„Es ist leicht zu sagen aber nicht wahr, daß die Verbündeten von heute die Feinde von morgen werden könnten ... Unser jetziges Bündnis gegen Deutschland ist kein zeitbedingtes. Es ist die Vereinigung von Nationen, die trotz mancherlei Zwistigkeiten, vielem Mißtrauen und sogar kurzer örtlicher Kriege, wie dem auf der Krim, seit mehr als einem Jahrhundert natürliche Verbündete sind. Es ist kein Zufall, daß England und Rußland verbündet waren, seit der deutsche Imperialismus zum Angriff aufstand, und daß die Vereinigten Staaten und Rußland sowohl unter dem Zaren als unter den Sowjets in lebenswichtigen Fragen immer zusammen gingen ..."

Jeder, der angemessene Geschichtskenntnis besitzt, kann die Fehler dieser Behauptungen nachprüfen. Es hat viele Gelegenheiten während der letzten Jahrhunderte gegeben, bei denen die wesentlichen verbündeten Nationen des zweiten Weltkrieges gegeneinander recht anders als „natürliche Verbündete“ fühlten und handelten.

Trotzdem bildete der Glaube an die Dauer des Kriegsbündnisses den Eckpfeiler der Vereinten Nationen, als diese in Dumbarton Oakes entworfen, in San Franzisko vollendet und in London eingeweiht wurden. Die Vereinten Nationen legten die vollstreckende Macht in die Hände des Sicherheits-Rates, eines Gremiums von fünf dauernden und sechs wechselnden Mitgliedern. Die fünf dauernden Mitglieder waren Amerika, Sowjet-Union, England, Frankreich und China.

Unwichtigere Angelegenheiten ausgenommen darf der Sicherheitsrat nach der Satzung nur mit ausdrücklicher Genehmigung der fünf Dauermitglieder handeln. Ein einziges Veto kann der Satzung nach alle Handlungen lähmen. Dieses Veto kann nicht nur große Entscheidungen, wie den Gebrauch von Streitkräften gegen Angreifer blockieren, sondern kann auch wesentlich kleinere Entscheidungen, wie z. B. die Zuwahl neuer Mitglieder zu den Vereinten Nationen verhindern.

Die Satzung trifft keinerlei wirksame Vorsorge für Wachstum oder Veränderung. Sie kann nur mit Zustimmung aller dauernden Mitglieder verändert werden. Als die Verfassung der Vereinten Nationen geschaffen wurde, wurde alles darauf ausgerichtet, daß die Kriegszusammenarbeit der Vereinigten Staaten, Englands und der Sowjet-Union – eine Zusammenarbeit, die nur durch Roosevelts Philosophie, Stalin alles zu geben, was er wünschte, möglich gemacht wurde – ewig dauern würde.

Amerikas nationale Sicherheit

Die Teilnahme Amerikas am zweiten Weltkriege ist, genau wie die am ersten, damit begründet worden, daß Amerikas Sicherheit lebensgefährlich bedroht sei, wenn die Achsenmächte nicht zerschlagen würden. Es gab noch unreifere und spitzfindigere Lesarten dieser Gründe. Die unreifste Lesart, die häufig in der interventionistischen Literatur von 1939–41 zu finden ist, war das seltsame Bild von einer deutschen Invasion und Besetzung des amerikanischen Kontinents – das notorische Märchen von „Hitlers Fahrplan“, Iowa über Dakar-Brasilien anzugreifen. Man nahm an, daß es die Amerikaner bei dem Gedanken schaudern würde, Sturmtruppen durch die Straßen amerikanischer Städte randalieren und friedliche Bürger mißhandeln

zu sehen. Ein interventionistisches Plakat zeigt amerikanische Kinder, die gezwungen werden, das Gebet „Adolf Hitler, geheiligt werde Dein Name" zu wiederholen.

Zu denen, die derartige Behauptungen einfach lächerlich fanden, oder zumindest reichlich unwahrscheinlich, gab es eine andere Art von psychologischem Zugang. Es wurde bewiesen, daß selbst wenn kein persönlicher Angriff auf die westliche Halbkugel erfolgte, doch jedenfalls die amerikanische Lebensweise empfindlich durch den Sieg der Achsenmächte gestört werden könnte. Die amerikanische Wirtschaft würde uniformiert werden, die Atmosphäre eines bewaffneten Lagers würde verewigt werden, und man würde niemals mehr echten Frieden und Sicherheit genießen.

Ein berühmter Verteidiger des Interventionismus untersuchte ein Jahr vor Pearl Harbor, ob Amerika sich damit abfinden könne, etwa 3 Milliarden Dollar jährlich für Bewaffnung auszugeben. Soviel würde es kosten, wenn man Hitler nicht „aufhielte", berechnete er. Nachdem sie Hitler „aufgehalten" hatten, schlugen die Militär-Gewaltigen vor, daß wir sechzig Milliarden Dollar jährlich aufwenden müßten, um Stalin „aufzuhalten", und ihre Vorschläge wurden angenommen und in unseren Staatshaushalt eingebaut.

Man hatte doch weithin laut verkündet oder stillschweigend vorausgesetzt, daß der Krieg ein Weg zu dauerndem Frieden wäre, daß dem Niederringen der Achse ein Zeitalter guten Willens und der Sicherheit folgen würde.

Und so mögen die amerikanischen Kriegsziele kurz, wie folgt, zusammengefaßt werden: 1. Die Verwirklichung der Grundsätze der Atlantik-Charta und der Vier Freiheiten. 2. Die bedingungslose Übergabe der Achsenmächte und Tilgung dieser zwei Mächte vom Plan der Weltpolitik. 3. Friedliche Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union für lange Zeit. 4. Die Auflösung des japanischen Imperiums und die Unterstützung der Nationalregierung in China. 5. Eine gemischte Liste wünschenswerter moralischer Ideale, einschließlich Regelung des internationalen Verhaltens durch Gesetze untadeliger Moral, der Versorgung jedes menschlichen Wesens auf der Welt mit einem Viertelliter Milch täglich sowie der Überwältigung des Satans. 6. Der Aufbau der Vereinten Nationen auf der Basis enger Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union. 7. Die Versicherung amerikanischer National-Sicherheit und die Begründung einer Atmosphäre internationalen Friedens und guten Willens, in der die Amerikaner und andere „friedliebende" Völker ihren Geschäften, frei von aller Last einer übermäßigen Bewaffnung sowie von Not und Angst nachgehen könnten.

Das waren die Bestrebungen. Was aber war der Erfolg, acht Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten? Laßt uns über die Erfüllung von Roosevelts Kriegszielen Punkt für Punkt nachdenken.

III. Wie weit sind Roosevelts Kriegsziele Wirklichkeit geworden?

Die Versprechungen der Atlantik-Charta

Die ersten drei Klauseln der Atlantik-Charta versichern in einer sehr klaren und unzweideutigen Sprache das Recht jedes Menschen, die Form seiner Regierung, unter der er zu leben wünscht, selbst zu wählen. Diese Klauseln verzichten auf territoriale Vergrößerungen aller Unterzeichnermächte. Territoriale Veränderungen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen, werden abgelehnt.

Bevor er die Atlantik-Charta unterschrieb, hatte Stalin freiwillig jede territoriale Vergrößerung in einer Rede, die er in der Sowjet-Union gehalten hatte, abgelehnt, einer Rede, die weithin als Inhalt der sowjetischen Außenpolitik zitiert wurde. Der Sowjetführer erklärte: „Wir werden keinen Zoll unseres Bodens hergeben, doch werden wir auch keinen Fußbreit fremden Bodens begehren."

Bei Kriegsende begehrte die Sowjet-Union nicht einen Fußbreit, sondern 273 947 Quadratmeilen fremden Bodens, die von 24 355 000 Menschen bewohnt wurden. Die sowjetischen Erwerbungen waren folgende:

	Gebiet in Quadratmeilen	Bevölkerung
Ostpolen	68 290	10 150 000
Finnisch Karelien	16 173	470 000
Litauen	24 058	3 029 000
Livland	20 056	1 950 000
Estland	18 353	1 120 000
Bessarabien und nördl. Bukowina	19 360	3 748 000
Moldau	13 124	2 200 000
Petsamo	4 087	4 000
Königsberg u. Umgegend	3 500	400 000
Karpatho Ukraine (Westtschechei)	4 922	800 000
Süd Sachalin	14 075	415 000
Kurilen	3 949	4 500
Tannu Tuva	64 000	65 000

In keinem Falle konnte man überzeugend behaupten, „die geäußerten Wünsche der betroffenen Völker gehört zu haben“ oder das „Recht aller Völker, die Form ihrer Regierung, unter der sie zu leben wünschten, selbst zu wählen“, respektiert zu haben. In den meisten Fällen hat man die stärksten Beweise dafür, daß diese Sowjet-Annektionen den betroffenen Völkern höchst widerwärtig waren.

Den Finnen z. B., die in Karelien lebten, wurde die Wahl gestattet, in ihrer Heimat zu bleiben oder ohne allen Besitz nach Finnland zu gehen. Die Option fiel fast ausnahmslos für Finnland aus. Ein hoher Prozentsatz der Litauer, Letten und Esten zog eine düstere Existenz in den DP-Lagern der Aussicht vor, in die Heimat zurückzukehren und dort unter die Sowjetherrschaft zu fallen.

Die Begeisterung der Bevölkerung Ostpolens für die Sowjet-Annektion kann an der Tatsache gemessen werden, daß etwa eine Viertelmillion von ihnen in die Sowjet-Union deportiert wurde, und zwar unter Begleitumständen von derart barbarischer Grausamkeit, daß etwa 300 000 Menschen umkamen. Die Deutschen, die die Besetzung überlebten, wurden aus dem Bezirk um Königsberg ausgewiesen. Die Vergewaltigung der Grundsätze der nationalen Selbstbestimmung, die zur Annektion Ostpolens durch die Sowjet-Union führte, wurde von einer noch größeren Vergewaltigung begleitet, nämlich der willkürlichen Übertragung aller deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen. Das bedeutete die Enteignung von mindestens 9 Millionen Deutschen in ihrer Heimat, die als geschlossenes Gebiet Jahrhunderte hindurch einwandfrei deutsch gewesen war.

Die sowjetischen Annektionen auf Kosten Polens geschahen mit ausdrücklicher Ermächtigung durch die Konferenz von Yalta, von Roosevelt, Stalin und Churchill, im Februar 1945. Die gleiche Konferenz anerkannte, daß „Polen wesentlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen“ erhalten solle. Mit anderen Worten: sie hießen die brutale Entwurzelung von vielen Millionen Menschen aus ihrer Heimat und weitgehende Verpflanzung der Bevölkerung in völliger Mißachtung der Wünsche der betroffenen Menschen gut. Man kann sich keinen größeren Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Atlantik-Charta vorstellen.

Mit einer seltenen Mischung von Heuchelei und Zynismus enthält die Yalta-Erklärung jedoch folgenden Absatz, der die Atlantik-Charta in eben dem gleichen Dokument bekräftigt, das zur Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts ausdrücklich ermächtigt:

„Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft muß durch Prozesse vollzogen werden, die es den befreiten Völkern ermöglichen, die letzten Spuren des Nazi-Faschismus auszutilgen und dafür demokratische Einrichtungen ihrer eigenen Wahl zu schaffen. Das ist ein Grundsatz der Atlantik-Charta, das Recht für alle Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschen – die Wiederherstellung souveräner Rechte und Selbstverwaltung für jene Völker, die ihrer durch die Angreifer-Staaten mit Gewalt beraubt worden sind.“

War die Selbstbestimmungsklausel der Atlantik-Charta dank der Handlungen und Entscheidungen der Siegermächte bald als Betrug und Hohn entlarvt, so ging es mit den anderen Versprechen in diesem Dokument nicht besser. Punkt vier und fünf sind prunkende Forderungen nach Gleichheit der wirtschaftlichen Möglichkeiten für alle Nationen „ob große oder kleine, Sieger oder Besiegte“.

Gleichheit der wirtschaftlichen Möglichkeiten würde eine allgemeine Beseitigung der Handelsschranken, freie Konvertierbarkeit der Währung und keine Beschränkung der Wirtschaft anderer Nationen bedeuten. Aber acht Jahre nach Kriegsende waren bürokratische Regulierungen des internationalen Handels, die nicht konvertierbare Währung, Tausch- oder Halbtauschhandel zwischen den Nationen immer noch die Regel und nicht die Ausnahme.

Und dieses Versprechen der Charta wurde vollends durch mancherlei benachteiligende Einschränkungen der Nachkriegs-Handelsentwicklung in Deutschland und Japan annulliert. Unter dem Morgenthau-Plan wurde ernsthaft vorgeschlagen, das dicht besiedelte, industriell hoch entwickelte West-Deutschland vornehmlich in ein Agrar- und Weideland zu verwandeln und die Kohlenminen Deutschlands – die doch eine unersetzliche Energiequelle nicht nur für Deutschland, sondern auch für die europäische Industrie sind, zu schließen und für immer zu zerstören.

Die ganze politische Grausamkeit und wirtschaftliche Idiotie des Morgenthau-Planes, der den Hungertod für Millionen Deutsche bedeutete, wurde nicht in die Tat umgesetzt. Aber unter dem Potsdamer Abkommen, das die „Großen Drei“ im August 1945 schlossen und durch das „Hebung der Industrie“-Abkommen verstärkten, wurde die deutsche Wirtschaft in eine Zwangsjacke von unzähligen aussondernden Einschränkungen gesteckt.

So wurde Deutschland der Bau und die Benutzung von Ozeandampfern verboten. Die Höchstgrenze von 5 800 000 Tonnen – lächerlich niedrig gemessen an Deutschlands Industriekapazität und Erfordernissen – wurde für

die deutsche Stahlindustrie festgesetzt. Der Ausstoß an Werkzeugmaschinen wurde mit 11,4 % desjenigen von 1938 angesetzt. Die deutsche Möglichkeit eigenen Lebensunterhalts wurde hierdurch sowie durch zahllose andere willkürliche Einschränkungen normaler wirtschaftlicher Aktivität geschmälert. Alles deutsche Eigentum im Auslande wurde beschlagnahmt, was den wieder erwachenden deutschen Außenhandel sehr erschwerte. Noch Jahre nach dem Kriege wurde eine unbarmherzige Demontierung deutscher Betriebsanlagen verlangt mit der Begründung, daß sie vielleicht für eine Remilitarisierung Deutschlands gebraucht werden könnten. Aber es wurden auch viele Betriebsanlagen demontiert, die keinerlei Beziehungen zur Rüstungsindustrie hatten, wie z. B. Seifenfabriken, optische Betriebe und dergleichen. Besonders die Engländer waren gewissenlos in ihrer Demontage, indem sie sich auf Betriebe konzentrierten, die vielleicht der englischen Industrie Konkurrenz machen konnten. Daß dies alles unvereinbar mit dem war, was man die „Wohlfahrts-Klausel“ der Atlantik-Charta nennen konnte, wurde von dem bekannten britischen Volkswirt Sir William Beveridge ausgesprochen, der nach einem Besuch in Deutschland im Jahre 1946 sagte:

„In einem dunklen Augenblick des Ärgers und der Verwirrung im Juli 1945 in Potsdam gaben wir die Atlantik-Charta preis, die unsere Ziele bezeichnet hatte: Für alle Nationen ein gehobener Lebensstandard, wirtschaftlicher Aufstieg und soziale Sicherheit, für alle Staaten – Sieger wie Besiegte – Zugang zu gleichen Bedingungen zum Handel und den Rohstoffen der Welt, die für ihre wirtschaftliche Wohlfahrt notwendig sind. Von Potsdam aus stellten wir stattdessen ein Programm auf, den Lebensstandard in Deutschland zu senken, seine Industrie zu zerstören und es seines Handels zu berauben. Die Taten der Alliierten während der letzten fünfzehn Monate in Deutschland machen aus der Atlantik-Charta eine Heuchelei.“

Klausel 6 und 7 der Atlantik-Charta tragen den Charakter etwas verschwommener Inspirationen. Sie sprechen von einem Frieden, der Sicherheit verlange, „damit alle Menschen in allen Ländern ihr Leben in Freiheit ohne Angst und Not“ leben könnten, und daß alle Menschen „die hohe See und die Ozeane ohne Hinderung durchkreuzen könnten“. Stacheldraht, Einwanderungs-Einschränkungen über die ganze Welt hin und fieberhafte Vorbereitungen unter der Oberfläche für das endgültige Grausen eines mit Atombomben ausgefochtenen Krieges betreffen augenscheinlich nicht diese Art von Frieden.

Der 8. und letzte Punkt der Charta, der Vorschlag, daß alle Nationen „dahin kommen müßten, den Weg der Gewalt zu verlassen“, treibt den

Spott bis zur Travestie, zu einer Zeit, da das bei weitem am stärksten und teuersten bewaffnete Geschlecht der Weltgeschichte sich ständig auf immer höhere Rüstungen zu bewegt.

Die Vier Freiheiten

Kurz gesagt: die Bewertung der Atlantik-Charta als Vorhersage und Zusicherung der zukünftigen Entwicklung ergibt genau null. Dasselbe kann man von ihrer Begleitung, den Vier Freiheiten sagen. Einer der unverkennbarsten Erfolge des zweiten Weltkrieges war die ungeheure Ausbreitung der Macht des sowjetischen Kommunismus und Totalitarismus.

Direkte Annektion brachte Stalins Imperium etwa 25 Millionen neuer Untertanen ein. Die indirekte Form, in Ost-Europa Satellitenstaaten zu bilden, brachte etwa 100 Millionen Ost- und Zentraleuropäer (Polen, Rumänen, Tschechen, Ungarn, Bulgaren, Albaner, Deutsche und Österreicher in den Sowjetzonen) in vollkommene Abhängigkeit vom Willen Moskaus. Etwa 500 Millionen Chinesen sind gleichfalls der kommunistischen Herrschaft untertan, wo nicht der russischen.

Kommunismus führt aber nicht zur Freiheit der Rede, Freiheit der Religion oder zur Freiheit von Furcht und Not. In der Tat, wenn man die Entwurzelung von annähernd zehn Millionen Menschen aus ihrer Heimat bedenkt, das Verhungern von Zehntausenden und die Verarmung von weiteren zehn Millionen, die wilden Bürgerkriege in Griechenland und Korea, die Zurückhaltung deutscher und japanischer Kriegsgefangener als Arbeitssklaven lange nach Beendigung der Feindseligkeiten, so scheint es zweifelhaft, ob je zuvor solch weitverbreitete „Not und Angst" geherrscht haben, wie man sie als unmittelbare Folgen dieses Krieges findet, der angeblich ausgefochten wurde, um diese Übel abzuschaffen.

Der Mißerfolg, die vier Freiheiten zu verwirklichen oder wirksam zu fördern, kann noch klarer aufgezeigt werden, wenn wir jede davon einzeln betrachten. Es liegt auf der Hand, daß in der Sowjet-Union als Resultat des Krieges kein Fortschritt der Meinungsfreiheit zu verzeichnen ist. In all den weiten Gebieten und großen Völkern, die von der Sowjet-Union übernommen oder beherrscht sind: dem Baltikum, Polen, Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Ungarn und den Balkan-Satelliten – nirgends gibt es Redefreiheit für die, die sich dem Sowjet-Regime widersetzen. Wenn auch Tito gegen den Kreml steht, so gibt es doch keine Freiheit, seine Regierung in Jugoslawien zu kritisieren.

Die Freiheit der Rede war auch in Westdeutschland Jahre hindurch von den Besatzungsmächten beschnitten, und sie ist auch jetzt noch nicht annähernd so wieder hergestellt, wie sie unter der Weimarer Republik geübt wurde. In Italien gibt es vielleicht mehr Freiheit als unter Mussolini, aber im falangistischen Spanien ist alles das Gleiche geblieben. Die Lage in England und Frankreich ist dieselbe wie vor dem Kriege. Redefreiheit ist begrenzt in verschiedenen totalitären oder fast totalitären Staaten Lateinamerikas. Und der Sieg des Kommunismus über China hat die Redefreiheit für 500 Millionen Chinesen beendet. Man kann daher mit nachdenklicher Zurückhaltung feststellen, daß die Redefreiheit durch den Krieg eher zurückgegangen als gefördert worden ist.

Das gleiche gilt für die Freiheit der Religion. Es gab kein Nachlassen in der Härte der sowjetischen Gegnerschaft gegen das Christentum. In der Tschechoslowakei und in Ungarn ist die katholische Hierarchie unbarmherzig verfolgt worden. Auch Repressalien wurden in den Satellitenstaaten angewandt. Die Eroberung Chinas durch den Kommunismus bedeutet, daß die christlichen Missionen in diesem großen Lande gefährdeter sind als jemals während des Boxeraufstandes. Das gleiche gilt für andere Gebiete Südwestasiens, die von Kommunisten beherrscht werden. Man hat versucht, die Nationalreligion der Japaner zu unterdrücken unter dem Vorwand, daß sie mit dem japanischen Militarismus gekoppelt wäre. Im falangistischen Spanien wird der Protestantismus verfolgt. Überall in der Welt ist die religiöse Lage die gleiche wie vor dem Kriege geblieben.

Die Angst vor körperlicher und wirtschaftlicher Gefahr hat seit dem Kriege wesentlich zugenommen. In totalitären Staaten sind Tod, Verbannung und Zwangsarbeit für die gesamte Bevölkerung zu befürchten außer für die herrschenden Funktionäre. Wie schon anderwärts ausgeführt, ist die wirtschaftliche Sicherheit selbst in den „freien Ländern“ durch die wachsenden Rüstungskosten, höhere Steuern, Schulden, Inflation und dergleichen bedroht. Die steigende Spannung eines kalten Krieges bedroht die Völker des ganzen Erdballes mit dem Entsetzen eines dritten Weltkrieges, der jeden Augenblick ausbrechen kann, ebenso wie die Wildheit der peripheren Kriege wie etwa in Korea oder Indochina.

Die Einführung von Atomwaffen bedroht das Leben jedes einzelnen Zivilisten auf der ganzen Welt, besonders bei den zivilisierten Nationen, die den Anprall des dritten Weltkrieges zu ertragen haben werden. Die Lage, in die der Atomkrieg die Welt gebracht hat, mag durch folgende „Sechs Geheimnisse zum Überleben“ illustriert werden, die kürzlich in einem offiziellen Büchlein ‚SURVIVAL UNDER ATOMIC ATTACK‘ veröffentlicht wurden, das der National Security Resources Board herausgab:

„1. Versuche Dich zu schützen. Wenn Du Zeit hast, gehe in den Schacht einer Untergrundbahn. Wenn Du zu Fuß überrascht wirst, suche Schutz an einer Hauswand oder lasse Dich in einen Graben oder Rinnstein fallen.

2. Lege Dich flach auf die Erde. Vermeide es, gestoßen zu werden. Lege Dich flach an den Sockel einer Mauer oder unter eine Bank.

3. Bedecke Dein Gesicht mit den Armen. Das wird Dein Gesicht vor Verbrennungen schützen und die Augen vor zeitweiliger Blindheit sowie herumfliegenden Splittern.

4. Lauf nicht gleich nach einem Angriff hinaus.

5. Nimm nur verpacktes Essen und verschlossene Getränke zu Dir. Ungeschütztes Essen oder Wasser können radioaktives Gift enthalten.

6. Verbreite keine Gerüchte. In dem Durcheinander, das einem Bombenangriff zu folgen pflegt, kann ein einziges Gerücht eine Panik auslösen, die Dir das Leben kostet.“

Daß die Angst vor Not seit dem Kriege wesentlich zugenommen hat, ist überall ersichtlich und ist bereits an anderer Stelle in diesem Teil des Buches hervorgehoben worden. In der Sowjet-Union lebt die Mehrzahl der Bevölkerung hinsichtlich Ernährung, Kleidung und Unterkunft weit unter dem Standard von Herkommen und Behaglichkeit. In den Zwangsarbeitslagern ist das Leben wirklich viehisch. Millionen wurden vom Baltikum und anderen Gegenden in die brutalen Sklaven-Arbeitslager transportiert, um dort Hungers zu sterben. Kriegsgefangene sind zu Tausenden verhungert oder sind einem Leben in Zwangsarbeitslagern ausgeliefert worden, das schlimmer ist als der Tod. Viele vertriebene Menschen, die nach Westdeutschland entkamen, leben immer noch von einem Existenzminimum. Millionen Deutsche, die aus Zentral- oder Osteuropa ausgewiesen wurden, verhungerten während der Austreibung oder leben jetzt in einem übervölkerten Lande, das seine ernährungssichernden Gebiete verloren hat. Viele Deutsche starben vor Hunger nach der Kapitulation, und alle lebten drei Jahre und länger nach dem Kriege unter einem angemessenen Existenzminimum. Bevor die Beschränkungen an den westdeutschen Produktionsstätten aufgehoben wurden, war es nötig, Lebensmittel für die Deutschen in diesen Gebieten zu beschaffen, und der größte Teil dieser Lebensmittel wurde aus den Vereinigten Staaten geliefert. Wenige von den Millionen Deutschen, die in den bombardierten Städten wohnen, haben die Möglichkeit gehabt, ihren Hausrat zu retten. Viele deutsche Gefangene lebten in Frankreich eine Zeit nach dem Kriege vollständig ausgeraubt. Die Lebensbedingungen der großen Masse in Frankreich, Italien und Spanien waren hart und deprimierend.

England verharrte im Zustand der ‚Knappheit', in dem Verbrauchsgüter und Nahrungsmittel so beschränkt blieben wie in Kriegszeiten. Manche meinten, daß England dieser Knappheit nur entgehen könnte, wenn eine große Anzahl Engländer nach den Commonwealth-Ländern auswanderte, soweit das möglich war. Die Übervölkerung Japans, die durch Millionen Heimkehrer vom Festland verursacht wurde, haben es zusammen mit der Zerstörung der japanischen Wirtschaft durch den Krieg notwendig gemacht, Unmengen von Lebensmitteln nach Japan zu senden, um seine Existenz zu erhalten. Der Bürgerkrieg in China nach dem Kriege brachte vermehrten Bedarf, und Hungersnot führte zum Hungertode von Millionen. Dieser Zustand blieb nach der kommunistischen Eroberung bestehen. Die Masse der Bevölkerung Indiens und Südwest-Asiens lebt von geringem Unterhalt, von zahlreichen Hungersnöten unterbrochen.

Selbst in den Vereinigten Staaten lebt ein Drittel der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze. Die Hälfte der Bevölkerung wohnt in unterdurchschnittlichen Häusern. Alle Klassen sind von Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten bedroht, und die Kaufkraft des Dollars beträgt heute nur 50 % von der von 1940. Inflation bedroht vor allem jene, die von einem festen Einkommen leben und keine Zinsen von Aktien, Bankkapitalien, Leibrenten und derlei besitzen. Erhöhte Aufrüstung kostet uns höhere Steuern und bringt ein Anwachsen unserer schon astronomischen Staatsschulden. In Lateinamerika ist „das gute Leben", bestimmt durch die Freiheit von Not, nirgends zur Wirklichkeit geworden. Und die Bedrohung durch einen dritten Weltkrieg beschwört die Gefahr einer allgemeinen Zerstörung des Besitzes herauf und der Hilfsmittel über die notwendigste menschliche Existenz hinaus.

Bedingungslose Übergabe

Dies ist das einzige Kriegsziel, das verwirklicht worden ist. Aber sein Ergebnis wird allgemein als verheerendes Unheil angesehen. Es gibt auch Beweise dafür, daß es den deutschen Widerstand versteift hat, als der Krieg längst verloren war. Es hat den Krieg wahrscheinlich um zwei Jahre verlängert. Dazu war eine riesenhafte Erweiterung der Bombardierungen und Zerstörungen notwendig, durch die der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands, der einen wesentlichen Teil der Gesundung Europas ausmachte, dem amerikanischen Steuerzahler noch weit schwieriger und teurer zu stehen kam. Eine überzeugende Anklage gegen das Schlagwort von der „Bedingungslosen Übergabe" und seine logische Fortsetzung in den sogenannten Kriegsverbrecherprozessen, bei denen auch das Mindestmaß an

unteilbarer Gerechtigkeit mißachtet wurde, ist von einem erfahrenen älteren britischen Staatsmanne, Lord Hankey, erhoben worden:

„Dies verschärfte den Krieg gegen den Endkampf hin unausweichlich, schlug das Tor für irgendwelche Möglichkeiten, allerseits Bedingungen anzubieten oder Handelsbeziehungen zu erneuern, zu und gab dadurch Deutschen und Japanern den Mut der Verzweiflung, stärkte Hitlers Stellung als ‚Deutschlands einzige Hoffnung', half der Propaganda von Goebbels und machte die Landung in der Normandie sowie den nachfolgenden schrecklich erschöpfenden und zerstörenden Vormarsch durch Nordfrankreich, Belgien, Luxemburg, Holland und Deutschland notwendig. Die Verlängerung des Krieges machte es Stalin möglich, das gesamte Osteuropa zu besetzen, den Eisernen Vorhang niederzulassen und auf einen Schlag seine beschworenen Ziele gegen den sogenannten Kapitalismus zu verwirklichen. Indem sie über alle höheren Regierungsbeamten in Deutschland und Japan verfügte, machte diese Politik ein Vertragschließen nach dem Kriege unmöglich und verzögerte damit Erholung und Wiederaufbau nicht nur in Deutschland und Japan, sondern auch überall sonst. Unter Umständen hat dies auch unsere Beziehungen zu unseren ehemaligen Feinden für alle Zukunft vergiftet. Nicht nur die Feind-Länder, sondern nahezu alle Länder sind infolge dieser Politik ausgeblutet. Sie hat uns alle – ausgenommen die Vereinigten Staaten von Amerika – verarmt und in schreckliche Verlegenheit gebracht. Unglücklicherweise hat diese, dem Geist der Bergpredigt so widerstrebende Politik auch nicht dazu beigetragen, die moralische Stellung der Alliierten zu stärken[4]."

Unter den Erfordernissen des kalten Krieges zwischen der Sowjet-Union und den Westmächten sind die politischen Folgen der bedingungslosen Übergabe zunehmend am Verblassen. Es entstand das wachsende Bestreben, die Beziehungen zu Deutschland, Japan und Italien zu normalisieren, und zwar nicht durch einseitiges Diktat, sondern durch die vernünftigere Methode des Gesprächs und der Verhandlung.

Eine kuriose Nachwirkung des Schlagworts von der bedingungslosen Übergabe war die weite und beispiellose Vorlage amerikanischen Kapitals, um den Handel der vernichteten Achsenmächte wieder herzustellen und zu stützen. Die Zuwendungen zugunsten Deutschlands, Japans und Italiens sind allmählich zu vielen Milliarden Dollar angewachsen, etwa zwanzigmal mehr als die Entschädigung, die Frankreich nach dem französisch-preußischen Kriege zu zahlen hatte. Man hätte bessere Erfolge mit einem geringeren Aufwande von amerikanischen Geldern erzielen können, wenn der Krieg mit seinen gräßlichen Zerstörungen nicht durch die Forderung nach

bedingungsloser Übergabe verlängert worden wäre und wenn man die Deutschen und Japaner nicht so vielen hindernden Einschränkungen, ihre eigene Wirtschaft zu führen, unterworfen hätte.

Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union

Dies ist vielleicht das unangenehmste Fiasko unter allen während des Krieges so vertrausenvoll proklamierten Zielen Roosevelts. In der Hoffnung, Stalin zufriedenzustellen und ihn für die Zusammenarbeit nach dem Kriege zu gewinnen, zögerten Roosevelt und Churchill nicht, alle Grundsätze, für die sie doch so heftig in ihrem Kriege fochten, zu verlassen, große Opfer vom amerikanischen und englischen Volke zu verlangen und nicht wieder gut zu machenden Schaden an der Wirtschaft und den Kulturdenkmälern Europas anzurichten.

Wenn es ein Land gibt, das tatsächlich berechtigt gewesen wäre, von dem Versprechen der Atlantik-Charta, von Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu profitieren, so war es Polen. Hitlers Angriff auf Polen war die Entschuldigung für Englands und Frankreichs Kriegserklärung gewesen. Die Polen kämpften gegen Deutschland zu einer Zeit, als Stalin, Molotow und von Ribbentrop freundliche Trinksprüche austauschten und die Teilung Polens sowie des gesamten osteuropäischen Raumes miteinander vereinbarten.

Doch ein besonderes Merkmal der diplomatischen Geschichte dieses Krieges ist die stufenweise Preisgabe zuerst des territorialem Bestands Polens und dann seiner Unabhängigkeit durch Amerika und England. Zur Zeit der Konferenz von Teheran (26. November bis 1. Dezember 1943) waren Roosevelt und Churchill bereit, Stalins Wunsch nach Annektion fast der Hälfte des polnischen Gebietes, das östlich der sogenannten Curzon-Linie lag und von einem Drittel der polnischen Bevölkerung bewohnt wurde, zu willfahren.

Zur Zeit der Yalta-Konferenz (2.–4. Februar 1945) waren sie bereit, nicht nur mit ihrer Unterschrift diese Verstümmelung polnischen Gebietes zu bekräftigen, sondern auch noch jene Regierung fallen zu lassen, die aus den Vertretern der wesentlichen politischen Parteien Polens bestand und mit der sie in London zusammengearbeitet hatten. An ihrer Stelle stimmten sie mit einigen, ihr Gesicht wahrenden und – wie die Ereignisse bald erwiesen – leeren Vorbehalten einer Regierung zu, die in Moskau um einen Kern polnischer Alt-Kommunisten gebildet worden war. Die kommunistische polnische Partei hatte eine unbedeutende Minderheit des polnischen Volkes dargestellt. Sie war bereits vor dem Kriege von der kom-

munistischen Internationale auf Grund äußerster Uneinigkeit, Trotzkismus und anderer Ketzereien aufgelöst worden. Das bloße Wort ‚Kommunist' war derart unpopulär, daß, selbst als die Rote Armee Polen besetzt hatte und eine von Moskau gewünschte kommunistisch beherrschte Regierung eingesetzt war, die Kommunisten sich ‚Arbeiter-Partei' nannten.

Aber mit Einwilligung der Westmächte konnte die kleine und keineswegs repräsentative Minderheit ihre Hand fest auf Polen legen und einen Modellfall für ähnliche Regierungen in andern Ländern hinter dem Eisernen Vorhang bilden. Das Zufriedenstellen der Sowjets in der Nachkriegszeit ging bis zum Äußersten, nämlich der Auslieferung General Wlassows und anderer politischer Flüchtlinge an die Sowjet-Behörden. Es kam zu jammervollen Szenen, Selbstmorden und Selbstmordversuchen unter den DP-Gruppen, die gegen ihren Willen mit der Rückführung nach Rußland bedroht wurden.

Auf der Yalta-Konferenz wurde der Sowjet-Union außerdem auch noch der Schlüssel zum Fernen Osten ausgehändigt. Bei dem verhängnisvollen Bemühen, völlig überflüssigerweise die sowjetische Teilhaberschaft am Krieg gegen Japan zu erkaufen, dem Stalin sowieso im letzten Augenblick beigetreten sein würde, bot Roosevelt dem sowjetischen Diktator die Äußere Mongolei, die schmalen, aber strategisch wertvollen Kurilen, Süd-Sachalin und, als wichtigstes von allem, politische und wirtschaftliche Konzessionen an, die der Sowjet-Union eine führende Stellung in der Mandschurei sicherten.

Die Mandschurei ist dank ihrer Naturschätze und dank einer ausgezeichneten Entwicklung durch die Japaner in der Zeit ihrer Oberhoheit der industriell wertvollste Teil Chinas. Ohne die chinesische Regierung auch nur zu fragen, vergab Roosevelt Chinas Recht auf volle Rückgabe der Mandschurei (wie sie in der Kairo-Erklärung versprochen worden war). So war es kein Zufall, daß die chinesischen Kommunisten später die Mandschurei als Basis benutzen konnten, um von dort aus das ganze kontinentale China zu überrennen.

Die Bevorzugung Stalins auf Kosten schwächerer Nationen kompromittierte die moralischen Kriegsziele vollkommen. Dabei erreichte sie nicht einmal ihren Zweck: eine freundschaftliche und mitarbeitende Sowjet-Union nach dem Kriege. Im Gegenteil: die sowjetischen Beziehungen zum Westen verschlechterten sich bald.

Binnen kurzer Zeit wurde es bei sowjetischen und westlichen Repräsentanten Brauch, eine Sprache zu führen, die in zurückhaltenderen Zeiten

einen Krieg heraufbeschworen hätte oder zum mindesten den Abbruch der Beziehungen. Die kämpferische kommunistische Propaganda, die darauf hinzielte, nichtkommunistische Regierungen beiseite zu räumen, hatte sich während des Krieges abwartend verhalten außer in den ost-europäischen und asiatischen Ländern, welche die Sowjet-Union schnell zu überwältigen hoffte. Nach dem Kriege wurde das alte Ziel wieder aufgenommen. Zahlreiche Spionageringe, die in sowjetischem Auftrage arbeiteten, wurden aufgedeckt, davon der bestorganisierte in Kanada.

Der Abschluß von Friedensverträgen mit Deutschland und Japan wurde auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben, weil wiederholte Konferenzen zwischen der Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjet-Union zu keinem Ergebnis führten. Es gab zwar keine natürlichen Grenzen zwischen Amerika und der Sowjet-Union, aber in einer langen, feindseligen Politik wurden zwischen beiden Ländern Grenzen entwickelt, die sich von Deutschland bis Korea erstreckten.

Deutschland, das bereits durch das Zugeständnis an Polen um einige sechzigtausend Quadratmeilen völkerkundlich deutschen Gebietes östlich der Oder-Neiße-Linie verstümmelt worden war, wurde durch eine unnatürliche Teilungslinie zwischen der sowjetischen und den westlichen Besatzungszonen getrennt. Ostdeutschland wurde in einen totalitären Staat nach sowjetischem Muster politischer Diktatur und wirtschaftlichen Kollektivismus' verwandelt. Westdeutschland blieb ein Gebiet, in dem das Privateigentum respektiert wird (ausgenommen einige organisierte und unorganisierte Plünderungen durch die Alliierten während der ersten Phase der Besetzungs-Politik) und wo so freie Wahlen, wie es eben unter fremder Besatzung möglich ist, durchgeführt wurden.

Von Zeit zu Zeit wurde der kalte Krieg angeheizt. Im März 1947, als Präsident Truman ankündigte, die Vereinigten Staaten würden Griechenland und die Türkei mit Waffen und Lebensmitteln gegen die kommunistischen Angriffe von innen und außen unterstützen, wich Amerika damit entscheidend von seiner traditionellen Außenpolitik ab. Damals breitete sich ein kommunistischer Kleinkrieg in dem nördlichen Teil Griechenlands aus und erhielt beträchtliche Hilfe von den drei angrenzenden Sowjet-Satelliten-Staaten Jugoslawien, Bulgarien und Albanien. Der Aufstand wurde schließlich unterdrückt, und die Lehenspflicht von Titos Jugoslawien gegenüber Moskau endete zu jener Zeit.

Eine noch ernstere Krise in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen trat im Sommer 1948 ein, als die Sowjetgewaltigen in Berlin eine Straßen-

und Schienensperre zum Westsektor der Stadt einrichteten. Der Zweck dieser Blockade war, die Westmächte zu zwingen, Berlin zu verlassen oder, wenn sie bleiben wollten, die Bildung einer westdeutschen Regierung aufzugeben. Der Blockade wurde man erfolgreich Herr mit Hilfe einer sehr teueren weitläufigen Luftbrücke, die die Stadt mit Lebensmitteln versorgte. Sie wurde im Sommer 1949 eingestellt, es folgten kleinere Belästigungen und Schikanen.

Die Sowjet-Union schloß Bündnisse mit ihren osteuropäischen Satelliten-Staaten und mit China, die sich eindeutig gegen Amerika richteten. Die Vereinigten Staaten übernahmen die Führung in der Organisation der west- und nordeuropäischen Staaten im Nordatlantik-Pakt, der sich eindeutig gegen die Sowjet-Union richtete.

Um die Jahrhundertmitte bezahlten die Vereinigten Staaten immer noch den Preis für den kalten Krieg (weite Unterstützung mit Waren und später militärischer Hilfe für das nicht kommunistische Europa und hohe Verteidigung-Ausgaben) in Milliarden von Dollar, in hohen Steuern und erhöhten Lebenshaltungskosten für die Amerikaner. Mit dem Angriff des Sowjet-Satelliten-Staates Nord-Korea auf Süd-Korea und dem Eingreifen Amerikas, das von den Vereinten Nationen gebilligt worden war, wurde ein zusätzlicher Preis von vielen Tausenden von Menschenleben, unendlichem Leid und weitgehender Zerstörung gefordert. Amerikas Verluste im Koreakrieg betrugen bis Ende November 1952 127 000 Menschen, darunter 23 000 Tote und 12 000 Vermißte. Dies war der dritt-kostspieligste Krieg der amerikanischen Geschichte. Und ein gigantisches Rüstungsprogramm, das darauf berechnet war, die Hilfsquellen der amerikanischen Wirtschaft bis zum Äußersten anzuspannen, war schon im Anlaufen.

Roosevelt hat in seiner Weihnachts-Rundfunksendung vom 24. Dezember 1943 dem amerikanischen Volke gesagt: „Um eine ungrammatische amerikanische Redewendung zu gebrauchen, sage ich, daß ich prächtig mit Marschall Stalin ausgekommen bin ... Ich glaube, daß wir auch weiterhin mit ihm und dem russischen Volke vorankommen werden, sehr gut sogar."

Diese Feststellung gehört mit der Atlantik-Charta und den Vier Freiheiten in die Kategorie der Voraussagen zur Entwicklung kommender Zustände, die erheblich daneben trafen.

Unsere unheilvolle Fernost-Politik

Im Fernen Osten wurden die Vereinigten Staaten offensichtlich in einen Krieg verwickelt, bei dem der Bankerott aller Hoffnungen und Ziele, die mit dem Kriege verbunden waren, ganz klar und unbestreitbar wurde.

Europa außerhalb des Eisernen Vorhanges steht immer noch im amerikanischen Lager, obwohl die wirtschaftlichen und militärischen Kosten der Pflege und Wiederherstellung eines durch den Krieg so sehr geschwächten Organismus hoch sind und noch immer wachsen.

Aber aus dem eigentlichen ostasiatischen Festland ist Amerika hinausgewiesen worden, abgesehen von dem gefährdeten Brückenkopf in Korea, der nur durch einen beträchtlichen Verlust amerikanischen Blutes gehalten werden konnte.

Die Vor-Kriegs- und Kriegs-Orient-Politik der Vereinigten Staaten beruhte auf zwei Voraussetzungen: daß China eine starke, verläßliche und freundschaftliche Macht würde, und daß die sowjetischen Absichten im Fernen Osten friedlich und freundschaftlich wären. Beide Voraussetzungen sind durch den Gang der Ereignisse zerstört worden.

Es besteht höchst berechtigter Anlaß, mit Sicherheit zu bestätigen, daß es keinen Krieg im Pazifik, kein Pearl Harbor, nicht die wilden, herzzerreissenden Kämpfe in Guadalcanal, Iwo Jima und Okinawa gegeben hätte, wenn nicht die amerikanische Politik die Unterstützung der Tschiang-Kai-Schek-Regierung bis zur äußersten Grenze in ihrem Kampf mit Japan getrieben hätte. Bei einem Diner der Gesellschaft für auswärtige Politik äußerte Präsident Roosevelt 1944: „Wir könnten uns mit Japan geeinigt und um einen Platz im japanisch beherrschten Asien gefeilscht haben, wenn wir das Herzblut des chinesischen Volkes ausverkauft hätten. Das aber haben wir ausgeschlagen."

Der verstorbene Henry L. Stimson, Kriegsstaatssekretär in Roosevelts Kabinett und eifriger Anwalt einer kriegerischen Politik sowohl im Pazifik als auch in Europa, bestätigt diesen Gesichtspunkt mit der Feststellung: „Wenn die Vereinigten Staaten irgendwann willens gewesen wären, Japan in China freie Hand zu lassen, dann wäre es zu keinem Krieg im Pazifik gekommen."

Dieses Argument verliert an tatsächlicher Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß der Friede mit Japan auch ohne ernstliche Opferung chinesischer Interessen hätte erhalten bleiben können. Ein Jahr vor Pearl Harbor waren die Japaner bereit, ihr Expansionsprogramm aufzugeben, wenn man ihnen einige Zugeständnisse gemacht hätte, die sie ihr Gesicht wahren ließen. Das aber wollten die Vereinigten Staaten beharrlich nicht zugestehen.

Die begeisterten Ausdrücke der amerikanischen Parteinahme für China stachen sehr von der lauwarmen Haltung Englands und der Sowjet-Union

ab, als es sich darum handelte, China als eines der fünf ständigen Mitglieder mit Vetorecht in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Aber alle diese amerikanischen Berechnungen, in China einen freundlichen Verbündeten zu gewinnen, zerstoben, als die chinesischen Kommunisten mit direkter oder indirekter Unterstützung der Sowjet-Union Ende 1949 China überschwemmten und das ganze weite Land mit seiner Bevölkerung von nahezu 500 Millionen unter Aufsicht nahmen.

Die chinesischen Kommunisten machten aus ihrer Abneigung gegen Amerika keinerlei Hehl. Sie richteten „Haß-auf-Amerika"-Tage und -Wochen ein. Sie boten den amerikanischen diplomatischen Vertretern wohlberechnete Beleidigungen, die ihresgleichen seit dem Boxeraufstand nicht gehabt hatten. Sie schnitten alle unabhängige Berichterstattung über China ab. Sie ordneten eine Reihe lästiger Maßnahmen an, die dazu dienen sollten, den Handel in China zu erschweren, wo nicht ganz zu unterbinden, und plünderten ausländische Firmen vollkommen aus, bevor sie ihnen erlaubten, zu schließen. Auch machten sie durch ein verärgerndes System der Genehmigungspflicht Reisen nach und in China nahezu unmöglich. Sie versäumten keine Gelegenheit, ihre Solidarität mit der Sowjet-Union zu bezeugen. Sie schleusten Mengen von Gerät und Lebensmitteln nach Korea, wodurch der Kampf und die Opferung amerikanischen Lebens verlängert wurde.

Angesichts der heftigen offiziellen antikommunistischen Erklärungen, die nach dem kalten Kriege üblich wurden, ist es gradezu eine Ironie, daß das Hauptergebnis der amerikanischen Verflechtung in den Fernost-Krieg die Festsetzung des kommunistischen Regimes in China wurde, just in dem Lande, das hatte „gerettet" werden sollen. Nach der Eroberung Chinas durch den Kommunismus wurden die Vereinigten Staaten in ein diplomatisches Dilemma verwickelt, das ebenso beschämend wie lächerlich ist.

Wir fahren damit fort, eine Regierung formell anzuerkennen – die Rumpf-Nationalregierung Tschiang Kai-Scheks –, während gleichzeitig das State Department alles in seiner Macht stehende tut, diese zu entmutigen, zu diffamieren und zu verunglimpfen. Typisch für die Haltung des State Department ist der folgende Absatz des Briefes, mit dem Staatssekretär Acheson das Weißbuch des State Department an China übermittelte:

„Der Verfall, den unsere Beobachter in Chunking zu Anfang des Krieges entdeckten, hatte die Widerstandskraft der Kuomintang verhängnisvoll gelähmt. Ihre Führer hatten sich als unfähig erwiesen, der sie bedrohenden Krise zu begegnen, ihre Truppen hatten den Kampfeswillen verloren und

ihre Regierung die offizielle Unterstützung ... Die Nationalarmee brauchte gar nicht bekämpft zu werden; sie löste sich auf. Die Geschichte hat wieder einmal bewiesen, daß eine Regierung ohne Selbstvertrauen und eine Armee ohne Moral nicht die Prüfungen eines Krieges überleben kann."

Die Regierung Tschiang Kai-Schek der Nachkriegszeit war gar nicht so wesentlich von der von 1940 verschieden. Wenn demnach Achesons Analyse richtig ist, wie muß man dann die Entscheidungen von Roosevelt, Stimson und Hull beurteilen, die Amerika als Ritter für dieses korrupte, unwirksame und unpopuläre Regime in den Krieg trieben?

Die Sinnlosigkeit der Lage wird noch dadurch erhöht, daß Acheson es bis zu den letzten Monaten des Jahres 1950 für unmöglich hielt, diplomatische Beziehungen zu der kommunistischen Regierung anzuknüpfen, die der Nationalregierung die Aufsicht über China entzog. Im gleichen Begleitschreiben finden sich noch folgende Sätze:

„Die kommunistischen Führer haben ihr chinesisches Erbe verspielt und haben öffentlich ihre Unterordnung unter eine fremde Macht, Rußland, angekündigt, die während der letzten fünfzig Jahre gleicherweise unter Zaren wie unter Kommunisten eifrig bemüht gewesen ist, den Fernen Osten unter Kontrolle zu nehmen ... Sollte die kommunistische Regierung sich für die imperialistischen Ziele Sowjetrußlands hergeben und Angriffe auf Chinas Nachbarn zu unternehmen versuchen, so werden wir und die anderen Mitglieder der Vereinten Nationen einer Lage gegenüberstehen, die die Grundsätze der Vereinten Nationen vergewaltigt und den internationalen Frieden und Sicherheit gefährdet."

Mit anderen Worten: Wenn die chinesischen Kommunisten sich so verhalten, wie ihre Philosophie und ihre Gleichschaltung mit Rußland es ihnen zwingend vorschreibt, werden wir genau wieder dort stehen, wo wir bei Pearl Harbor standen, gezwungen, einen weiteren Kreuzzug gegen Angreifer zu unternehmen, aber mit einer anderen Schurkerei. Ist es nicht eine vernünftige Konsequenz aus dem, was im Fernen Osten geschah, daß wir ebenso gut dran gewesen wären und dabei Leben und Gesundheit von Zehntausenden von Amerikanern erhalten hätten, die um dieses pazifischen Theaters willen umgekommen sind oder für immer verkrüppelt und verwundet wurden, wenn wir die Japaner, die Chinesen, Nationalisten und Kommunisten, sowie die Russen ihre eigenen Angelegenheiten hätten regeln und zu einem vernünftigen Gleichgewicht der Kräfte unter sich hätten kommen lassen?

Plattheiten und Seligkeiten

Die Vorstellung, daß dieser wüste Krieg für hohe und edle Ziele ausgefochten würde und eine Art von moralischer Wiedergeburt in die Welt brächte, hat sich als gespenstige Täuschung erwiesen. Es war absurd zu glauben, daß barbarische Methoden zu einem zivilisierten Ende führen würden.

„Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Moral und Gesetz" sind die Worte, mit denen der ehrwürdige Hull es liebte, die amerikanische Politik zu umreißen. Sie sind aber nicht charakteristisch für eine Welt, in der „Sättigung an Bombenwürfen" mit ihrer unterschiedlosen Ausrottung von Männern, Frauen und Kindern als berechtigtes Kriegsmittel angesehen wird und deren endgültiges Schiedsgericht die Atombombe ist.

Die Massenorgien von Vergewaltigung, Plünderung und allgemeiner Zerstörung, die den Einbruch der Sowjettruppen in Europa begleiteten („Asien an die Elbe bringen" lautete Churchills verspätet bedauernde Phrase), sind ohne Beispiel in der modernen europäischen Geschichte. Man könnte die zahllosen früheren Abkommen unter europäischen Mächten nach einem Kriege untersuchen, ohne etwas auch nur annähernd mit dem Morgenthau-Plan Vergleichbares zu finden, dieser überlegten Behinderung der wirtschaftlichen Erholung eines Volkes, wie sie durch die Potsdamer Erklärung und das nachfolgende Einebnen der Industriegebiete, oder mit der Verhöhnung der Gerechtigkeit, wie sie in den sogenannten „Kriegsverbrecher-Prozessen" geschah.

Hulls vertrauensselige Voraussage, daß „man keine Einflußgebiete, keine Verbündeten, kein Gleichgewicht der Kräfte" mehr brauchen würde, ist deutlich durch die Ereignisse noch Jahre nach dem Kriegsende Lügen gestraft worden. Die Sowjet-Union hat ein Netz von Abkommen mit den osteuropäischen und chinesischen Satelliten geschlossen. Der Nordatlantik-Pakt ist das ehrgeizigste Bündnis, in das die Vereinigten Staaten jemals eingetreten sind.

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjet-Union versuchen, das niedergeschlagene Deutschland und Japan für ihre miteinander konkurrierenden Bündnissysteme zu gewinnen und zu benützen. Wenn man irgendeine klare Linie in der amerikanischen Außenpolitik sehen will, so ist es die, mit ungeheurem Aufwand ein neues Gleichgewicht der Kräfte aufzubauen an Stelle desjenigen, das leichtsinnigerweise zerstört worden ist, indem man den Krieg gegen Deutschland und Japan bis zur totalen Vernichtung der politischen und militärischen Macht dieser beiden Nationen

trieb und damit die Sowjet-Union zur führenden Macht in den weiten Gebieten Eurasiens machte.

Wendel Willkies ,ONE WORLD' ist den Weg vieler anderer Kriegsillusionen gegangen. Was Willkie und Genossen übersehen hatten, ist, daß zu einer Zeit, in der die Wissenschaft eine weit schnellere Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen der Erde technisch ermöglicht hat, politische Schranken, die einer normalen menschlichen Fühlungnahme entgegenstehen, diese Entwicklung mehr als aufgewogen haben. Es erscheint zweifelhaft, ob je zu einer Zeit moderner Geschichte ein so großer Teil der Welt für normale Reisen so wirksam verschlossen gewesen ist wie heutzutage.

Was soll man zu Henry Wallace's Redensart „ein Viertelliter Milch täglich für jedes Menschenwesen" sagen? Als ich 1946 in Hamburg war, betrug die Ration wenig mehr als einen Schoppen entrahmter Milch wöchentlich, nicht täglich. Selbst dieses armselige bißchen war für die Deutschen oder für die Deutschstämmigen – etwa vierzehn Millionen –, die aus ihrer Heimat in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie oder aus dem Sudetenland vertrieben worden waren, wo ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt hatten, oder aus anderen Gegenden Ost- oder Südosteuropas, oft nicht verfügbar.

Der Widerspruch zwischen den Zahlenangaben der für die Deportationen verantwortlichen Personen und den später in Deutschland gezählten Flüchtlingen beweist, daß eine große Anzahl Deportierter, etwa drei Millionen, entweder durch Niedermachen oder durch Kälte, Hunger oder Krankheit umgekommen sind. Diese große menschliche Tragödie ist außerhalb Deutschlands kaum beachtet worden. Aber zufällig wurde ein kleiner Zipfel des verbergenden Schleiers gelüftet. Im Folgenden geben wir einen Auszug aus den Aufzeichnungen einer kultivierten deutschen Frau wieder, die Ende 1945 von den Polen aus Ostpreußen vertrieben wurde:

„Am 30. Oktober erhielten wir von den Polen die Benachrichtigung von unserer Ausweisung aus Ostpreußen. Am 10. November begann die Austreibung von Hunderten von Menschen. Diese Zahl wuchs schließlich in die Tausende. Unter dem Geläut der Kirchenglocken verließen wir unsere Heimat um 7 Uhr morgens. Aber bereits vorher, um 6 Uhr, waren junge Burschen mit Gummiknüppeln hinter uns her und schrien: „Geht raus, geht raus!"

Nun begann eine unbeschreibliche Reise. Bereits bevor wir Maldeuten verlassen hatten, waren wir ausgeraubt. Sie nahmen uns unsere Verpfle-

gung, und als ich meinen Mantel verlor, mußte ich in einer dünnen Sommerjacke vier Wochen lang in einem offenen Kohlenwagen reisen. Zeitweise mußten wir auf Wagendächern sitzen. Es war eisig. Ein Mensch fiel im Schlaf aus dem Wagen. Auf einer Strecke – von Ostpreußen nach Stargard in Pommern – gab es 65 Tote. Leichen lagen in den Wagen umher. Ein alter Mann lag nahe bei uns, ohne daß sich jemand um ihn bekümmert hätte. Der Zug hatte keine Wärter. In Sangerhausen und Freudenstadt in Thüringen bekamen wir zum erstenmal etwas zu essen.

In Danzig hatte man den Wagen drei Tage aufgehalten. Wir bekamen wieder nichts zu essen. In Stargard stand ein mit Lebensmitteln für die Sowjet-Union beladener russischer Zug quer vor unserem Treck. In der Nacht schlüpften die Russen zu unserm Zug herüber und raubten uns unsere letzten Habseligkeiten. Da sie reichlich Zeit hatten, leisteten sie ganze Arbeit. Es gab eine Verordnung gegen das Plündern, und ein Mann wies uns an, laut um Hilfe zu rufen, wenn etwa Russen kämen. Als sie uns das nächste Mal einen Besuch abstatteten, erscholl ein ohrenbetäubender Lärm aus Hunderten von Kehlen. Viele Russen wurden dadurch verscheucht, einige aber wurden ärgerlich und schossen in die Wagen.

Nach drei Tagen erzählte man uns, der polnische Zugführer sei ausgerissen und habe die Lokomotive mitgenommen. Falls jemand weiter kommen wolle, könne er zu Fuß gehen. Auf dem Hauptbahnhof fanden wir einen Zug, der uns nach Scheune bei Stettin mitnahm. Dort fanden wir ein Flüchtlingslager, das mit Tausenden belegt war. Da gab es weder Schutz noch Zudecke irgendwelcher Art. Wir besaßen gar nichts mehr[5]."

Was diese unglückseligen Vertriebenen erwartete, als sie endlich in Deutschland ankamen, ist in dem folgenden Bericht des Berliner Korrespondenten des Londoner Daily Herald 1945 beschrieben worden:

„Ich erblickte auf dem Stettiner Bahnhof die jammervollen Überreste von Menschenwesen, denen der Tod schon aus den Augen sah – mit diesem schrecklichen, weitgeöffneten Blick. Vier waren bereits tot, fünf oder sechs andere, die vom Arzt schon aufgegeben waren und grade noch sterben durften, lagen daneben. Der Rest saß oder lag umher, wimmernd, weinend oder eben wartend."

Solche Szenen wie diese, die hier ja nur stellvertretend für Tausende ebensolcher erwähnt werden, waren der Erfolg von Roosevelts Zugeständnissen an Stalin in Yalta, die auf der Potsdamer Konferenz 1945 noch bekräftigt worden waren.

Wallace's seherischer Traum von einem Viertelliter Milch pro Tag war für diese Opfer der Entwurzelung, die nach Millionen gezählt werden konnten, nicht zur Wirklichkeit geworden, ebensowenig wie für einen großen Teil der menschlichen Rasse überhaupt. Und man konnte kaum sicher sein, daß das andere Kriegsziel von Wallace, den Satan zu überwinden, erreicht sein sollte, angesichts der beispiellosen Unmenschlichkeit mancher Maßnahmen der Nachkriegszeit. Wir haben lediglich einen Satan mit dem anderen ausgetrieben.

Die Vereinten Nationen

Um 1950 waren aus den Vereinten Nationen praktisch die Getrennten Nationen geworden. Der Sicherheitsrat ist nach den Bestimmungen der Charta nur mit ausdrücklicher Zustimmung der fünf Großmächte unter ihren Mitgliedern handlungsberechtigt. Das sind die Vereinigten Staaten, die Sowjet-Union, Großbritannien, China und Frankreich. So lange dieser Grundsatz beachtet wurde, war die Aktionsfähigkeit der Organisation durch den kalten Krieg gelähmt. Die sowjetischen Vorschläge wurden regelmäßig von der nicht-kommunistischen Mehrheit im Sicherheitsrat und in der Versammlung abgelehnt. Amerikanische oder andere westliche Vorschläge wurden ebenso regelmäßig von der Sowjet-Union abgelehnt.

Der Sowjet-Boykott des Sicherheitsrates und anderer UN-Behörden, der die Anerkennung des kommunistischen China erzwingen sollte, machte es dem Sicherheitsrat möglich, die militärischen Aktionen in Korea mit Sanktionen zu belegen. Aber die Gültigkeit dieser Aktion wurde von Regierungen bestritten, die etwa ein Drittel der gesamten Erdbevölkerung unter Kontrolle hatten. Es war keine Aktion der Vereinten Nationen, wie sie die Charta vorgesehen hatte. Die Zustimmung der Sowjet-Union fehlte. Und Chinas Zustimmung wurde von den Vertretern einer abgemeldeten und machtlosen Regierung ausgesprochen, die tatsächlich keinen Zipfel des Chinesischen Festlandes mehr beherrschte, zudem einer Regierung, die vom amerikanischen State Department immer wieder abgewiesen und zurückgestoßen worden war.

Die Mehrheit der Vereinten Nationen hat mehr und mehr den Charakter eines antikommunistischen Bündnisses angenommen. Diese Entwicklung mag wohl eine zwangsläufige sein. Aber sie steht nicht im Einklang mit dem ursprünglichen Entwurf der Vereinten Nationen, die auf einer Fünf-Mächte-Einmütigkeit beruhte.

So sind die Vereinten Nationen nicht nur zum Zerrbild einer vereinten politischen Weltregierung geworden, sondern ihre Sitzungen und Verhandlungen haben auch wesentlich zu einer internationalen Uneinigkeit, Feindseligkeit und Kriegspsychose beigetragen. Ihre Treffen sind Plattform und Resonanzboden für Anklagen, Beschimpfungen und bittere Beschuldigungen ohne Beispiel. Ihre Operationen haben bereits einen teuren, blutigen und scheinbar nie endenden Krieg in Korea über die Welt gebracht, der sich leicht zu einem dritten Weltkriege hätte ausweiten können.

Amerikas nationale Sicherheit

Hatte der Durchschnittsamerikaner irgend einen Grund, sich 1953 sicherer zu fühlen als 1940? War er ein junger Mann, so hing über seinem Studium und seinem Lebenswerk der Schatten der Einberufung. Hatte er Ersparnisse an Einlagen, Aktien oder Lebensversicherungen, so waren sie von Inflation bedroht. Was immer seine Beschäftigung sein mochte, immer hatte er die Aussicht auf ungeheuere, immer noch wachsende Steuern, im Frieden ohne Beispiel und gesetzlich unbegrenzt.

Vor allem aber hatte er im einfachsten physischen Sinne wenig Veranlassung, sich sicher zu fühlen. Tagein, tagaus wurde er vor dem Verderben eines Atom-Angriffes gewarnt. Blickte er über den Pazifik, so sah er dort ein geeintes, feindseliges Ost-Asien. Blickte er über den Atlantik, so gewahrte er als seine erste Verteidigungslinie in Westeuropa eine Papiermaché-Koalition von Mächten, die schon in besseren Zeiten unter dem ersten Ansturm der deutschen Kolonnen, die an Zahl und Bewaffnung wesentlich schwächer waren als Stalins Horden, zusammengebrochen waren.

Ein beliebtes Argument der Interventionisten von 1939–41 war, daß, selbst wenn der amerikanische Kontinent nicht durch einen direkten Angriff bedroht sei, die Vormacht einer deutschen Regierung in Europa und eine japanische Vorherrschaft in Ostasien eine unangenehme Nachbarschaft bedeuten würden. Dieser Punkt mag sogar zugestanden werden. Aber was für eine Sorte von Nachbar war denn Stalins Rußland? „Unangenehm“ scheint mir dafür eine ziemlich schwache Bezeichnung.

Die Konzentration totalitärer Stoßkraft in dem einen einzigen Zentrum Moskau ist unvorteilhafter und bedrohlicher vom Standpunkt der amerikanischen Sicherheit aus als die Verteilung dieser Macht auf mehrere Zentren wie Berlin, Tokio, Moskau und Rom. Außerdem ist der Kommunismus gefährlicher als der Nationalsozialismus, Faschismus oder der japanische Autoritarismus wegen seiner wesentlich wirksameren und besser ausgebauten internationalen Propaganda und Organisation.

Eine nüchterne und realistische Betrachtung der internationalen Lage würde zeigen, daß trotz des vollständigen militärischen Sieges im zweiten Weltkriege die militärische Sicherheit Amerikas heute zweifelhafter ist, als sie vor unserm Eintritt in den Krieg war. Das trifft gleichermaßen zu, ob man nun die militärische, die politische, die wirtschaftliche oder die moralische Seite betrachtet.

IV. Die Kosten des Krieges

Material-Kosten

Der zweite Weltkrieg war weitaus der zerstörendste Konflikt, der jemals unter Menschen ausgefochten wurde. Unsere führende Autorität, C. Hartley Grattan, schätzt in seinem Artikel: „Wat the War Cost" (Harpers Magazine, April 1949) die Kosten des Krieges auf vier Billionen Dollar[6]. Diese astronomische Zahl ist kaum zu fassen. Nahezu unverständlich wird sie, wenn man sie als viertausend mal tausend Millionen Dollar bezeichnet. Die direkten und unmittelbaren Kosten von vier Billionen Dollar sind niederschmetternd genug. Jedoch schätzt der Staatssekretär für die Armee, Gordon Gray, 1950, daß die endgültigen Kosten eines modernen Krieges viermal so viel betragen, wie die unmittelbaren Kosten. Wir können daher die endgültigen Kosten des zweiten Weltkrieges auf sechzehn Billionen Dollar schätzen, vorausgesetzt, daß wir einem dritten als dem Ergebnis des zweiten entkommen.

Die direkten Kriegsausgaben im nationalen Budget betrugen 1 117 000 000 Dollar. Die Zerstörungen belaufen sich nach Grattans Berechnung etwa auf das Doppelte dieser Zahl. Und er setzt noch 650 000 000 000 als indirekte Verluste an, die auf Rechnung des Krieges zu buchen sind. Hierzu gehören Rohmaterial-Lager, Fertigwaren und Nahrungsmittel, die von den Invasionstruppen weggeschleppt wurden, der Wert der verschleppten Arbeitskräfte, Verluste durch rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Hilfsquellen, Zerstören von Ausrüstungen, Vergeuden von Waren für den zivilen und militärischen Gebrauch sowie an liquidierten Kapitalanlagen. Grattan sagt:

„An Materialkosten entstehen aller Wahrscheinlichkeit nach die meisten durch diese unerhörte Neuerung der rücksichtslosen Zerstörung und Luftwaffenbombardierung – besonders Luftangriffe, die unterschiedslos abwarfen, ohne ein bestimmtes Ziel auszumachen ... Die Vernichtung von Wohnbezirken als einer der größten Greuel dieses Krieges ... Terror- und Vernichtungsangriffe aus der Luft werden als erfolgreich angesehen beinahe im Verhältnis zu der Zahl von Menschen, die dabei ihre Häuser verloren;

denn wohnungslose Menschen können nicht gut arbeiten, und so sinkt die Produktionsziffer meist unter den Nullpunkt."

Etwa zwanzig Prozent aller deutschen Wohnungen, zweiundeineviertel Million Häuser in Japan und 460 000 in England wurden vernichtet. Jeder fünfte Grieche wurde heimatlos, und in Rotterdam wurden 28 000 Häuser ausgelöscht. Über die Hälfte der riesenhaften Tonnage an zerstörenden Bomben fielen in Deutschland, etwa ein Fünftel in Frankreich und ein Achtel in Italien. Die Ironie will, daß Frankreich mehr unter der Bombardierung durch seine amerikanischen und britischen „Befreier" gelitten hat, als durch die Luftangriffe der deutschen „Angreifer".

Die ungeheuren Verluste an Eigentum durch die gewalttätige Entwurzelung von vielen Millionen von Kriegsflüchtlingen, Polen, Letten, Litauern, Esten, Ukrainern, selbst Russen, die vor der Sowjetherrschaft flüchteten, von Deutschen, die aus ihrer ostdeutschen Heimat oder anderen europäischen Ländern vertrieben wurden, sind gar nicht zu zählen. Im Vergleich zu ähnlichen Bewegungen in der Vergangenheit waren diese entwurzelten Menschen fast alle nicht in der Lage, ihr Eigentum auch nur teilweise zu retten.

Einer der vielen indirekten Kriegsverluste war der Verfall vieler eingetragener Handelspatente und Einlagen. Er lastete besonders auf England und dem europäischen Festland im allgemeinen. Der Verlust von Kapitaleinlagen und normalen Handelsbeziehungen trägt viel zur Erklärung der sogenannten „Dollar-Lücke" bei, jener Unfähigkeit der europäischen Staaten, ihre Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten ohne die gewaltige Unterstützung Amerikas im Marshallplan auszugleichen.

Erhöhte finanzielle Lasten in den Vereinigten Staaten

Die finanziellen Kosten des zweiten Weltkriegs für die Vereinigten Staaten gingen ins Astronomische – rund 350 000 000 000 Dollar. Allein das Pacht- und Leihgesetz erforderte 50 000 000 000 Dollar. Unsere Staatsschulden sind von 40 000 000 000 Dollar auf 260 000 000 000 Dollar angewachsen. Beispiellose öffentliche Ausgaben sind seit dem Kriege an der Tagesordnung. Unser Bundes-Budget belief sich schon vor dem Korea-Krieg auf rund 40 Milliarden Dollar im Jahr, – zehnmal so viel wie in Hoovers Tagen. Es verdoppelte sich, seitdem wir mehr und mehr dem heißen Kriege zusteuern. Fremden Nationen wurden verschwenderische Geschenke gemacht. Ein Kongreß-Komitee für Ausgaben, dem Senator Harry F. Byrd vorstand, berichtete, daß während der Zeitspanne vom 1. August 1945 bis

zum Ende des Rechnungsjahres 1951 die Vereinigten Staaten etwa 45 Milliarden Dollar Auslandshilfe ausgaben. Das bedeutet 285 Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in den Vereinigten Staaten. Diese Summe entspricht etwa den vollen Regierungskosten der Vereinigten Staaten vor dem zweiten Weltkrieg für sechs Jahre.

Wesentlich höhere Ausgaben standen selbstverständlich noch bevor infolge der wachsenden Aufrüstung und der Ausweitung des Marshallplanes über den ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt hinaus. Im Jahre 1952 mußten nicht weniger als 90 Milliarden Dollar für die Rüstungsausgaben verfügbar sein. Dieser Betrag war dreimal so hoch wie die Gesamtkosten des ersten Weltkrieges für die Vereinigten Staaten.

Während des Zeitraumes von April 1945 bis Januar 1953 gab Präsident Truman schätzungsweise das Doppelte von dem aus, was sämtliche Präsidenten Amerikas bis 1940 zusammen ausgegeben hatten. Es war schwer zu sagen, wie eine drastische Abwertung des Dollars mit ihren verhängnisvollen sozialen und wirtschaftlichen Folgen vermieden werden könnte. Anfang des Jahres 1953 war der Dollar zweiundfünfzig Cent wert, gemessen an seiner Kaufkraft von 1939. Das bedeutet Inflation, und es war tatsächlich eine ernste Inflation.

In noch gefährlicherem Ausmaß als allgemein angenommen wurde, stand die amerikanische Wirtschaft auf zwei Stelzen, den ungeheuren Ausgaben für die Rüstung und der Unterstützung fremder Länder. Die Gefahr, feste, verzinsliche Anlagen in weiten Rüstungsprojekten zu schaffen, die nichts mit der unmittelbaren politischen Notwendigkeit zu tun hatten, war einleuchtend.

Das gewaltige Anwachsen der öffentlichen Ausgaben führte zu Steuern, deren Höhe vor dem ersten Weltkriege als phantastisch angesehen worden wären und sogar in den Tagen des New Deal noch für unmöglich gehalten wurden. Aber inzwischen waren sie in unserem Lande zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Tatsache, daß Präsident Truman während einer Zeit offiziellen Friedens nach 1945 mehr Steuern erhob, als alle früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammen, hatte keinerlei öffentlichen Aufruhr zur Folge. Diese Tatsache ging sogar fast unbemerkt über die Bühne. Erhöhte örtliche Regierungsausgaben erhöhten auch die Vermögenssteuern. Die Zahl der zur Einkommensteuer Herangezogenen wuchs wesentlich, ebenso wie die Steuern, die gezahlt werden mußten. Die Anzahl derjenigen, die Einkommensteuer zu bezahlen hatten, stieg von etwa 4000000 im Jahre 1939 auf 53000000 im Jahre 1952. 1929 behielt ein Mensch mit einem persönlichen Einkommen von 250000 Dollar noch acht-

zig Prozent seines Einkommens nach Abführung der Steuer für sich. 1945 behielt er nur noch siebzehn Prozent seines Einkommens, nachdem er die Steuern bezahlt hatte. Bei den allerhöchsten Einkommensträgern betrug die Einkommensteuer sogar 90 Prozent.

Die Erbschaftssteuern wuchsen sich zur Konfiskation aus. Im Jahre 1948 wurde das Besitztum einer Mrs. Henry White auf 9 750 000 Dollar geschätzt, und die Erbschaftssteuer hiervon erreichte das Übermaß von 7 000 000 Dollar. Die Erbschaftssteuer für das 35 000 000 Dollar betragende Vermögen von William V. Vanderbilt betrug 30 000 000 Dollar. Da die Ausgaben des Bundeshaushalts himmelwärts schossen, waren erhöhte Steuern eben unausbleiblich.

Verbrauchssteuern und andere verborgene Steuern kamen zur Einkommen- und Vermögensteuer noch dazu. Getränkesteuern beliefen sich auf 2 500 000 000 jährlich; Tabaksteuern auf 1 125 000 000 Dollar; Beförderungssteuer auf etwa 525 000 000 Dollar; Benzinsteuer auf 435 000 000 Dollar; Telefon- und Telegrafensteuern auf 250 000 000 Dollar und Schmucksteuern auf 235 000 000 Dollar.

Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes hoben alle normalen gesetzlichen Steuerbeschränkungen auf. Keine Steuer durfte mehr als unrechtmäßig angesehen werden, nur weil sie zu hoch war oder das gleiche Einkommen zweimal besteuerte. Darüber hinaus erfand man allerlei Kunstgriffe, um den Einwendungen gegen zu hohe Besteuerung entgegenzutreten. Die Masse ist den einzubehaltenden Steuern unterworfen. Nachdem einige Wochen hindurch protestiert und gemurrt worden war, wird nun der Rest von dem was bleibt, nachdem die einzubehaltenden Steuern abgezogen sind, als Lohn- oder Gehaltszahlung entgegengenommen, und die Steuern sind so gut wie vergessen. Die Einwände der Reichen gegen die übermäßige Besteuerung wurden durch das An-die-Wand-Malen des „Roten Schreckens“ oder eines Kriegs-Schreckens und durch Zusicherung großer allgemeiner Verdienstmöglichkeiten aus Rüstungsproduktion oder Auslandshilfe weitgehend zum Schweigen gebracht. Es gab also tatsächlich keine ernstzunehmende Gruppe im Lande, die gegen die immer steigende Flut der Besteuerung ankämpfen konnte.

Das enorme Anwachsen der öffentlichen Ausgaben und die erdrückende Steuerlast, die wir eben mit Bezug auf Amerika beschrieben haben, war keineswegs auf unser eigenes Land beschränkt. Es war eine allgemeine Nachkriegserscheinung. In einigen Ländern, wie z. B. England, war die Besteuerung noch erschreckender als in den Vereinigten Staaten. Astronomische Staatsschulden, wesentlich größere öffentliche Ausgaben und noch

außerordentlichere Steuerlasten waren der Erfolg und zwar fast ausschließlich des zweiten Weltkrieges. Hätte dieser Krieg große Wohltaten mit sich gebracht wie wachsendes menschliches Glück, größere Freiheit, gesicherten Frieden, Verringerung der Rüstung und dergleichen, wären selbst die beunruhigenden finanziellen direkten und indirekten Belastungen kein zu hoher Preis dafür gewesen. Aber wenn wir uns und die gesamte Welt weiter von Frieden und Wohlstand entfernt sahen als 1939, so war dieses bedrohliche Finanzbild tatsächlich empörend.

Verluste an Menschenleben

Der zweite Weltkrieg war nicht nur der vernichtendste, der je in der Weltgeschichte bekannt wurde, er hat auch die meisten Menschenleben gekostet und war der unmenschlichste in seiner Kampfesweise. Grattan schätzt, daß etwa 40 Millionen Menschen in diesem Kriege ihr Leben verloren, und daß von dieser ungeheuren Zahl nur zehn Millionen Soldaten waren. Eine derartige Massenschlächterei von nichtkämpfenden Zivilisten ist ohne Beispiel und beweist, wie vollkommen die sogenannten Regeln einer zivilisierten Kriegführung von beiden Seiten mißachtet wurden. Man denkt neiderfüllt an den so unendlich menschlicheren Geist des 18. Jahrhunderts, wo Gibbon in seinem ‚DECLINE AND FALL OF THE ROMAN EMPIRE' feststellen konnte:

„Die Gesetze und Sitten der modernen Nationen behüten die Sicherheit und Freiheit der besiegten Soldaten; und der friedliche Bürger hat selten Anlaß, sich darüber zu beklagen, daß sein Leben oder auch nur sein Vermögen der Wut des Krieges ausgesetzt wäre. Der Rest des Landes oder Gemeinwesens (außerhalb des Berufs-Soldatentums) erfreut sich inmitten des Krieges der Stille des Friedens und wird nur hinsichtlich der Verschlimmerung oder Verminderung der öffentlichen Lasten empfindlich gestimmt."

Es gibt vier Hauptursachen, die zu diesem ungeheuren Zoll an nichtkämpfenden Opfern, zu denen auch viele Frauen und Kinder gehörten, führten: An erster Stelle war es das unterschiedslose Luftbombardement mancher großen Städte. Als es möglich wurde, immer größere Ladungen immer vernichtenderer Explosiv- und Brandbomben abzuwerfen, hatten die Luftangriffe immer schwerere Verluste an Menschenleben zur Folge. Besonders entsetzlich waren die „Erstickungs-Bombardements" auf Hamburg, bei denen die von Phosphorbomben hervorgerufenen Brände die Luft aufsaugten und zahllose Menschen dazu brachten, sich in Kanälen zu ertränken; das Hinschlachten Tausender von Menschen, einschließlich zahlloser Flüchtlinge in Dresden, einem nichtmilitärischen Ziel, im Februar

1945; die ungeheuren Feuerangriffe auf Tokio; und die Massenvernichtung durch das sinnlose Abwerfen von Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki.

Es wird allgemein angenommen, daß die größten Bombengreuel des zweiten Weltkrieges durch die Atombomben auf die japanischen Städte hervorgerufen wurden. Aber bei dem Angriff auf Dresden am 13. Februar 1945 wurden weit mehr Menschen getötet. Man kann schätzen, daß der Gesamtverlust dieser Bombardierung während einer einzigen Nacht sich auf mindestens zweihunderttausend Menschen beläuft. Im folgenden bringen wir einen Augenzeugenbericht über das Grauen dieser Nacht:

„An jenem Abend mögen etwa eine Million Menschen in den Mauern dieser Stadt gewesen sein. Neben den mehr als 600 000 Einwohnern waren es noch einige Hunderttausende von Evakuierten und Bombenflüchtlingen sowie von Flüchtlingen aus Schlesien.

Manche Menschen starben einen schnellen Erstickungstod in dem rasenden Feuersturm, bei dem die Brände unaufhörlich in den engen Straßen wüteten und kein Entrinnen erlaubten. Zehntausende von denen, die selbst nicht wußten, wie es ihnen gelungen war zu entkommen, liefen in die weiten Anlagengebiete außerhalb der Stadt, vornehmlich in den Großen Garten im Osten und das Gelände auf dem linken Elbufer.

Aber um Mitternacht erschien eine zweite englische Luftflotte am feurig roten Himmel über den Elbwiesen und metzelte die Menschen dort im Garten nieder, indem sie sie mit hochexplosiven Bomben und Granaten angriffen, eine Metzelei, wie sie vielleicht die Einbildungskraft eines Ilja Ehrenburg (russischer Kriegsberichter) ausgedacht haben könnte.

Zwölf Stunden später – die Sirenen funktionierten nicht mehr – legte ein dritter Angriff einen neuen Kranz des Verderbens um die Stadt, dem Gürtel folgend, auf dem die Masse der heimatlosen Menschen, die sich rings an den Rand der Stadt geflüchtet hatten, vermutet wurde[7]."

Etwa dreihundert Todesopfer entsprachen bei den Luftangriffen des zweiten Weltkrieges je einem Opfer aus gleichem Anlaß im ersten Weltkriege. Im Gegensatz zu der Kriegs-Propaganda-Lesart über die Verantwortlichkeit für diese besonders grauenhafte Art der Kriegführung, die so unterschiedslos in der Wahl ihrer Opfer war, wie die Angriffe von primitiven Wilden, war es eine britische Entscheidung, die zu dieser Form von Menschenschlächterei und Zerstörung führte. Das hat J. M. Spaight, Staatssekretär des Luftwaffenministeriums, eindeutig klar werden lassen. Er bestätigt:

„Da wir uns über die psychologische Wirkung der propagandistischen Verdrehungen der Wahrheit, daß wir es waren, die den strategischen Bombenkrieg begannen, im Zweifel waren, schreckten wir davor zurück, unserer großen Entscheidung vom Mai 1940 die öffentliche Verbreitung zu geben, die sie verdiente. Das war bestimmt ein Fehler. Es war eine großartige Entscheidung. Sie war ebenso heroisch, ebenso selbstaufopfernd wie die Entscheidung Rußlands, seine Politik der ‚verbrannten Erde' zu führen."

Was war denn nun diese „große Entscheidung"? Es war ein Angriff britischer Bomber auf Eisenbahnanlagen in Westdeutschland am 11. Mai 1940. Er bedeutete die Preisgabe bisheriger Gepflogenheiten, bei denen beide Teile den Gebrauch von Flugzeugen auf militärische Operationsgebiete oder spezifisch militärische Anlagen, wie Flughäfen und Schiffsstützpunkte beschränkt hatten.

Nach Spaight wurde der Entschluß „Deutschland zu bombardieren, wenn es unser Feind werden sollte", bereits 1936 gefaßt, als die Bombengeschwader organisiert wurden. Inmitten dieser überraschend offenherzigen Offenbarungen, die bei uns und in Großbritannien wesentlich weniger Beachtung gefunden haben als sie es verdienten, befindet sich auch die Feststellung, daß Hitlers erster Bombenangriff auf zivile Ziele in England erst drei Monate nach den wahllosen Bombenabwürfen über Deutschland erfolgt ist, und daß „Hitler gewiß nicht gewollt habe, daß das gegenseitige Bombenwerfen fortgesetzt würde".

Es ist oft behauptet worden, daß die zahllosen amerikanischen und englischen Angriffe auf deutsche Städte als gerechte Vergeltung für das Bombardement von Warschau und Rotterdam erfolgt wären. Aber sowohl Spaight als auch der bekannte Militärexperte Hauptmann B. H. Liddell Hart wiedersprechen dieser Ansicht. Hauptmann Hart schreibt: „Die Bombenabwürfe geschahen nicht eher, als bis die deutschen Truppen kämpfend in die Städte einrückten und sie entsprachen damit der alten Regel des Belagerungsbombardierens[9]." In einem Aufsatz in „Harpers Magazine" vom März 1946 beweist Hart eindeutig, daß Hitler versucht hat, England dazu zu bewegen, nur militärische Ziele anzugreifen, und daß England diesen Vorschlag entschieden zurückgewiesen habe.

In dem britischen Entschluß, den Unterschied zwischen militärischen und zivilen Zielen zu mißachten, sind die Keime der Zerstörung vieler Städte des Festlandes zu suchen, ebenso der Verwüstungen, die über London, Coventry und Bristol hereinbrachen. Winston Churchill sagte dem Unterhaus am 21. September 1943: „Um dies zu erreichen (die Ausrottung

der ‚Nazi-Tyrannei'), gibt es keine Strecke der Gewalttätigkeit, die wir nicht durchschreiten werden."

Das unterschiedslose Bombenabwerfen über zivilen Zielen verursachte nicht nur eine beispiellose hohe menschliche Sterblichkeit, sondern zerstörte auch kostbare historische Monumente, wunderbare alte Kathedralen, Museen und Kunstschätze, deren Verlust nicht in Zahlenwerten auszudrükken sind. Ein deutliches Beispiel dafür war die Verwüstung des historischen Klosters von Monte Cassino, nachdem bekannt geworden war, daß die Deutschen es nicht zu militärischen Zwecken benutzen.

Diese Vernichtung historischer Denkmäler und Kunstschätze kennt ihresgleichen in der Geschichte nicht. Die Zerstörungen, die durch einfallende Barbaren wie Attila und die Hunnen im spätrömischen Kaiserreich hervorgerufen wurden, waren so gut wie ein Nichts gegenüber den Bombenzerstörungen des zweiten Weltkrieges. Daß inzwischen noch keine Historiker aufgestanden sind, um dies zu verdammen, ist nur ein Zeichen für die moralische Verderbtheit und Feigheit unseres Zeitalters. Selbst die Ungebildeten im frühen Mittelalter haben die Verwüstungen durch die Barbaren ihrer Zeit bitter kritisiert.

Die zweite Ursache für die ungeheure zivile Sterblichkeit war die rücksichtslose „Liquidation" oder Ausrottung ganzer Gruppen von Menschen aus rassischen oder Klassengründen in den totalitären Staaten. Millionen von Juden kamen durch die nationalsozialistischen Ausrottungskommandos um. Es gab eine systematische Liquidierung durch Erschießen, Gefängnisse und Konzentrationslager für alle verdächtigen Kommunisten-Gegner in den Ländern, die von der Roten Armee besetzt waren. Die Zahl der auf diese Weise Umgekommenen geht vermutlich auch in die Millionen.

Mehr als zehntausend polnische Offiziere, die 1939 als Gefangene in die Sowjet-Union verschleppt worden waren, verschwanden, ohne eine Spur zu hinterlassen, bis die Deutschen die Auffindung mehrerer tausend Leichen dieser Menschen anzeigten, die Schüsse im Hinterkopf aufwiesen. Das war im Walde von Katyn, nahe bei Smolensk im Jahre 1943.

Die Sowjetregierung, die bis dahin behauptet hatte, nichts über das Schicksal dieser Gefangenen zu wissen, improvisierte eilig die Geschichte, daß das Lager, in dem sie die Gefangenen verwahrt hätte, den Deutschen in die Hände gefallen wäre. Aber die Umstände beweisen eindeutig, daß die polnischen Offiziere von den Russen ermordet worden sind. Der Versuch, diesen Punkt als ein deutsches „Kriegsverbrechen" in die Nürnberger Anklage einzubauen, endete mit einem Fiasko. Das Tribunal fand die Deut-

schen nicht schuldig, lehnte es aber vorsichtshalber ab, Augenzeugen wie den polnischen General Anders und den Schweizer Professor Naville zu vernehmen, deren Zeugnis ungünstig für die sowjetische Darstellung dieser finsteren Angelegenheit gewesen wäre und die sowjetischen Machthaber der Kriegsverbrechen überführt hätte.

Eine dritte Ursache für die Menschenschlächterei war der wilde Partisanenkrieg, der in manchen besetzten Gebieten tobte. Er führte zu einer endlosen Reihe von ‚Abscheulichkeiten' auf beiden Seiten, bei denen angeblich unschuldige Zuschauer häufig Opfer der Partisanen und der Besatzungstruppen wurden.

Viertens können wir als Ursache für die großen Menschenverluste die Entwurzelung ganzer Menschengruppen in Osteuropa einsetzen, sowie die Mißhandlung von Kriegsgefangenen sowohl durch Deutsche wie durch Russen an der Ostfront. Viele Gefangene hungerten sich zu Tode. Vorsichtig geschätzt sind wenigstens fünf Millionen Balten und Deutsche durch Mord, Obdachlosigkeit und Hunger umgekommen, als sie im und nach dem Kriege aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Es besteht ein krasses Mißverhältnis zwischen der Anzahl deutscher Soldaten, die als russische Gefangene gemeldet wurden, und der Zahl derer, die zurückgekehrt waren, als die russische Regierung mitteilte, daß alle Gefangenen entlassen worden seien. Wohl eine Million dieser Gefangenen kam in Rußland um. Von 60000 gefangenen Italienern sind nur 12000 jemals nach Italien zurückgekehrt.

Moralische Verluste

Wohl der größte moralische Schaden, den der Krieg verursacht hat, ist die weite Verbreitung bewußter und unbewußter Heuchelei, die er hervorgerufen hat. Das Anwachsen der unbewußten Heuchelei ist vielleicht noch gefährlicher als die Ausübung bewußten moralischen Betruges, der allzeit das Betriebskapital der Politiker und Demagogen gewesen ist.

Das Überhandnehmen öffentlicher Heuchelei offenbart eine sehr gefährliche Empfänglichkeit für Totalitarismus, eine Vorbedingung für jene Gesellschaftsform, wie sie George Orwell in seiner beißenden und weitsichtigen Satire „Neunzehnhundertvierundachtzig" schildert, wo das Kriegsdepartement „Friedensministerium" genannt wird, das Amt für öffentliche Lügen und Propaganda „Wahrheits-Ministerium" und die Folterkammern „Liebes-Ministerium". Zwei der beherrschenden Redensarten dieser Gesellschaft, „Krieg ist Frieden" und „Unwissenheit ist Kraft", erfahren heutzutage in der westlichen Welt ein bedrohliches Maß an Anerkennung.

Ein deutliches Beispiel von bewußter oder unbewußter Heuchelei ist die Weigerung, dem vollständigen Scheitern des Versuchs, Grundsätze der Atlantik-Charta in die Friedensvereinbarungen einzubauen, ins Gesicht zu sehen. Es wurde ernstlich behauptet, eine der Hauptheldentaten Roosevelts sei es gewesen, solche edlen Grundsätze, wie sie in der Atlantik-Charta und den Vier Freiheiten zu finden sind, auszusprechen. Daß er keine sichtbaren Anstrengungen machte, diese Grundsätze in die Wirklichkeit umzusetzen, wurde als völlig unerheblich nicht weiter beachtet.

Ein anderes Beispiel dieser Art von verzerrtem Denken ist die Behauptung des verstorbenen Ex-Staatssekretärs Edward Stettinius und anderer, Yalta sei wirklich ein Erfolg für die Diplomatie der Vereinigten Staaten gewesen, weil Stalin seinen Namen unter einige hübsch klingende Versprechungen über „freie, unbehinderte Wahlen", „demokratische Einrichtungen eigener Wahl" usw. gesetzt habe. Das ist ungefähr das gleiche, wie wenn man das Finanzgenie eines Mannes preisen würde, der mit offenen Augen einen Haufen wertloser Schecks als Zahlung entgegennähme.

Die internationale Heuchelei erreichte wohl ihren Höhepunkt in den Gerichtsverfahren gegen Tausende von Deutschen und Japanern für angebliche Kriegsverbrechen. Daß einige Handlungen von Deutschen und Japanern, aber ebenso einige Handlungen der Siegermächte, weit über das Maß der etwas dehnbar gefaßten Regeln zivilisierter Kriegführung hinausgingen, kann nicht geleugnet werden. Dies würde jedoch ein Fall sein, der vor das unparteiische Urteil eines neutralen Gerichtshofes gegen alle Personen gehörte, die mit solchen Taten belastet sind.

Aber das internationale Tribunal, das aus amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Richtern bestand, und in Nürnberg und Tokio zu Gericht saß, sowie die nachfolgenden Gerichte, die von den Besatzungsmächten in ihren jeweiligen Zonen eröffnet wurden, ermangelten der elementarsten Kennzeichen eines Gerichtshofes. Die Ankläger waren gleichzeitig Richter und Geschworene. Da war auch nicht die leiseste Andeutung von Unparteilichkeit in diesen Prozessen der Sieger über die Besiegten. Es wurde auch gar nicht der Anspruch erhoben, eine Bestrafung gleichmäßig für alle Verstöße gegen Recht und Menschlichkeit festzusetzen. Lediglich die Deutschen und die Japaner wurden vor ein Gericht gestellt.

Die meisten der Hauptanschuldigungen gegen die „Nazi-Verschwörungen" und „mutwillige Angriffskriege", gewaltsame Eroberung fremden Bodens, Zwangsarbeit, Einsperren und Unterernährung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, Massenmord von Soldaten und Zivilisten, konn-

ten genau so überzeugend gegen eine oder alle Siegermächte erhoben werden.

Zum Beispiel wußte man damals schon allgemein, und es ist inzwischen noch durch unzweifelhafte Dokumente belegt worden, daß die Sowjet-Invasion in Polen sowie die spätere Besetzung der baltischen Staaten vorher überlegte Angriffshandlungen waren, die zwischen Hitler und Stalin verabredet wurden, bevor sie zur Ausführung kamen. Montgomery Belgion sagt:

„Alles in allem steht fest, daß die ‚Kriegsverbrechen‘ ‚Mord, Mißhandlung und Verschleppung der Zivilbevölkerung als Arbeitssklaven oder zu anderen Zwecken aus den besetzten Gebieten‘ ‚Kriegsverbrechen‘ sind, die man den Siegern ebenso vorwerfen kann. Das internationale Kriegsgericht in Nürnberg sprach sechzehn der ehemaligen deutschen Führer solcher ‚Kriegsverbrechen‘ schuldig, für welche die Siegermächte, die dem Tribunal vorstanden und die Richter stellten, ebenso schuldig hätten gesprochen werden können.

„Amerikanische Richter und Publizisten, die an den Nachkriegsprozessen teilnahmen, offenbarten zögernd die Tatsache, daß amerikanische Beamte und Agenten bei dem Bemühen, die Deutschen zum Geständnis oder zum Erfinden belastender Aussagen zu zwingen, sich aller Arten von unbarmherzigen Brutalitäten schuldig machten, den schlimmsten gleich, deren die Nazis angeklagt waren [10].“

Die Heuchelei der Kriegsverbrecher-Prozesse wird durch den Fall des deutschen Admirals Erich Raeder gekennzeichnet. Er wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil er an der Planung eines Angriffskrieges mitgewirkt habe, nämlich der deutschen Invasion in Norwegen. Lord Hankey enthüllte vor einigen Jahren, daß die Engländer gleichzeitig die gleichen Pläne entwarfen. Winston Churchill gibt diese Tatsache in seinem Buch ‚THE GATHERING STORM‘ zu. Sie hat noch eine nachträgliche Bestätigung erfahren durch die Veröffentlichung des ersten Bandes der britischen ‚OFFICIAL HISTORY OF THE SECOND WORLD WAR‘. Diese beschreibt in allen Einzelheiten den Plan, der bereits am 6. Februar 1940 vom britischen Verteidigungsrat genehmigt worden war. Er schließt die Einnahme von Narvik und die gewaltsame Besetzung des nördlichen Norwegens und Schwedens ein, wobei sogar der schwedische Hafen Lulea an der Ostsee einbezogen wurde. Obgleich nun diese offizielle Lesart zugibt, daß die englischen Heerführer in dieser Sache ebenso „schuldig“ sind wie die deutschen, hat kein Mensch in England oder Amerika öffentlich seine Stimme dafür erhoben, daß Admiral Raeder freigelassen würde. Jahrelang

siechte er in dem grimmigen Spandauer Gefängnis dahin, jeweils eine von vier Wochen den kleinlichen Quälereien und Brutalitäten russischer Wächter ausgesetzt.

Richter Robert Jackson und andere an den Nürnberger Prozessen Beteiligte haben versucht, diese als einen Höhepunkt in der Entwicklung des internationaen Rechts und der Gerechtigkeit hinzustellen. Tatsächlich aber war es für alle Zeiten ein Tiefpunkt im Mißbrauch der Formen des Rechts für Zwecke politischer Rache.

Abgesehen von dem Schimpf, der der Gerechtigkeit damit angetan wurde, daß die Ankläger der gleichen Verbrechen schuldig waren wie die Angeklagten, stellten die Nachkriegs-Prozesse auch vom juristischen Gesichtspunkt aus eine Beleidigung der fundamentalsten Grundsätze der Rechtsprechung sowie der üblichen Prozeßpraxis dar. Sie beruhten auf einem nachträglich erlassenen Gesetz, ein Vorgang der den heiligsten Rechtsgrundsätzen ins Gesicht schlägt. Ebenso übel war es, den klagenden Nationen zuzugestehen, daß sie gleichzeitig auch die Richter und Geschworenen stellten. Kurzum, die Prozesse waren Karrikaturen des Rechts. Außerdem waren sie töricht. Offiziere wurden für die Taten von Soldaten bestraft, obschon sie keine Kenntnis von ihrer Verantwortlichkeit für diese Taten hatten. Das Gegenstück dazu wurde auch Tatsache – Soldaten wurden lediglich dafür bestraft, daß sie Befehle ausgeführt hatten. Besonders albern waren die Prozesse und Strafen gegen Industrielle, die nichts weiter getan hatten, als ihrer Regierung in einer Zeit größter Not zu dienen. Gegen diese gradezu lächerliche Ausweitung von Schuld und Verantwortlichkeit wurde später in einer Sitzung der Vereinten Nationen Protest erhoben. Die sich daraus ergebenden schrecklichen Folgen für die Zukunft wurden reichlich spät erkannt.

Noch wichtiger aber als der Hohn auf Recht und Gerechtigkeit war die Gewißheit, daß diese Prozesse alle folgenden Kriege noch brutaler und rücksichtsloser machen werden. In allen zukünftigen Kriegen werden die Verlierer als die Angreifer hingestellt werden, ob das der Wahrheit entspricht oder nicht, und entsprechend werden sie bestraft werden. Infolgedessen kann keine noch so grauenhafte Methode der Kriegszerstörung unterlassen werden, nur um Sieger zu bleiben, was es auch an Menschen und Material kosten mag. So werden also diese Prozesse genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie zu ihrer Rechtfertigung vorgaben.

Die internationale Heuchelei ist sicherlich ernst genug. Was jedoch das amerikanische Volk noch unmittelbarer betrifft, ist die ständig wachsende Pflanze politischer Heuchelei in unseren eigenen Angelegenheiten. Sie

kann ohne weiteres dem verhängnisvollen Einfluß des zweiten Weltkrieges auf unsere öffentliche Moral zugerechnet werden.

Selbstverständlich ist die Heuchelei in der Politik nichts Neues, aber sie hat sich seit 1933 in einem beängstigenden Maße entwickelt. Die neue Richtung begann mit Roosevelts heftigen Anklagen gegen die außergegewöhnlichen Ausgaben der Regierung Hoovers und seinem Versprechen größerer Sparsamkeit, wenn er zum Präsidenten gewählt würde.

Es gibt noch zahlreiche gleichartige Beispiele von Heuchelei in vielen seiner Verlautbarungen zum New Deal-Programm, aber wesentlich anstößiger noch waren seine Erklärungen zur öffentlichen Politik von 1937 bis Pearl Harbor, mit denen er uns „in den Krieg log". Die Heuchelei der Versprechen, die er uns während des Krieges über die Ziele dieses zweiten Kreuzzuges machte, sind bereits aufgezeigt worden. Wendel Willkie hat die öffentliche Heuchelei gleichfalls auf den Thron gehoben durch sein Bekenntnis während der Pacht- und Leih-Debatten, daß seine ernsten Erklärungen gegen unsere Beteiligung an einem Krieg während des Präsidentschafts-Wahlkampfes lediglich „Wahlkampf-Redekunst" gewesen wären. Dieser Hang zur Heuchelei als mehr oder weniger allgemein geübter Gepflogenheit der Politiker, selbst in den höchsten Spitzen unserer Regierung, hat sich seit dem zweiten Weltkrieg ins Ungemessene ausgewachsen. Das hat Fulton Oursler in seinem Aufsatz: „Im Zwielicht der Ehre" in The Reader's Digest vom Juli 1950 kraftvoll herausgearbeitet:

„Der Fluch, der auf dem heutigen politischen Leben ruht, ist nicht so sehr ungesetzlich wie skrupellos. Die Wurzel unseres Verfalls ist eine Erkrankung des Gewissens. Moralische Stumpfheit ist eine Seuche für freie Regierungen. Dieser Verfall des nationalen Charakters ist deshalb eine ernste Gefahr, weil wir, wenn wir unsere Haltung verlieren, all unsere Freiheiten gleichfalls durch Mißbrauch, Korruption und Chaos verlieren können. Ein Volk kann nur so stark sein wie sein Widerstand gegen die Verletzungen der öffentlichen Moral. Dem amerikanischen Volk wird es immer schwerer, über etwas empört zu sein, was auch geschehen mag. Anstatt eines Widerstandes gegen Verletzungen der öffentlichen Moral neigen wir mehr und mehr dazu, sie zu verzeihen, und damit auch zur Unehrlichkeit.

‚Das ist nun mal Politik', sagen wir. Als ob Politik durchaus immer eine Senkgrube sein müßte. Die Menschen rennen blind in ihr Verderben; sie finden sogar noch etwas zu bewundern an dieser glatten, geschickten Betrügerei, mit der die Steuerzahler geprellt werden. Sie lächeln über die Schurken in den Ämtern, als wären es lustige Gaukler.

Moralische Nachlässigkeit scheint sich in einer Weltlage von größtem Ernst fortgesetzt zu vertiefen. Man muß nur die Schlagzeilen im Auge behalten um festzustellen, daß sowohl die Demokraten wie auch die Republikaner uns in eine Dämmerung aller Ehrbegriffe geführt haben. Wir müssen froh sein, wenn es nicht auch den Untergang der Demokratie bedeutet.

Als bestimmte Steuern während des Krieges von Theaterkarten bis zum Talcumpuder für Babies erhoben wurden, hielt man gewaltige Reden, in denen der Kongreß ersucht wurde, diese ärgerlichen Ausgaben abzuschaffen, wenn der Notfall vorüber wäre. Der Notfall ist längst vorüber, wir aber zahlen immer noch. Gebrochene Versprechen sind nicht ungesetzlich; sie sind einfach treulos und unehrenhaft. Aber selbst das Lippenbekenntnis zu einem Ehrencodex erregt heute Spott.

Vor einigen Monaten gab der Präsident persönlich dem Kongreß seine jährlichen Anweisungen. Einmal im Laufe seiner Ansprache erwähnte er die Notwendigkeit, Geld zu sparen. Aus dem ganzen Kapitolsaal erscholl ein einziges Lachen. Von dem schallenden Gelächter erschreckt schaute der Präsident umher und lächelte. Diese Verspottung der Sparsamkeit, diese Voraussetzung, daß der Präsident selbst das Gesicht verzieht, wenn er vom Sparen spricht, ist nichts Unerlaubtes. Aber der Vorfall war von brutalem Zynismus; er war bezeichnend und erschreckend.

Nie zuvor ist das öffentliche Gewissen in Amerika so tief gesunken, oder wäre öffentliche Unverschämtheit so ins Kraut geschossen; nie zuvor scheint die öffentliche Gleichgültigkeit größer gewesen zu sein. Ungesetzliche Handlungen können von den Gerichten bestraft werden. Aber nur die öffentliche Meinung vermag es, mit der Ehrlosigkeit zu paktieren.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wurde auf dem Grundsatz begründet, daß die Ehre etwas Heiliges wäre. In der Unabhängigkeitserklärung haben die Unterzeichner ihr revolutionäres Dokument mit der feierlichen Deklaration abgeschlossen:

‚... wir bürgen mit unserm Leben, unserm Vermögen und‘ – als wichtigstem von allem – ‚unserer geheiligten Ehre‘.

Ein Kind kann die schlichte Tatsache begreifen, daß Männer, die ihre Ehre als etwas Geheiligtes ansehen, nicht den guten Glauben ihrer Wähler betrügen werden, der sie in ihr hohes Amt einsetzte. Wenn wir jedoch Männer wählen, denen die Ehre nur recht leicht auf dem Gewissen liegt, und wenn ihr unehrenhaftes Betragen den Bürgern anfängt unwesentlich zu werden, dann nimmt die Demokratie ein trauriges Ende.“

Zu ähnlichen Folgerungen kommt der Leitartikel von Raymond Moley in Newsweek, vom 6. November 1950, der von der Vielfalt der Heuchelei in Kampfmethoden und Versprechungen handelt:

„Der kleine Joe Ferguson, dessen negativ gezeichnete Gestalt von der Union als politische Waffe gegen Präsident Taft verwendet wurde, sagte ganz naiv, als ich ihn fragte, wie er zu dem Brannan-Plane stünde: ‚Ich bin für das, wofür die Farmer sind.‘ Den Arbeitern gegenüber ist er für das, was die Arbeiter wollen. Im zivilen Recht ist er für das, was die Neger wollen. Bei allen Dingen ist er für das, was alle wollen.

Diese Art von Gefälligkeit zeitigt ernste moralische Folgen. Joe Ferguson äfft lediglich eine Art von Strategie nach, wie sie für unsere amerikanische Politik mehr und mehr charakteristisch wird. Sie siegte für Truman vor zwei Jahren. Sie wird noch für manchen seiner Kandidaten siegen. Und wenn sie für die Feinde von Taft in Ohio siegt, so wird sie eine grimmige und bittere Mahnung an die Entartung eines ehedem selbstvertrauenden und selbstachtenden Volkes sein.

Abgesehen von allem anderen ist es eine völlig falsche Gefälligkeit. Wir können nicht alles haben, was wir wünschen. Keine Regierung, besonders keine, die mit einem Joe Ferguson besetzt ist, kann derartige Versprechungen machen. Die schlauen Leute, die sie machen, haben gar nicht die Absicht, sie zu erfüllen. Sie werden aber wie gewöhnlich ihr Versagen damit bemänteln, daß sie jemand anderem die Schuld geben.

Die Truman-Versprechungen von 1948 sind nicht erfüllt worden. Sie waren ebenso nackt, wie die kahlen Zweige eines winterlichen Baumes. Aber seine Leute, die auf seine Wiederwahl aus sind, behaupten, daß es die bösen Männer im Kongreß gewesen wären, die seine Bemühungen durchkreuzt hätten. Schickt uns wieder hinein, und wir werden im nächsten Jahre alles erreichen, sagen sie. Immer im nächsten Jahr wird der Pudding vom Himmel fallen. Und so geht es Jahr um Jahr weiter.“

Der Wind öffentlicher Heuchelei und des politischen Zynismus, der von Roosevelt gesät wurde, hat den Sturm politischer Korruption in der Truman-Regierung hervorgerufen, der an Ausmaß und Bestechlichkeit alles übertrifft, was wir aus den Tagen von Präsident Harding kennen.

Angriffe auf Freiheit und Selbstbestimmung

Vom ersten Weltkrieg versprach man sich, daß er die Welt für die Demokratie reif machen würde. Tatsächlich war er die Hauptursache der zwei wesentlichen Bedrohungen demokratischen Lebensstils, der Totalitarismen

des Kommunismus und Faschismus. Der zweite Weltkrieg sollte die Menschenrechte gegen ihre drohende Auslöschung durch die totalitären Staaten verteidigen. Sein tatsächlicher Erfolg aber war, den Wirkungskreis der ältesten und ausgefeiltesten Form des Totalitarismus, des Kommunismus, ausbreiten zu helfen und die Macht des Staates über den einzelnen in den westlichen Ländern ständig zu vergrößern.

Sowohl die Amerikaner als auch die Engländer haben ihre Freiheit von militärischer Dienstpflicht im Frieden eingebüßt. Unter einer sozialistischen Regierung in England konnten viele Verwaltungsstellen das Habeas corpus-Recht beiseite legen. Der einzelne Engländer verlor viele Rechte, die in den Vorkriegstagen eine Selbstverständlichkeit für ihn bedeuteten. Zum Beispiel das Recht, sein eigenes Haus zu bauen oder manchmal auch nur zu reparieren; das Recht, frei überall hin zu reisen (abgesehen von der Devisenkontrolle); und das Recht oder die Möglichkeit, angemessen für sein Alter zu sorgen.

Die Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten in den Vereinigten Staaten seit 1945 und besonders seit 1947 sind in unserer Geschichte ohne Beispiel. Die Freiheit vor Haussuchungen ohne schriftlichen Befehl, die angeblich durch die Vierte Verbesserung garantiert sein sollte, ist durch zwei Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes – 1947 und 1950 – vernichtet worden. Es gab gradezu eine Seuche von Loyalitäts-Eid-Forderungen. Übermäßige Sorge um Sicherheit führte zu umfangreicher Gesinnungsschnüffelei. Öffentliche Angestellte von gutem Ruf wurden auf völlig unhaltbare anonyme Anzeigen hin aus ihren Stellungen gewiesen. Führende Bundesrichter mit zuvor standhaft liberalem Ruf erlagen der herrschenden Hysterie. Präsident Truman erhob sein Veto gegen den Gesetzentwurf für innere Sicherheit McCarrans mit der Begründung, daß es eine Entstellung unserer Rechtsgesetzgebung sei.

Nur ein Schwarzseher hätte die schnelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten zu der ausgewachsenen Brutalität des nationalsozialistischen oder Sowjet-Totalitarismus vorausgesagt. Als aber das Exekutiv-Departement der Regierung sich eine beispiellose und ungeheure Macht anmaßte und weit und breit die teuerste Behörde des ganzen Landes wurde, besaß die politische Partei, die diese Behörde unter Kontrolle hatte, eine enorme Macht, sich ohne Verletzung der formalen demokratischen Regeln an der Spitze zu halten.

Die Entstehung eines ungeheuren eurasisch-sowjetischen Reiches aus dem Kriege, von der Philosophie seiner Machthaber zur Eroberung der Welt durch Weltrevolution bestimmt, war ein höchst verhängnisvolles Neben-

produkt der auswärtigen Politik Roosevelts. Diese Entwicklung schuf grundsätzliche und schwerwiegende Probleme für die amerikanische Sicherheit.

Viele der Methoden, die im Namen des Anti-Kommunismus angewandt wurden, waren nicht nur an sich zwecklos und absurd, sie haben gefährliche totalitäre Präzedenzfälle geschaffen. Es gab eine Epidemie spezieller Eidesforderungen, von denen die an der Universität von Kalifornien das meiste Aufsehen erregt hat. Prominenten Amerikanern wurden Reisepässe für Auslandsreisen verweigert oder ungültig gemacht mit der Begründung, die Reise läge „nicht im nationalen Interesse".

Freiheit des Reisens ist, oder sollte einer der vornehmlichsten Vorzüge freier vor totalitären Staaten sein. Wurden aber Auslandsreisen als ein Privileg behandelt, und nicht als ein Recht, so war damit ein Präzedenzfall geschaffen, der in Zukunft gegen alle angewandt werden konnte, die sich eine Kritik an der jeweiligen Regierung erlaubten.

Die Einwanderungs-Vorsorge des McCarran-Gesetzes der „Kontrolle von Umstürzlern" führte zu sehr unerwünschten Folgen. Keine wirklichen Kommunisten scheinen von diesem Gesetz belästigt worden zu sein, genausowenig wie Spione durch das sogenannte Spionagegesetz des ersten Weltkrieges ermittelt wurden, das aber zu ernsten Verletzungen der persönlichen Freiheit führte.

Aber Hunderte, wenn nicht Tausende von Europäern, die wahrscheinlich größtenteils heftige Anti-Kommunisten waren, wurden aufgehalten und einer langen Untersuchung in Ellis Island unterworfen unter dem Verdacht, daß sie einmal zu nationalsozialistischen oder faschistischen Jugend- oder Studentenorganisationen gehört hätten, deren Mitgliedschaft meist obligatorisch war. Die Feindseligkeit, die gegenüber den Vereinigten Staaten in sonst möglicherweise freundlich gesonnenen europäischen Staaten durch diese dumme und anmaßende Behandlung entstand, kann schwerlich überschätzt werden.

V. Der völlige Bankerott der Roosevelt'schen Außenpolitik

Die Erbschaft des zweiten Weltkrieges für Amerika war nicht der Friede, sondern ein immer heißer werdender kalter Krieg. Als Folgeerscheinung der Zerstörung des Gleichgewichts der Kräfte in der ganzen Welt sahen wir uns zu Interventionen in den entlegensten Winkeln der Erde gezwun-

gen. An Stelle der Philosophie regionaler Verpflichtungen, die Amerika mehr als ein Jahrhundert lang vortrefflich gedient hat, hielten wir uns jetzt an die Doktrin einer globalen Kollektiv-Sicherheit, die geschickt und geistreich, wenn auch unheilverkündend mit „Ewig Krieg für ewigen Frieden“ umschrieben wurde.

Man sollte meinen, daß es nur ein gesundes historisches Urteil über eine Politik geben könnte, die Frieden verspricht und zum Kriege führt, die Gerechtigkeit und Freiheit verspricht und Tyrannei und Ungerechtigkeit auf den Thron hebt, die sich vorgenommen hatte, Freundschaft zwischen allen Nationen und eine Atmosphäre der Sicherheit und „Freiheit von Not und Furcht“ zu schaffen, und als Folge davon die frostigen Stürme des kalten Krieges entfesselte, die sich anschickte, Deutschland und Japan zu vernichten, und zu der Notwendigkeit führte, diese Länder unter schwierigsten Bedingungen als starke Verbündete wieder aufzubauen. Das Urteil lautet: ein vollkommener, nicht wieder gut zu machender geistiger, moralischer, politischer und wirtschaftlicher Bankerott.

Nachschrift:

Einige Anmerkungen für zukünftige Historiker über die Außenpolitik Trumans

von

William L. Neumann

(Anmerkung des Herausgebers) – Die unmittelbaren Erfolge der Außenpolitik Roosevelt's können heute bereits voll und gerecht beurteilt werden, und sie sind in den vorausgehenden Seiten von Chamberlin angemessen untersucht worden. Die Außenpolitik Präsident Truman's der Roosevelt's Erbe übernahm und es weitgehend nach dem gleichen Muster weiterführte, wirkt sich noch aus. Aber das Wesen und die Ergebnisse einiger ihrer wichtigsten Praktiken können jetzt gleichzeitig mit den dabei angewandten Methoden beurteilt werden. Das tut auf den folgenden Seiten Dr. Neumann, dessen Beobachtungen eine passende Nachschrift zu Chamberlins scharfem Kapitel darstellen.

Die Versprechungen der Politiker übertreffen meistens ihre Befähigung, sie zu erfüllen. Dementsprechend sind ihre Drohungen meist schrecklicher, als es die Umstände rechtfertigen. Aber während der vergangenen fünfundzwanzig Jahre ist diese Technik des Drohens und Versprechens zu einer geradezu stereotypen politischen Formel in den Vereinigten Staaten geworden. Nach dem Grundrezept des Machiavelli aus George Orwell's Welt von „1984“: „Wenn einer regieren muß und fortfahren muß zu regieren, dann muß er fähig sein, den Sinn für die Wirklichkeit auszuschalten.“ Baut man eine Welt der Illusionen auf, die sich auf die Erklärungen hoher Staatsbeamten stützt, ist die Wirklichkeit verdunkelt, während Wähler und Gesetzgeber zu Handlungen getrieben werden, die nur von den Schöpfern der Illusionen für wünschenswert gehalten werden.

Der Gebrauch dieser Technik in der außenpolitischen Gesetzgebung der Jahre nach dem letzten Weltkrieg bietet sowohl dem Beobachter von heute als auch dem zukünftigen Historiker ein interessantes Feld der Studien. Die hier folgenden nüchternen Daten sind Beispiele für die jetzt übliche Art des Versprechens und Drohens zur Verdunkelung der Wirklichkeit. Um an die tatsächlichen Gegebenheiten der augenblicklichen Lage zu mahnen, sind darüberhinaus noch Daten aus weniger einer speziellen Tendenz verdächtigen Quellen wiedergegeben. Der Gegensatz zwischen dem Bilde Europas

und seiner Zukunft, wie es in offiziellen amerikanischen Quellen, und wie es in andern Quellen erscheint, illustriert schlagend die Verwirrung, die durch staatlich zu erweckende Illusionen angerichtet wurde.

Um das Abkommen von Bretton Woods (Internationaler Finanzfond) im Kongreß durchzubringen (1945)

Das Versprechen

„... dies bedeutet echte Friedensarbeit für jene, die vom Kriege zurückkehren und für die daheim, deren Kriegsarbeit beendet ist. Es bedeutet auch Aufträge und Gewinne für unsere Industrie und gerechte Preise für unsere Farmer."

Franklin D. Roosevelt
12. Februar 1945

„Sie schließen Arbeit und Verdienst ein. Sie helfen, das Schicksal neuer und alter Unternehmungen zu bestimmen. Sie legen die Menge des Essens auf dem Familientisch fest, Geld für ein neues Radio und Schulbücher für die Kinder."

Henry Morgenthau, jr.
7. März 1945

„... dieser Fond ist die größte Chance in der Welt, um die freie Wirtschaft zu bewahren."

Dean Acheson
8. März 1945

Die Drohung

„In eine Nußschale verzaubert das Finanzfondabkommen den Unterschied zwischen einer Welt, die abermals in den Malstrom der Panik und wirtschaftlicher Kriegführung geschleudert wird, der seinen Höhepunkt im Kriege erreichte – wie in den 30iger Jahren – oder einer Welt, deren Glieder nach einem besseren Leben durch gegenseitiges Vertrauen, Zusammenarbeit und Hilfe streben."

Franklin D. Roosevelt
12. Februar 1945

„... sie bringen eine sehr klare Stetigkeit des Auskommens und Ordnung, anstatt der Unsicherheit und des Chaos."

Henry Morgenthau, jr.
7. März 1945

„Die Vorschläge von Bretton Wood's machen uns mit einer Chance bekannt, dies Unheil zu verhüten. ... Wenn wir nichts unternehmen ... werden wir ein Auseinanderfallen des Weltsystems in einen Zustand wirtschaftlicher Kriegführung erleben."

Dean Acheson
8. März 1945

Die Wirklichkeit

Das bei Nichtzustandekommen des Internationalen Finanzfonds und der Weltbank angedrohte Unheil wurde auf Grund einer möglichen Wiederherstellung der Praktiken des Vorkriegs-Handelswettbewerbs vorausgesagt: Umwechselbeschränkungen, blockierte Wechsel und andere nationalistische Wirtschaftstechniken. Entsprechend wurde über die Wirksamkeit der Abkommen in Bretton Woods das Versprechen vorweggenommen, die Behinderung des internationalen Handels zu beseitigen und die Probleme des Zahlungsausgleichs zu lösen. Noch nach sechs Jahren der Wirksamkeit sieht die wirtschaftliche Lage der Welt folgendermaßen aus:

„... es gab kaum eine sichere oder geförderte Entwicklung auf die Ziele des (internationalen Finanz-) Fonds hin: unbehinderter, vielseitiger Handel und allgemeine Konvertierbarkeit der Währung.

Während der letzten sieben Jahre dauerten die Schwierigkeiten im Zahlungsausgleich an oder nahmen zu, und die meisten Länder waren entweder nicht in der Lage, einen tatsächlichen Fortschritt auf einen freieren internationalen Handel hin zu machen, oder sie mußten von Zeit zu Zeit ihre in dieser Richtung unternommenen Schritte wieder zurücknehmen.

*

„Es ist eine traurige Tatsache, daß sieben Jahre nach Kriegsende der Kapitalmarkt berichten muß, daß die internationalen Zahlungen noch weit davon entfernt sind, den Zustand des Gleichgewichts erreicht zu haben, und daß Schwierigkeiten und Beschränkungen des Umtauschs wieder in weiten Teilen des Welthandels an der Tagesordnung sind."

International Monetary Fund, Annual Report, 1952

Neben diese offizielle Feststellung muß die Reaktion der europäischen Staaten gesetzt werden, die sich in der europäischen Ratsversammlung im September 1952 trafen:

„Die Versammlung bestätigte durch Heben der Hände den Bericht ihres Komitees für Wirtschaftsangelegenheiten, das ernsthafte Zweifel darüber zum Ausdruck brachte, daß das Abkommen von Bretton Woods ‚noch länger aufrecht erhalten werden kann' ... Die Delegierten sagten, es schiene nunmehr unwahrscheinlich, daß die Welt einen vielseitigen Handel und freie Konvertierbarkeit der Währung ‚während unserer Lebenszeit' noch erleben würde, und daß daher irgendein Ausweg gefunden werden müsse."

New York Times, 25. September 1952

Um die Britische Anleihe durchzusetzen (1946)

Das Versprechen

„... Sie wird einen entscheidenden Einfluß auf den internationalen Handel der ganzen Welt haben ... sie wird einen Markt für die Überschüsse der Vereinigten Staaten offen halten, die üblicher Weise in das Vereinigte Königreich exportiert werden.“

Harry S. Truman
30. Januar 1946

„... dieses Abkommen liegt im Interesse unseres Landes, Groß-Britanniens und der gesamten Welt. Es ist keine Wohltätigkeit. ... Die Anleihe wird einen ausgedehnten Welthandel ermöglichen, und dies ist in unserem Interesse.“

Henry A. Wallace
12. März 1946

„Ich halte sie für lebensnotwendig für alle Zukunft der freien Welt, jener Welt, die sich freiwillig in den internationalen Handel einschaltet.“

Dean Acheson
13. März 1946

Die Drohung

„... die Anleihe nicht bewilligen, würde eine dauernde Beschränkung des Handels zwischen diesem Lande und jenen Ländern zur Folge haben, die gezwungen sind, für blockierte Sterlings zu verkaufen. Zweifellos würde unser Export an Artikeln wie Baumwolle und Tabak darunter leiden.“

Henry A. Wallace
12. März 1946

„... die Anleihe nicht bewilligen, hieße unseren Export unter die Vorkriegshöhe senken mit weitreichenden Konsequenzen für unsere gesamte Wirtschaft und insbesondere für die Produktionsgebiete wie Baumwolle und Tabak, in denen zahlreiche Menschen ihren Unterhalt durch ihre Arbeit für den Export verdienen.“

Henry A. Wallace
27. Mai 1946

„... neue Apfelgärten wurden in Australien und Kanada angelegt, der englische Tabakgeschmack stellte sich auf Empire-Typen um, Brasiliens Baumwollfelder dehnten sich über einige seiner riesigen Territorien aus, die Baumwolle des Empire wird besser und breitet sich aus.“

Dean Acheson
13. März 1946

Die Wirklichkeit

Groß-Britannien erhielt im Jahre 1946 eine amerikanische Anleihe von 3 750 000 000 Dollar. Ein Jahr später war die britische Wirtschaft nicht in der Lage, die finanzielle Belastung durch den Unterhalt von Truppen und Wirtschaftshilfe in Griechenland zu tragen, und die Vereinigten Staaten übernahmen diese Verantwortung. Wieder ein Jahr später, 1948, wurden neue Wünsche nach amerikanischer Finanzhilfe ausgesprochen. So begann das Programm des Marshallplans. Nahezu die Hälfte der während dieses Programms gezahlten Beträge wanderten nach England. Und trotzdem war Ende 1952 die englische Wirtschaftslage im gefährdetsten Zustande seit dem Kriege:

„Die britische Regierung plant etwas, das als eine völlig neue Annäherung an die Vereinigten Staaten beschrieben wird ... solche Maßnahmen wie ... weitreichende amerikanische Investierungen von Regierungs- und privater Seite in unentwickelten Ländern des britischen Commonwealth ... Kapitalhilfe, möglicherweise aus dem internationalen Finanzfond oder vielleicht auch direkt von den amerikanischen und kanadischen Regierungen."

Washington, (D. C.) Post, 25. August 1952

Um das griechisch-türkische Hilfsprogramm durchzusetzen (1947)

Das Versprechen

„Dieser (der zweite Weltkrieg) ist eine Kapitalanlage in Weltfreiheit und Weltfrieden ... Der Beistand, den ich empfehle ... sollte diese Anlage schützen und sichern, daß sie nicht vergeblich gemacht wurde."

Harry S. Truman
12. März 1947

Die Drohung

„Die auswärtige Politik und die nationale Sicherheit dieses Landes hängen davon ab ... Beistand ist geboten, wenn Griechenland als eine freie Nation überleben soll ... Die Türkei braucht jetzt unsere Hilfe ... zur Aufrechterhaltung ihrer nationalen Geschlossenheit ... Verwirrung und Unordnung könnten sich leicht über den ganzen Mittelosten ausbreiten."

Harry S. Truman
12. März 1947

„... wenn die Vereinigten Staaten Griechenland und der Türkei helfen, so bedeutet das nicht, daß sie damit britische Verpflichtungen übernehmen oder britische Politik unterschreiben, weder dort noch anderswo. Wir schlagen eher ein Programm vor, das von unserer Regierung ausgearbeitet worden ist, um die Sicherheit in Griechenland und der Türkei und im Mittelosten allgemein zu fördern und damit den Weg zu friedlicher und demokratischer Entwicklung zu bahnen."

Dean Acheson
24. März 1947

„... die wirtschaftlichen Begrenzungen sind außerordentlich. Wenn diese und andere Länder sich wirtschaftlich abschließen würden, so können Sie sich vorstellen, welche Wirkung das auf unseren Außenhandel haben würde, und ich meine, dies sollte nicht aus den Augen gelassen werden, wenn man diese Angelegenheit überdenkt."

William L. Clayton
25. März 1947

Die Wirklichkeit

Trumans Sprecher erweckten den Eindruck, daß es sich bei dem griechischen Problem nur um eine vorübergehende Hilfeleistung handle, um jedem Verdacht zu entgehen, die Vereinigten Staaten ließen sich auf eine dauernde öffentliche Belastung ein. Tatsächlich hatten die Vereinigten Staaten aber bereits durch die Export-Import-Bank Griechenland im Januar 1946 25 000 000 Dollar geliehen, ohne irgendwelchen Nutzen für die griechische Wirtschaft damit zu erzielen. Am Ende eines Jahres dieser Hilfe und nach einer Ausgabe von über 150 000 000 Dollar war Griechenland noch unfähig, eine Anleihe von der Internationalen Bank abzusichern. Um Griechenland einigermaßen zahlungsfähig zu erhalten, waren die Vereinigten Staaten gezwungen, bis zum heutigen Tage mehr als eine zusätzliche Milliarde Dollar Hilfe zu senden. 1952 war Griechenland immer noch unfähig, ohne Hilfe Amerikas auszukommen.

Ein anderes Hauptargument für die Griechenlandhilfe war der kommunistische Partisanenkrieg. Im März 1947, bevor das amerikanische Geld Griechenland erreichte, schätzte das State Department die Anzahl der Partisanen auf 13 000. Aber im März 1948 wurde bereits nach einem Jahr amerikanischer Hilfe die Zahl offiziell mit 26 000 angegeben. Die Abnahme der Partisanentätigkeit trat dann schließlich nicht infolge der amerikanischen Hilfe, sondern auf Grund des Bruches zwischen Moskau und Jugoslawien durch Tito ein. Dieser Bruch bedeutete das Schließen der Grenzen

von Jugoslawien und Albanien für die kommunistischen Freiwilligen und ihre Versorgung.

Die Einschränkung der kommunistischen Gefahr in Griechenland war eher das Ergebnis des jugoslawischen Entschlusses als des Truman-Programms. Politisch ist Griechenland immer noch ein sehr unsicheres Land.

Um den Marschallplan durchzubringen (1948)

Das Versprechen

„Unsere Entscheidung wird die Zukunft der Völker des Kontinents (Europa) weitgehend bestimmen. Sie wird auch weitgehend bestimmen, ob die freien Nationen der Welt als unabhängige Staaten hoffnungsvoll in eine friedliche und glückliche Zukunft schauen können, oder ob sie in Armut und Angst vor selbstsüchtigen totalitären Angriffen leben müssen.“ Harry S. Truman
19. Dezember 1947

„Das wird heute Opfer von uns verlangen, damit wir morgen uns des Friedens und der Sicherheit erfreuen können ... die Aufrichtung eines anhaltenden Friedens und Aufrechterhaltung wahrer individueller Freiheit ... Ich bitte das europäische Aufbauprogramm von dieser Warte und von dieser Grundlage aus zu betrachten ... Das Programm ist nicht irgendeines aus einer Serie einzelner Erleichterungsmaßnahmen.“

George Marshall
8. Januar 1948

Die Drohung

„Mit Rücksicht auf unsere eigene Wirtschaft ist eine Erholung Europas lebenswichtig ... keine Wirtschaft, selbst nicht eine so starke wie die unsere, kann auf die Dauer in einer Welt der Armut und Not gesund und glücklich bleiben.“

Harry S. Truman
19. Dezember 1947

„Wenn sie ihren eigenen (europäischen) Hilfsmitteln überlassen werden, so wird es, fürchte ich, kein Entrinnen geben aus einem derartigen Wirtschaftsverfall, so heftiger sozialer Unzufriedenheit, so weitgehender politischer Verwirrung und derart zerstörten Zukunftshoffnungen, daß die historische Grundlage der westlichen Zivilisation ... eine neue Gestalt annehmen wird von der Art der Tyrannei, für deren Zerstörung wir doch in Deutschland gekämpft haben.
... Unsere nationale Sicherheit wird ernstlich bedroht werden.
Wir werden dann tatsächlich in einem bewaffneten, reglementierten und kontrollierten Lager leben.“

George Marshall
8. Januar 1948

„... ein europäisches Aufbauprogramm in der Art und dem Umfange, wie der Präsident es vorgeschlagen hat, wird der Sache des Friedens dienen ... Ich fühle, daß dies zum erstenmal in der Geschichte eine Gelegenheit ist, zu einer echten Wirtschafts-Zusammenarbeit in Europa mit friedlichen Mitteln zu gelangen.
... dies Programm ist eines der weitreichendsten Unternehmen für Frieden und menschlichen Fortschritt, das jemals von uns oder einem anderen Volke unternommen worden ist."

W. Averell Harriman
12. Januar 1948

„... wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, daß es schreckliche Folgen haben würde, wenn wir es verabsäumten, uns entscheidend in dieser kritischen Weltlage zu rühren.
... Der Verfall Europas würde weitreichende Wiederherstellungen der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und ihrer Verteilung in unserem Land und anderen Gebieten erforderlich machen. Es könnte sich schädlich auf unsere Einfuhr, insbesondere die von wichtigen Rohstoffen auswirken."

W. Averell Harriman
12. Januar 1948

Nach einem Arbeitsjahr kam der Marshallplan abermals vor den Kongreß, für neue Anwendungsarten. Es wurden nicht nur neue Versprechungen für die Zukunft gemacht, sondern die Abwicklung des Programms wurde mit herzerquickenden Wendungen empfohlen:

„Die Ereignisse haben bewiesen, daß die Hoffnungen, die auf diesem Programm beruhten, weder hier noch im Auslande unangebracht waren ... Auf dem europäischen Kontinent ist kein Vormarsch des Totalitarismus zu verzeichnen ... die freie Gemeinschaft Europas hat sich nicht nur gehalten, sie hat sogar in dieser Zeit große Fortschritte gemacht ... Es gab eine definitive Entwicklung in Europa zur kollektiven Sicherheit hin ... Die Ergebnisse des ersten Arbeitsjahres beweisen eindeutig, daß die Maßnahme gesund war. Es wurden ... bezeichnende Schritte auf die Entwicklung einer engeren politischen Union hin unternommen."

Dean Acheson, 8. Februar 1949

„... wir gewinnen diesen Kampf um Freiheit und Frieden. Meines Erachtens läßt der Druck in Europa bereits nach. Er wurde vom Osten sehr stark auf den Westen ausgeübt. Mit dem Auftrieb wirtschaftlicher Erholung, mit neuer Hoffnung und wachsendem Vertrauen in den Herzen der westeuropäischen Menschen beginnt der Druck sich vom Westen nach dem Osten zu bewegen."

W. Averell Harriman, 8. Februar 1949

Die Wirklichkeit

Vier Jahre nach Eröffnung des Marshallplanes konnte man seinen Erfolg bei der Lösung der europäischen Wirtschaftsprobleme ungefähr abschätzen. General Marshall hatte 1948 ausgeführt, daß er nicht eine aus einer Reihe einzelner Hilfsmaßnahmen darstellen sollte. Die ernsten Beschränkungen einer Durchführung des Marshallplanes wurden von den befähigten Wirtschaftlern der Wirtschaftskommission für Europa aufgezeigt:

„Das erste Viertel des Jahres 1952 war in allzu vielen Ländern eine ziemlich getreue Wiederholung seines Vorläufers. Die industrielle Beschäftigung und Produktion stagnierte oder fiel im Ganzen gesehen, selbst wenn man das normale, saisonbedingte Gefälle berücksichtigt, in allen westeuropäischen Industriezentren, ausgenommen Frankreich . . .

*

Die Zeit war vom Export gezeichnet, und diese Länder – das Vereinigte Königreich und Frankreich – die bereits in Zahlungsausgleich-Schwierigkeiten steckten, erlebten immer noch einen beunruhigenden Abfluß ihrer Devisenreserven.

*

Bei Transaktionen mit den Vereinigten Staaten verlor ganz Westeuropa während der zweiten Hälfte des Jahres 1951 800 Millionen an Gold und Dollar, und dieser Abfluß hielt während des ersten Quartals 1952 unvermindert an.

*

Das erste Quartal 1952 war wie seine beiden Vorläufer eine Zeit der Stockung auf allen Gebieten des Einzelhandels und bei einigen sogar eine Zeit wirklicher Depression. Trotz Versuchen der Händler, in der Presse eine optimistische Stimmung zu erzeugen, scheint es sich seitdem wenig gebessert zu haben.“

Economic Bulletin for Europe, IV (August 1952), 1

Die Geschichte unserer Zeit wimmelt von weiteren Beispielen dieser verhältnismäßig neuartigen außenpolitischen Technik unserer Regierung. Der Nordatlantik-Pakt, das militärische Beistandsprogramm, die Erneuerung des auswählenden Dienstes und das wechselseitige Sicherheitsprogramm wurden alle der Öffentlichkeit und dem Kongreß mit einem Schwulst von Versprechungen und Drohungen präsentiert. Inmitten dieses Wirbels von Worten wird der zukünftige Historiker der Trumanregierung nach Wahrheit suchen müssen, indem er sich durch die Illusionen unserer Zeit hindurchbeißt.

Zusammenfassung und Ergebnisse

von
Harry Elmer Barnes

„Ich erhebe Anklage darüber, daß die vorlauten Publizisten unseres Landes durch ihre nahezu hysterische Sprache in Wort und Schrift, mit der sie für diplomatische und militärpolitische Extreme eintreten, uns bald in einen Krieg ohne Grenzen und ohne erreichbare Ziele hineintreiben, der eine gigantische Katastrophe der Vernichtung und des Umsturzes, sowohl hier bei uns wie draußen, zur Folge haben wird...

Unter vorlauten Publizisten verstehe ich jene Sprecher und Schreiber, die man unter Schriftleitern, Novellisten, Magazinschreibern und Leitartiklern sowohl wie auch unter Dramatikern, Rundfunkautoren, Lektoren, Universitätslehrern und Erziehern bis hin zu Senatoren und anderen gewählten Beamten, Kabinettsmitgliedern, politischen Führern und Präsidenten findet. Wenn das, worüber sie alle schreiben und sprechen, ein allgemein vereinbartes Thema wird, folgt die Aktion so gewiß, wie Butter dem Schlagen saurer Sahne...

Nachdem zwei Weltkriege im Verlauf einer Generation ausgefochten wurden, um Demokratie und Freiheit zu verteidigen, mit keinem anderen Ergebnis, als diese Ideale auf der ganzen Welt verschwinden zu sehen, müssen wir blind sein, wenn wir nicht begreifen, daß ein dritter derartiger Krieg für gleich unbegrenzte und unerreichbare Ziele mit einer der großen Katastrophen der Geschichte enden wird. Uns einbilden, daß wir einen solchen Krieg führen können, ohne uns zu erschöpfen und ohne viel von dem guten Glauben, dessen das Leben der Demokratie bedarf, zu zerstören, heißt, in dem gleichen Wunschtraum schwelgen, der sich zweimal als unser politisches Verderben erwiesen hat.“

William R. Mathews, Schriftleiter, Arizona Daily Star

Mit einigem Gewinn dürften wir nun noch einmal kurz die wesentlichen Tatsachen und Ergebnisse überschauen, zu denen uns das Material der vorhergehenden Kapitel verholfen hat.

Das erste Kapitel, das des Herausgebers, führt vor Augen, wie zwei Weltkriege, und vor allem die unnötige amerikanische Teilnahme daran, den freiheitlichen amerikanischen Traum der Tage von 1914 in einen Albdruck von Furcht, Reglementierung, Zerstörung, Unsicherheit, Inflation und letztlich Bankerott verwandelt haben.

Der Revisionismus, der nichts weiter will als die Festlegung der historischen Wahrheit, enthüllte, auf den ersten Weltkrieg angewandt, die Irr-

tümer in unserer früheren Auslegung der Ursachen und Bedeutung dieses Konflikts, die Torheit unserer Teilnahme daran und die verhängnisvollen Konsequenzen. Der Revisionismus half uns zurückzufinden zu nationaler Gesundheit, zum Kontinentalismus und Frieden der Harding-Coolidge-Hoover-Regierungen und zur Neutralitätsgesetzgebung der ersten Regierungszeit Roosevelts.

Es gibt jetzt einen weit entschiedeneren und rücksichtsloseren Widerstand gegen den Revisionismus im Hinblick auf den zweiten Weltkrieg, als es ihn in den zwanziger Jahren gab, in denen sich die Revisionisten mit dem Konflikt beschäftigten, der 1914 begann. Das liegt an der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten sehr viel unmittelbarer an den diplomatischen Vorbereitungen des zweiten Weltkrieges beteilgt waren. Die heftige Feindseligkeit gegenüber dem Revisionismus wird von Geboten politischer Zweckdienlichkeit geschürt, vom Drängen spezieller Gruppen, die an der Förderung der Kriegshysterie interessiert sind, von unserer Belehrung seit anderthalb Jahrzehnten in globalem Denken und von der Haltung derjenigen, die ein wohlbegründetes berufliches und persönliches Interesse an der Aufrechterhaltung der offiziellen Märchenerzählungen solcher Historiker und Sozialwissenschaftler haben, die in großer Zahl während der Kriegszeit an der Propaganda und Verbündetenarbeit der Regierung mitwirkten.

Die Methoden, die die Gegner des Revisionismus anwenden, sind zur Hauptsache folgende: 1. Hinderung revisionistischer Historiker am Zutritt zu staatlichen Dokumenten; 2. Einschüchterung von Verlegern, die sonst bereit wären, revisionistisches Material zu drucken; 3. Ignorieren oder Schlechtmachen revisionistischer Bücher und Aufsätze und 4. Rufmord und andere Einschüchterungsversuche gegenüber revisionistischen Autoren.

Um der Entwicklung des Revisionismus noch weiter entgegenzuwirken, lassen manche freien und privaten Historiker freiwillig die volkstümlichen Fiktionen über den zweiten Weltkrieg weiter bestehen. Sie sind entweder dem Globaldenken erlegen oder haben ein begründetes Interesse daran, die Fiktionen aufrecht zu erhalten. Dann haben wir eine beträchtliche Anzahl von ‚Hof-Historikern', die auf halb-offizielle Art wirken und vollen Zutritt zu den Staatsarchiven haben unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß ihre Bücher die offizielle Version von den Geschehnissen verteidigen. Endlich haben wir eine stets wachsende Körperschaft von offiziellen Historikern im Zusammenhang mit den militärischen Personal- und Executiv-Departements, die dafür bezahlt werden, Geschichte zu schreiben, wie ihre Auftraggeber es ihnen vorschreiben. Das ist ein großer Schritt auf die offizielle Verfälschung von Dokumenten zu, wie George Orwell sie in seinem klassischen Werk ‚1984' geschildert hat.

Diese Voreingenommenheit gegenüber dem historischen Revisionismus hat jede Art von wissenschaftlicher Exaktheit in der neueren Weltgeschichte zerstört und sie verfälscht in gefährlicher Weise die Geschichte einer entfernteren Vergangenheit, indem sie falsche Parallelen zu einer verzerrten jüngsten Vergangenheit und Gegenwart zieht und erzwungene und fehlerhafte Kausalbeziehungen aufzeigt. Auf diese Weise drängen uns die antirevisionistischen Historiker auf den Weg zu den Verhältnissen des Systems von ‚1984', in dem schon der Begriff ‚Geschichte' tabu und gesetzwidrig ist, weil es keine Kenntnis der Vergangenheit geben darf, an der bestehende Fehler und Übelstände geprüft und verurteilt werden können.

*

Das zweite Kapitel, von *Dr. Tansill,* verschafft einen umfassenden Überblick über die europäische Diplomatie und die internationalen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen sowie über das Ausmaß und die Folgen der amerikanischen Beteiligung an internationalen Angelegenheiten während dieser Ära.

Es wurde deutlich gemacht, wie der alliierte Verrat an Wilson's Vierzehn Punkten und die Bedingungen des Waffenstillstands vom 11. November 1918 den Grundstein für den zweiten Weltkrieg gelegt haben. Dies wurde immer sichtbarer, als der Völkerbund es unterließ, seine Macht für eine Verbesserung der verhängnisvollen Bedingungen dieser rachsüchtigen Nachkriegsverträge einzusetzen. Diese Verträge schufen und nährten die Verstimmung Deutschlands und Österreichs und trugen entscheidend zu der endgültigen Zahlungsunfähigkeit dieser Länder und zur daraus folgenden Erhebung des Totalitarismus bei. Es wurden keinerlei ernsthafte Versuche unternommen, das Unrecht, das man Deutschland und Österreich angetan hatte, durch Verhandlungen mit den friedlichen – und tatsächlich friedliebenden – republikanischen Führern dieser Länder zu revidieren. Der Erfolg war der Aufstieg Hitlers zur Macht und die Revision der Verträge durch die Schläue, den Bluff und die Gewalt der Nationalsozialisten.

Was Hitler tatsächlich unternahm, um die Lage zu ändern, war nicht besonders tadelnswert; es waren seine Methoden, die verständlicherweise viele schockierten. Aber alles in allem waren Hitler und seine Methoden die Strafe für fünfzehn Jahre alliierter Rachsucht und Torheit. Professor Tansill verzeichnet und beschreibt im einzelnen hinreichend die hervorstechenden Irrtümer und Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages, und was aus diesem entstand.

Abgesehen von der Haltung der Vereinigten Staaten, die eine Anzahl brauchbarer (oder im Bau befindlicher) Schiffe versenkten und das Heer zu

einem Skelett beschnitten, charakterisierten Gewalt, Unehrlichkeit, Wortklauberei, Verschleppung und Widerstreben die ganze betrügerische Abrüstungsbewegung von 1920 bis Mitte der dreißiger Jahre. Die deutsche Wiederbewaffnung wurde durch die Nachkriegsregelung scharfen Einschränkungen unterworfen, aber die europäischen Alliierten unterließen es, ihrem Abkommen entsprechend selbst abzurüsten. Im Gegenteil, sie gingen dazu über, ihre Rüstung über den Stand von 1914 auszubauen. Hitler machte dann schließlich der ganzen Farce ein Ende, kündigte in Nichtachtung des Versailler Vertrages die Wiederbewaffnung Deutschlands an, und das Wettrüsten entwickelte sich zu neuen und erweiterten Ausmaßen. Aber der tatsächliche Umfang der deutschen Aufrüstung vor 1939 wurde von der „Anti-Nazi"-Propaganda wesentlich übertrieben. Sie ging nicht über die von England und Frankreich hinaus.

Die Unbeholfenheit und Dummheit der meisten alliierten Diplomaten, besonders aber von Anthony Eden, zerstörten das System der kollektiven Sicherheit, wozu es auch reif war, und öffneten die Tür für die einseitigen Maßnahmen Hitlers und Mussolinis, die den zweiten Weltkrieg beschleunigten. Baldwin und Chamberlain in England nahmen Hitlers Verletzungen des Versailler Vertrages ruhig hin, weil sie sich darauf verließen, daß Hitler die Bedrohung des Britischen Imperiums durch Sowjet-Rußland schachmatt setzen würde. Am Vorabend eines schlagenden Erfolges mit diesem Programm machte die britische Diplomatie im Winter und Frühling 1939 eine plötzliche und ganz unerklärliche Kehrtwendung. Nachdem sie ohne ernsthafte Einwendungen Hitlers drastischere Maßnahmen und Angriffe einige Jahre hingenommen hatten, erklärten England und Frankreich plötzlich Deutschland den Krieg aus Protest gegen Hitlers maßvollste und berechtigtste Forderung seiner ganzen Vorkriegslaufbahn. Sie taten es infolge des Drängens von Churchill und der Tory-Kriegspartei in England, der britischen Labor Party und von Präsident Roosevelt.

Obgleich die Harding-Coolidge-Hoover-Regierungen gegen die harten Nachkriegsverträge eingenommen waren, taten sie doch wenig dafür, deren Einschränkung zu erzwingen. Jeder Versuch in dieser Hinsicht wurde um so schwerer abgewiesen, als die Vereinigten Staaten außerhalb des Völkerbundes blieben und einen separaten Vertrag mit Deutschland schlossen. Die Dawes- und Youngpläne dienten lediglich dazu, den endgültigen Zusammenbruch der Reparations-Travestie hinauszuziehen. Präsident Hoover erkannte und beendete dieses Hindernis schließlich. Unter Präsident Roosevelt gelang es der amerikanischen Diplomatie, weder auf Europa, noch auf Hitler einen mäßigenden Einfluß auszuüben.

Die amerikanische Feindseligkeit Deutschland gegenüber nahm schnell zu, als Hitler zur Macht kam. Das war die Folge seiner Vernichtung des Liberalismus und der parlamentarischen Regierung sowie seiner Judenverfolgung. Die Feindseligkeit spiegelte sich in unserer Diplomatie, die zu Zeiten selbst den Schein der üblichen diplomatischen Höflichkeit und Umgangsformen preisgab. So groß auch William E. Dodds Verdienste als Historiker und Lehrer sein mögen, so bedeutete er doch eine unglaublich schlechte Wahl als Botschafter für das nationalsozialistische Deutschland – etwa derart, wie wenn Hitler einen glühenden Nationalsozialisten als Botschafter in die Vereinigten Staaten gesandt haben würde. Die Ernennung Dodds gestaltete die deutsch-amerikanischen Beziehungen noch schwieriger und gespannter, und Dodds Nachfolger tat wenig dazu, die Situation zu verbessern.

Zur Zeit der Münchener Episode von 1938 begünstigte Präsident Roosevelt scheinbar die britische Politik Hitler nachzugeben. Seine Verbindungen zu den beteiligten europäischen Führern dürften tatsächlich entscheidend dazu beigetragen haben, daß England und Frankreich 1938 Hitlers Drohung nicht mit Waffen begegneten. Aber aus seinen Besprechungen mit amerikanischen Staatsbeamten, besonders mit General Henry H. Arnold, geht hervor, daß Roosevelt München eher als Vorspiel zum Kriege betrachtete, nicht als Sicherung eines „Friedens für unsere Zeit“, wie Chamberlain es offensichtlich gehofft hatte. 1938 wünschte Roosevelt noch keinen Krieg, denn die Situation damals hätte sehr wohl so sein können, daß Hitler zu schnell geschlagen worden wäre, um einen Eintritt Amerikas in den Kampf noch zu ermöglichen. Die Tschechen hatten eine große und gut ausgerüstete Armee, und Rußland war eifrig darauf bedacht, sich an einem Kriege gegen Hitler zu beteiligen. Im Sommer 1939 hatte sich die Situation stark verändert. Die tschechische Armee gab es nicht mehr, und Rußland hatte einen Vertrag mit dem nationalsozialistischen Deutschland unterzeichnet. Wenn unter diesen Umständen ein Krieg ausbrach, mußte er wahrscheinlich lange dauern und Roosevelt reichlich Zeit lassen, die Vereinigten Staaten in den Kampf hineinzumanövrieren.

Es steht wohl außer Zweifel, daß Roosevelt bereits vor Kriegsausbruch Anfang September 1939 entschlossen war, wenn möglich in einen europäischen Krieg einzutreten. Das „Deutsche Weißbuch“ (eroberte polnische Dokumente) und selbst die zensierten „Forrestal Diaries“ bestätigen diese Überzeugung. Bis heute aber bleibt es ein Geheimnis, welche endgültigen Sicherheiten er *Anthony Eden* im Dezember 1938 und *König Georg VI.* im Juni 1939 gegeben haben mag.

*

Das dritte Kapitel von Dr. *Sanborn* erzählt die Geschichte von Präsident Roosevelts unneutralem Verhalten im europäischen Kriege und von seinen erfolglosen Bemühungen, direkt durch die europäische Vordertür in den Krieg einzutreten.

Dr. Sanborn gibt noch einmal einen kurzen Bericht von unserer antideutschen Diplomatie, besonders vom Zeitpunkt der Rede an der Chicago-Brücke am 5. Oktober 1937, in der eine Quarantäne für Angreifer gefordert wurde. Er zeigt, daß Roosevelts Drängen während der Münchener Zeit, im Herbst 1938, Frieden zu bewahren, entscheidend dazu beitrug zu verhindern, daß Hitler Einhalt geboten würde, als dies noch mit Gewalt auf Grund der vorherrschenden Abneigung gegen den nationalsozialistischen Führer hätte ausgeführt werden können. Am 14. April 1939 hielt Roosevelt eine Ansprache, die darauf berechnet war, Hitler und Mussolini zu reizen, indem er ihre Methoden mit denen von Hunnen und Vandalen verglich. Durch die Botschafter William C. Bullitt, Joseph P. Kennedy und andere drang er in die Polen, gegen alle deutschen Forderungen fest zu bleiben, und in die Engländer und Franzosen, eine solche Politik Polens kräftig zu unterstützen. Solche friedfertigen Mitteilungen, wie Roosevelt sie am Vorabend des Krieges nach Europa sandte, waren offensichtlich nur fürs Protokoll bestimmt, ähnlich seinem Telegramm an den japanischen Kaiser am 7. Dezember 1941.

Nachdem dann im September 1939 der Krieg ausgebrochen war, ließ Präsident Roosevelt allen Anschein von Neutralität fallen und brachte seine Politik damit in krassen Widerspruch zu der von Präsident Wilson im Jahre 1914. Wilson hatte zu Anfang des ersten Weltkrieges einen aufrichtigen Versuch unternommen, die Neutralität aufrecht zu erhalten und von der Nation Neutralität sowohl in Gedanken als auch in Handlungen verlangt. Roosevelt betrieb die Aufhebung unserer Neutralitätsgesetzgebung noch vor Ausbruch des Krieges. Er widmete sich der Hilfe für England und Frankreich und sträubte sich gegen jeden Versuch, nach dem Polenfeldzug Frieden zu machen. Das volle Ausmaß seiner Verpflichtungen gegenüber England wird nicht bekannt werden, bevor nicht die nahezu zweitausend Geheimmitteilungen zwischen ihm und Premierminister Churchill der Wissenschaft zugänglich gemacht sein werden. Churchill hat uns bestätigt, daß der größte Teil des wichtigen diplomatischen Verkehrs zwischen den beiden Ländern von 1939 bis Pearl Harbor durch diese geheimen Botschaften (die sogenannten „Kent-Dokumente“) abgewickelt wurde. Jedoch kann eine eindrucksvolle Darstellung der Unneutralität auch ohne diese Dokumente zusammengestellt werden.

Diese Unneutralität trat nach dem Fall Frankreichs und dem englischen Rückzug bei Dünkirchen in Erscheinung. Roosevelt's Haltung äußerte sich damals deutlich in seiner berühmten ‚Dolch in den Rücken'-Ansprache vor der Virginia-Universität im Juni 1940. Unneutrale Handlungen, die fast an Kriegshandlungen grenzten, begannen nach Dünkirchen mit der Verschiffung von großen Mengen Kriegsgerät für England. Im Oktober 1940 wurden 970 000 Enfield-Gewehre, 200 000 Revolver, 87 500 Maschinengewehre und über 1 200 Geschütze nach England versandt. Präsident Roosevelt begann damals auch jene Entblößung unserer Luftverteidigung zugunsten Englands, die zur Abdankung des Kriegsstaatssekretärs Harry H. Woodring führte. Neue Flugzeuge mußten in einem Verhältnis von neunzehn für Amerika zu siebzehn für England zugewiesen werden. Der berühmte Zerstörer-Handel wurde im September 1940 durchgesetzt, eine Aktion, die von Regierungsanwälten zugelassen, uns legal und moralisch in Kriegszustand versetzte. Das Gesetz über Aushebungen zum Militärdienst in Friedenszeit, das erste im Laufe unserer Geschichte, wurde auch im September 1940 verabschiedet.

Daß Präsident Roosevelt Ende 1940 entschieden hatte, den Krieg auf Seiten Englands auszufechten, wurde Churchill bei einem Frühstück am 11. Januar 1941 eindeutig von Harry Hopkins eröffnet, als dieser Churchill sagte: „Der Präsident ist entschlossen, daß wir den Krieg gemeinsam gewinnen werden. Geben Sie sich darüber keinem Zweifel hin." Um weitere Pläne für diesen gemeinsamen Kampf zu erleichtern, trafen sich Spitzenexperten von Heer und Marine der Vereinigten Staaten und Englands in hochgeheimen Zusammenkünften in Washington von Januar bis März 1941. Am Ende dieser Sitzungen schrieb Admiral Harold R. Stark seinen Flottenkommandanten: „Die Frage unseres Eintritts in den Krieg scheint nunmehr ein Wann und nicht ein Ob." Bei einer zusätzlichen Konferenz in Singapur im April 1941 kam man überein, daß unsere Streitkräfte die Japaner angreifen sollten, wenn diese einen bestimmten Punkt im Pazifik überschritten, selbst wenn sie dabei keine amerikanischen Schiffe oder Gebiete angriffen. Das war eine abscheuliche Verhöhnung des Versprechens, das Präsident Roosevelt dem amerikanischen Volk gegeben hatte, wir würden uns an keinem Krieg beteiligen, solange wir nicht angegriffen würden.

Trotz alledem versicherte Präsident Roosevelt dem amerikanischen Volke, daß alle den Briten gegebene Hilfe eine „Kriegsverkürzung" bedeute und dazu bestimmt sei, den Krieg von unserer Küste fern zu halten. Unter dieser Voraussetzung wurde das Pacht- und Leih-Gesetz vom Kongreß angenommen. Aber kaum war dieses Gesetz verabschiedet, als Präsident Roosevelt die Politik der Geleitzüge begann, einen kaum verschleier-

ten Versuch, Deutschland zu einer sehr erwünschten Kriegshandlung zu verführen. Die Grundlage des Geleitzugprogramms war bereits im Januar 1941 ausgearbeitet worden, und seine Durchführung begann im April 1941, wenn das auch offiziell von Präsident Roosevelts Marinestaatssekretär Frank Knox und anderen abgeleugnet wurde. Trotz so ungewöhnlich falsch dargestellter Vorfälle auf dem Atlantik, im Rahmen des Geleitprogramms, wie denen der ‚Robin Moore‘, der ‚Greer‘ der ‚Kearny‘ und der ‚Reuben James‘, nahmen weder Deutschland noch Italien die Herausforderung zum Kriege an. Nicht einmal Präsident Roosevelts Kriegsrede vom 11. September 1941, in der er von „Nazi-Klapperschlangen“ sprach und eine Politik des „Probeschießens“ im Atlantik ankündigte, konnte Deutschland in den Krieg mit Amerika locken.

Im Spätsommer 1941 hatten Roosevelt und Churchill eingesehen, daß es für Amerika unmöglich sein dürfte, durch die europäische Vordertür dem Kriege beizutreten, und so trafen sie sich im August 1941 vor der Küste von Neufundland, um einen Weg herauszufinden, auf dem Roosevelt mit Hilfe entsprechender Handhabung der amerikanisch-japanischen Beziehungen Amerika durch die Hintertür des Fernen Ostens zwängen könnte. Zu dieser Zeit war es nur noch eine Frage des Wann und Wie. Es war wohlbekannt, daß ein Krieg mit Japan bereits durch die Handelssperre und das „Einfrieren“ im Juli 1941 unvermeidlich geworden war, wenn die Vereinigten Staaten nicht bereit wären, diese Beschränkungen zu lockern, was aber weder in Roosevelt’s noch in Hull’s Absicht lag.

*

Das vierte Kapitel von W. H. *Chamberlin* geht auf das Elend der Roosevelt’schen Außenpolitik ein. Es steht einwandfrei fest, daß Roosevelt sein Land in den zweiten Weltkrieg gegen den Willen von mindestens 80% des amerikanischen Volkes hineingelogen hat. Dieser Krieg kostete die Vereinigten Staaten etwa eine Million Verluste – 227 131 wurden im Kampf getötet, 26 705 starben an ihren Verwundungen, 38 891 starben aus anderen Ursachen, 12 780 wurden vermißt und 672 483 wurden verwundet. Die unmittelbaren Kosten an Geld beliefen sich für die Vereinigten Staaten auf etwa 350 000 000 000 Dollar – die Gesamtkosten auf mindestens eine und eine halbe Billion Dollar, ungerechnet die militärischen Kosten nach 1945, die sich direkt aus Präsident Roosevelt’s Krieg herleiten, und die heute ins Phantastische steigen. Und es gab außerdem noch andere große kulturelle und moralische Kosten, die Chamberlin in seinem Kapitel aufzählt.

Die Weisheit Roosevelt’s und seiner Helfershelfer im Heraufbeschwören und Führen dieses Krieges kann nur gerecht beurteilt werden, wenn man

die Ergebnisse gegen die Kosten abwägt: Unerhörte Vorteile müßten sich ergeben, um so astronomische Kosten und entsetzliche Tragödien zu rechtfertigen. Chamberlin belegt mit einer Fülle von Zeugnissen, daß tatsächlich weder der Menschheit im allgemeinen noch den Bürgern und nationalen Interessen der Vereinigten Staaten im besonderen ein Segen als Erfolg unseres Eintritts in den Krieg erwachsen ist. Größtenteils ist die Lage wesentlich schlimmer, als wenn wir draußen geblieben wären.

Viele Verehrer der Außenpolitik Präsident Roosevelt's sind nun durch die wachsende Offenkundigkeit gezwungen worden zuzugeben, daß er uns in den Krieg log. Aber sie nehmen ihre Zuflucht zu der Behauptung, dies alles sei mehr als gerechtfertigt durch die großen Dienste, die er den Vereinigten Staaten und der Welt geleistet habe. Arthur M. Schlesinger, jr. hat sich ereifert, eine solche Politik und derartige Handlungen verrieten den guten Diener der Öffentlichkeit und treuen Beamten. Chamberlin's Kapitel beantwortet eine derart zynische Rabulistik für alle Zeiten.

Am Anfang des Kapitels schildert Chamberlin noch einmal die Art und Weise, wie Roosevelt uns in den Krieg log, beginnend mit dem Zerstörer-Basis-Handel im September 1940, bis zu Staatssekretär Hull's Ultimatum am 26. November 1941. Öffentliche Versicherungen friedlicher Absichten wurden abgegeben gleichzeitig mit einer Politik und mit Unternehmungen, die mit Absicht und Erfolg dazu bestimmt waren, uns in den Krieg zu bringen. Chamberlin enthüllt die falsche Panikmache, die sich auf die Behauptung stütze, Hitler plane, die Vereinigten Staaten zu erobern und zu besetzen, sobald er über England und Rußland verfügt habe.

Die erklärten Hauptkriegsziele Franklin D. Roosevelt's waren: 1. die Anwendung der Grundsätze der Atlantik-Charta vom August 1941; 2. Förderung der vier Freiheiten; 3. Sicherung der bedingungslosen Übergabe Deutschlands und Japans als Voraussetzung des Friedens; 4. Zusammenarbeit mit Sowjet-Rußland zum Zwecke der Förderung von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden in der ganzen Welt; 5. Verteidigung und Verewigung des Regimes von Tschiang Kai Schek im Fernen Osten; 6. Verbreitung in der ganzen Welt unserer hohen moralischen Ideale, wie sie in Roosevelt's falschen Versprechungen und Staatssekretär Hull's pharisäerhaften Banalitäten ausgedrückt waren; 7. Schaffung einer neuen Weltorganisation – den Vereinten Nationen –, die den Krieg an die Kette legen und ewigen Weltfrieden sichern würden; und 8. Verstärkung der nationalen Sicherheit Amerikas und Sicherung des Schutzes vor drohenden Gewalten innerhalb und außerhalb unseres Landes.

Chamberlin geht unbarmherzig aber gerecht diesen erklärten Kriegszielelen nach und zeigt, daß praktisch nur eines davon verwirklicht worden ist. Die Atlantik-Charta wurde ebenso vergewaltigt wie die vierzehn Punkte von Woodrow Wilson nach 1918. Rußland ging bei der Verletzung der Charta in Führung, aber die Vereinigten Staaten und England waren nicht ohne Schuld und standen angesichts dieser russischen En gros-Verletzungen untätig bei Seite. Keine der vier Freiheiten ist durch den Krieg wirksamer gemacht worden, und in vieler Hinsicht sind sie heute ihrer Verwirklichung ferner gerückt als 1940. Die Forderung nach bedingungsloser Übergabe verlängerte den Krieg um nahezu zwei Jahre, führte zu außerordentlichen und sinnlosen Verlusten von Menschenleben, Geld, Eigentum, historischen Denkmälern und Kunstschätzen, verhalf Rußland zu einer beherrschenden Stellung in der alten Welt, zerstörte das Wirtschaftsgefüge Zentraleuropas und kostete die Vereinigten Staaten ein Übermaß von fünfundzwanzig Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Auch erzeugte es in den verwüsteten Gebieten unvergängliche Ressentiments, die den Keim zu einem dritten Weltkriege hervorbringen können.

Rußland ließ jedes Interesse an Demokratie und Freiheit, nachdem der Krieg vorbei war, vermissen und konnte sich für einen Frieden nur insofern erwärmen, als er Bedingungen zusicherte, die den russischen Wünschen entsprachen. Der Erfolg von Roosevelt's Zusammenarbeit mit Rußland war, daß letzteres mehr Macht erlangte als Deutschland und Japan zusammengenommen besessen hatten. Auch waren die Sowjets weit weniger an freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert als Deutschland und Japan vor Pearl Harbor. Das Gleichgewicht der Kräfte war in Europa gestört, und die Vereinigten Staaten bezahlen nunmehr ungezählte Milliarden in dem vergeblichen Bemühen, es wieder herzustellen. Im Fernen Osten hat Rußland Japan als beherrschende Macht verdrängt und Japan als Hindernis gegen russische Vorstöße blieb hilflos zurück. Tschiang Kai Schek wurde in hilfloser Schande in einen gefährdeten Hafen auf Formosa getrieben und die chinesischen Kommunisten übernahmen China. Unsere unfähige Politik in China hat die chinesischen Kommunisten dem Kreml in die Arme getrieben, anstatt Chinas nationalen Ehrgeiz gegen Rußland zu wenden. Ein neuer Weltkrieg drohte danach in Korea, weit gefährlicher für den Weltfrieden als der chinesisch-japanische Krieg 1937 bis 1941.

Roosevelt's salbungsvolle, moralische Verheißungen und Hull's fromme Wünsche sind vom Winde verweht; sie ließen die Schrecken des Massenmords, entsetzliche physische Verheerungen, Verschleppungen im Großen, rachsüchtige Metzeleien, legalisierte Lynchjustiz an geschlagenen Heer-

führern, eine Welt im Chaos und nur noch die Erinnerung an internationale Zusammenarbeit zurück.

Amerikas nationaler Schutz wurde nicht gesichert. Im Gegenteil, er ist weit gefährdeter als 1941. Die Macht der Russen ist weit größer als die von Deutschland und Japan zusammengenommen, und Rußland ist weniger auf Frieden mit den Vereinigten Staaten aus. Unsere wirtschaftliche Sicherheit wird von Schulden bedroht, von einer beispiellosen Inflation, von Steuern, die nahezu an Enteignung grenzen, und von der Aussicht auf astronomische zukünftige Ausgaben für den wahrscheinlich vergeblichen Versuch, die internationale Sicherheit wieder zu erlangen, deren wir uns zur Zeit von Pearl Harbor erfreuen konnten. Die persönliche Sicherheit ist durch unsere unsichere Wirtschaftslage bedroht, durch noch nicht dagewesene Eingriffe in unsere bürgerlichen Freiheiten und persönlichen Rechte und durch die Aussicht auf allgemeinen Wehrdienst und unaufhörliche Kriegsgefahr.

So sieht die Bilanz der Roosevelt'schen Außenpolitik aus, wie Chamberlin treffend schließt: „ein vollkommener, nicht wieder gut zu machender geistiger, moralischer, politischer und wirtschaftlicher Bankerott".

*

In einer kurzen Nachschrift zu Chamberlin's Kapitel zeigt Dr. *Neumann*, daß die Truman-Regierung dieselbe interventionistische Politik verfolgte, wie es das Roosevelt-Regime tat und dabei eine ähnliche Taktik mit ähnlich verheerenden Folgen anwandte.

*

Es besteht kaum ein Zweifel, daß dieses Buch von den „Verdunklern" und den „Weißwäschern" als eine „Rückkehr zum Vorkriegs-Isolationismus" angeschwärzt werden wird, als eine „Wiederkehr von ‚Amerika zuerst' " und ähnliches mehr. Das Beiwort „Isolationismus" ist eines der bemerkenswerten Beispiele für die „Neusprache" der amerikanischen Avantgarde von „1984". Es ist ein Schimpfwort ohne wirkliche Bedeutung. Die wenigsten von denen, die den Eintritt Amerikas in den zweiten Weltkrieg ablehnten, waren in irgendeinem Sinne Isolationisten, und viele der Führer – wie der verstorbene Professor Beard – traten ihr Leben lang für vernünftige internationale Beziehungen und guten Willen ein. Tatsächlich hat es auch wenig oder gar keinen Isolationismus in unserer traditionellen amerikanischen Außenpolitik gegeben. Selbst Jefferson und die Gründerväter waren energische Anwälte für internationale Beziehungen und Verständigung. Die einzige Isolation, die jeder von ihnen oder ihren Nachfolgern stets befürwortete, war die Isolation von selbstsüchtigen auswärtigen

Streitereien, und diese Politik ist heute noch so weise und lebensnotwendig wie 1800. Sie ist sogar heute für das Heil und die Sicherheit unserer Nation noch wesentlicher als vor anderthalb Jahrhunderten.

Die Autoren dieses Buches sind gebildete und realistische Menschen, welche die Notwendigkeit und die Vorteile weitestmöglicher internationaler Kontakte und Beziehungen im Rahmen eines Friedensplanes anerkennen. Viele von ihnen arbeiteten bereits auf ein solches Ziel hin, als einige der heute stimmgewaltigsten Anwälte globaler Einmischung noch Babies in Wiege und Windeln waren. Sie heißen die Vision einer Weltregierung in ferner Zeit willkommen, wenn sie durchführbar geworden ist und die Nationen der Welt schrittweise auf eine so weittragende Entwicklung vorbereitet sind, durch ein besseres Verständnis für ihre gegenseitigen Interessen und eine wachsende Bereitschaft, selbstsüchtige nationale Interessen dem internationalen Verständigungswillen und der Zusammenarbeit unterzuordnen. Aber die Verfasser glauben nicht an ein besseres Verstehen und Zusammenarbeiten in der Welt als Ergebnis einer Machtpolitik und militärischer Raubzüge, die von großen, sich bekämpfenden Machtblöcken geleitet werden. Ein System, das jeden begrenzten Krieg in einen möglichen Weltkrieg verwandelt, grundlegende historische Entwicklungen abzuschneiden sucht, Kriegsschrecken und Bewaffnungshysterie zur Grundlage innenpolitischer Taktik und wirtschaftlicher „Beute“ macht, kann kaum als wirksames Mittel betrachtet werden, den Weltfrieden herbeizuführen.

Biographisches und Bibliographisches über die Autoren

(in der Reihenfolge der Kapitel dieses Buches)

Die folgenden biographischen und bibliographischen Angaben sind vom Herausgeber geschrieben worden; einige Superlative und anderes den Mitarbeitern gespendetes Lob geben ausschließlich seine guten Wünsche für sie sowie sein persönliches Urteil wieder und bedeuten ihm eine moralische Verpflichtung, ausgenommen im eigenen Falle, in dem er die Meinung anderer zitiert hat.

Harry Elmer Barnes wurde am 15. Juni 1889 in der Nähe von Auburn, New York, geboren. Er besuchte die Port Byron-Hochschule und die Universität von Syracuse, und erhielt von der letzteren 1913 seinen A. B.-Grad ‚summa cum laude'. Von der Columbia-Universität erhielt er 1918 den philosophischen Doktortitel. Während der Zeit in Columbia war er Mitglied der Universitätsgesellschaft für historische Soziologie und korrespondierendes Mitglied in Geschichte. Über Geschichte und Geschichts-Soziologie hat er an der Universität von Syracuse, dem Bernard College, der Columbia-Universität, der Clark-Universität, dem Smith College, dem Amherst College, der Temple-Universität, der Universität von Collorado und der von Indiana gelesen, sowie in vielen Universitäts-Sommerschulen im ganzen Lande. Seine wichtigsten historischen Arbeiten sind ‚THE HISTORY OF WESTERN CIVILIZATION' (2 Bände, 1935); sowie ‚AN INTELLECTUAL AND CULTURAL HISTORY OF THE WESTERN WORLD', (1937). Preserved Smith sagte, daß ersteres „unbestreitbar das Meisterstück der Neuen Geschichte" sei.

Dr. Barnes Hauptwerke auf dem Gebiete der diplomatischen Geschichte und internationalen Beziehungen sind: ‚THE GENESIS OF THE WORLD WAR' (1926); ‚IN QUEST OF TRUST AND JUSTICE' (1928) sowie ‚WORLD POLITICS IN MODERN CIVILIZATION' (1930). Auch gab er die wesentliche Reihe von sechs Bänden über ‚AMERICAN INVESTMENTS ABROAD: STUDIES IN AMERICAN IMPERIALISM' (1928–35) heraus, die vom Amerikanischen Fond für öffentliche Dienste betreut wurde.

Über die „Genesis" schrieb Carl Becker, daß es eine „großartig gradlinige, flüssige und zwingende Darstellung von Tatsachen und Schlußfolge-

rungen“ sei, und William L. Langer erklärte, daß die Tatsachen über die Verantwortung für den ersten Weltkrieg „beim gegenwärtigen Stand unserer geschichtlichen Kenntnis nicht wirkungsvoller dargestellt werden konnten“. Mit den oben erwähnten drei Büchern und früheren Aufsätzen und Übersichten übernahm er die Führung des erwachenden öffentlichen Interesses an den Ursachen des ersten Weltkrieges mit dem Erfolg, daß die führende Autorität auf diesem Gebiete, George Peabody Gooch, bestätigte: „Kein anderer amerikanischer Gelehrter hat so viel dafür getan, seine Landsleute mit den neuen Beweisen vertraut zu machen und sie dazu zu bringen, ihr Urteil aus der Kriegszeit im Lichte dieses neuen Materials zu revidieren.“ Mit seiner inhaltsreichen Broschüre ‚THE STRUGGLE AGAINST THE HISTORICAL BLACKOUT‘, wurde er noch einmal Vorkämpfer dafür, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Revisionismus zu lenken, und schilderte die Ursachen des zweiten Weltkriegs sowie die großen Hindernisse, die der Erkenntnis und Verbreitung der Wahrheit im Wege stehn.

*

Charles Callan Tansill wurde am 9. Dezember 1890 in Fredericksburg in Texas geboren. Er erwarb den A. B.-Grad an der Katholischen Universität von Amerika im Jahre 1912 und 1918 den Ph. D. Titel an der Johns-Hopkins-Universität. Hier spezialisierte er sich auf die Geschichte der amerikanischen Diplomatie unter Professor John H. Latané. Dies ist während seiner akademischen Tätigkeit sein Haupt-Interessen-, Studien-, Lehr- und Arbeitsgebiet geblieben. Er hat amerikanische Geschichte und amerikanische diplomatische Beziehungen an der Katholischen Universität von Amerika, an der Amerikanischen Universität, der Johns-Hopkins-Universität sowie an der Fordham-Universität und Georgetown-Universität gelehrt, wo er nun den Lehrstuhl für Geschichte der amerikanischen Diplomatie innehat. Eine Zeitlang war er Dekan der Promovierten-Schule der Amerikanischen Universität.

Professor Tansill richtete sein besonderes Augenmerk auf die Ursachen beider Weltkriege. Zehn Jahre lang war er technischer Berater für diplomatische Geschichte beim Senatskomitee für auswärtige Beziehungen. Hierfür bereitete er ein monumentales Werk über die Ursachen des ersten Weltkrieges vor ‚das aber niemals veröffentlicht wurde. Wäre dies geschehen, so hätte es dem ausgezeichneten Buch von Sidney B. Fay: ‚THE ORIGINS OF THE WORLDWAR‘ würdig zur Seite gestanden. Seine wichtigsten Bücher über die diplomatische Geschichte sind ‚AMERICA GOES TO WAR‘ (1938) ‚THE UNITED STATES AND SANTO DOMINGO 1798–1873‘ (1938), ‚THE FOREIGN POLICY OF THOMAS

F. BAYARD 1885–1897‘ (1940), und ‚MAIN ISSUES IN CANADIAN-AMERICAN RELATIONS‘ (1944).

Das bei weitem eindrucksvollste dieser Bücher ist ‚AMERICA GOES TO WAR‘, wahrscheinlich das erschöpfendste und bis jetzt wesentlichste Buch, das ein Revisionist zur Frage der Verantwortlichkeit für den Ersten Weltkrieg beigesteuert hat. Der hervorragende Historiker der Columbia-Universität, Henry Steele Commager, schrieb über dieses Buch in der „Yale Review“ im Juni 1938 (S. 855–57): „Es ist kritisch, suchend und richtend ... Ein Stil, der immer kraftvoll, manchmal geradezu brillant ist. Es ist der wertvollste Beitrag zur Geschichte der Vorkriegsjahre in unserer Literatur und eine der bemerkenswertesten Errungenschaften historischer Forschung unserer Generation.“

Professor Tansill hat noch ein weiteres ähnlich endgültiges Buch über unseren Eintritt in den zweiten Weltkrieg vollendet, ‚BACK DOOR TO WAR, THE ROOSEVELT FOREIGN POLICY 1933–1941‘, herausgegeben im Frühjahr 1952 bei der Henry Regnery Company.

*

Frederic R. Sanborn wurde am 14. Februar 1899 geboren. 1919 erhielt er mit hohen Ehren den A. B.-Grad von der Columbia-Universität. Zwei Jahre später wurde ihm der A. M.-Grad als Lehrer für internationales Recht und Diplomatie von der Columbia-Universität zuerkannt und im gleichen Jahr der LLB-Grad der Columbia-Universitäts-Rechtsschule. Während seiner Zeit in Columbia studierte er internationales Recht und Diplomatie bei der führenden amerikanischen Autorität auf diesem Gebiet: John Bassett Moore. Anschließend ging er nach England, um an der Universität Oxford weiter zu studieren, und spezialisierte sich dort auf Gesetzesgeschichte und Internationales Recht unter Leitung des berühmten Gesetzeshistorikers Sir William Holdsworth. 1924 erhielt er dort den Ph. D.-Titel in Rechtskunde. Kurz vor Beendigung seines Studiums in Oxford wurde ihm 1923 die Mitgliedschaft der Carnegie-Gesellschaft für internationales Recht zuerkannt für weitere Studien und Forschungen an der Sorbonne. Doch er verzichtete auf dieses Anerbieten, um nach New York zurückzukehren und sich dort als Rechtsanwalt niederzulassen. Heute gehört er zu Putney, Twombly, Hall & Skidmore, einer der ältesten Anwaltsfirmen in der Stadt New York.

Neben seiner ständig an Bedeutung zunehmenden Anwaltstätigkeit hatte Dr. Sanborn von 1927–38 den Lehrstuhl für Rechtswissenschaft in der Abteilung für Weiterstudierende an der Brooklyner Rechtsschule der St.-

Lawrence-Universität inne und von 1928–30 den für Internationales Recht in der Abteilung für Weiterstudierende an der Rechtsschule der St. John's-Universität.

Dr. Sanborn's Interesse für internationales Recht und Diplomatie führte ihn dazu, ein Buch über die ‚ORIGINS OF THE EARLY ENGLISH MARITIME AND COMMERCIAL LAW' zu schreiben, das 1930 von der Amerikanischen Historischen Gesellschaft bei The Century Company herausgegeben wurde, sowie seine wichtige Untersuchung ‚DESIGN FOR WAR; A STUDY OF SECRET POWER POLITICS 1937–1941', die 1951 bei der Devin Adair Company veröffentlicht wurde. Letzteres ist eines der wichtigsten bisher erschienenen Bücher über jene Diplomatie, die die Vereinigten Staaten 1941 in den Krieg führte. Es zeichnet sich sowohl durch sorgfältige Forschungsarbeit als auch empfehlenswerte Zurückhaltung in Behauptungen und Verallgemeinerungen aus und wird eines der eindrucksvollen Denkmäler amerikanischer Geschichtsschreibung des zweiten Weltkrieges bleiben.

*

William Henry Chamberlin wurde am 17. Februar 1897 in Brooklyn, New York, geboren. Er besuchte die Penn Charter-Schule und das Haverford-College, wo er zum Mitglied der Phi-Beta-Kappa gewählt wurde.

Chamberlin hat sein Leben lang auswärtige Angelegenheiten und internationale Beziehungen studiert und seine Aufmerksamkeit speziell Rußland und dem Fernen Osten gewidmet. Kein zeitgenössischer Journalist übertrifft ihn an umfassender und genauer Kenntnis der Weltzusammenhänge oder an Geschicklichkeit, das vorhandene Material blendend und wirkungsvoll darzustellen. Wenige gleichen ihm an Mut und Ehrlichkeit, die Tatsachen auseinanderzusetzen, wie er sie sieht. Von 1922 bis 1934 war er der Moskauer Korrespondent für den „Christian Science Monitor" und von 1939 bis 1940 Fernost-Korrespondent für den „Monitor". Er hat führenden Zeitungen und Zeitschriften bedeutende Berichte und Aufsätze geliefert und schreibt jetzt eine regelmäßige Spalte für das „Wallstreet-Journal". Am Haverford-College und an der Harvard-Universität hat er Vorlesungen über Weltpolitik gehalten.

Chamberlin's wichtigste Bücher sind: ‚SOVIET RUSSIA' (1930), ‚RUSSIA'S IRON AGE' (1934), ‚THE RUSSIAN REVOLUTION 1917–21', (2 Bände 1935), ‚JAPAN OVER ASIA' (1939), ‚THE EUROPEAN COCKPIT' (1947) und ‚AMERIKA'S SECOND CRUSADE' (1950). Das letzte ist die bestgeschriebene revisionistische Arbeit über Hintergründe, Ursachen, Verlauf und Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Es wird lange der

beste Überblick über diesen Gegenstand für eine breite Leserschicht bleiben. Chamberlins langer und enger Kontakt mit den Verhältnissen auf der ganzen zivilisierten Erde macht ihn speziell dafür zuständig, die Wirkung der auswärtigen Politik Roosevelt's auf den Zustand unserer heutigen Welt zu beurteilen.

*

William L. Neumann wurde am 4. März 1915 in Buffalo, N. Y., geboren. Er empfing vom staatlichen New Yorker Lehrer-Kolleg in Buffalo 1938 den Grad eines B. S. Seine Promotionsarbeit über Geschichte schrieb er an der Universität Michigan, von der er 1947 den Ph. D.-Titel erhielt.

Dr. Neumann hat dann Geschichte an den Universitäten von Michigan, Howard, Hawaii und Maryland gelehrt. Er war als geschäftsführender Sekretär der Stiftung für Auswärtige Angelegenheiten tätig und Schriftleiter der ‚American Perspective', bis diese ihr Erscheinen im Herbst 1950 einstellte.

Das Hauptinteresse Dr. Neumann's galt der Geschichte der internationalen Beziehungen und der Diplomatie. Er schrieb eine Broschüre über ‚THE GENESIS OF PEARL HARBOR' (1945), die eins der allerersten Beispiele revisionistischer Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg war. Auch ist er der Verfasser von ‚RECOGNITION OF GOVERNMENTS IN THE AMERICAS' (1947) und ‚MAKING THE PEACE 1941–1945' (1950). Das letztere ist der beste Bericht, den wir zur Zeit über die Konferenzen der Kriegszeit haben, die für den Verlust des Friedens seitens der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeter Sorge trugen. Dr. Neumann steht im Begriff, eine umfassende Arbeit über die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan von Commodore Perry bis zur Gegenwart zu veröffentlichen.

Hinweise und Quellen

zu den einzelnen Kapiteln

zu Tansill:

1 Oscar Cargill, Intellectual America: Ideas on the March (New York: The Macmillan Company, 1941), p. 504.

2 Die das Vorwaffenstillstandsabkommen betreffende Korrespondenz ist voll abgedruckt in Foreign Relations, 1918, Supplement I, The World War I, (Washington, 1933) 337–38, 343, 357–58, 379–81, 382–83, 425, 468–69.

3 Paul Birdsall, Versailles Twenty Years After (New York: Reynal & Hitchcock, Inc., 1941), pp. 35–36.

4 David Lloyd George, Memoirs of the Peace Conference (New Haven Conn.: Yale University Press, 1939), I, 306–9.

5 Harold Nicolson, Peacemaking, 1919 (New York: Harcourt, Brace & Company, Inc., 1939), p. 18.

6 Charles Seymour (ed), The Intimate Papers of Colonel House (New York: Houghton Mifflin Company, 1928), IV, 343.

7 Philip M. Burnett, Reparation at the Paris Peace Conference (New York: Columbia University Press 1940), I, 63–64; Colonel E. M. House and Charles Seymour (eds.), Wath Really Happened in Paris (New York: Charles Scribner's Sons, 1921), pp. 271–72.

8 Burnett, op. cit., p. 69.

9 Ibid., pp. 832–33.

10 Birdsall, op. cit., p. 258.

11 Thomas A. Bailey, Woodrow Wilson and the Lost Peace (New York: The Macmillan Company, 1944), p. 240.

12 Thorstein Veblen, An Inquiry Into the Nature of Peace (New York: The Macmillan Company, 1917), p. 261.

13 Edwyn Bevan, The Method in the Madness (London: Longmans, Green & Company, 1917), pp. 305–6.

14 Arthur P. Scott, „George Louis Beer“ in the Marcus W. Jernegan Essays in American Historiography; edited by W. T. Hutchinson (Chicago: University of Chicago Press, 1937), p. 315.

15 Ibid., p. 319.

16 George L. Beer, African Questions at the Paris Peace Conference; edited by Louis H. Gray (New York: The Macmillan Company, 1923), pp. 58–60.

17 Bailey, op. cit. p. 163.

18 Harry R. Rudin, Germany in the Cameroons, 1884–1914; a Case Study in

Modern Imperialism (New Haven; Conn.: Yale University Press, 1938), pp. 11, 414, 419.

19 Bailey, op. cit., p. 167.

20 Es ist bezeichnend, daß die meisten Kollegen Prof. Lord's bei der Untersuchung seine Begeisterung für Polen als übertrieben empfanden. Birdsall, op. cit., p. 178. Desgl. David Hunter Miller, My Diary at the Conference of Paris (21 vols.; privately printed by the Appeal Publishing Company, 1924–28), I, 289.

21 Ray S. Baker, Woodrow Wilson and World Settlement (New York: Doubleday, Doran & Company, 1922), III, 37–38.

22 Miller, op. cit., IV, 224–26.

23 Seymour (ed), op. cit., IV, 334-35.

24 Lloyd George, op. cit., II, 637–42.

25 René Martel, The Eastern Frontiers of Germany (London: Williams & Norgate, Ltd., 1930), pp. 49–50.

26 William H. Dawson, Germany under the Treaty (London: Longmans, Green & Company, 1933) pp. 149–52.

27 Gustav Stresemann: His Diaries, Letters and Papers; herausgegeben und übersetzt von Eric Sutton (London: Macmillan & Co., Ltd., 1935–37), II, 503.

28 Casimir Smogerzewski, „Poland: Free, Peaceful, Strong." Foreign Affaires, July 1935. Zu jener Zeit war Brüning Reichskanzler.

29 Documents on International Affairs, 1934; herausgegeben von John W. Wheeler-Bennett, (New York: Oxford University-Press, 1935) p. 424.

30 M. S. Wertheimer, „The Nazification of Danzig." Foreign Policy Reports, June 1, 1936.

31 Miller, op. cit., IV, 224–28; VI. 49–52.

32 E. Alexander Powell, Thunder over Europe (New York; Ives Washburn, Inc., 1931), p. 62.

33 Dawson, op. cit. pp. 102–9. Desgleichen: I. F. D. Morrow and L. M Sieveking, The Peace Settlement and the German Polish Borderlands (London: Oxford University Press, 1936).

34 Powell, op. cit., p. 66.

35 Baker, op. cit., III, 482–84. Offensichtlich tat Henry White viel dafür, Präsident Wilson ein korrektes Bild der oberschlesischen Lage zu geben. Siehe Allan Nevins, Henry White: Thirty Years of american Diplomacy (New York: Harper and Brothers, 1930) p. 423.

36 Nach dem wissenschaftlichen Bericht von Georges Kaeckenbeeck, The International Experiment of Upper Silesia (London: Royal Institut of International Affairs, 1942), p. 6, ergab die Abstimmung 707, 605 für Deutschland, 479, 359 für Polen.

37 Martel, op. cit., pp. 79–88.

38 Dawson, op. cit., pp. 206–9.

39 Sir Robert Donald, The Polish Corridor and the Consequences (London: Thornton Butterworth, Ltd., 1929) pp. 197–98. Siehe auch Sarah Wambaugh, Plebiscites Since the World War, (Washington, D. C.: Carnegie Endowment for International Peace, 1933) W. J. Rose, The Drama of Upper Silesia (Battleboro, Vt.: Stephen Daye Press- 1936); Colonel Graham S. Hutchinson, Silesia Revisitet, 1929 (London: Simpkin, Marshall, Hamilton, Kent & Co., Ltd. 1930).

40 Seymour (ed), op. cit., IV, 347, 349, 383.

41 Articles 428–432 of the Treaty of Versailles, The Treaties of Peace, 1919–1923 (New York: Columbia University Press, 1924) I, 254–55.

42 General Henry T. Allen an Staatssekretär Hughes, 22. Dezember 1921. 862, T. 01/346, MS, National Archives.

43 Botschafter Wallace an Staatssekretär Hughes, Paris, 27. April 1920. 862, 00/921, MS National Archives.

44 Emil Sauer an Staatssekretär Hughes, Köln, 16. Februar 1923. 862, 00/1215, MS, National Archives.

45 Dawson, op. cit., p. 84.

46 Nevins, op. cit., p. 372. Siehe auch Herbert Hoover, „The Economic Administration During the Armistice," in „What Really Happened at Paris," pp. 348–69.

47 George E. R. Gedye, The Revolver Republic; France's Bid for the Rhine (London: J. W. Arrowsmith, Ltd., 1930), pp. 29–31.

48 Alma Luckau, The German Delegation at the Paris Peace Conference (New York: Columbia University Press, 1941) p. 124.

49 Ibid., pp. 98–100.

50 Die amerikanische Botschaft in Paris an den Staatssekretär, 24. Oktober 1919. 862,00/754. MS. National Archives.

51 Dyar an den Staatssekretär, Berlin, 31. Dezember 1919. 862,00/776, MS. National Archives.

52 R. D. Murphy an den Staatssekretär, 5. Januar 1924. 862,4016/12, MS. National Archives.

53. Ex-Kaiser Wilhelm II an Präsident Wilson, 9. Februar 1920. 763,7219/9116, MS. National Archives.

54 Staatssekretär Lansing an die amerikanische Botschaft in Paris, 6. Februar 1920. 763,7219/8941a, MS. National Archives.

55 Wadsworth an Staatssekretär Hughes, Paris, 16. Mai 1923. 462,00 R–294/210, MS. National Archives.

56 George B. Lockwood an Staatssekretär Hughes, Paris, 24. Mai 1923. 462,00 R–293/232, MS. National Archives.

57 Foreign Relations, 1923, II, 180.

58 Staatssekretär Hughes an Botschafter Herrick, 23. Februar, 15. März 1924. 462,00 R–296/176, 212, MS. National Archives.

59 Kommissionsmitglied Dresel an Staatssekretär Hughes, Berlin, 20. April 1921. 462,00 R–29/649, MS. National Archives. Allgemein über die Reparationen siehe Carl Bergmann, The History of Reparations (London: Ernest Benn, 1927).

60 Staatssekretär Hughes an die American Mission in Berlin, 22. April 1921. 462,00 R–29/684, MS, National Archives.

61 Foreign Relations, The Paris Peace Conference, 1919, XIII, 862–67.

62 Ibid. pp. 18–19.

63 Ibid. pp. 22–25.

64 Botschafter Child an Staatssekretär Hughes, Rom, 24. Oktober 1922. 462,00 R–296/5, MS. National Archives.

65 Botschafter Herrick an Staatssekretär Hughes, Paris, 22. November 1922. 462,00 R–29/2184, MS. National Archives.

66 Staatssekretär Hughes an Boyden, 24. November 1922. 462,00 R–29/2187, MS. National Archives.

67 C. E. Herring an Staatssekretär Hughes, Berlin, 10. September 1923. 462,00 R–29/3333, MS. National Archives.

68 Botschafter Houghton an Staatssekretär Hughes, Berlin, 27. Juli 1923. 462,00 R–29/2923, MS. National Archives.

69 Interview W. R. Castle's mit Herbert Hoover, 7. März 1923. 862 T. 01/687, MS. National Archives.

70 Gedye, op. cit. pp. 102, 119–21.

71 Foreign Relations, The Paris Peace Conference, 1919, XIII, 899–902. Siehe auch Charles G. Dawes, A Journal of Reparations (London: Macmillan & Co., Ltd., 1939).

72 Zitiert in Max Sering, Germany Under the Dawes Plan (London: P. S. King & Son, Ltd., 1929), pp. 64–65.

73 John W. Wheeler-Bennett und H. Latimer, Information on the Reparation Settlement (London: George Allen & Unwin, Ltd., 1930).

74 P. Einzig, The World Economic Crisis, 1929–1931 (New York: The Macmillan Company, 1932); F. W. Lawrence, This Gold Crisis (London: Victor Gollancz, Ltd., 1931); League of Nations, World Production and Prices, 1925–1933 (Genf: Der Autor 1934).

75 New York Times, 21. Juni 1931.

76 Sherwood Eddy an Staatssekretär Stimson, Berlin, 1. September 1931, GK 862,00/2616 MS. Department of State.

77 Frederick M. Sackett an Staatssekretär Stimson, Berlin, 30. Juli 1931. 033. 1140 Stimson, Henry L./144. MS. Department of State.

78 Memorandum über ein Gespräch zwischen Staatssekretär Stimson und Prä-

sident von Hindenburg, Berlin, 27. Juli 1931. 033.1140 Stimson, Henry L./142½, MS. Department of State.

79 13. März 1932.

80 16. Februar 1932.

81 12. April 1932.

82 Dr. Heinrich Brüning an Rev. Edward Dunne, SJ., zitiert in E. J. Dunne, „The German Center Party in the Empire and the Republic," MS. philosophische Doktordissertation Georgetown University Library.

83 Louis P. Lochner, What about Germany? (New York: Dodd, Mead & Company, Inc., 1942), pp. 42–43.

84 John W. Wheeler-Bennett, Hindenburg: Wooden Titan (New York: The Macmillan Company, 1936), pp. 368–85.

85 New York Herald Tribune, 1. Juni 1932.

86 Lord Davies,The Problem of the Twentieth Century: A Study in International Relationships (London: Ernest Benn, Ltd. 1934), p. 227.

87 Leon Blum, Peace and Disarmament, (London: Jonathan Cape, Ltd. 1932), pp. 88–89.

88 Ibid., pp. 90–91.

89 James T. Shotwell, On the Rim of the Abyss (New York: The Macmillan Company, 1936), p. 269.

90 John W. Wheeler-Bennett, Documents of International Affairs, 1933 (London: Oxford University Press, 1934), p. 209.

91 Foreign Relations, 1933, I, 45.

92 Memorandum über ein Gespräch zwischen Norman H. Davis und Reichskanzler Hitler, Berlin, 8. April 1933, ibid., pp. 85–89.

93 Staatssekretär Hull an Norman H. Davis, 25. April 1933, ibid., p. 107.

94 Memorandum über ein Gespräch zwischen Präsident Roosevelt und Premierminister Herriot, 26. April 1933, ibid., pp. 109–11.

95 Staatssekretär Hull an den Botschafter in England (Bingham), 8. Mai 1933, ibid., pp. 130–31.

96 Präsident Roosevelt an mehrere Staatsoberhäupter, 16. Mai 1933, ibid., pp. 143–45.

97 New York Times, 18. Mai 1933.

98 18. Mai 1933.

99 18. Mai 1933.

100 Department of State, Press Releases, 22. Mai 1933.

101 George S. Messersmith an Staatssekretär Hull, Berlin, 10. Juli 1933. 862,00/3033. MS. Department of State.

102 New York Times, 10. Januar 1932.

103 Schlußakt der Lausanner Konferenz, Lausanne, 9. Juli 1932 (London: H. M. Stationery Office, 1932) Cmd. 4126; C. R. S. Harris, Germany's Foreign Indebtedness (London: Oxford University Press, 1935).

104 New York Times, 10. Juni 1933.

105 Ibid., 21. Juni 1933.

106 Raymond Moley, After Seven Years (New York: Harper & Brothers, 1939), pp. 257–62.

107 Botschafter Dodd an den geschäftsführenden Staatssekretär, Berlin, 23. August 1933. 862.00/3061. MS. Department of State.

108 Department of State, Press Releases, 9. September 1933.

109 William E. Dodd, Diary, 1933–1938; herausgegeben von William E. Dodd, jr. and Martha Dodd (New York: Harcourt, Brace & Company, Inc. 1941), pp. 44–47.

110 Department of State, Press Releases, 14. Oktober 1933.

111 Survey of International Affairs, 1933; herausgegeben von Arnold J. Toynbee und B. M. Boulter (New York: Oxford University Press, 1934, pp. 301–08).

112 Dodd, op. cit., pp. 49–50.

113 Botschafter Dodd an Staatssekretär Hull, Berlin, 13. November 1933. 862.00/3127, MS. Department of State.

114 New York Times, 25. Januar 1934; Survey of International Affairs, 1933, pp. 93–98.

115 Department of State, Press Releases, 1. Dezember 1934. Dieser amerikanische Boykott deutscher Waren wurde von Samuel Untermeyer in New York am 6. August 1933 veranlaßt, als er zu einem „Wirtschaftsboykott gegen alle deutschen Waren, Schiffe, und Dienste" aufrief. Im Oktober 1933 unterstützte die American Federation of Labor den Boykottgedanken und so kam er endgültig zum Tragen. Siehe Francis Neilson, The Makers of War, (Appleton, Wis.: C. C. Nelson Publishing Company, 1950), pp. 94–97.

116 Department of State, Press Releases, 23. Juni 1934.

117 Ibid., 30. Juni 1934.

118 Dodd, op. cit., pp. 111–112.

119 16. Juni 1934.

120 16. Juni 1934.

121 Memorandum über ein Gespräch zwischen Staatssekretär Hull und dem deutschen Botschafter Hans Luther, 19. Februar 1934. 862.00 Hitler, Adolf/11, MS. Department of State.

122 Memorandum über ein Gespräch zwischen Botschafter Dodd und Reichskanzler Hitler, 7. März 1934. 711.62/90, MS. Department of State.

123 Dodd, op. cit., p. 100.

124 Messersmith an Staatssekretär Hull, Berlin, 14. Juni 1934. 862.00/3306, MS. Department of State.

125 Dodd, op. cit., pp. 103–4.

126 Wheeler-Bennett, Wooden Titan, pp. 454–59.

127 19. Juni 1934.

128 Des Moines Register, 10. Juli 1934.

129 2. Juli 1934.

130 The Nation, 1. August 1934.

131 New York Times, 13. Juli 1934.

132 Staatssekretär Hull an Botschafter Dodd, 13. Juli 1934. 862.00/3307A, MS. Department of State.

133 Deutsche Allgemeine Zeitung, 15. Juli 1934.

134 Sarah Wambaugh, The Saar Plebiscite with a Collection of Official Documents (Cambridge, Mass: Harvard University Press, 1940); Documents on International Affairs, 1935, pp. 50–98.

135 Documents on International Affairs, 1935, pp. 119–27.

136 17. Februar 1935.

137 Documents on International Affairs, 1935, pp. 141–43.

138 Emporia Gazette 21. März 1935.

139 Documents on International Affairs, 1935, pp. 156–61.

140 15. April 1935.

141 16. April 1935.

142 Documents on International Affairs, 1935, pp. 116–19; Max Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia, 1929–41 (New York: Oxford University Press, 1947), I. 189.

143 Documents on International Affairs, 1935, pp. 159–75.

144 André Géraud („Pertinax") „France and the Anglo-German Naval Treaty", Foreign Affairs, XIV (Oktober 1935) 51–61.

145 Documents on International Affairs, 1935, pp. 141–52.

146 20. Juni 1935.

147 19. Juni 1935.

148 Department of State, Press Releases, 3. August 1935.

149 Ibid.

150 William L. Langer, The Diplomacy of Imperialism, (New York: Alfred A. Knopf, 1935), I. 109, 272; Elizabeth P. McCallum, „Rivalries in Ethiopia", World Affairs Pamphlets, No. 12 (Boston: World Peace Foundation, 1935), p. 28; Rouard de Card, L'Ethiopia au Point de Vue du Droit International (Paris: A. Pedone, 1928), pp. 26ff.

151 Augustus B. Wylde, Modern Abyssinia (London: Methuen and Company, 1901), Chap. IX.

152 A. F. Pribram, The Secret Treaties of Austria-Hungary (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1920), II, 227, 240–45.

153 Maxwell H. H. Macartney und Paul Cremona, Italy's Foreign and Colonial Policy, 1914–1937 (New York: Oxford University Press 1938), p. 279.

154 Bailey, op. cit., p. 266. Luigi Villari, in ‚Expansion of Italy' (London: Faber & Faber, Ltd., 1930), p. 41, bespricht die Verteilung der Kriegsbeute unter den Alliierten und zeigt, daß England etwa 989 000 Quadratmeilen, Frankreich rund 253 000 Quadratmeilen Land erhielt, während Italien nur ein kleiner Gebietsanteil von 23 737 Quadratmeilen zugestanden wurde.

155 Robert G. Woolbert, „Italy in Abyssinia", Foreign Affairs, XIII (Oktober 1935), 449–508.

156 Macartney and Cremona, op. cit., pp. 294–95.

157 Entsprechend Artikel XI war jeder Krieg oder jede Kriegsdrohung „eine Angelegenheit der gesamten Liga, und die Liga soll alles tun, was klug und nützlich erscheint, um den Frieden der Völker zu gewährleisten."

158 C. Grove Haines und Ross J. S. Hoffman, The Origins and Background of the second World War (New York: Oxford University Press, 1943), pp. 378–79.

159 Survey of International Affairs, 1935, pp. 143-65.

160 Memorandum über ein Gespräch zwischen Benito Mussolini und Staatssekretär Stimson, Rom, 9. Juli 1931. 033.1140 Stimson, Henry L/141, MS. Department of State.

161 John W. Garret an den Staatssekretär, Rom, 16. Juli 1931. 033.1140 Stimson, Henry L./137, MS. Department of State.

162 Botschafter Hugh Wilson an Staatssekretär Hull, Genf, 29. Mai 1935. 862.20/1058, MS. Department of State.

163 Macartney und Cremona, op. cit., p. 303.

164 Alexander Kirk an Staatssekretär Hull, Rom, 2. Juli 1935. 765.84/427–29, MS. Department of State.

165 Staatssekretär Hull an den amerikanischen Geschäftsträger in Addis Abeba, 5. Juli 1935. 765.84/432, MS. Department of State.

166 Quincy Wright an Staatssekretär Hull, 8. Juli 1935. 765.84/469, MS. Department of State.

167 Erklärung Staatssekretär Hull' s an den italienischen Botschafter, 10. Juli 1935. 765.84/479A, MS. Department of State.

168 Department of State, Press Releases, 13. Juli 1935, pp. 53–54.

169 Ibid., 10. August 1935, p. 119.

170 Staatssekretär Hull an Alexander Kirk, 18. August 1935; Peace and War: United States Foreign Policy, 1931–1941, Department of State, Publication 1983 (Washington; DC.; Government Printing Office, 1943), p. 266.

171 Cordell Hull, Memoirs (New York: The Macmillan Company, 1948) I, 422.

172 New York Times, 5. September 1935.

173 Theodore Marriner an Staatssekretär Hull, Paris, 3. September 1935. 765.84/1013, MS. Department of State.

174 Pitman B. Potter, The Wal Wal Arbitration (New York: Columbia University Press, 1938).

175 Breckenridge Long an Staatssekretär Hull, Rom, 4. September 1935. 765.84/1026, MS. Department of State.

176 Ansprache Sir Samuel Hoare's vor der Völkerbundsversammlung, 11. September 1935; International Conciliation, November 1935, pp. 509–18.

177 Prentiss Gilbert an Staatssekretär Hull, Genf, 12. September 1935, 765.84/1133, MS. Department of State.

178 Cornelius Engert an Staatssekretär Hull, Addis Abeba, 10. September 1935. 765.84/1094, MS. Department of State.

179 Staatssekretär Hull an Engert, 12. September 1935. 765.84/1094, MS. Department of State.

180 Premierminister Laval's Ansprache vor der Völkerbundsversammlung, 13. September 1935; International Conciliation, November 1935, pp. 521–23.

181 Marriner an Staatssekretär Hull, Paris, 14. September 1935. 765.84/1153, MS. Department of State.

182 Memorandum über ein Gespräch zwischen Hugh Wilson und M. Massigli, 12.September, und Anthony Eden, 13.September 1935, Genf, 765.84/1429 (streng vertraulich), MS. Department of State.

183 Memorandum über ein Gespräch zwischen Phillips und Signor Rosso, dem italienischen Botschafter, 20. September 1935. 765.84/1410, MS. Department of State.

184 Prentiss Gilbert an Staatssekretär Hull, Genf, 23. September 1935, 765.84/1335, MS. Department of State.

185 Botschafter Wilson an Staatssekretär Hull, Genf, 25. September 1935. 765.84/1380, MS. Department of State.

186 Staatssekretär Hull an Botschafter Bingham, 27. September 1935. 765.84/1381, MS. Department of State.

187 Staatssekretär Hull an Cornelius Engert, 1. Oktober 1935, 765.84/1460. MS. Department of State.

188 London Times, 30. September 1935.

189 Department of State, Press Releases, 5. Oktober 1935, pp. 251–55.

190 Memorandum von James C. Dunn, 5. Oktober 1935. 765.84/1583 1/2. MS. Department of State.

191 Völkerbund, Officielles Journal, November 1935, p. 1223.

192 Staatssekretär Hull an Botschafter Wilson, 9. Oktober 1935. 765.84/1686, MS. Department of State.

193 Botschafter Wilson an Staatssekretär Hull, Genf, 17. Oktober 1935. 765.84/1916, MS. Department of State.

194 Staatssekretär Hull an Prentiss Gilbert, 17. Oktober 1935. 765.84/1847, MS. Department of State.

195 Department of State, Press Releases, 16. November 1935, p. 382.

196 The Manchester Guardian, 12. Dezember 1935, beweist in ihrem Leitartikel unter der Überschrift „Die Friedensvorschläge", daß Italien nach den Bedingungen des Hoare-Laval-Abkommens 150 000 Quadratmeilen vom Äthiopischen Gesamtgebiet von 350 000 Quadratmeilen erhalten würde.

197 Zitiert in London Times, 12. Dezember 1935.

198 Staatssekretär Hull an Engert, 9. März 1936. 765.84/3889, MS. Department of State.

199 Engert an Staatssekretär Hull, Addis Abeba, 12. März 1936. 765.84/3935. MS. Department of State.

200 New York Times, 6. Mai 1936.

201 Documents on International Affairs, 1938, I, 141.

202 Hull, op. cit. I, 470–71.

203 Department of State, Press Releases, 11. November 1938.

204 Herbert Briggs, „Non-Recognition of Title by Conquest", Proceedings of the American Society of International Law, 13.–15. Mai, 1940, p. 81.

205 Survey of International Affairs, 1936, p. 255.

206 Chargé Atherton an Staatssekretär Hull, London, 8. März 1936. 740.0011, Locarno Mutual Guarantee/370, MS Department of State.

207 Botschafter Straus an Staatssekretär Hull, Paris, 11. März 1936. 740.0011, Locarno Mutual Guarantee/412, MS. Department of State.

208 Botschafter Straus an Staatssekretär Hull, Paris, 20. März 1936, 740.0011, Locarno Mutual Guarantee/489, MS. Department of State.

209 In seinem Friedensvorschlag hatte Hitler empfohlen: 1) einen viermonatlichen Stillstand, während dessen Belgien, Frankreich und Deutschland ihre Streitkräfte im Rheinland nicht vermehren würden; 2) einen 25jährigen Nichtangriffspakt der gleichen Mächte; 3) bilaterale Nichtangriffspakte zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn.

210 Survey of International Affairs, 1936, p. 334.

211 Botschafter Bullitt an Staatssekretär Hull, Brüssel, 20. Mai 1936, 740.00/47, Vertrauliche Mappe, MS. Department of State.

212 Botschafter Dodd an Staatssekretär Hull, Berlin, 3. Sept. 1936. 740.00/59, Vertrauliche Mappe, MS. Department of State.

213 De Witt C. Poole, „Light on Dazi Foreign Policy“, Foreign Affairs XXV, (Oktober 1946), 146.

214 Elizabeth Wiskemann, The Rome-Berlin Axis (New York: Oxford University Press 1949), pp. 66–67.

215 19. November 1936.

216 23. November 1936.

217 27. November 1936.

218 Botschafter Wilson an Staatssekretär Hull, Genf, 25. Januar 1937. 740.00/104, Vertrauliche Mappe, MS. Department of State.

219 Survey of International Affairs, 1937, p. 30.

220 Ibid., p. 31.

221 Botschafter Bullitt an Staatssekretär Hull, Paris, 20. Februar 1937. 740.00/117, Vertrauliche Mappe, MS. Department of State.

222 Botschafter Bullitt an Staatssekretär Hull, Paris, 22. April 1937, 740.00/149. Vertrauliche Mappe, MS. Department of State.

223 New York Times, 4. März 1937.

224 Memorandum über ein Gespräch zwischen James C. Dunn, Chef der Abteilung für West-Europäische Angelegenheiten und Thomsen, Berater der deutschen Botschaft, 4. März 1937, 862.002 Hitler/107, MS. Department of State,

225 Bericht Staatssekretär Hull's, 5. März 1937. 862.002 Hitler/101, MS. Department of State.

226 Staatssekretär Hull an Botschafter Dodd, 10. März 1937. 862.002 Hitler/102, MS. Department of State.

227 New York Times, 6. Oktober 1937. In dieser ,Quarantäne'-Rede vom 5. Oktober 1937 feuerte der Präsident den größten Teil seiner Breitseite gegen Japan, doch gingen viele Schüsse auch in Richtung auf das Dritte Reich.

228 8. Oktober 1937.

229 6. Oktober 1937.

230 8. Oktober 1937.

231 7. Oktober 1937.

232 16. Oktober 1937.

233 Botschafter Dieckhoff an das deutsche Außenministerium, Washington, 9. Oktober 1937, Documents on German Foreign Policy, 1918–1945. Series D (Washington: Government Printing Office, 1949), I, 634–35.

234 Deutsches Außenministerium an Botschafter Dieckhoff, Berlin, 10. Februar 1938, ibid., p. 691.

235 Memorandum des Außenministers Ribbentrop, 29. April 1938, ibid., pp. 704–5.

236 Protokoll der Konferenz in der Reichskanzlei, Berlin, 5. November 1937, ibid., pp. 29–39.

237 Botschafter Ribbentrop an das Deutsche Außenministerium, London, 15. November 1937, ibid., pp. 46–47.

238 Gespräch zwischen Lord Halifax und Reichskanzler Hitler, 19. November 1937, ibid., pp. 55–56.

239 Protokolle der Konferenz vom 12. Februar 1938 in Berchtesgaden zwischen Reichskanzler Hitler und Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg, ibid., pp. 513–17. Siehe auch Kurt von Schuschnigg: Requiem in Rot-Weiß-Rot (Zürich: Amstutz, Herdeg & Comp. 1946); Guido Zernatto, Die Wahrheit über Österreich (London 1938).

240 M. W. Fodor, „Finis Austriae", Foreign Affairs, XVI (Juli 1938). 587–600.

241 Sir Nevile Henderson an Viscount Halifax, 11. März 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, Third Series, I (London: British Foreign Office, 1949) 4–6.

242 Memorandum des deutschen Außenministers, London, 11. März 1938, Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, Series D, I, 273–75.

243 Premierminister Chamberlain an Botschafter Dino Grandi, ohne Datum, ibid., p. 238.

244 Der Führer und Reichskanzler an Benito Mussolini, 11. März 1938, ibid., pp. 573–76.

245 Telephongespräch zwischen Reichskanzler Hitler und Prinz Philip von Hessen, 11. März 1938, Nazi Conspiracy and Aggression (Washington, D. C.: Government Printing Office, 1946), V, 641–42.

246 Botschafter Dieckhoff an das deutsche Außenministerium, Washington, 15. März 1938, Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, Series D, I, 604–5.

247 Memorandum über ein Gespräch zwischen Botschafter Wilson und Dr. Goebbels, 22. März 1938. 711.62/145. MS. Department of State.

248 David Surowitz an Staatssekretär Hull, New York, 25. August 1938, 862.00/3783, MS. Department of State.

249 Stephen H. Roberts, The House That Hitler Built (New York: Harper and Brothers, 1938) pp. 324–25.

250 Memorandum über ein Gespräch zwischen Hitler, Konrad Henlein und Karl Hermann Frank, Berlin, 28. März 1938, Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, Series D, II, 197–98.

251 Memorandum über „Operation Grün": Zusammenfassung des Führer-General Keitel-Gesprächs, 21. April 1938, ibid., pp. 239–40.

252 Viscount Halifax an Sir Eric Phipps, Foreign Office, 22. März 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, Third Series, I, 82–86.

253 John W. Wheeler-Bennett, München: Prologue to Tragedy (New York:

Duell, Sloan & Pearce, 1948), p. 52; siehe auch „Augur", New York Times, 14. Mai 1948.

254 Sir Nevile Henderson an Viscount Halifax, Berlin, 21. Mai 1938. Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, Third Series, I, 320–30.

255 Der deutsche Botschafter in England (Dirksen) an das deutsche Außenministerium, London, 22. Mai 1938, Documents on German Foreign Policy, 1918–1945, II, 322–23.

256 Sir Nevile Henderson an Viscount Halifax, Berlin, 22. August 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–39, II. 131–34.

257 Newton an Viscount Halifax, Prag, 30. August 1938, ibid., II, 188–89.

258 Lord Runciman an Viscount Halifax, Prag, 30. August 1938, ibid., II, 192.

259 Newton an Viscount Halifax, Prag, 1. September 1938, ibid., II, 199.

260 Newton an Viscount Halifax, Prag, 4. September 1938, ibid., II, 226–29.

261 Viscount Runciman an Viscount Halifax, Prag, 5. September 1938, ibid., II, 248–49.

262 Der deutsche Geschäftsträger in der Tschechoslowakei (Hencke) an das deutsche Außenministerium, Prag, 7. September 1938, Documents on German Foreign Policy, 1918–45. II, 711–12.

263 Sir Nevile Henderson an Viscount Halifax, Berlin, 13. September 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–39, II., 306–7.

264 Viscount Halifax an Sir Eric Phipps, 14. September 1938, ibid., II, 325.

265 Allen W. Dulles, Germany's Underground (New York: The Macmillan Company, 1947), pp. 35–44; Hans B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende (Zürich: Fretz & Wasmuth Verlag, 1946). Siehe auch das Zeugnis von General Halder während des Nürnberger Prozesses, Nazi Conspiracy and Aggression, Supplement B, pp. 1547–75; Hans Rothfels, The German Opposition to Hitler; An Appraisal (Hinsdale, Ill.: Henry Regnery Company, 1948).

266 Keith Feiling, Life of Neville Chamberlain (London: Macmillan & Co., Ltd. 1946) pp. 344–45.

267 Gespräch zwischen Premierminister Chamberlain und dem Führer in Berchtesgaden, 15. September 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–39, II, 338-41.

268 Protokoll des englisch-französischen Gesprächs in Downing Street, Nr. 10 am 18. September 1938, ibid., II, 373–99.

269 Documents on International Affairs, 1938, edited by Monica Curtis (New York: Oxford University Press, 1943), II. 214–16.

270 Die britische Delegation (in Bad Godesberg) an Viscount Halifax, 23. September 1938, Documents on British Foreign Policy 1919–39, II, 482–83.

271 Aufzeichnungen über das Gespräch zwischen dem Premierminister und Hitler in Godesberg, 23.–24. September 1938, ibid., II, 499–508.

272 Brief Premierminister Chamberlain's an Hitler, 26. September 1938, ibid., II, 541–42.

273 Präsident Roosevelt an Präsident Benesch und an Reichskanzler Hitler, 26. September 1938, Peace and War: United States Foreign Policy, 1931–1941, pp. 425–26.

274 Aufzeichnungen über ein Gespräch zwischen Sir Horace Wilson und Hitler in Berlin, 26. September 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–39, II, 554–57; Sir Nevile Henderson an Viscount Halifax, Berlin 26. September 1938, ibid., II, 552–53.

275 Sir Nevile Henderson, Failure of a Mission, Berlin, 1937–1939 (New York: G. P. Putnam's Sons, 1940) pp. 164–65.

276 Reichskanzler Hitler an Premierminister Chamberlain, 27. September 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, II, 576–78.

277 Telegramm Reichskanzler Hitler's an Präsident Roosevelt, 27. September 1938, Department of State, Press Releases, 1. Oktober 1938, XIX, 221–23.

278 Präsident Roosevelt an Reichskanzler Hitler, 27. September 1938, Peace and War, pp. 428–29.

279 Präsident Roosevelt an den Botschafter in Italien (Phillips), 27. September 1938, ibid., p. 427.

280 Viscount Halifax an den Earl of Perth (Rom), 28. September 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–39, II, 587–88.

281 Der Earl of Perth an Viscount Halifax, Rom, 28. September 1938, ibid. II, 588–89.

282 Viscount Halifax an Sir Nevile Henderson, 28. September 1983, ibid., II, 587.

283 Henderson, op. cit., pp. 169–73.

284 Peace and War, p. 430 Es ist interessant festzustellen, daß Roosevelt am 28. September Kennedy den folgenden Gruß für Chamberlain übermittelte: „Guter Mann." Siehe William Langer and S. Everett Gleason, The Challenge of Isolation, 1937–1940 (New York: Harper & Brothers, 1952), p. 34. Die Hintergründe für diesen Gruß sind nicht ganz klar ersichtlich.

285 New York Times, 4. Oktober 1938.

286 Viscount Halifax an Sir Ronald Lindsay (in Washington), 2. September 1938, Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, II, 212–13.

287 Präsident Roosevelt an Botschafter Phillips, 15. September 1938, F. D. R.: His Personal Letters, 1928–1945; edited by Elliott Roosevelt (New York: Duell, Sloan and Pearce, 1950), II, 810–11.

288 Präsident Roosevelt an Staatsekretär Hull, 29. September 1938, ibid., II, 812–13.

289 Präsident Roosevelt an Mackenzie King, 11. Oktober 1938, ibid., II, 816–17.

290 Präsident Roosevelt an Botschafter Phillips, 17. Oktober 1938, ibid., II, 818.

291 Graf Jerzy Potocki an den polnischen Außenminister, Washington, 12. Januar 1939, The German White Paper: Full Text of Polish Documents Issued by Berlin Foreign Office; with forword by C. Hartley Grattan (New York: Howell, Soskin & Co., Inc., 1940), pp. 29–31.

292 Graf Potocki an den polnischen Außenminister, Washington, 16. Januar 1939, ibid., pp. 32–34. Die Dokumente, die das deutsche Weißbuch enthält, sind ein kleiner Teil der von den Deutschen bei der Eroberung Warschaus sichergestellten Unterlagen. Staatsekretär Hull und Botschafter Potocki erklärten, daß diese Dokumente nur Fälschungen seien und viele amerikanische Forscher nahmen diese Verleumdung ernst. In einer kürzlich erschienenen Studie „Germany and American Neutrality 1939–1941“ (New York: Bookman Associates, 1951), pp. 49–50, widmet Dr. H. L. Trefousse diesem deutschen Weißbuch mehrere Seiten und hinterläßt den Eindruck, daß es sich um reine deutsche Propaganda handele. Vor einigen Monaten hatte ich mit Lipsky, dem polnischen Botschafter in Berlin während der Vorkriegszeit, eine lange Unterhaltung, und er versicherte mir, daß die Dokumente des Deutschen Weißbuches authentisch sind. Dr. Jan Karsky, einer meiner Kollegen an der Georgetown University kann meine Behauptung bestätigen.

293 Peace and War, p. 439.

294 Prentiss Gilbert an Staatsekretär Hull, Berlin, 21. Januar 1939, 840–48 Refugees / 1328, MS. Department of State.

295 Aufzeichnungen über das Gespräch zwischen Außenminister Ribbentrop und dem tschechischen Außenminister Chvalkovsky, in Berlin, 21. Januar 1939, Nazi Conspiracy and Aggression. V, PS 2795, 2796, 2906, pp. 430, 571.

296 Konferenzen zwischen dem Führer und Präsident Hácha, Berlin, 15. März 1939, ibid., V, PS 2798, pp. 433–40.

297 London Times, 18. März 1939.

298 Botschafter Lipski an das polnische Auswärtige Amt, Berlin, 21. März 1939. Polish White Book: Official Documents Concerning Polish-German and Polish-Soviet Relations, 1933–1939 (London, Hutchinson & Co., Ltd., 1940), pp. 61–64.

299 Britisches Blaubuch: Documents concerning German-Polish Relations and the Outbreak of Hostilities Between Great Britain and Germany on September 3. 1939; presented by the Secretary of State for Foreign Affairs to Parliament by Command of His Majesty. Cmd. 6106. Miscellaneous No. 9 (London: Oxford University Press, 1939), pp. 36–37. Die Polen waren sehr mißtrauisch, ob England sein Versprechen halten würde. Am 29. März 1939 schrieb der polnische Botschafter in Paris, Jules Lukasiewicz, dem polnischen Auswärtigen Amt wie folgt: „Nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, während deren England und Frankreich niemals irgend eine ihrer internationalen Verpflichtungen erfüllten ... kann man unmöglich glauben, daß irgend ein zentral- oder osteuropäischer Staat ... die englischen Vorschläge ernsthaft in Betracht ziehen kann.“ German White Paper, p. 52.

300 Peace and War, p. 455.

301 New York Times, 10. April 1939.

302 House of Commons, Parliamentary Debates, 13. April 1939, CCCXLVI, 13.

303 Department of State, Press Releases, 15. April 1939, XX, 294–96.

304 Peace and War, pp. 455–58.

305 New York Times, 21. April 1939.

306 G. Gafencu, Derniers Jours de l'Europe (Paris: L. U. F., 1946) p. 140.

307 Beloff, op. cit., II, 224–76; R. Umiastowski, Russia and the Polish Republic, 1918–1941 (London: Simpkin Marshall Ltd., 1945), p. 130.

308 Über die Geschichte der Verhandlungen zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland, die zum Pakt vom 23. August 1939 führten, siehe: The documents in Nazi-Soviet-Relations, 1939–1941 (New York: Didier Publications, 1948) mit besonderem Hinweis auf die Seiten 1, 11–12, 15, 37, 44, 48, 52, 58, 61, 64–78.

309 Hamilton Fish MS.

310 B. H. Liddell Hart, The German Generals Talk (New York: William Morrow & Co., Inc., 1949), p. 135.

311 35th Conference of the Interparliamentary Union, Oslo, August 15–10–1939 (Geneva: Bureau Interparliamentaire, 1939), p. 460.

312 Ibid., p. 462.

313 Ibid., pp. 463–68.

314 Henderson, op. cit., pp. 269–70.

315 Der Text des Vertrages ist in Jgnacy Matuszewski, ‚Great Britain's Obligations Towards Poland and Some Facts About the Curzon Line' enthalten. (New York: National Committee of Americans of Polish Descent, 1945), pp. 83–85.

316 Henderson op. cit., pp. 272–73.

317 Memorandum der britischen Regierung, dem Führer überreicht durch den britischen Botschafter am 28. August 1939. Documents on the Events Preceding the Outbreak of the War. German White Book (New York: Howell, Soskin & Co., Ltd., 1940) pp. 477–79.

318 Ibid., pp. 480–82. Eine wissenschaftliche Darstellung der August-Krise, die sich der einschlägigen Dokumente bedient, siehe: L. B. Namier, Diplomatic Prelude, 1938–1939 (London: Macmillan & Co., Ltd., 1948), pp. 248–381.

319 Friedensappell Königs Leopold von Belgien 23. August 1939, Britisches Blaubuch, Cmd. 6106, pp. 185–86.

320 Friedensappell Papst Pius' XII., 24. August 1939, ibid., pp. 191–92.

321 Präsident Roosevelt an König Victor Emanuel von Italien, 23. August 1939. Peace and War, pp. 475–76.

322 Präsident Roosevelt an Reichskanzler Hitler, 24. August 1939; Präsident Roosevelt an Präsident Móscicki von Polen, 24. August 1939, ibid., pp. 477–79.

323 Präsident Roosevelt an Reichskanzler Hitler, 25. August 1939; ibid., pp. 479–80.

324 Der deutsche Geschäftsträger (Thomsen) an den Staatssekretär, 31. August 1939, ibid., pp. 483.

325 Britisches Weißbuch, Cmd. 6115, p. 17.

326 Henderson op. cit., pp. 298–300; Deutsches Weißbuch, p. 508.
reichte Note, 3. September 1939, 12.20 Uhr nachm., German White Book, p. 512.

327 Dem deutschen Außenminister durch den französischen Botschafter überreichte Note, 3. September 1939, 12.20 Uhr nachmittags, Deutsches Weißbuch, S. 512.

328 Botschafter Kennedy an Staatsekretär Hull, London, 4. September 1939. 740.0011 EW, 1939/63, Vertrauliche Mappe, MS, Department of State.

329 Geschäftsträger Kirk an Staatsekretär Hull, Berlin, 5. September 1939. 740.0011 EW, 1939/150, Vertrauliche Mappe, MS, Department of State.

330 Verne Marshall an den Verfasser, 25. September 1951. Siehe auch den Sonderartikel im Washington Times Herald, 12. November 1941, von Arthur Sears Henning.

331 William C. Bullitt an den Verfasser, 10. November 1951.

332 The Forrestal Diaries, edited by Walter Millis and E. S. Duffield (New York: Vanguard Press, 1951), pp. 121–22.

333 Graf Jerzy Potocki an das polnische Auswärtige Amt, Washington, 16. Jaunar 1939, Deutsches Weißbuch, pp. 32–34.

334 Botschafter Jules Lukasiewicz an den polnischen Außenminister, Paris, Februar 1939, ibid., 43–45.

Zu Frederic R. Sanborn:

1 Cordell Hull, Memoirs, (2 Vols.; New York: The Macmillan Company, 1948), I. 790. Man nahm späterhin an, daß Roosevelt's Telefongespräche, zumindest das mit Botschafter Bullitt, von den Deutschen aufgefangen wurden. Siehe Hearings Before the Joint Comittee on the Investigation of the Pearl Harbor Attack, 79 Cong., 2 sess. (39 parts; Washington, D. C.: Government Printing Office, 1946), Part III, p. 1213. (Die Hearings werden im Folgenden Pearl Harbor Attack benannt.)

2 Eine gedrängte Zusammenfassung von Tatsachen über das Nichtvorhandensein irgend einer geplanten Verschwörung, siehe: Frederic R. Sanborn, Design for War (New York: Devin Adair Company, 1951), p. 58, 60, 173, 268. Cf. H. L. Trefousse, Germany and American Neutrality (New York: Bookman Associates 1951), p. 150. Selbst das Urteil des Nürnberger Gerichts hat zugegeben, daß keine „einzelne Verschwörung" nachgewiesen werden könnte: 6 Federal Rules Decisions, pp. 111–112. Siehe auch: The Unitet States at War (Washington, D. C.: Government Printing Office, 1946), pp. 507–8.

3 Peace and War: Unted States Foreign Policy, 1931–1941, Department of State, Publication 1853 (Washington, D. C.: Government Printing Office, 1942), p. 47.

4 Sumner Welles, The Time for Decision (New York: Harper & Brothers, 1944), p. 288.

5 Charles Cheney Hyde, International Law Chiefly as Interpreted and Applied by the United States (Boston: Little, Brown & Company, 1922), II, 765.

6 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt; edited by Samuel I. Rosenman (13 Vols.; New York: The Macmillan Company, 1941), VII, 249–58: Interview vom 20. April 1938.

7 Ibid., VIII, xxxviii–xxxix.

8 Robert E. Sherwood, Roosevelt and Hopkins, An Intimate History (New York: Harper and Brothers, 1948), p. 438.

9 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, VI, 406–11.

10 Zusammenfassung siehe: Sanborn, op. cit., pp. 7–19.

11 John T. Flynn, Country Squire in the White House (New York: Doubleday, Doran & Company, Inc.,1940), p. 103; cf. William D. Leahy, I Was There (New York: Whittlesey House, 1950), p. 64.

12 Winston Churchill, The Gathering Storm, (Boston: Houghton Mifflin Company, 1948), p. 247; Hull, op. cit., I, 549, 573.

13 Raymond Moley, After Seven Years (New York: Harper & Brothers, 1939), p. 379. Siehe Hull, op. cit., I, 684, wo das Vorhandensein dieses Gesichtspunktes Interview vom 20. April 1938.

14 Pearl Harbor Attack, Part IX, pp. 4272–76.

15 New York Times, 24. Oktober 1947, p. 1, cols. 2–3.

16 Hull, op. cit., I, 563–64.

17 Ibid., I, 576–77; Peace and War, pp. 54–55.

18 Emil Ludwig, Roosevelt (New York: The Viking Press, 1938), p. 272.

19 The Public Papers and Addresses by Franklin D. Roosevelt, VII, 413.

20 New York Times, 18. November 1938, pp. 1, 12, 13.

21 Das deutsche Weißbuch; der Gesamttext der polnischen Dokumente, herausgegeben vom Auswärtigen Amt Berlin, mit einem Vorwort von C. Hartley Grattan (New York: Howell, Soskin & Co., 1940) p. 15. Diese Bedingung war den Deutschen damals gleichermaßen wohlbekannt; siehe Nazi Conspiracy an Aggression (Washington, D. C., Government Printing Office 1946), III, 281.

22 Deutsches Weißbuch, S. 16.

23 Adolf Hitler, Mein neuer Befehl; Kommentiert und herausgegeben von Raoul de Roussy de Sales (New York: Reynal and Hitchcock, 1941), p. 504.

24 Nazi Conspiracy and Aggression, I, 525.

25 Churchill, The Gathering Storm, p. 293.

26 Hull, op. cit., I, 589.

27 Ibid., I, 590.

28 Ibid., I, 590–91.

29 Churchill, The Gathering Storm, p. 310.

30 Waverly Root, The Secret History of the War (2 vols.; New York: Charles Scribner's Sons, 1945), I. 6, 10. Genau diese feindliche Verbindung war von den Deutschen etwa einen Monat zuvor vorausgesehen worden; siehe auch Nazi Conspiracy and Aggression, III, 280.

31 Louis Fischer, Men and Politics, An Authobiography (New York: Duell, Sloan & Pearce, 1941), p. 556.

32 Ibid., p. 570.

33 Ibid., p. 570; siehe auch Churchill, The Gathering Storm, p. 309.

34 William L. Shirer, Berlin Diary (New York: Alfred A. Knopf, 1941), pp. 142–43; siehe auch Hans Bernd Gisevius, Bis zum bitteren Ende (Boston: Houghton Mifflin Company, 1947), p. 324.

35 Gisevius, op. cit., pp. 319–26; siehe auch Churchill, The Gathering Storm, pp. 311– 14.

36 Churchill, The Gathering Sorm, p. 314.

37 Hull, op. cit., I, 591.

38 Ibid., I, 592.

39 Ibid., I, 593.

40 Ibid.

41 Ibid., I, 590.

42 Ibid., I, 592–93.

43 H. H. Arnold, Global Mission (New York: Harper & Brothers, 1949), pp. 177–79.

44 Sherwood, op. cit., p. 100.

45 Ibid., p. 101.

46 Fischer, op. cit., p. 564.

47 Deutsches Weißbuch pp. 19–21.

48 Moley, op. cit., pp. 379–80.

49 Arnold, op. cit., p. 185.

50 The Ciano Diaries, 1939–1943; vollständiges, ungekürztes Tagebuch, herausgegeben von Hugh Gibson; Einleitung von Sumner Welles (Garden City, N. Y.: Doubleday & Company, Inc., 1936), p. 3.

51 Ibid., p. 5.

52 Arnold, op. cit., 185.

53 Sanborn, op. cit., 55.

54 Deutsches Weißbuch, p. 44.

55 Ibid., p. 32–33.

56 Ibid., p. 45.

57 The Ciano Diaries, pp. 42–44.

58 Sanborn, op. cit., pp. 58–60.

59 The Ciano Diaries, p. 49.

60 Trefousse, op. cit., p. 20.

61 Deutsches Weißbuch, pp. 51–54.

62 Ibid.

63 Ibid.

64 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, VIII, 185–86.

65 Deutsches Weißbuch, p. 59.

66 Hull, op. cit. I, 630.

67 Ibid.

68 Ibid.

69 The Ciano Diaries, p. 83.

70 Nazi Conspiracy and Aggression, VI, 890.

71 Moley, op. cit., p. 382.

72 Walter Millis (ed) The Forrestal Diaries (New York: The Viking Press, 1951), pp. 121–122.

73 Pearl Habor Attack, Part XX, p. 4139.

74 Ibid., Part XX, p. 4168. Neun Jahre später behauptete Hull, daß er diesem Vorschlag „mehr als skeptisch“ gegenüber stände. Siehe The Memoirs of Cordell Hull, I, 631. Aber im Jahre 1939 erschien keine Spur von Skepsis in seinem Memorandum an Roosevelt.

75 Peace and War p. 61; International Transactions of the USA, etc., p. 27; Hull, op. cit., I, 625.

76 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, VIII, 568.

77 Ibid., VIII, 438.

78 The United States at War (Washington, D. C., 1946), p. 16.

79 Sanborn, op. cit., p. 85.

80 Ulrich von Hassell, The Von Hassell Diaries, 1938–1944 (Garden City, N. Y.: Doubleday & Company, Inc., 1947), p. 63.

81 The Ciano Diaries, pp. 129–30, 132, 134, 136; The von Hassell Diaries, p. 73.

82 Churchill, The Gathering Storm, p. 440.

83 Ibid., p. 441.

84 Churchill, Their Finest Hour, p. 23.

85 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, VIII, 525–27.

86 Führer Conferences on Matters Dealing with the German Navy (Washington; D. C.: Navy Department, Office of Naval Intelligence, 1947), II, 48; Trefousse, op. cit., p. 42.

87 Hull, op. cit., I, 689–91.

88 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, VIII, 552–54.

89 The United States at War, pp. 21–22.

90 Sanborn, op. cit., p. 92.

91 Sherwood, op. cit., p. 126.

92 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, VIII, 512–22.

93 Ibid., VIII, 554–57.

94 Ibid., VIII, 524.

95 „The Morgenthau Diaries“, Collier's CXX (18. Oktober 1947), 72.

96 The Ciano Diaries, p. 222; cf. Welles, op. cit., pp. 135, 139.

97 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, IX, pp. 104–8.

98 Arnold, op. cit., pp. 190, 193, 196–98, 203, 215, 241, 245, 251, 256, 258, 264–67.

99 Pearl Harbor Attack XXIV, p. 1753. Dieser Bericht trägt kein Datum, doch aus anderen Gründen scheint er vom 15. Dezember 1941 zu stammen.

100 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, IX, 51.

101 Sanborn, op. cit., pp. 108–10.

102 Churchill, Their Finest Hour, pp. 24–25.

103 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, IX, 198–205.

104 Ibid., IX, 213.

105 Siehe Sanborn, op. cit., 117, 129, 135, 140–42, 170–71, 179–84; Arnold op. cit., pp. 234–35, cf. pp. 230, 232.

106 Edward R. Stettinius, Jr., Lend-Lease, Weapon for Victory (New York: The Macmillan Company, 1944), pp. 24-25. „Der Vorwand war offensichtlich . . ." schrieb Stimson. Siehe Henry L. Stimson and Mc. George Bundy, On Active Service in Peace and War (New York: Harper & Brothers, 1948), p. 356. Siehe auch Hull, op. cit., I, 775.

107 Churchill, The Grand Alliance (Boston: Houghton Mifflin Comp. 1950), p. 127; cf. 732, 741.

108 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, IX, 259–64.

109 Hull, op. cit., p. 767–75.

110 Churchill, Their Finest Hour, pp. 179–81.

111 Peace and War, pp. 74–75; Churchill, Their Finest Hour, pp. 183–84; Sherwood, Roosevelt and Hopkins, p. 145. Sherwoods Lesart weicht von der Churchills ab; welche von beiden ist nicht umschrieben?

112 Churchill, Their Finest Hour, p. 187.

113 Peace and War, p. 76.

114 Leahy, op., cit., p. 9.

115 Life, IX, No. 1 (1. Juli 1940), 7.

116 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt IX, 281.

117 Churchill, The Grand Alliance, p. 137.

118 Adolf Hitler, Mein neuer Befehl, pp. 809–38; besonders pp. 836–38.

119 Shirer, op. cit., pp. 453, 457–59, 550–52, 561; The Ciano Diares, p. 227; cf. Hull, op. cit., I, 844–45.

120 Shirer op. cit., pp. 450, 550. Nazi Conspiracy and Aggression, V, 741.

121 Nazi Conspiracy and Aggression, III, 399–400.

122 The Ciano Diaries, p. 296.

123 Nazi Conspiracy and Aggression, III, 406–7; siehe auch: the Führer Conferences, II, 22–23.

124 Sherwood, op. cit., p. 175.

125 The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, IX, 541–43.

126 Ibid., IX, 530–39.

127 Ibid., IX, 313–14.

128 Ibid., IX, p. 428.

129 Churchill, Their Finest Hour, p. 187.

130 Ibid., pp. 558–67.

131 Pearl Harbor Attack, Part XIV, p. 984; Part XX, pp. 4075–76. Sherwood, op. cit., pp. 271–73.

132 Pearl Harbor Attack, Part V, p. 2391; Part III, pp. 994–97.

133 Beachte Sherwood's Vergleich einer bürgerlich-rechtlichen Ehe, Roosevelt and Hopkins, p. 270. Ebenso General Arnold's Beobachtung, Global Mission, p. 244 – „wir bildeten eine sehr enge Gemeinschaft mit den Engländern."

133a Am 3. April 1941; Pearl Harbor Attack, Part XVII, p. 2463.

134 Sherwood, op. cit., p. 238.

135 Churchill, The Grand Alliance, p. 23.

136 „The Morgenthau Diaries", Collier's, CXX (18. Oktober 1947), 74; Hull, op. cit., I, 873; Sherwood, op. cit., p. 228.

137 Eingehendere Berechnung siehe Sanborn, op. cit., pp. 201–33.

138 Franklin D. Roosevelt und Pius XII, Kriegs-Korrespondenz mit einer Einleitung und Kommentaren von Myron C. Taylor (New York: The Macmillan Company, 1947), p. 49; Victor Kravchenko, I Chose Freedom; the Personal and Political Life of a Soviet Official (New York: Charles Scribner's Sons, 1946), pp. 352, 363; Hull, op. cit., II, 967–68.

139 Über Oumansky's Auftreten siehe: W. G. Krivitsky, In Stalin's Secret Service (New York: Harper & Brothers, 1939), pp. 37–38. Hull (Memoirs, I, 743, 807, 809; II, 971) bezeichnete den russischen Botschafter trocken als „eine wandelnde Beleidigung, wenn er aufgebracht war" – „Sarkasmus quoll aus dem Botschafter wie Weizen aus der Dreschmaschine" – er „meinte, daß Festigkeit Rüpelhaftigkeit bedeute."

140 Hull, op. cit., II, 968, 973; Churchill, The Grand Alliance, p. 367. Root's Bericht über die russischen Vorbereitungen, The Secret History of the War, I, 499–519, scheint auf der Behauptung von General Stalin's Absicht zu beruhen, Deutschland zu einem wenig späteren Zeitpunkt anzugreifen. op. cit., p. 510.

141 Nazi Conspiracy and Aggression, V, 740; Churchill, The Grand Alliance, p. 26.

142 Nazi Conspiracy and Aggression, V, 740; Churchill, The Grand Alliance, p. 192.

143 Pearl Harbor Attack, Part IX, pp. 4299–300.

144 Cf. Churchill, The Grand Alliance, pp. 104, 110, 205.

145 Sanborn, op. cit., pp. 253–55.

146 Churchill, The Grand Alliance, p. 369.

147 Deutsches Weißbuch, p. 20.

148 Siehe die Ansicht von Admiral Stark, Pearl Harbor Attack, Part XVII, pp. 2462–63; und die von General Arnold, Global Mission, p. 295.

149 New York Times, 17. Mai 1941, p. 1, col. 8, fortgesetzt auf p. 4, col. 2; Blair Bolles, Foreign Policy Reports, 1. August 1945, p. 145.

150 Sanborn, op. cit., p. 265.

151 Jan Ciechanowski, Defeat in Victory (Garden City, N.Y.: Doubleday & Company, Inc., 1947), pp. 1, 5–6. Man ist versucht, sich H. L. Menckens harte Worte über Roosevelt's Irrtum, „die Leiche des Britischen Imperiums an Land zu ziehen" ins Gedächtnis zu rufen. (Life, XXI, No. 6 [5. August 1946], 46).

152 Trefousse, op. cit., p. 88; Churchill, The Grand Alliance, p. 138.

153 Churchill, ibid., pp. 254, 754.

154 Ibid., p. 144.

155 Sherwood, op. cit., pp. 291–92, 310. Churchill, The Grand Alliance, pp. 140–45.

156 Pearl Harbor Attack, Part V, p. 2293; Churchill, The Grand Alliance, pp. 144–45, 244.

157 Elliott Roosevelt, As He Saw It (New York: Duell, Sloan & Pearce, 1946), pp. 14–15.

158 Ernest J. King, Our Navy at War, p. 6; cf. Peace and War, pp. 99–100; Hull, op. cit., II, 935–39; beachte I, 754–58.

159 Pearl Harbor Attack, Part V, p. 2113; Part XVI, 2168–70; Part III, pp. 1077, 1436–37, Part XV., p.1631.

160 Sherwood, op. cit., p. 295.

161 Churchill, The Grand Alliance, pp. 149–50; Hull, op. cit., II, 947; cf. Sanborn, op. cit., pp. 309–12.

162 New York Times, 17. Mai 1941, p. 1, col. 8; Churchill, The Grand Alliance, pp. 282–83.

163 New York Times, 6. Juni 1941, p. 1, col. 8; Text auf p. 6, cols 4–6.

164 Trefousse, op. cit., pp. 35–37.

165 Ibid., p. 39.

166 Ibid., pp. 40–41, 61, 85–87.

167 Ibid., pp. 88–89.

168 Sanborn, op. cit., p. 265.

169 New York Times, 28. Mai 1941, p. 2, cols. 2–8; Sherwood, op. cit., p. 298.

170 Churchill, The Grand Alliance, p. 388.

171 William C. Bullitt, The Great Globe Itself (New York: Charles Scribner's Sons, 1946), p. 11.

172 Stettinius, op. cit., p. 123.

173 The United States at War, p. 82.

174 Elliott Roosevelt, op. cit., pp. 22, 33.

175 Pearl Harbor Attack, Part XIV, p. 972; Part XVI, pp. 2448–50.

176 Sherwood, op. cit., p. 263.

177. Churchill, The Grand Alliance, p. 593; Elliott Roosevelt, op. cit., pp. 27–30, 41.

178 Pearl Harbor Attack, Part XVI, pp. 2182–83.

179 Arnold, op. cit., pp. 249, 255.

180 Pearl Harbor Attack, Part XIV, pp. 1275–1278; Churchill, The Grand Alliance, pp. 437–38.

181 Churchill, ibid., pp. 441, 517.

182 Ibid., p. 593.

183 Pearl Harbor Attack, Part XIV, pp. 1400–1401; Part V, pp. 2294–96.

184 Ibid., Part XVI, p. 2210.

185 New York Times, 12. September 1941, p.1, cols.6–7; Text auf p.4, cols.2–5.

186 Churchill, The Grand Alliance, p. 517.

187 Pearl Harbor Attack, Part V, p. 2295.

188 Churchill, The Grand Alliance, pp. 492–93. Beachte Admiral Starks Bedauern, Pearl Harbor Attack, Part XVI, p. 2221.

189 Newsweek, 18. August 1941, p. 14.

190 Trefousse, op. cit., p. 121.

191 Lindley's Charakterisierung in Newsweek, 10. November 1941, p. 21.

192 New York Times, 28. Oktober 1941, p. 1, col. 1; Text auf p. 4, cols. 2–6.

193 Ibid., 29. Oktober 1941, p. 1, cols. 2–3.

194 Admiral King, op. cit., p. 6.

195 Pearl Harbor Attack, Part XVI, p. 2224.

196 The United States at War, p. 72.

197 Newsweek, 25. August 1941, pp. 16–17.

198 The Ciano Diaries, p. 398.

199 Sherwood, op. cit., p. 383; cf. Churchill, The Grand Alliance, p. 539.

200 Sherwood, op. cit., p. 420.

201 Churchill, The Grand Alliance, p. 603.

202 Frances Perkins, The Roosevelt I knew (New York: The Viking Press, Inc., 1946), p. 163.

203 Pearl Harbor Attack, Part XI, p. 5433; Part XX, pp. 4113–14.

204 Sanborn, op. cit., pp. 515–18.

205 Churchill, The Grand Alliance, pp. 606–8.

Zu Chamberlin:

1 Forest Davis und Ernest K. Lindley, „How War Came“ (New York: Simon & Schuster, 1942), p. 258.

2 Thomas A. Bailey, „The Man in the Street“: The Impact of American Public Opinion on Foreign Policy (New York: The Macmillan Company, 1948), p. 13.

3 Ibid.

4 Maurice P. A. Hankey, „Politics, Trials und Errors“ (Chicago: Henry Regnery Company, 1950), pp. 126–27.

5 Roger N. Baldwin (and others) „The Land of the Dead“ (New York: Committee against Mass Expulsion, 1946), pp. 23–24. Siehe auch Jürgen Thorwald, Flight in the Winter, London: Hutchinson & Co, Ltd., 1953.

6 Jetzt bestätigt durch eine offizielle Regierungs-Schätzung.

7 Peace Action (März 1945), pp. 2–3.

8 J. M. Spaight, Bombing Vindicated (London: Geoffrey Bles, Ltd. 1944), p. 74.

9 Captain B. H. Liddell Hart, The Revolution in Warfare (London: Faber & Faber, Ltd., 1946), p. 72.

10 Montgomery Belgion, „Victor's Justice“ (Chicago: Henry Regnery Company, 1949), p. 61.

11 Über das verheerende Zurschaustellen der moralischen Schande, Rechtslaunen und verhängnisvollen Folgen der Kriegsverbrecher-Prozesse siehe: F. J. P. Veale, „Advance to Barbarism“ (London: Thompson & Smith, 1948). Eine weitverbreitete Auflage dieses Buches ist 1953 von C. C. Nelson Publishing Company of Appleton, Wisconsin veröffentlicht worden. (Deutsche Ausgabe erscheint in 2., wesentlich erweiterter Auflage 1962 im Verlag Karl-Heinz Priester, Wiesbaden.)

Ausgewählte Quellen (ebenfalls zu Chamberlin)

Material, das die Darstellungen dieses Kapitels unterstreicht und weiter ausführt, ist in Büchern wie den folgenden zu finden:

Belgion, Montgomery: „Victor's Justice“; A Letter Intended to have Been Sent to a Friend Recently in Germany („Humanist Library,“ No. 10) Chicago: Henry Regnery Company, 1949.

Biddle, Francis M. „The Fear of Freedom“; introduction by Harold L. Ickes. Garden City, N. Y.: Doubleday & Company, Inc. 1951.

Bullitt, William C. „The Great Globe Itself“; a Preface to World Affairs. New York: Charles Scribner's Sons, 1946.

Byrnes, James F. „Speaking Frankly“. New York: Harper & Brothers, 1947.

Chamberlin, William H. „Americas Second Crusade“. Chicago: Henry Regnery Company, 1950.

Dallin, David J. „Soviet Russia and the Far East". New Haven, Conn.: Yale University Press, 1948.

Dulles, Allen W., „Germany's Underground". New York: The Macmillan Company, 1947.

Flynn, John T. „As We Go Marching." New York: Doubleday & Company, Inc. 1944.

. . . „The Roosevelt Myth." New York: Devin Adair Company 1948.

. . . „While You Slept." Our Tragedy in Asia and Who made It. New York: Devin-Adair Company, 1951.

Hankey, Maurice P. A. Lord. „Politics, Trials and Errors", Chicago, Henry Regnery C. 1950.

Hughes, Emrys. „Winston Churchill in War and Peace." Glasgow: Unity Publishing Company, 1949.

Lane, Arthur Bliss. „I Saw Poland Betrayed." Indianapolis: The Bobbs-Merrill Company, 1948.

Mears, Helen. „Mirror for Americans: Japan." Boston: Houghton Mifflin Company, 1948.

Neumann, William L. „Making the Peace, 1941–45; The Diplomacy of the Wartime Conferences." Washington, D. C.: Foundation for Foreign Affairs, 1950. 1950.

Orwell, George. Nineteen Eighty-Four. New York: Harcourt, Brace & Company 1949.

Reel, A. Frank. „The Case of General Yamashita." Chicago: University of Chicago Press, 1949.

Roosevelt, Elliott. „As He Saw It;" with a foreword by Eleanor Roosevelt, New York: Duell, Sloan and Pearce, Inc. 1946.

Rothfels, Hans. „The German Opposition to Hitler; An Appraisal" Chicago: Henry Regnery Company, 1948.

St. George, Maximilian John, and Dennis. Lawrence. „A Trial on Trial; The great Sedition Trial of 1944." Chicago: National Civil Rights Committee, 1946.

Spaight, J. M. „Bombing Vindicated", London: Geoffrey Bles, Ltd. 1944.

Thorwald, Jürgen: „Flight in the Winter". London: Hutchinson & Co., Ltd., 1953.

Utley, Freda. „China Story." Chicago: Henry Regnery Company, 1951.

. . . The High Coast of Vengeance." Chicago: Henry Regnery Company, 1949.

Veale, F. J. P. „Advance to Barbarism." Appleton, Wis.: C. C. Nelson Publishing Company 1953.

Zink, Harold. „American Military Government in Germany." New York: The Macmillan Company, 1947.

NATION EUROPA

Monatsschrift im Dienst der europäischen Erneuerung

Maiheft 1961
Sonderausgabe

„Wer trägt die Kriegsschuld?"

Die Deutsche Wochen-Zeitung schreibt:

„Das Maiheft 1961 der NATION EUROPA widmete sich zur Gänze der brennenden Kriegsschuldfrage. In wissenschaftlicher Genauigkeit werden hier die Probleme untersucht und schlagend die Kriegsschuldlüge für Deutschland widerlegt. Vor allem die Vorgeschichte des Polenfeldzuges, die Affäre des Gleiwitzer Senders, die Wiedergabe des „Posener Tageblattes" vom 11. Oktober 1939 mit den grauenhaften Dokumentationen über die deutschen Opfer und alle anderen Artikel dieses Heftes muß man studieren, um überhaupt sich zur Kriegsschuld äußern zu können.
Jedermann, dem die Aufklärung und die Wahrheit über die Geschichte am Herzen liegen, muß zur „Nation Europa" greifen."

Preis dieses verbilligten Sonderheftes: 1,– DM
bei Vorauszahlung auf Postscheckkonto: Nürnberg 494 00

NATION EUROPA VERLAG GMBH
Coburg Postfach 670

Bücher aus dem Verlag Karl Heinz Priester Wiesbaden

NURNBERG oder DIE FALSCHMUNZER

von Maurice Bardèche

(Band 1 der Reihe „Zeitgeschichtliche Dokumentation")

212 Seiten, Ganzleinenband 14,80 DM, karton. Ausgabe 12,— DM

Was über die Nürnberger Siegerjustiz zu sagen ist, mit der die Deutsche Alleinschuld sozusagen durch Gerichtsentscheidung für alle Zeiten festgenagelt werden sollte, hat keiner besser gesagt als Maurice Bardèche. Seit einem vollen Jahrzehnt geißelt er unverzagt und unermüdlich diese unfaßbare Verhöhnung des Rechtes überhaupt und trägt alles zusammen, was zur Kennzeichnung der Prozeßführung sowohl als auch der völkerrechtlichen Voraussetzungen gehört. Bardèche hat in Frankreich – und nicht nur in Frankreich – einen großen Namen, seit er nach der Ermordung seines Schwagers Robert Brassillac die Hochschule verließ, an der er den ganzen Krieg über gelehrt hatte, und mit seinem „Lettre à Francois Mauriac", der in Frankreich eine Auflagenhöhe von über 100000 Exemplaren erreichte, eine leidenschaftliche Anklage gegen das damalige französische Regime richtete.

DIE LUGE DES ODYSSEUS

von Paul Rassinier

(Band 3 der Reihe „Zeitgeschichtliche Dokumentation")

248 Seiten, Ganzleinenausgabe 15,20 DM, kartoniert 12,50 DM

Bereits mit 16 Jahren aktiver Kommunist, wurde der französische Historiker Prof. Paul Rassinier später aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, seines konsequenten Pazifismus wegen und weil seine Vorstellung von Sozialismus keine Verstaatlichung des Privateigentums vertrug. Als Sozialistenführer und Widerstandskämpfer wurde er während der deutschen Besetzung Frankreichs in das Konzentrationslager Buchenwald, später nach Dora geschickt und beobachtete in diesen Lagern mit wachsendem Befremden 19 Monate lang die Rolle, die seine einstigen Parteifreunde, die Kommunisten, in der inneren Lagerverwaltung spielten, ihren Anteil an den irrsinnigen Quälereien der Häftlinge, an der Unterschlagung von Lebensmitteln, die zum Hungertode vieler führte. Auch die Geschicklichkeit, mit der manche Intellektuelle sich die Gunst dieser kommunistischen Lagerfunktionäre zu verschaffen und zu erhalten verstanden, fiel ihm auf.
Als Rassinier bei Kriegsende, 100% invalide nach Frankreich zurückkehrte, erkannte er bald, daß alles, was über die Konzentrationslager veröffentlicht wurde, im krassen Widerspruch zu seinen eigenen Beobachtungen stand, ja daß vielfach Leute darüber schrieben, die gar nicht darin gewesen waren, oder aber über Dinge berichteten, die sie gar nicht erlebt haben konnten, weil sie in den betreffenden Lagern nicht vorgekommen waren. Da begann er zu sprechen und zu schreiben, machte sich die damals in Frankreich beinahe noch allmächtigen Kommunisten endgültig zu Todfeinden und hatte schwer darum zu kämpfen, bis er endlich als Sozialistischer Abgeordneter ins Parlament einziehen konnte. Gegen die französische Originalfassung seines Buches „Die Lüge des Odysseus" wurde ein Prozeß nach dem anderen angestrengt, bis zur höchsten Instanz, dann sprach ihn die Strafkammer des Kassationshofes unter Aufhebung aller früheren Urteile endgültig frei. Einen stärkeren Beweis für die Unanfechtbarkeit seiner Feststellungen und Untersuchungen kann man schlechterdings nicht verlangen.
Nachdem unser Verlag die deutsche Übersetzung dieses Buches veröffentlicht hatte, kam Rassinier selbst zu Vorträgen nach Deutschland und es war ein beschämendes Bild, mit welchen windigen Mitteln manche lokalen deutschen Behörden die Vorträge zu verhindern und zu verbieten suchten.
Zuweilen hatte es auch den Anschein, als wären gewisse Intellektuelle, deren auffallend gute Beziehungen zu den kommunistischen Lagerfunktionären und brutalen Ausbeutern ihrer Mitgefangenen Rassinier in seinem

Buch aufgedeckt hatte, an diesen Behinderungen seiner Vortragsreise nicht ganz unbeteiligt.

Unter solchen Eindrücken und Erfahrungen entstand das Manuskript zu Rassinier's zweitem Buch „Was nun, Odysseus?", in dem er den Text seiner vielerorts verbotenen Vorträge, seinen für beide Parteien sehr kennzeichnenden Briefwechsel mit Kogon, die Fortsetzung seiner historisch kritischen Untersuchungen über die tatsächlichen Verhältnisse in den Konzentrationslagern, insbesondere über die Zuverlässigkeit der Quellen für die Existenz von Gaskammern, und einige kompetente Stimmen zum damals noch bevorstehenden Eichmann-Prozeß zu einem Band vereinigte. Rassinier ist der erste und bisher immer noch der einzige Autor, der den Mut aufbringt, die Existenz von eigens zur Vergasung von Juden erstellten Gaskammern öffentlich anzuzweifeln und die darüber vorliegenden Berichte quellenkritisch unter die Lupe zu nehmen und zu analysieren. Diese Untersuchungen sind nicht nur für den zur Zeit noch laufenden Eichmann-Prozeß und die mit diesem Prozeß verbundene neue Welle der Deutschenhetze in aller Welt, sondern auch für die Besinnung und seelische Gesundung der Deutschen selbst von größter Bedeutung. Um so mehr, als der konsequente und aufrechte Sozialist und Pazifist Rassinier ja wahrhaftig über jeden Verdacht erhaben ist, als selbst 100-prozentig invalides Opfer der KZ-Haft etwa „faschistische Verbrechen" vertuschen zu wollen.

Ein alter Forstmeister aus dem Rheinland schreibt ihm:
„Sehr geehrter Herr Professor!
... Endlich, nach so langer Zeit, wird die Wahrheit ans Licht kommen. Warum spricht niemand von deutscher Seite so offen? Haben diese Leute keinen Mut? ... Wir Deutsche können Ihnen nicht genug danken dafür, daß Sie sich so viele Mühe gemacht und Zeit genommen haben, dieses Werk zu vollenden. Man müßte es, Wort für Wort, im Gedächtnis haben ..."

und ein Rechtsanwalt aus Hessen:
„... darf ich Ihnen hier bestätigen, daß Sie, sehr geehrter Herr Professor, für den Gedanken eines vereinigten Europa mit ihren beiden Büchern mehr getan haben, als alle Universitäten in Europa zusammen. Gilt es doch, von einem objektiven Standpunkt aus, soweit dieser menschlich erreichbar ist, aus der Vergangenheit zu lernen und in die Zukunft, für unsere Jugend hin, zu leben ..."

VERSCHLEIERTE KRIEGSVERBRECHEN

von F. J. P. Veale

(Band 4 der Reihe „Zeitgeschichtliche Dokumentation")

276 Seiten, Ganzleinenband 15,80 DM, karton. Ausgabe 12,80 DM

Der englische Rechtsanwalt F. J. P. Veale hat sich in Deutschland schon vor Jahren durch sein Buch „Der Barbarei entgegen" einen Namen gemacht. Ihm, dem Juristen, war es eine Selbstverständlichkeit, daß das Recht nicht teilbar ist, daß der Begriff der „Kriegsverbrechen", wenn er schon geschaffen und angewandt wurde, auf beiden Seiten in gleicher Weise Anwendung finden muß. So empörte ihn nach 1945 die allgemeine einseitige Darstellung, die Deutschland allein schuldig sprach, und er begann, eine Fülle von Dokumenten und Aussagen zu sammeln, zum Teil auf eigens dafür unternommenen ausgedehnten Reisen. Zeigte er in seinem Buch „Der Barbarei entgegen", wohin eine solche einseitige und willkürliche Anwendung neugeschaffener Rechtsbegriffe schließlich führen muß, so greift er nun, in den „Verschleierten Kriegsverbrechen" eine Reihe von Einzelfällen heraus, in denen jede Vorstellung von „Recht" durch die alliierten Siegermächte so grausam verhöhnt wurde, daß man daran verzweifeln könnte, daß jemals wieder normale und geregelte Rechtsverhältnisse unter den Völkern und Staaten Einzug halten. Es handelt sich dabei um Fälle, die der Öffentlichkeit aus politischen oder anderen Absichten bisher nur völlig entstellt oder gar nicht mitgeteilt wurden. Veale kämpft in seiner Darstellung dieser Fälle mit einer scharfen Klinge und verbindet eine oft beißende Ironie mit eleganter Formulierung. Ob er nun enthüllt, daß Roosevelt und Churchill bei ihrem Zusammentreffen mit Stalin in Jalta bereits seit einem Jahr genau wußten, wer die polnischen Offiziere bei Katyn umgebracht hatte, ob er das geradezu undurchdringliche Lügengewebe um den Tod Mussolinis zerreißt, die „politische" Tarnung der Untaten des Massenmörders Dr. Marcel Petiot glossiert, die ein so bezeichnendes Licht auf die anderen Mordtaten im damaligen Frankreich wirft, ob er nachweist, daß das sogenannte „Blutbad von Marzobotto", dessentwegen Major Walter Reder **heute noch** in einem italienischen Zuchthaus schwerste gesundheitliche Schäden erleidet, **überhaupt niemals stattgefunden hat**, den widerlichen Theaterprozeß schildert, den man dem deutschen Fallschirmjäger-General Ramcke seinerzeit in Frankreich machte, oder endlich und abschließend die grausame Farce verhöhnt, der es ein untadeliger Seemann wie Großadmiral Raeder zu verdanken hatte, daß er auf die Nürnberger Anklagebank und ins Spandauer Gefängnis kam, – immer ist Veales Darstellung von einer souveränen Überlegenheit gekennzeichnet, die auf sicherem Wissen, vorbildlicher Dokumentation und einem glänzenden Stil beruht. Mit einem Wort: er überzeugt.

DAS GEHEIMNIS UM DIE URSACHEN DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Eine zeitgeschichtliche Studie von René d'Argile, J. Ploncard d'Assac, Jacques Béarn, Henry Coston, Pierre-Antoine Cousteau, Henry Lèbre und Michel de Mauny

(Band 2 der Reihe „Zeitgeschichtliche Dokumentation")

216 Seiten, Ganzleinenband 11,20 DM

In den mannigfachen Entwicklungen, die auf den zweiten Weltkrieg hinzielten, gibt es noch eine ganze Reihe von „top secrets", von Spitzengeheimnissen, die auch heute noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben werden, weil ihr Bekanntwerden die offizielle Version von der deutschen Allein- oder Hauptschuld an diesem Kriege vollständig über den Haufen werfen müßte. Sieben französische Historiker sind diesen geheimen Ursachen nachgegangen und haben dann ihre Arbeiten zu einem Buch vereinigt. Und sie haben dabei den Mut gehabt, Dinge zu Tage zu fördern und beim Namen zu nennen sowie die Wirksamkeit gewisser Institutionen und Persönlichkeiten zu erhellen, über die seit 1945 sonst nicht mehr gesprochen wird und gesprochen werden darf.

Wenn man die Arbeiten und Ermittlungen dieser sieben Forscher liest, muß man sich immer wieder vor Augen halten, daß sie für ein französisches Publikum schrieben und nicht wissen konnten, daß ihr Buch eine deutsche Ausgabe erleben würde. Ohne Deutschland entlasten zu wollen, haben sie es unwillkürlich dennoch getan. Und, was noch wichtiger erscheint, ohne frühere deutsche Erkenntnisse über gewisse Zusammenhänge wiederholen oder bestätigen zu wollen, haben sie es dennoch getan und dabei noch vieles Neue zur Untermauerung und Ergänzung solcher Erkenntnisse gefunden und beigetragen. Und man muß sich ebenfalls vor Augen halten, daß es auch in Frankreich äußerst gefährlich ist, solches Material zu veröffentlichen, das auf gemeinsame Motive und gemeinsame treibende Kräfte in West und Ost hinweist. Es wird hier an Dinge erinnert, die selbst die revisionistischen Historiker in den USA auszusprechen sich nicht erlauben können. Dort dringt die Forschung nur bis zur Gestalt Roosevelts vor und man darf nicht sagen, was hinter Roosevelt stand. Die sieben Franzosen sagen es! Sie haben den Mut, sowohl die Rolle der Freimaurerei zu enthüllen als auch die Spuren zu verfolgen, die nach Prag führen, und den Kriegstreibereien der Finanzleute nachzugehen. Es entfaltet sich vor den Augen des Lesers ein engmaschiges Netz unzähliger Interessenverflechtungen, die alle zum endlichen Kriegsausbruch beigetragen haben, und deren Fäden doch alle von der gleichen Spinne gesponnen scheinen.


KHP